



Baesweiler, 28.06.2016

EINLADUNG

Am **Dienstag, dem 05.07.2016**, findet um **18:00 Uhr** im Sitzungssaal des Rathauses in Setterich, An der Burg 3, eine öffentliche Sitzung des Rates statt, zu der Sie hiermit eingeladen werden.



(Dr. Linkens)

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 26.04.2016
2. Wahl von Ausschussmitgliedern;
hier: Ersatzweise Benennung einer sachkundigen Bürgerin/eines sachkundigen Bürgers für den Bau- und Planungsausschuss
3. Gesamtabschluss der Stadt Baesweiler für das Jahr 2014 Verzicht zur Konzernrechnungslegung gem. § 116 Gemeindeordnung NRW
4. Einbringung des Entwurfes des Jahresabschlusses 2015
5. Integrationsplan für die der Stadt Baesweiler zugewiesenen Flüchtlinge;
hier: Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Baesweiler vom 1. Juni 2016
6. Flächennutzungsplanänderung Nr. 75 - Vorrangzone für Windkraft -, Stadtteil Baesweiler
 1. Auswertung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen
 2. Beschluss des Entwurfes der Flächennutzungsplanänderung Nr. 75 - Baesweiler Süd-West - als Flächennutzungsplanänderung Nr. 75 - Baesweiler Süd-West -

7. Bebauungsplan Nr. 99 - Hauptstraße/Bahnstraße -, 1. Änderung Stadtteil Setterich
 1. Auswertung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen
 2. Beschluss des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 99 - Hauptstraße/Bahnstraße -, 1. Änderung als Satzung gemäß § 10 BauGB
8. Bebauungsplan Nr. 109 - Mozartstraße -, Stadtteil Loverich
 1. Auswertung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen
 2. Beschluss des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 109 - Mozartstraße - als Satzung gemäß § 10 BauGB
9. Bebauungsplan Nr. 110 - Am Klärwerk -, Stadtteil Setterich
 1. Auswertung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen
 2. Beschluss des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 110 - Am Klärwerk - als Satzung gemäß § 10 BauGB
10. Bebauungsplan Nr. 106 - Baesweiler Süd-West I -, Stadtteil Baesweiler
 1. Auswertung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen
 2. Beschluss des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 106 - Baesweiler Süd-West I - als Satzung gemäß § 10 BauGB
11. Bebauungsplan Nr. 111 - Parkstraße II –
Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 111 - Parkstraße II - mit Gebietsabgrenzung
12. Bebauungsplan Nr. 92 - Adenauerring / L 50n -
 1. Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 92 - Adenauerring / L 50n - mit Gebietsabgrenzung
 2. Beschluss zur Art und Weise der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB und der Behördenbeteiligung gem. § 4 (1) BauGB
13. Vorschlag zur Anordnung und Durchführung eines Bodenordnungsverfahrens gemäß § 46 des Baugesetzbuches für das Gebiet des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 106 – Baesweiler Süd-West I
14. Integriertes Handlungskonzept Stadtteil Baesweiler;
hier: Einrichtung eines Verfügungsfonds
15. Widmung der Straße „Martin-Niemöller-Ring“ sowie des 2. Teilabschnittes der „Elsa-Brandström-Straße“ im Bebauungsplangebiet Nr. 80 – Ederener Weg – im Stadtteil Setterich
16. Mitteilungen der Verwaltung
17. Anfragen von Ausschussmitgliedern
18. Fragestunde für Einwohner/innen

B) Nichtöffentliche Sitzung

19. enwor – energie & wasser vor ort GmbH - geplante Kooperation mit der Stadt Übach-Palenberg im Bereich der Trinkwasserversorgung;
hier: Mittelbare Beteiligung der Stadt Baesweiler über die enwor an der „Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH“
20. Vergabe des Auftrages für die Schülerbeförderung im Stadtgebiet Baesweiler für die Schuljahre 2016/2017 und 2017/2018 mit Option auf ein weiteres Schuljahr
21. Vergabe des Auftrages für die Lieferung von Lernmitteln nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz für das Schuljahr 2016/2017 für alle Baesweiler Schulen
22. Grundstücksangelegenheit
hier: Veräußerung eines städtischen Grundstücks
23. Mitteilungen der Verwaltung
24. Anfragen von Ausschussmitgliedern



Vorlage	Nr:	34/2016
Beschlussvorlage	Datum:	17.06.2016
	Status:	öffentlich

Wahl von Ausschussmitgliedern;

hier: Ersatzweise Benennung einer sachkundigen Bürgerin/eines sachkundigen Bürgers für den Bau- und Planungsausschuss

Beratungsfolge	Termin	TOP	Einst.	Ja	Nein	Enth.
Stadtrat	05.07.2016	2				

Beschlussvorschlag:

Die Mitglieder des Rates der Stadt Baesweiler wählen auf Vorschlag der SPD-Fraktion

..... als Mitglied in den Bau- und Planungsausschuss.

Darstellung der Sach- und Rechtslage:

Der sachkundige Bürger Bruno Zillgens hat mit Schreiben vom 24.05.2016 an den Bürgermeister als Vorsitzenden des Rates erklärt, dass er nicht mehr als sachkundiger Bürger zur Verfügung steht.

In der Sitzung des Stadtrates am 17.06.2014, unter Punkt 9 der Tagesordnung, wurde Herr Bruno Zillgens auf Vorschlag der SPD-Fraktion als sachkundiger Bürger in den Bau- und Planungsausschuss gewählt.

Gemäß § 58 Abs. 3 Satz 1 GO NRW können neben Ratsmitgliedern auch sachkundige Bürger, die dem Rat angehören können, zu Mitgliedern der Ausschüsse bestellt werden. Voraussetzung ist nach § 12 Kommunalwahlgesetz, dass die vorgeschlagene Person unter anderem in dem Wahlgebiet ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung hat, d. h. mit Erstwohnsitz in Baesweiler gemeldet ist. Die Gemeindeordnung enthält keine Vorschrift darüber, unter welchen Voraussetzungen ein sachkundiger Bürger seinen Sitz verliert. Auch das Kommunalwahlgesetz regelt lediglich den Mandatsverlust für Ratsmitglieder. Man wird allerdings diese Vorschrift entsprechend anwenden können.

Demnach verliert ein Ratsmitglied seinen Sitz unter anderem durch Verzicht. Herr Zillgens verzichtet auf seine Tätigkeit als sachkundiger Bürger, in entsprechender Anwendung des § 37 KWahlG.

Scheidet jemand vorzeitig aus einem Ausschuss aus, dann wählen die Ratsmitglieder auf Vorschlag der Fraktion oder Gruppe, welcher das ausgeschiedene Mitglied bei seiner Wahl angehörte, einen Nachfolger (§ 50 Abs. 3 Satz 7 GO NRW).

Demnach steht der SPD-Fraktion das Vorschlagsrecht für die Besetzung des frei gewordenen Sitzes als Ausschussmitglied im Bau- und Planungsausschuss zu.

Darstellung der finanziellen Auswirkungen:

Keine.

Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes

- ja nicht erforderlich
 wird nachgereicht



(Dr. Linkens)
Bürgermeister



Vorlage	Nr:	47/2016
Beschlussvorlage	Datum:	22.06.2016
	Status:	öffentlich

**Gesamtabschluss der Stadt Baesweiler für das Jahr 2014
Verzicht zur Konzernrechnungslegung gem. § 116 Gemeindeordnung NRW**

Beratungsfolge	Termin	TOP	Einst.	Ja	Nein	Enth.
Stadtrat	05.07.2016	3				

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Baesweiler stimmt dem Vorschlag zum Verzicht einer Konzernrechnungslegung für die Stadt Baesweiler zum 31.12.2014 zu.

Darstellung der Sach- und Rechtslage:

Die Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen sind nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement verpflichtet, neben dem kommunalen Jahresabschluss für die Kernverwaltung einen Gesamtabschluss unter Berücksichtigung aller Beteiligungen vorzulegen.

Gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW hat die Gemeinde die Pflicht, einen solchen Gesamtabschluss in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember aufzustellen. Hierzu werden ihr Jahresabschluss und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert.

In den Gesamtabschluss der Gemeinde sind die Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie die Erträge und Aufwendungen der darin einbezogenen Betriebe der Gemeinde, unabhängig von ihrer Berücksichtigung in eigenen Jahresabschlüssen, vollständig aufzunehmen.

Auf Grundlage der Überlegung, dass die Kernverwaltung und alle ihre Beteiligungen eine wirtschaftliche Einheit bilden, wird für den Gesamtabschluss der kommunale Abschluss mit den Abschlüssen der Beteiligungen und Ausgliederungen zusammengeführt, um die Konzernstruktur zu verdeutlichen und die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage übersichtlich darzustellen.

Der Gesetzgeber hat jedoch ausdrücklich geregelt, dass eine Einbeziehung von Tochterunternehmen / verselbstständigten Aufgabenbereichen unterbleiben kann, wenn die Voraussetzungen der handelsrechtlichen Vorschrift § 296 Absatz 2 Handelsgesetzbuch (HGB) und die der landesrechtlichen Vorschrift § 116 Absatz 3 GO NRW erfüllt werden.

Hiernach kann eine Einbeziehung von Tochterunternehmen / verselbstständigten Aufgabenbereichen dann unterbleiben, wenn sie einzeln und insgesamt für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und

Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind (§ 116 Abs. 3 GO NRW). Das Gesamtbilanz- und Rechnungsvolumen darf sich durch die Einbeziehung in die Konsolidierung nicht wesentlich ändern.

Bei der Stadt Baesweiler bestehen zum Stichtag 31.12.2014 folgende Beteiligungen bzw. Tochterunternehmen / verselbständigte Aufgabenbereiche:

	Beteiligungsverhältnis	Prozent. Anteil
ITS Internationales Technologie- und Service-Center Baesweiler GmbH	Stammkapital: 26.000,00 € Stammeinlage der Stadt Baesweiler: 16.640,00 €	64 %
Baesweiler Entwicklungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (BEG)	Stammkapital: 26.150,00 € Stammeinlage der Stadt Baesweiler: 25.600,00 €	97,9 %
Baesweiler Baugenossenschaft eG	Stammkapital: 14.415,00 € Stammeinlage der Stadt Baesweiler 4.650,00 €	32,26 %
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	Stammkapital: 21.007.400,00 € Stammeinlage der Stadt Baesweiler: 52.600,00 €	0,25 %
EWV Energie und Wasserversorgungs GmbH	Stammkapital: 18.151.450,00 € Stammeinlage der Stadt Baesweiler: 181.550,00 €	1 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH der StädteRegion Aachen	Stammkapital: 2.303.500,00 € Stammeinlage der Stadt Baesweiler: 5.200,00 €	0,23 %
Energeticon gGmbH	Stammkapital: 26.000,00 € Gesellschaftsanteile der Stadt Baesweiler: 650,00 €	2,5 %
Green GmbH	Stammkapital: 25.000,00 € Stammeinlage der Stadt Baesweiler: 750,00 €	3 %
EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH	Stammkapital : 25.000 ,00 € Stammeinlage der Stadt Baesweiler: 2.500 ,00 €	10 %
EWV Baesweiler GmbH & Co. KG	Stammkapital : 11.000,00 € Stammeinlage der Stadt Baesweiler: 1.100,00 €	10 %
Regio IT Aachen – Gesellschaft für Informationstechnologie mbh	Stammkapital: 307.228,00 € Stammeinlage der Stadt Baesweiler: 3.072,00 €	1 %

Eine Konsolidierung im Rahmen eines Gesamtabchlusses kommt gemäß § 50 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) nur für Betriebe in Betracht, auf die die Gemeinde einen beherrschenden Einfluss (§ 50 Abs. 1 GemHVO) oder zumindest einen maßgeblichen Einfluss (§ 50 Abs. 2 GemHVO) ausübt.

Die Stadt Baesweiler ist an zwei Gesellschaften beteiligt, auf die sie einen beherrschenden Einfluss ausübt: Die Internationale Technologie- und Service-Center Baesweiler GmbH (ITS) (Anteil: 64 %) und die Baesweiler Entwicklungsgesellschaft mbH (BEG) (Anteil: 97,9 %). Zudem kann ein maßgeblicher Einfluss für die Beteiligung an der Baesweiler Baugenossenschaft (Anteil: 32,26 %) angenommen werden.

Genau definierte Kriterien oder Verhältniszahlen für die Beurteilung einer untergeordneten Bedeutung existieren nicht. Als Anhaltspunkt wird in der Literatur in der Regel bei einem Wert von drei bis maximal fünf Prozent von einer untergeordneten Bedeutung eines Betriebes ausgegangen.

Eine ausführliche Überprüfung hat ergeben, dass für die vorab aufgelisteten Beteiligungen keine Konsolidierungsnotwendigkeit besteht und seitens der Stadt Baesweiler auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses gemäß § 116 Absatz 1 GO zum 31.12.2014 verzichtet werden kann. Hierzu wurden Positionen wie die Bilanzsumme, das Anlagevermögen, Verbindlichkeiten, Ertrag, Personalaufwendungen und Abschreibungen entsprechend berücksichtigt und zueinander ins Verhältnis gesetzt (s. Anlage).

Das Ergebnis der Überprüfung wurde der Kommunalaufsichtsbehörde bei der StädteRegion Aachen vorgetragen. Die Behörde bestätigt die Rechtsauffassung der Stadt Baesweiler.

Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Baesweiler stimmt dem Verzicht zur Konzernrechnungslegung für das Jahr 2014 ebenfalls zu.

Dennoch wird die Stadt Baesweiler ihrer Pflicht nachkommen und zu jedem neuen Bilanzstichtag erneut überprüfen, ob die Auffassung von der Befreiung zur Aufstellungspflicht des Gesamtabchlusses noch aufrechterhalten werden kann.

Darstellung der finanziellen Auswirkungen:

keine

Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes

- ja nicht erforderlich
 wird nachgereicht



(Dr. Linkens)
Bürgermeister

Anlage(n):

20160705 - Rat Gesamtabschluss 2014 Tabelle



Vorlage Mitteilungsvorlage		Nr:				
		Datum:	21.06.2016			
		Status:	öffentlich			
Einbringung des Entwurfes des Jahresabschlusses 2015						
Beratungsfolge	Termin	TOP	Einst.	Ja	Nein	Enth.
Stadtrat	05.07.2016	4				

Mitteilung:

Die Gemeinde hat zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft nachzuweisen ist. Er muss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermitteln und ist zu erläutern. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Ihm ist außerdem ein Lagebericht beizufügen (§ 95 GO NRW). Der Entwurf des Jahresabschlusses 2015 wurde gemäß § 95 GO vom Kämmerer aufgestellt und vom Bürgermeister festgestellt. Er wird dem Stadtrat in seiner Sitzung am 05.07.2016 zugeleitet.

Der Haushaltsplan der Stadt Baesweiler sah für das Jahr 2015 im Ergebnisplan ein **Defizit** von 2.121.975,00 € vor.

In der **Ergebnisrechnung** 2015 wurde nun tatsächlich ein **Jahresüberschuss von 110.570,47 €** festgestellt. Dabei sind die Finanzerträge und zu leistenden Finanzaufwendungen berücksichtigt. Gegenüber den Ansätzen des Haushaltsplanes haben sich damit in der Ausführung Verbesserungen von 2.232.545,47 € ergeben. Das vorläufige Ergebnis übertrifft damit nochmals die Prognosen der Budgetberichte vom 30.06.2015 und 31.12.2015, in denen Verbesserungen von 1,4 Mio. € bzw. 2,1 Mio. € prognostiziert wurden.

Insgesamt konnten mit 54.563.099,49 € rund 3,5 Mio. € mehr an Erträgen verbucht werden als veranschlagt. Die vereinnahmte Gewerbesteuer lag rund 915 T€, die Einkommenssteuer rund 201 T€ über den Ansätzen. Im Bereich Asyl konnten rund 800 T€ höhere Erstattungen verbucht werden. Schließlich wurden rund 1,0 Mio. € höhere Erträge aus der Reduzierung bzw. Herabsetzung von Rückstellungen gebucht als veranschlagt.

Die ordentlichen Aufwendungen liegen mit 54.368.746,94 € rund 1,3 Mio. € über den Ansätzen. Es ergeben sich Verbesserungen bei den Personalaufwendungen (+574 T€) und den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (+599 T€) aber auch Verschlechterungen bei den Versorgungsaufwendungen (- 1.010 T€ durch erforderliche Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen), durch höhere Aufwendungen im Bereich Asyl (rund - 400 T€) sowie durch die Wertberichtigung von Forderungen – hauptsächlich im Bereich der Gewerbesteuer – (-761 T€).

Detailliert sind die Abweichungen von den Ansätzen im Lagebericht unter der Rubrik „Ergebnisübersicht und Rechenschaftsbericht“ dargestellt.

Das ordentliche Ergebnis endet mit einem Überschuss von 194.352,55 €; zusammen mit dem Finanzergebnis (-83.782,08 €) ergibt sich in der Gesamtergebnisrechnung der Überschuss von +110.570,47 €.

In der **Finanzrechnung** ergibt sich erstmals seit 2008 erfreulicherweise wieder ein positiver Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit und zwar in Höhe von 756.073,21 €.

Für Investitionen wurden in 2015 4.700.613,54 € verausgabt. Sie wurden finanziert durch Zuwendungen in Höhe von 1.935.341,76 €, durch Veräußerungserlöse von Sachanlagegütern in Höhe von 826.189,20 € sowie durch Beiträge in Höhe von 673.873,00 €. Er verbleibt ein negativer Saldo aus der Investitionstätigkeit von -1.265.209,58 €.

Die Investitionskredite wurden um die planmäßigen Tilgungen in Höhe von 486.184,73 € verringert. Die Höhe des in Anspruch genommenen Kassenkredites lag am 31.12.2015 mit 7.056.771,97 € rund 1,1 Mio. höher als zum 31.12.2014.

Die **Bilanzsumme** zum 31.12.2015 ist mit 183.548.241,12 € rund 650 T€ höher als zum 31.12.2014.

Die Veränderungen der Bilanzpositionen gegenüber dem 31.12.2014 sind im Anhang ausführlich dargestellt. Im Rahmen der zum Stichtag 31.12.2015 durchzuführenden Inventur wurden Differenzen im Liegenschaftsbereich zwischen der Anlagenbuchhaltung und den Liegenschaftskataster bereinigt und gegen die allgemeine Rücklage gebucht. Auch dies ist im Anhang detailliert erläutert.

In der Ratssitzung wird Ihnen der Entwurf der Schlussbilanz mit folgenden Bestandteilen zugeleitet:

- Ergebnisrechnung,
- Finanzrechnung,
- Bilanz,
- Anhang und
- Lagebericht.

Die Teilergebnis- und Teilfinanzrechnungen sind auf Grund des Umfangs von mehreren hundert Seiten nicht beigelegt (die Fraktionsvorsitzenden sowie die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses erhalten jeweils vollständige Jahresabschlussunterlagen).

Der Entwurf des Jahresabschlusses wird gemäß § 101 GO vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüft.

Anschließend wird der geprüfte Jahresabschluss vom Stadtrat durch Beschluss festgestellt. Gleichzeitig wird dann über die Entlastungserteilung beschlossen.


(Dr. Linkens)



Vorlage	Nr:	52/2016
Beschlussvorlage	Datum:	27.06.2016
	Status:	öffentlich

Integrationsplan für die der Stadt Baesweiler zugewiesenen Flüchtlinge;

hier: Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Baesweiler vom 1. Juni 2016

Beratungsfolge	Termin	TOP	Einst.	Ja	Nein	Enth.
Stadtrat	05.07.2016	5				

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Baesweiler nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu den derzeit laufenden und zeitnah geplanten Maßnahmen zur Integration der in Baesweiler lebenden Flüchtlinge zur Kenntnis und unterstützt den seitens der Verwaltung verfolgten Plan zur Integration der hier lebenden Flüchtlinge in den dargestellten Handlungsfeldern. Er fordert die Bundes- und die Landesregierung auf, die für die Integration der Flüchtlinge benötigten Mittel den Kommunen zeitnah zur Verfügung zu stellen.

Darstellung der Sach- und Rechtslage:

Mit dem als Anlage beigefügten Schreiben beantragt die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Baesweiler folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für Baesweiler alle aktuellen und durchgeführten Maßnahmen zusammenzustellen, die sich mit der Integration von Flüchtlingen befassen, um auf dieser Grundlage einen Integrationsplan für die Stadt Baesweiler zu entwickeln, und
2. Das Maßnahmenpaket soll insbesondere die Themen „Beratung, Spracherwerb, Beschäftigung sowie Wohnraum“ umfassen und neben der Verwaltung die sozialen Träger und die ehrenamtlichen Initiativen berücksichtigen.

Gerne stellt die Stadtverwaltung anlässlich dieses Antrages die derzeit laufenden und zeitnah geplanten Maßnahmen vor, die sich mit der Integration von Flüchtlingen befassen, die der Stadt Baesweiler zugewiesen sind, und den seitens der Verwaltung verfolgten Plan zur Integration der hier lebenden Flüchtlinge darstellen. Auch hier ist sich die Stadt Baesweiler wie bei vielen anderen gesellschaftlichen Aufgaben ihrer Verantwortung bewusst und nimmt die Aufgabe der Integration der Flüchtlinge sehr ernst.

Die Aktivitäten lassen sich dabei im Wesentlichen folgenden fünf Handlungsfeldern zuordnen:

1. Unterbringung und Wohnen,
2. Beratung und Begleitung,
3. Spracherwerb und Bildung,
4. Beschäftigung und Ausbildung,

5. Soziale Teilhabe.

Handlungsfeld 1: Unterbringung und Wohnen

a) Möglichst dezentrale Unterbringung

Wie bereits mehrfach in den Sitzungen des Ausschusses für Jugend, Familie, Senioren und Soziales dargestellt, verfolgt die Stadt Baesweiler das Konzept einer möglichst dezentralen Unterbringung. Die der Stadt zugewiesenen Flüchtlinge sind in den städtischen Unterkünften in der Peterstraße (männliche Einzelpersonen, derzeit 69) und Am Bauhof (vorwiegend im Familienverbund in Wohnungen - derzeit 32) sowie in 87 privat angemieteten Wohnungen im gesamten Stadtgebiet untergebracht. Dabei ist festzustellen, dass auf Grund des deutlichen Anstiegs der Flüchtlingszahlen sowie des Mangels an geeignetem Wohnraum insbesondere gegen Ende des Jahres 2015 die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge auch in Baesweiler an eine Grenze gestoßen ist.

Allerdings hat die Stadtverwaltung auch in dieser schwierigen Zeit daran festgehalten, nach Möglichkeit Wohnraum auf dem privaten Markt anzumieten, um so eine Verteilung der Flüchtlinge möglichst auf das gesamte Stadtgebiet zu erreichen, was die Integration der Flüchtlinge in die Gemeinschaft fördern soll. Auf Grund der derzeit stagnierenden Zahl zugewiesener Flüchtlinge wird die Zeit momentan dazu genutzt, verstärkt Flüchtlinge aus den vorhandenen städtischen Unterkünften in privat angemietete Wohnungen umziehen zu lassen.

Mit Schreiben vom 15.06.2016 teilt die Bezirksregierung Arnsberg mit, dass innerhalb der nächsten Wochen wieder in breiterem Rahmen Zuweisungen von Flüchtlingen an die Kommunen erfolgen werden. Hier bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten. Die Verwaltung hält allerdings bereits jetzt Wohnungen für weitere Zuweisungen vor.

Die Stadtverwaltung möchte betonen, dass sie den privaten Vermietern und hier insbesondere der Vivawest GmbH sehr dankbar dafür ist, dass privater Wohnraum für Flüchtlinge in hohem Maße zur Verfügung gestellt wird. Nur durch die bestehenden Kooperationen mit dem privaten Wohnungsmarkt ist es überhaupt möglich, das Konzept der möglichst dezentralen Unterbringung zu verwirklichen.

Gerade die dezentrale Unterbringung ermöglicht die harmonische Integration der Flüchtlinge in die Gemeinschaft der Stadt Baesweiler. Nicht selten sind es Nachbarn, die den Flüchtlingen mit Rat und Tat oder z.B. als Übersetzer oder Alltagshelfer ehrenamtlich zur Seite stehen. Auch ihnen gebührt ein großer Dank.

Darüber hinaus ermöglicht die dezentrale Unterbringung der vielerorts kritisierten starken Segregation und der dadurch bedingten Isolation entgegenzuwirken. Die Flüchtlinge in Baesweiler leben mitten in der Gemeinschaft, sind nicht isoliert und haben Kontakt zur angestammten Bevölkerung. So sind hier insbesondere auch die ehrenamtlichen Initiativen zu nennen, z.B. die der Interessengemeinschaft Loverich/Floverich, die sich intensiv um die in Loverich untergebrachten Flüchtlinge kümmert.

b) Beschleunigung der Asylverfahren

Mit Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW (MIK) vom 17.05.2016 wurde die Bezirksregierung Arnsberg mit der Organisation der Zuführung von Flüchtlingen beauftragt, die noch keinen Asylantrag gestellt haben. Dies sind die Flüchtlinge, die bislang nur im Besitz einer Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender (BÜMA) sind.

Mit weiterem Erlass des MIK vom 07.06.2016 wurden die Ausländerbehörden damit betraut, die Zuführung dieses Personenkreises zu den entsprechenden Stellen (z.B. Außenstelle der Ankunftszentren in Bergheim-Niederaußem) in den jeweiligen Kommunen zu organisieren.

Es gibt in NRW derzeit 109.000 Flüchtlinge mit BÜMA, in der kompletten StädteRegion sind es von insgesamt 6.300 Asylbewerber/innen 3.800 mit BÜMA und in Baesweiler zurzeit 210.

Dieses Problem ist wohl landesweit aufgrund eines erst jetzt bemerkten, nicht funktionierenden Datenaustausches an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aufgetreten.

Ziel ist es nun, dass bis Ende September in der StädteRegion alle Flüchtlinge mit BÜMA zumindest erkennungsdienstlich registriert sind und statt der BÜMA einen sogenannten Ankommensnachweis erhalten - noch keine Aufenthaltsgestattung. Hier werden die Asylbewerber/innen mit BÜMA (nach Kommunen getrennt) in einem ersten Schritt an bestimmten Tagen - beginnend mit Eschweiler/Herzogenrath und Roetgen am 11.07.2016- mit Bussen gesammelt nach Bergheim - Niederaußem gefahren, werden dort erkennungsdienstlich registriert und erhalten ihren Ankommensnachweis.

Die Busse werden seitens der StädteRegion -Ausländeramt-, organisiert. Die Kommunen sind gefordert, die Aufforderung der Asylbewerber/innen zum Termin in geeigneter Weise zuzustellen. Hier wird in Baesweiler eine erste Info bei der Auszahlung am 30. Juni ausgehändigt, da der genaue Termin noch nicht feststeht.

Darüber hinaus muss in den Kommunen sichergestellt werden, dass auch möglichst alle den Termin wahrnehmen, um in Folge bei einem 2. Termin die Asylantragstellung und den Interviewtermin zu gewährleisten.

Die komplette Familie muss diese beiden Termin wahrnehmen. Den Asylbewerber/innen drohen Sanktionen bei Nichterscheinen.

In einem zweiten Schritt werden die Personen dann wie gewohnt vom BAMF angeschrieben und müssen zur Asylantragstellung und zum Interview fahren. Dies wird in der Regel mit einer oder mehreren Übernachtungen verbunden sein. Hier wird, wie auch jetzt schon, der Einzelfall betrachtet werden müssen.

Die Kosten für diese Maßnahmen trägt das Land Nordrhein-Westfalen.

Der logistische Aufwand ist jedoch nur mit einem bewährten und vereinten Zusammenspiel aller Akteure vor Ort zu bewältigen. Wie auch schon im 2. Halbjahr 2015 setzen wir auf die Kooperation der hauptamtlich Tätigen, der ehrenamtlich Tätigen und nicht zuletzt auf das Mitwirken der Asylbewerber/innen in Baesweiler, die Dank der gut funktionierenden Gemeinschaft bereits jetzt wichtige Schritte zur Integration vollzogen haben.

c) Wohnsitzauflage

Das Bundeskabinett hat zwischenzeitlich den Weg für das Integrationsgesetz frei gemacht. Mit dem Gesetz erhalten die Länder die Möglichkeit, -anders als bisher- auch anerkannten Flüchtlingen für eine bestimmte Zeit den Wohnort vorzugeben. Diese Wohnsitzauflage soll für drei Jahre befristet eingeführt, aber rückwirkend zum 1. Januar 2016 in Kraft treten. Flüchtlinge, die bereits Arbeit oder Ausbildung gefunden haben, sollen allerdings davon ausgenommen werden. Bedingung ist, dass sie mindestens 15 Stunden pro Woche arbeiten und im Monat mindestens 712 Euro verdienen. Gleichzeitig haben die Länder dem Entwurf zufolge auch die Möglichkeit, eine Zuzugssperre zu verhängen, etwa um eine Segregation und Isolation zu vermeiden.

Sollte die Wohnsitzauflage so beschlossen werden, kommt der Stadt Baesweiler und den Flüchtlingen die bereits jetzt praktizierte dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge auch weiterhin zu Gute, da eine Vermittlung auf dem privaten Wohnungsmarkt erleichtert wird und im Einzelfall für eine gewisse Übergangszeit auch ein Verbleib in den angemieteten Wohnungen möglich sein wird.

Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass es männliche Einzelpersonen bisher

nach ihrer Anerkennung eher in Richtung der Großstädte zog. Bei Familien hing diese Entscheidung davon ab, wo sich andere Familienmitglieder in Deutschland aufhielten. Es hielt sich die Waage, ob die Familien sich für Baesweiler oder für andere Städte als Wohnort entschieden. Familien, die jedoch hier in Baesweiler schon Wurzeln gefasst haben, z.B. Kinder waren bereits eingeschult, entschieden sich eher für Baesweiler als Wohnort.

d) Verstärkter sozialer Wohnungsbau

Um den auch durch den Flüchtlingszuzug gestiegenen Wohnraumbedarf zu decken, setzt die Stadt zudem auf begleitende Maßnahmen im sozialen Wohnungsbau. So nehmen erfreulicherweise in den letzten Monaten auch die Anfragen Privater zu, die sich gerade aufgrund gestiegener Wohnraumfördersätze für den sozialen Wohnungsbau in der Stadt Baesweiler interessieren und gerne neue geförderte Wohneinheiten schaffen möchten. Die Stadt Baesweiler unterstützt diese Vorhaben unter Beachtung städtebaulicher Aspekte und des konkreten Bedarfes am jeweiligen Standort durch entsprechende Stellungnahmen (Bedarfsaussagen) nach den Wohnraumförderbestimmungen zur Vorlage bei der Wohnraumförderstelle (StädteRegion Aachen).

Dabei liegt der Schwerpunkt -ohne spezifische Konzentration auf Flüchtlinge- auf dem „allgemeinen“ sozialen Wohnungsbau. Selbstverständlich stehen so geschaffene Wohnungen unter den allgemeingültigen Voraussetzungen (z.B. Einkommensgrenzen, Relation von Personenzahl und Wohnungsgröße) auch für anerkannte Flüchtlinge zur Verfügung.

Daneben hat die Stadt bauplanungsrechtlich allerdings nur wenige Einflussmöglichkeiten auf die Schaffung von sozialem Wohnraum. Wie bereits ausführlich im Rahmen der Beschlussfassung über den Bebauungsplan Nr. 106 - Baesweiler Süd-West I -, Stadtteil Baesweiler, dargelegt, können nach § 9 Abs. 1 Nr. 7 BauGB im Bebauungsplan aus städtebaulichen Gründen zwar Flächen festgesetzt werden, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude, die mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung gefördert werden könnten, errichtet werden dürfen. Dies bedeutet nach der Kommentierung (Ernst/Zinkahn/Bielenberg, § 9 BauGB, Rn. 76), dass die Wohngebäude die Voraussetzungen erfüllen müssen, die nach den einschlägigen Vorschriften der sozialen Wohnraumförderung verlangt werden. Als Festsetzung kommt eine Festsetzung in der Weise in Betracht, dass nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die die gebäudebezogenen Anforderungen der sozialen Wohnungsförderung erfüllen. Die Festsetzung kann sich auch auf die teilweise Errichtung von Wohngebäuden beziehen.

Rechtsfolge einer Festsetzung nach Nr. 7 ist, dass nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die die Anforderungen der entsprechenden gebäudebezogenen Fördervoraussetzungen erfüllen. Dies sind nach den aktuellen Wohnraumförderbestimmungen des Landes NRW, z.B. Anforderungen an städtebaul. Qualitäten, Barrierefreiheit, Wohnungsgrundrisse und Wohnfläche (jeweils bezogen auf die Anzahl der Zimmer).

Nr. 7 umfasst aber nicht die Verpflichtung des Grundstückseigentümers, Mittel der sozialen Wohnraumförderung in Anspruch zu nehmen, auch nicht, ein Angebot auf Förderung durch die für soziale Wohnraumförderung zuständige Stelle anzunehmen. Wohngebäude, die auf Flächen errichtet werden, für die Festsetzungen nach Nr. 7 getroffen sind, unterliegen den Bindungen nach dem Wohnraumförderungsgesetz nur, wenn Fördermittel in Anspruch genommen werden (so Ernst/Zinkahn/Bielenberg, a.a.O., Rn. 79).

Niemand kann also durch Festsetzung im Bebauungsplan gezwungen werden, mit Mitteln der Wohnraumförderung zu bauen. Angesichts der Zinslage und auch der Beschränkungen bei Inanspruchnahme der Wohnraumförderung (WBS, Mietpreisbindung etc.) wird sich jeder Grundstückseigentümer genau überlegen, ob er die Förderung in Anspruch nehmen will. Dies gilt zumindest für einen Angebotsbebauungsplan, bei dem es viele verschiedene Grundstückseigentümer gibt.

Da sich o.g. Plangebiet weder im Eigentum noch in der Hand eines Vorhabenträgers befindet,

wurde folgende Vorgehensweise beschlossen:

- in Teilbereichen des Bebauungsplanes wurde Geschosswohnungsbau festgesetzt, der die Fördervoraussetzungen des sozialen Wohnungsbaus erfüllt,
- für Bauflächenanteile, die der Stadt im Umlegungsverfahren zugeordnet werden, wird eine Zuteilung im Bereich des Geschosswohnungsbaus angestrebt. Für diese Fläche wurde eine Selbstbindung bzgl. des sozialen Wohnungsbaus beschlossen, der beim Verkauf der Fläche vertraglich zu sichern ist.

Hierdurch wird die Stadt auch einen eigenen Beitrag zur Schaffung sozialen Wohnraums leisten. Im Bebauungsplan 106 „Baesweiler Südwest I“ werden ca. 18 % der Flächen für den sozialen Wohnungsbau festgesetzt.

Handlungsfeld 2: Beratung und Begleitung

a) Aufstockung städtisches Personal

Die Stadtverwaltung hat das Personal, welches im Bereich der Flüchtlingsbetreuung tätig ist, insbesondere auf Grund des großen Anstieges der Flüchtlingszahlen gegen Ende des Jahres 2015 deutlich aufgestockt. In der Verwaltung sind derzeit insgesamt 3 Sachbearbeiterinnen plus Amtsleitung mit der Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge beschäftigt. Neben der Leistungsgewährung nimmt insbesondere die Beschaffung von Unterbringungsmöglichkeiten, die Beschaffung von Wohnungsausstattung sowie die Hilfestellung bei allen in Betracht kommenden Problemlagen der Flüchtlinge einen Großteil der Arbeit ein.

Im Außendienst sind 2 Teams eingesetzt, jeweils ein Festangestellter und ein Bundesfreiwilligendienstleistender, die sich hauptsächlich um die Herrichtung der Wohnungen, aber auch um die Betreuung der Flüchtlinge vor Ort kümmern. Dabei sind diese Außendienstmitarbeiter über die Hausmeisterdienste und technische Hilfestellung hinaus auch Vertrauensperson und Ansprechpartner für die Flüchtlinge. Sowohl der Innen- als auch der Außendienst der Verwaltung hat einen guten Kontakt zu den Flüchtlingen und steht ihnen bei auftretenden Problemen stets zur Seite.

b) Großer Kreis ehrenamtlich Tätiger

Auf Grund einer städtischerseits unterstützten Initiative wurde ein ehrenamtlicher Helferkreis gegründet, dem mittlerweile über 40 Personen angehören. Bei dem ehrenamtlichen Helferkreis für Flüchtlinge, aus dem u.a. das „Café Willkommen“ hervorgegangen ist, handelt es um eine Kooperation zwischen dem Nachbarschaftstreff Setterich, der Katholischen Kirchengemeinde St. Marien und der Stadt Baesweiler. Die ehrenamtliche Tätigkeit ist sehr vielfältig, sie reicht von der Betreuung der Flüchtlinge im Café Willkommen bis hin zur Einzelfallhilfe für Familien und Einzelpersonen. Die Helfer/innen organisieren Deutschkurse, Ausflüge, geselliges Beisammensein, Kleider- und andere Sachspenden oder sind auch als Dolmetscher tätig. Sie sind sogar aktiv in der Akquise von Spendengeldern für die Flüchtlingsarbeit. Auch einige Flüchtlinge engagieren sich mittlerweile selbst ehrenamtlich in diesem Helferkreis, was ebenfalls ein schönes Zeichen der Integration ist. Daneben hat auch das Team des Nachbarschaftstreffs Setterich seit vielen Jahren eine Beratung für Flüchtlinge eingerichtet und betreut diese sehr intensiv.

Die Ehrenamtler/innen wurden im Zuge der Gründung des Helferkreises im letzten Jahr durch fachkundige Referenten/innen geschult. Die Schulungsmaßnahmen zu Themen wie „Interkulturelle Sensibilisierung“, „Traumatisierung von Flüchtlingen“, „Grundlage des Asylrechts“ sowie „Rechte und Pflichten im Ehrenamt“ wurden durch die Stadt Baesweiler in Kooperation mit der Katholischen Kirchengemeinde St. Marien und dem Nachbarschaftstreff organisiert. Für 2016 sind weitere Schulungsmaßnahmen geplant.

Neben der Flüchtlingsberatung bietet der Nachbarschaftstreff Setterich Deutschkurse sowie Hausaufgabenbetreuung an. Darüber hinaus werden mit der Gruppe für Ausländerfreundlichkeit u.a. Kontakte zu ausländischen Mitbürger/innen aufgebaut, die Flüchtlinge werden bei Behördengängen begleitet, sie erfahren Unterstützung bei der Alltagsbewältigung und Hilfe bei der Kontaktaufnahme zu anderen lokalen und regionalen Gruppen.

Des Weiteren unterhält der Nachbarschaftstreff Setterich einen Kleiderladen, in dem gut erhaltene Kleidung -aus zweiter Hand- gegen einen kleinen Obulus abgegeben wird. Der Kleiderladen ist aber auch ein Ort der Begegnung, den die in Baesweiler lebenden Flüchtlinge gerne aufsuchen.

Eine weitere Bereicherung für die Flüchtlingsarbeit werden die derzeit noch in der Gründungsphase befindlichen „Willkommensbegleiter für Flüchtlinge“ sein. Hierbei geht es um den Aufbau eines Kreises von ehrenamtlichen Alltagsbegleitern für geflüchtete Menschen, ähnlich dem bereits bestehenden Projekt „Familienpaten des Caritasverbandes Aachen“. Träger werden der Caritasverband Aachen und die Kath. Kirchengemeinde St. Marien in Kooperation mit der Stadt Baesweiler sein. Das Projekt, das von einer fremdsprachigen Honorarkraft als Kulturvermittler begleitet werden wird, soll auch aus dem Verfügungsfonds „Soziale Stadt“ finanziell unterstützt werden.

c) Betreuungskräfte des DRK - Sozialarbeit

Auch das DRK (Haus Setterich) ist in die Betreuung der Flüchtlinge mit eingebunden. So hat sich bereits in der Vergangenheit eine durch die Vivawest-Stiftung geförderte Teilzeitkraft auch mit um die Flüchtlingsbetreuung gekümmert und hat insbesondere durch aufsuchende Gespräche die Bedarfe der Flüchtlinge erfragt, Kontakte geknüpft und allgemein zu den Bereichen „Sprachförderung, Gesundheitsförderung, Integration und Teilhabe“ beraten.

Zwischenzeitlich wurde -gerade auch im Hinblick auf die deutlich gestiegene Zahl der Flüchtlinge und insbesondere im Hinblick auf die Unterbringung in den Gebäuden im Breslauer Weg- eine weitere soziale Betreuung für die Flüchtlinge durch das DRK, Kreisverband Städteregion Aachen e.V., eingerichtet, welche mit städtischen Mitteln gefördert wird. Hier wurde eine studierte Sozialarbeiterin als Ansprechpartnerin gefunden, die als Halbtagskraft täglich mit den Flüchtlingen in Kontakt kommt und konkret vor Ort sich um die Probleme und die Betreuung der Flüchtlinge kümmert, aber auch als Vermittlerin bei Problemen mit Anwohnern und der (angestammten) Bevölkerung bereitsteht. Diese Kraft hat ihre Tätigkeit seit Mitte April aufgenommen. Auch hier erfolgt eine sehr intensive Zusammenarbeit mit dem Team des Sozialamtes.

In diesem Zusammenhang hat die Stadt Baesweiler einen Förderantrag aus dem Programm KOMM-An NRW für das Jahr 2016 zur Einrichtung eines Ankommenstreffpunktes für Flüchtlinge gestellt. Dieser Ankommenstreffpunkt soll Räumlichkeiten bieten, die als Begegnungs- und Kommunikationsort dienen. Hier soll ein Zusammenkommen der Flüchtlinge mit Bürger/innen sowie Vertreter/innen freier Träger und anderen Akteuren ermöglicht werden. Hierdurch soll auch das große ehrenamtliche Engagement unterstützt werden. In dem Ankommenstreffpunkt sollen Aktivitäten stattfinden, die Flüchtlinge nach ihrer Ankunft in Baesweiler helfen, sich räumlich, sprachlich, sozial und kulturell zu orientieren. Dabei soll es sich um niederschwellige Angebote handeln, die der Information z.B. über grundgesetzliche und kulturelle Werte in Deutschland, der sprachlichen Verständigung, dem gemeinsamen Verstehen und Erleben und der Durchführung gemeinsamer Freizeitaktivitäten dienen.

Des Weiteren hat das DRK eine weitere halbe Stelle -gefördert aus dem Bundesprogramm „Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer“ (MBE)- in Baesweiler ausgeschrieben. Hierüber soll nochmals eine verstärkte Beratung von Menschen mit Migrationshintergrund ermöglicht werden.

d) APP Ankommen

Das Land NRW hat eine offizielle App, namens „Welcome to NRW“, für Flüchtlinge ins Leben gerufen. Sie bündelt allgemeine und grundlegende Informationen und soll den Schutz suchenden Menschen dabei helfen, sich in Nordrhein-Westfalen zu orientieren und zurechtzufinden. Im Mittelpunkt dieser APP steht ein Fragen-und-Antworten-Katalog, der sich auf das Ankommen, das Asylverfahren und das Leben in Nordrhein-Westfalen erstreckt. Die Themenbandbreite reicht vom Asylverfahren über Gesundheitsfragen bis hin zu den Bereichen Sport und Wohnen. Die bereitgestellten Informationen werden in den Sprachen Englisch, Französisch, Hocharabisch und Deutsch angeboten und sind in Teilen auch offline erreichbar.

Die APP kann auf der Website www.welcome-to.nrw/app heruntergeladen werden. Das Sozialamt weist die Flüchtlinge auf diese Informationsmöglichkeit hin.

e) Weitere Maßnahmen

Darüber hinaus hat die Stadt zwischenzeitlich 2 AGH-Stellen beim Jobcenter beantragt, um zum einen die bauliche Betreuung der Unterkünfte, aber auch die soziale Betreuung der Flüchtlinge zu verstärken. Nach Genehmigung dieser AGH-Stellen finden derzeit auf Vermittlung des Jobcenters entsprechende Vorstellungsgespräche statt.

Handlungsfeld 3: Spracherwerb und Bildung

a) Bildung im Elementarbereich (KiBiz)

Zunächst kann festgestellt werden, dass Flüchtlingskinder in der Regel zeitnah einen KiTa-Platz erhalten. Die Flüchtlinge werden von den Mitarbeiterinnen im Sozialamt frühzeitig darauf hingewiesen, dass ein entsprechendes Angebot besteht. Im Haus Setterich ist in Trägerschaft des DRK zusätzlich eine Mutter-Kind-Spielgruppe zur Heranführung an die KiTas bzw. zur Überbrückung eingerichtet worden. Es besteht eine enge Kooperation mit den Settericher KiTas.

Hinsichtlich der Sprachförderung gilt die Regelung des § 13c Kinderbildungsgesetz (KiBiz):

„(1) Zur Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages gehört die kontinuierliche Förderung der sprachlichen Entwicklung. Sprachbildung ist ein alltagsintegrierter, wesentlicher Bestandteil der frühkindlichen Bildung. Sprache ist schon in den ersten Lebensjahren das wichtigste Denk- und Verständigungswerkzeug. Die Mehrsprachigkeit von Kindern ist anzuerkennen und zu fördern. Sie kann auch durch die Förderung in bilingualen Kindertageseinrichtungen oder bilingualer Kindertagespflege unterstützt werden.

(2) Die sprachliche Entwicklung ist im Rahmen dieses kontinuierlichen Prozesses regelmäßig und beginnend mit der Beobachtung nach § 13b Absatz 1 Satz 4 unter Verwendung geeigneter Verfahren zu beobachten und zu dokumentieren. Die Sprachentwicklung soll im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten auch in anderen Muttersprachen beobachtet und gefördert werden.

(3) Die pädagogische Konzeption nach § 13a muss Ausführungen zur alltagsintegrierten kontinuierlichen Begleitung und Förderung der sprachlichen Bildung der Kinder und zur gezielten individuellen Sprachförderung enthalten.

(4) Für jedes Kind, das eine besondere Unterstützung in der deutschen Sprache benötigt, ist eine gezielte Sprachförderung nach dem individuellen Bedarf zu gewährleisten.“

Der Gesetzgeber geht davon aus, dass Kinder in KiTas bis zum Schuleintritt die deutsche Sprache erwerben und dann dem Unterricht werden folgen können. Inhaltlich und personell sind die KiTas in der StädteRegion auch in der Lage, diesen Auftrag zu erfüllen. Die Erfahrung in der Praxis zeigt, dass die kleinen Kinder die deutsche Sprache sehr schnell lernen.

Eine Testung durch die Schulen findet nur noch in den Fällen statt, in denen ein Kind im vierten

Lebensjahr noch keine KiTa besucht. Ein solcher Test ist im laufenden Jahr nur in ganz wenigen Einzelfällen erforderlich gewesen; dabei handelte es sich nicht in erster Linie um Kinder aus Flüchtlingsfamilien.

Flüchtlingskinder, die für einen Kindergartenplatz angemeldet werden, erhalten in der Regel zeitnah auch einen Platz. Die Situation hat sich durch die nicht weiter ansteigenden Zahlen derzeit entspannt. Dennoch hat das Jugendamt der StädteRegion Aachen auch bereits Vorsorge für den Fall getroffen, dass wieder mehr Flüchtlinge ankommen sollten.

Darüber hinaus gibt es im Elementarbereich noch diverse Sprachförderangebote, die natürlich auch den Kindern aus Flüchtlingsfamilien zu Gute kommen:

aa) Rucksack KiTa - Ein Konzept zur Sprachförderung und Elternbildung im Elementarbereich

„Rucksack“ ist ein Bildungs- und Lernprogramm mit einem umfangreichen Angebot an Spiel- und Übungsmaterialien. Ziel von „Rucksack“ ist das Erweitern der Erzieherkompetenz der Eltern und die systematische Sprachförderung von Kindern im Alter von 4 bis 6 Jahren auf der Grundlage eines ganzheitlich-mehrdimensionalen Konzepts.

Das Programm „Rucksack“ geht die Förderung von Kindern im Elementarbereich mehrdimensional und systemisch an: Es berücksichtigt die Entwicklung der Kinder in Bezug auf ihre Lebenswelt und ihre Familie. Es hat ebenso das Bildungssystem „Kindertagesstätte“ und die in ihm Agierenden im Blick. Mütter, Erzieherinnen und Erzieher werden Partner für die Sprachförderung der Kinder. Rucksack zielt auf die Förderung der Muttersprachenkompetenz, auf die Förderung des Deutschen und auf die Förderung der allgemeinen kindlichen Entwicklung ab. Dabei werden die Mütter als Expertinnen für das Erlernen der Erstsprache angesprochen, nicht orientiert an ihren Defiziten, sondern an ihren Stärken. Fortschritte, Interessen und Stärken sollten zwischen Erzieherin und Eltern ausgetauscht werden. Beide sind für die Entwicklung der Kinder verantwortlich. Beide können etwas zum Fortschritt der Kinder beitragen. Kinder können mehr, wenn sie in ihrer Entwicklung herausgefordert werden. Wenn sich Erzieherin und Eltern ergänzen, nutzt das den Kindern mehr, als wenn jeder für sich agiert. Bildungsferne Eltern können im Laufe von neun Monaten lernen, wie sie ihre Erzieherkompetenzen zum Wohle ihrer Kinder verfeinern können.

Was ein Kind in den ersten Jahren seines Lebens erlebt, ist entscheidend für seine Zukunft, doch die optimalen Lernphasen enden sehr früh: Diese kurze Zeit sollte optimal genutzt werden - am besten in der Familie und in der Kindertageseinrichtung; so kann man die besten Voraussetzungen für eine optimale Entwicklung des Kindes schaffen.

bb) Griffbereit

Familien mit Migrationshintergrund können, wenn sie entsprechend informiert sind, ihren Anteil zum Fortschritt ihrer Kinder beitragen. Mit dem Programm „Griffbereit“ können Eltern lernen, wie sie ihre Erzieherkompetenzen zum Wohle ihrer Kinder ausbauen, verfeinern und sichern können.

Kinder lernen das am besten, was sie selbst ausprobieren und unmittelbar erfahren. Kinder lernen schneller, wenn ein vertrauter Erwachsener ihre Sprech- oder Bewegungsversuche begeistert kommentiert. Kinder verbinden dann mit neuen Wörtern, Satzstrukturen oder Aktivitäten ein positives Gefühl und behalten sie besser, wenn jemand, mit dem sie eine tiefe Beziehung verbindet, sie begleitet.

Griffbereit ist ein Programm, das zum einen auf die Förderung der allgemeinen kindlichen Entwicklung im Alter von eins bis drei abzielt, zum anderen auf die Förderung der Muttersprachenkompetenz.

Griffbereit kann aber auch zweisprachig weitergegeben werden, d.h. die Einweisung in das Material kann in der Muttersprache und in Deutsch erfolgen und beinhaltet in der zweisprachigen Durchführung die Chance der „gelebten Integration“.

Das Erlernen grammatischer Strukturen der Muttersprache wird bereits in den ersten 3

Lebensjahren zugrunde gelegt. Von dieser ersten Phase hängt das erfolgreiche Erlernen weiterer Sprachen ab. Für viele Kinder aus Zuwandererfamilien ist Deutsch die Zweitsprache, die sie allerdings für das Bestehen ihrer Schullaufbahn so sicher wie die Erstsprache beherrschen müssen.

Griffbereit ist ein Programm, das die Muttersprachenkompetenz, erste Deutschkenntnisse und die Allgemeinentwicklung bei 1-3 jährigen Kindern fördern will. Die Akteure im Griffbereit-Programm sind die Mütter selbst: Sie sind die ersten Sprachvorbilder und haben den engsten Bezug zu ihren Kindern im Alltag. Mit Griffbereit lernen sie, ihre Kinder beiläufig und regelmäßig in entwicklungsfördernde Kommunikations- und Sprachspiele zu verwickeln.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass soweit es den Jugendamtsbereich und die Stadt Baesweiler betrifft, die Flüchtlingskinder in den KiTas gut (quantitativ und qualitativ) versorgt sind und am Bildungssystem teilnehmen.

b) Schulischer Bereich

Im laufenden Schuljahr 2015/16 ist die Zahl der Flüchtlinge hier in Baesweiler insbesondere Ende 2015 deutlich angestiegen. Damit verbunden ist auch ein Zuzug von Kindern und Jugendlichen aus Kriegs- und Krisengebieten im schulpflichtigen Alter.

Vor diesem Hintergrund hat zunächst die GHS Goetheschule ein Konzept entwickelt, um diesen Schüler/innen den Einstieg in das Schulleben zu erleichtern und sie möglichst schnell in die Lage zu versetzen, eine Regelklasse besuchen zu können.

Ursprünglich war das Konzept auch für Kinder im Grundschulalter angelegt. Diese Kinder werden jedoch zwischenzeitlich in 2 Deutsch-Intensiv-Kursen mit je 15 Kindern an der GGS St. Barbara in Setterich gefördert. Hierfür steht eine zusätzliche Lehrkraft zur Verfügung. Der Schwerpunkt des Angebots ist auf Kinder des 3. und 4. Schuljahres ausgerichtet, um sie auf einen möglichst reibungslosen Wechsel zu einer weiterführenden Schule vorzubereiten. An den Kursen in der Barbaraschule nehmen auch Kinder anderer Baesweiler Grundschulen teil.

Gemeinsam wird hier auf handlungsorientierte, spielerische Weise mit einer großen Portion Spaß Deutsch gelernt. Hier kommt jeder zu Wort! Wichtige Themen sind z.B. Schule, Körper, Einkaufen, Verkehr, Zahlen und Farben. Zur Unterstützung der Barbaraschule werden seitens des Amtes für Kinder, Jugend und Familienberatung der StädteRegion die Möglichkeiten von Erziehungsberatung, Allgemeinem Sozialen Dienst, Schulpsychologie und Schul-Sozialarbeit im Bedarfsfalle angeboten und genutzt.

Die Goetheschule hatte zunächst 3 Gruppen mit jeweils bis zu 12 Schüler/innen vorgesehen. Personell können jedoch derzeit nur 2 Gruppen mit aktuell 18 Teilnehmern versorgt werden. Ein Antrag auf Personalverstärkung in diesem Bereich ist seitens der Stadt Baesweiler nach Beratung und Beschlussfassung im Schulausschuss am 01.03.2016 an die Schulaufsicht gerichtet worden. Insoweit ist damit zu rechnen, dass im nächsten Schuljahr 3 Gruppen angeboten werden können, die konzeptionell, räumlich und finanziell gesichert sind. Für spezielle Lernmittel, die über den Grundbedarf hinaus sinnvoll eingesetzt werden können, hat die VivaWest Stiftung der Schule 5.000,00 € zur Verfügung gestellt.

An beiden Schulen wird mit großem Engagement aller Beteiligten daran gearbeitet, den Kindern und Jugendlichen ein wirkliches Ankommen zu erleichtern. Neben dem elementar wichtigen Spracherwerb geht es dabei auch um das Vermitteln sozialer Kompetenzen.

Ein Anpassen der Platzkapazitäten und der Inhalte auf der Grundlage der Erfahrungen wird bei solchen Angeboten immer wieder erforderlich sein.

c) Erwachsenenbereich

aa) Freiwillige Sprachkurse von verschiedenen Kooperationspartnern

VHS

Die Volkshochschule Nordkreis Aachen bietet ab Herbst 2016 erneut eine Vielzahl von Deutschkursen für Flüchtlinge unabhängig von der Nationalität an. Die Deutschkurse werden in unterschiedlichen Niveaustufen angeboten. Der Anfängerkurs, der am 07.09.2016 und 13.09.2016 in Alsdorf sowie am 08.09.2016 in Herzogenrath startet, findet zwei Mal pro Woche à 2 Stunden statt. Für Leistungsbezieher nach dem AsylbLG gibt es eine Ermäßigung von 75 % auf die Teilnahmegebühr. Anmeldungen zu diesem Kurs sind ab sofort möglich. Die Anmeldeformulare liegen in der Geschäftsstelle Baesweiler, Mariastraße 2, aus. Das Sozialamt ist bei der Anmeldung behilflich.

Darüber hinaus wurden im vergangenen Jahr Deutschkurse für Flüchtlinge aus Syrien, Irak, Iran und Eritrea über die Bundesagentur für Arbeit finanziert, u.a. in Kooperation mit der VHS.

In diesen Sprachkursen sollen Flüchtlingen, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, Grundkenntnisse der deutschen Sprache innerhalb von 8 Wochen vermittelt werden. Diesen Kurs schließen die Teilnehmer mit einem Zertifikat ab. Die Lehrgangskosten sowie Fahrtkosten werden von der Bundesagentur für Arbeit übernommen. Die VHS gewährt für Leistungsbezieher nach dem AsylbLG eine Ermäßigung von 75 %.

Nachbarschaftstreff Setterich

Beim Nachbarschaftstreff Setterich werden ebenfalls Sprachkurse für Flüchtlinge angeboten. Diese finden montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr statt. Die Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene laufen über drei Monate. An den Kursen können Flüchtlinge aus allen Herkunftsländern teilnehmen. Um an diesen Kursen teilnehmen zu können, muss man sich beim Nachbarschaftstreff Setterich, Hauptstraße 64 in 52499 Baesweiler-Setterich anmelden.

In Kooperation mit der Volkshochschule Nordkreis Aachen hat der Nachbarschaftstreff Setterich zudem einen weiteren Deutschkurs in seinen Räumlichkeiten ins Leben gerufen. Der Deutschkurs richtet sich an Migranten mit fortgeschrittenen Deutschkenntnissen (unabhängig von ihrer Nationalität) und findet zwei Mal wöchentlich statt (Teilnahmebedingungen).

Haus Setterich

Mithilfe von Spenden des LionsClub Baesweiler, des DRK Kreisverband Städteregion Aachen e.V. über PS-Sparen sowie des Erlöses des Benefiz-Fußballturniers des Junggesellenvereins Baesweiler konnte ab dem 20.06.2016 ein Deutschkurs für Asylbewerberinnen mit Kindern im Haus Setterich gestartet werden. Der Kurs findet montags und donnerstags von 9.00 Uhr bis 11.15 Uhr statt. Er läuft zunächst über einen Zeitraum von 20 Wochen. Der Kurs ermöglicht es Müttern, Deutsch zu lernen, während ihre Kinder in Einrichtungen bzw. im Haus Setterich durch eine zertifizierte Tagesmutter betreut werden. Auf Grund der unterschiedlichen Vorkenntnisse und Bildungserfahrung steht eine differenzierte Sprachvermittlung im Vordergrund. Die Lehrinhalte werden methodisch konkret auf die teilnehmenden Frauen angepasst. Es wird ein Kostenbeitrag i.H.v. 10,00 € pro Monat erhoben.

Darüber hinaus findet im Haus Setterich in Kooperation mit der evangelischen Kirchengemeinde Setterich-Siersdorf ein Deutschtreff, kombiniert mit einem Selbstlernzentrum statt, und zwar unter Anwendung der Sprachsoftware Rosetta Stone.

Deutschlernheft

Mit Hilfe einer Spende der Türkisch-Islamischen Gemeinde Baesweiler e.V. konnten zudem 150 Deutschlernhefte für die Flüchtlinge in der Sprache „arabisch – deutsch“ sowie 50 Exemplare in der Sprache „englisch – deutsch“ gedruckt werden. Das Deutschlernheft wurde von der Flüchtlingshilfe München e.V. erstellt und den Kommunen zur Verfügung gestellt. Die Deutschlernhefte werden vorrangig an die Personen ausgehändigt, die aktuell keinen Zugang zu Sprachkursen haben, um auf diesem Wege den Spracherwerb in Eigeninitiative zu fördern. Das

Deutschlernheft wurde zudem um eine kleine Übersicht mit den Hilfsangeboten in Baesweiler erweitert.

Derzeit befindet sich das Sozialamt in Gesprächen mit weiteren Sprachkursanbietern, um nach Möglichkeit noch weitere freiwillige Angebote zu schaffen.

bb) Vorbereitungskurs auf Arbeit bzw. Ausbildung (Low-Tec)

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales fördert zusammen mit der ESF-Förderung im Rahmen der Integrationsrichtlinie Bund ein Projekt namens VORTEIL AACHen-DÜREN. In diesem Projekt haben junge Flüchtlinge oder Asylsuchende, die schon über relativ gute Deutschkenntnisse verfügen, die Möglichkeit, sich auf eine Ausbildung bzw. Arbeit vorzubereiten. Sie sind wöchentlich 35 Stunden im Projekt und arbeiten in Werkstätten unter fachlicher Anleitung von Handwerksmeistern, werden pädagogisch betreut und erhalten in der Woche mindestens 8 Stunden Sprachförderung durch den Kooperationspartner Sprachakademie Aachen.

Das Projekt findet in Aachen statt. Zwar werden die Fahrtkosten nicht im Rahmen der Projektförderung erstattet, allerdings erhalten die Leistungsbezieher nach AsylbLG ein ermäßigtes sogenanntes „Mobil-Ticket“, mit welchem Sie innerhalb der StädteRegion Aachen fahren können.

Der aktuelle Kurs läuft noch bis August 2016. An diesem Kurs nehmen zur Zeit drei Teilnehmer aus Baesweiler teil. Im Anschluss an diesen Kurs beginnt eine neue Gruppe. Das Projekt läuft drei Jahre und bietet den jungen Leuten beruflich und damit auch privat eine Perspektive. Die Teilnahme an diesem Projekt ist nicht nur auf Asylsuchende mit hoher Bleibeperspektive (Syrier, Iraner, Iraker und Eritreer) begrenzt. Allerdings wird bei jeder Anmeldung im Einzelfall geprüft, wie hoch die Bleibeperspektive ist und wie realistisch eine Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt ist.

cc) Integrationskurse

Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge können Asylbewerber Anträge auf Zulassung zur Teilnahme an einem Integrationskurs stellen. Hierzu muss man eine Aufenthaltsgestattung und die Staatsangehörigkeit der Herkunftsländer Iran, Irak, Syrien oder Eritrea besitzen. Zudem können Ausländer, bei denen die Abschiebung auf Grund dringender bzw. persönlicher Gründe oder auf Grund erheblicher öffentlicher Interessen vorübergehend ausgesetzt wird (Duldung gemäß § 60 a Abs. 2 Satz 3 AufenthG) sowie Personen, die auf Grund einer aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglichen Ausreise eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben (§ 25 Abs. 5 AufenthG) einen Antrag stellen. Die Teilnahme von Kindern, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, die noch schulpflichtig sind, ist ausgeschlossen. Die potentiellen Teilnehmer erhalten bei der Ausländerbehörde einen Berechtigungsschein für die Teilnahme am Integrationskurs. Mit diesem können sich die Interessierten einen Integrationskursträger aussuchen.

Der Integrationskurs besteht aus einem Sprach- und einem Orientierungskurs. Vor Beginn des Integrationskurses wird ein Einstufungstest durch den Kursträger durchgeführt. In Baesweiler sind die VHS Nordkreis Aachen sowie der Akademische Verein zu Euregio e.V. Kursträger. Mit Bestehen des Abschlusstestes erhalten die Teilnehmer das „Zertifikat Integrationskurs“. Die Teilnahme an dem Integrationskurs ist kostenlos. Befindet sich der Kursort mehr als 3 km von der Wohnung des Teilnehmers entfernt, so kann man vom Bundesamt einen Zuschuss zu den Fahrtkosten erhalten. Weitere Voraussetzung für die Bezuschussung ist die regelmäßige Teilnahme am Kurs.

Am 05.09.2016 startet über die VHS ein weiterer Integrationskurs in Baesweiler.

Handlungsfeld 4: Beschäftigung und Ausbildung

Der Zugang Asylsuchender und Geduldeter zur Erwerbstätigkeit und Ausbildung ist im Wesentlichen von den rechtlichen Bedingungen des Arbeitsmarktzugangs abhängig, die im Folgenden vereinfacht zusammengefasst werden.

a) Rechtliche Grundlagen

Zunächst ist festzuhalten, dass die Möglichkeiten einer Ausbildung und Erwerbstätigkeit von Asylbewerbern und geduldeten Flüchtlingen klar zu unterscheiden sind von denjenigen anerkannter Asylberechtigter und subsidiär Geschützter. Für letztere gilt gemäß § 25 Abs. 1 und 2 Aufenthaltsgesetz keine Einschränkung für die Ausübung einer (selbstständigen oder unselbstständigen) Erwerbstätigkeit oder die Aufnahme einer Ausbildung, eines Studiums oder von Praktika. Demgegenüber sind die Möglichkeiten einer Ausbildung und Erwerbstätigkeit von Asylbewerbern und Geduldeten besonderen rechtlichen Regelungen unterworfen. Grundsätzlich besteht für die Erwerbstätigkeit (d.h. abhängige Beschäftigung und selbstständige Tätigkeit) von allen Ausländern aus Nicht-EU-Staaten (einschließlich Asylbewerbern) nach § 4 Abs. 3 Aufenthaltsgesetz ein Verbot mit Erlaubnisvorbehalt. Das bedeutet, dass ausländische Arbeitnehmer eine Beschäftigung nur dann ausüben dürfen, wenn ihr Aufenthaltstitel sie dazu berechtigt. Für Asylbewerber und Geduldete gelten darüber hinaus zahlreiche Sonderregelungen.

So sind Asylbewerbern und Personen mit einer Duldung unabhängig von der Dauer ihres Aufenthaltes grundsätzlich keine selbstständigen Tätigkeiten gestattet. Geduldeten kann die zuständige Ausländerbehörde allenfalls in sehr seltenen Einzelfällen auch eine selbstständige Tätigkeit erlauben.

Der Zugang zu einer abhängigen Beschäftigung ist für Asylsuchende und Geduldete durch eine zeitliche Abstufung gekennzeichnet. Im Grundsatz wird die Aufnahme einer Arbeit mit zunehmender Aufenthaltsdauer leichter. Durchbrochen wird dieses Prinzip auf der einen Seite hinsichtlich bestimmter Berufsgruppen (aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen in sogenannten „Mangelberufen“, z.B. der Krankenpflege) und auf der anderen Seite der Sanktionierung bestimmter (unterstellter) Verhaltensweisen, wie z.B. die selbst herbeigeführte Passlosigkeit zur Verhinderung der Abschiebung, die dazu führt, dass die Ausübung einer Erwerbstätigkeit nicht erlaubt werden darf (vgl. § 60 a Abs. 6 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz).

Zudem werden seit Inkrafttreten des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes sämtliche Staatsangehörige sicherer Herkunftsstaaten, die nach dem 31.08.2015 (noch) erfolglos einen Asylantrag gestellt haben, vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen, unabhängig davon, ob sie eine Aufenthaltsgestattung oder Duldung besitzen. Die nachfolgenden Grundsätze gelten daher nur für solche Staatsangehörige, deren Herkunftsstaaten nicht als „sicher“ im Sinne von § 29 a) Asylgesetz gelten.

Unabhängig von der Aufenthaltsdauer gilt bei Asylbewerbern und Personen mit Duldung immer, dass die Erteilung der Beschäftigungserlaubnis im Ermessen der Ausländerbehörde steht. Abgesehen von den Fällen, in denen die Ausübung einer Erwerbstätigkeit nicht erlaubt werden darf (insbesondere selbst herbeigeführte Passlosigkeit zur Verhinderung der Abschiebung -siehe oben-), wird dieses Ermessen in der Praxis aber zumeist zu Gunsten der Betroffenen ausgeübt.

Hinsichtlich der Erteilung von Beschäftigungserlaubnissen gibt es dabei ein zeitlich abgestuftes System. So kann einem Asylbewerber in der Regel erst nach 6 Monaten (einem Geduldeten frühestens nach 3 Monaten) die Aufnahme einer Beschäftigung erlaubt werden. Hierfür muss aber in der Regel die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit vorliegen. Diese wird von der Ausländerbehörde im Verfahren beteiligt, wenn der Asylbewerber oder Geduldete die Erlaubnis der Aufnahme einer konkreten Beschäftigung beantragt. Die Bundesagentur prüft nach § 39 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz dabei grundsätzlich 3 Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit eine Zustimmung zur Aufnahme einer konkreten Beschäftigung erfolgen kann:

- Durch die beabsichtigte Beschäftigung dürfen sich abstrakt keine nachteiligen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ergeben (sogenannte „Arbeitsmarktprüfung“).
- Es dürfen keine bevorrechtigten Arbeitnehmer für die Beschäftigung zur Verfügung stehen (sogenannte „Vorrangprüfung“).

- Die Arbeitsbedingungen der geplanten Beschäftigung dürfen nicht ungünstiger sein, als dies bei vergleichbaren deutschen Arbeitnehmern der Fall wäre (sogenannte „Gleichwertigkeitsprüfung“).

Insbesondere die sogenannte „Vorrangprüfung“ stellt dabei in der Praxis eine bedeutende Hürde dar. Ein erleichteter Arbeitsmarktzugang ohne Zustimmungserfordernis der BA und damit auch ohne Vorrangprüfung besteht allerdings für bestimmte Tätigkeiten. Hochqualifizierte, die einen deutschen Hochschulabschluss besitzen und eine ihrem Abschluss entsprechende Beschäftigung aufnehmen oder einen anerkannten oder vergleichbaren ausländischen Hochschulabschluss besitzen und eine ihrem Abschluss entsprechende Beschäftigung anstreben, Führungskräfte eines Wirtschaftsbetriebes und bestimmte Wissenschaftler, bestimmte Künstler, Sportler und Fotomodelle sowie Beschäftigte von nahen Familienangehörigen, die mit dem Arbeitgeber in Hausgemeinschaft leben, sind insofern ausgenommen. Nicht generell vom Zustimmungserfordernis der BA, aber von der Vorrangprüfung ausgenommen sind Asylbewerber und Geduldete mit einem anerkannten oder vergleichbaren ausländischen Hochschulabschluss in einem akademischen Mangelberuf (Medizin, Natur- und Ingenieurwissenschaften, Mathematik, IT). Ausgenommen sind weiterhin Asylbewerber und Geduldete, die eine mindestens 2-jährige anerkannte Berufsausbildung in Deutschland abgeschlossen haben und eine der Ausbildung entsprechende Beschäftigung aufnehmen wollen, sowie solche mit einer abgeschlossenen ausländischen als gleichwertig anerkannten Berufsausbildung, die eine entsprechende Beschäftigung in einem sogenannten Mangelberuf (derzeit u.a. Krankenpflege) aufnehmen wollen.

Darüber hinaus entfällt die Vorrangprüfung bei Aufnahme einer Beschäftigung nach 15 Monaten des Aufenthaltes. Die Bundesagentur für Arbeit beschränkt sich hier also auf die (gewöhnlich unproblematische) Arbeitsmarkt- und die Gleichwertigkeitsprüfung.

Allgemein bestehen allerdings darüber hinausgehend Beschäftigungsverbote für Personen, deren Einreise zum Zweck des Bezugs öffentlicher Leistungen erfolgte oder bei denen ein von dem Ausländer selbst zu vertretendes Abschiebungshindernis vorliegt. Zu Letzterem zählt auch die mangelnde Mitwirkung bei der Passbeschaffung. Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz hat zudem eine wichtige Erweiterung des Beschäftigungsverbots auf Staatsangehörige sogenannter „sicherer Herkunftsstaaten“ gebracht, die nach dem 31.08.2015 erfolglos einen Asylantrag gestellt haben.

Betriebliche Ausbildungen fallen grundsätzlich auch unter den Begriff der „Beschäftigung“, sodass hier im Wesentlichen die gleichen Voraussetzungen gelten.

b) Maßnahmen des Jobcenters der StädteRegion Aachen und der Arbeitsagentur

Vor dem Hintergrund dieser komplizierten rechtlichen Regelungen und auch den unterschiedlichen Voraussetzungen der Flüchtlinge im Hinblick auf z.B. Sprache, Schulbildung, Berufsausbildung etc. stellt die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt hohe Anforderungen an die zuständigen Jobcenter.

Zur besseren Integration anerkannter Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt hat das Jobcenter der StädteRegion Aachen seit Jahresbeginn sogenannte „Integration Points“ in der StädteRegion Aachen eingerichtet. Für die Flüchtlinge im Nordkreis wurde ab dem 04.04.2016 ein Integration Point in Alsdorf eingerichtet.

Nach der Anerkennung als Flüchtling übernimmt das Jobcenter die Betreuung der Flüchtlinge, die bis zu ihrer Anerkennung Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz durch die Kommunen erhalten. Im neuen Integration Point können die Flüchtlinge Leistungsanträge für die Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II stellen und erhalten sogleich die Beratung in Sachen Arbeitsmarkt, Ausbildung und Qualifizierung. Damit bündelt das Jobcenter die eigenen Beratungsangebote und stellt eine räumliche Nähe zur Agentur für Arbeit her.

In der Bundesagentur für Arbeit (BA) können sich Flüchtlinge, die sich noch im Anerkennungsprozess befinden und über gute Bleibeperspektiven verfügen, bereits vorab beraten lassen. Auch hierfür hat die BA einen sogenannten „Integration Point“ eingerichtet. Die Beratung erfolgt allerdings nur nach Terminabsprache. Eingeleitete Qualifizierungsmaßnahmen werden dann in der Regel im Jobcenter nahtlos fortgesetzt bzw. übernommen. Neben der Bündelung der Beratungsangebote von Arbeitsagentur und Jobcenter übernimmt der Integration Point zugleich auch eine Netzwerkfunktion.

Die Mitarbeiter/innen, die dort eingesetzt sind, verfügen zum Teil über Sprachkenntnisse, die eine Beratung der Flüchtlinge erleichtern. Stundenweise stehen zusätzlich auch Dolmetscher zur Verfügung. Auch die Absprachen mit den kommunalen Sozialämtern, dem Ausländeramt, den Sprachkursträgern und den Anerkennungsstellen für Berufsabschlüsse werden hier konzentriert und gebündelt. Der Integration Point übernimmt damit auch eine Lotsenfunktion im komplizierten Thema und versucht damit, den Menschen die Konzentration auf eine zukünftige Erwerbstätigkeit oder eine Ausbildung zu ermöglichen.

Nach derzeitigem Stand werden durch den Integration Point im Nordkreis ca. 100 anerkannte Flüchtlinge betreut. Mit zunehmender Bearbeitung der Asylanträge steigen die Zahlen an. Auf Grund einer Aufstockung flüchtlingsinduzierter Ausgabemittel konnte das Jobcenter der StädteRegion Aachen zudem das bestehende Maßnahmenangebot erweitern. Über das Programm „KompAS“ soll eine Kompetenzfeststellung, frühzeitige Aktivierung und der Spracherwerb erfolgen. Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge sollen ausgedehnt werden und im Rahmen eines Projektes „Förderzentrum für Flüchtlinge“ sollen etwa 140 Flüchtlinge städteregionsweit besonders gefördert werden.

Allgemein kann gesagt werden, dass beim Jobcenter der StädteRegion Aachen zuwanderungsbedingt ein Zuwachs an Bedarfsgemeinschaften und damit auch erwerbsfähigen Leistungsberechtigten festzustellen ist. Auf Grund der Tatsache, dass über eine große Zahl der Asylanträge allerdings noch nicht entschieden ist, kann der weitere Anstieg nur sehr schwer kalkuliert werden. Hinzu kommt, dass selbst innerhalb von Staatsangehörigkeiten durchaus heterogene Gruppen in Bezug auf Schul-, Berufs- und Studienabschlüsse sowie der Sprachfähigkeiten vorliegen. Um entstehende Wartezeiten auf Sprach- und Integrationskurse zu nutzen, werden derzeit Maßnahmen aufgelegt, die Sprache und Qualifizierung kombinieren.

Bei den derzeit durch die Integration Points des Jobcenters der StädteRegion Aachen betreuten Flüchtlingen zeigt sich, dass etwa 40 % unter 25 Jahren sind und ca. 75 % die syrische Staatsangehörigkeit haben.

c) Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse

Die VHS bietet Personen mit im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen die Möglichkeit, im Hinblick auf die Anerkennung dieser Dokumente Hilfestellungen zu leisten und mit den entsprechenden Ansprechpartnern zu vernetzen. Mittlerweile ist es erforderlich, die Dokumente von einem vom Gericht bestellten Dolmetscher übersetzen zu lassen. Darüber hinaus wird dahingehend beraten, sich über die eigenen Kompetenzen und Ressourcen sowie ihre beruflichen Ziele klarer zu werden. Weiterhin wird bei der Suche nach geeigneten Weiterbildungsmöglichkeiten unterstützt. Die Beratung ist lösungsorientiert, setzt bei den Fähigkeiten und Fertigkeiten der Interessierten an und berücksichtigt dabei den bisherigen beruflichen Werdegang. Die Beratung erfolgt nach Terminvereinbarung mit Frau Münster in der Geschäftsstelle der VHS in Baesweiler.

Die Sprachförderung ist Voraussetzung für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt. So kommt der Öffnung der Integrationskurse für Asylbewerber und Geduldete durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz eine zentrale Bedeutung zu. Auch wenn kein

Rechtsanspruch auf die Kursteilnahme besteht, können auch Inhaber einer Aufenthaltsgestattung sowie Inhaber einer Duldung im Rahmen verfügbarer Kursplätze zur Teilnahme zugelassen werden. Für Asylbewerber gilt dies allerdings wiederum nur, sofern ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist („gute Bleibeperspektive“). Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten werden hiervon wiederum ausgeschlossen. In der Praxis profitieren von dieser Regelung daher zunächst nur Personen aus Syrien, Irak, Iran und Eritrea von der Neuregelung.

d) Begleitende Hilfe durch Ehrenamtler/innen und Stadt

Schon vor Einrichtung der Integration Points war die Stadt Baesweiler -Sozialamt- gemeinsam mit den ehrenamtlich Tätigen erfolgreich aktiv, um Flüchtlinge mit guter Ausbildung bereits frühzeitig in Richtung Erwerbstätigkeit in ihren erlernten Beruf zu bringen. So gibt es positive Beispiele, wie z.B. einen gelernten Optiker, der sehr frühzeitig in ein Praktikum vermittelt werden konnte und zwischenzeitlich eine Anstellung gefunden hat.

e) Integrationsagentur

Die Integrationsagentur Baesweiler des DRK Kreisverbandes Städteregion Aachen e.V. im Haus Setterich leistet wichtige Unterstützungsarbeit. Sie informiert die Flüchtlinge/Asylbewerber/innen über die bestehenden Angebote nicht nur im Bereich Beschäftigung und Ausbildung, sondern unterstützt sie bei Bedarf auch bei der Wahrnehmung von Terminen.

Hierbei ist die gute örtliche und überörtliche Vernetzungsarbeit von besonderem Vorteil, wie z.B. die Zusammenarbeit mit der neu eingestellten Sozialarbeiterin und dem übrigen Team im Haus Setterich in der Flüchtlingsarbeit.

Seitens der Integrationsagentur wurde auch bereits ein Dolmetscherpool -ebenso wie beim Sozialamt- aufgebaut.

Handlungsfeld 5: Soziale Teilhabe

a) Maßnahmen mit der „besonderen“ Zielgruppe der Flüchtlinge

In Baesweiler gibt es zahlreiche Treffpunkte und Veranstaltungen für Flüchtlinge, so z.B. das Café Willkommen, das einmal wöchentlich dienstags von 15.30 Uhr bis 18.00 Uhr im katholischen Pfarrheim St. Andreas stattfindet und von dem ehrenamtlichen Helferkreis (vgl. Handlungsfeld 2) betrieben wird.

Das Café Willkommen hat sich zwischenzeitlich zu einem wöchentlichen Treffpunkt entwickelt, der von Flüchtlingen und der angestammten Bevölkerung gerne genutzt wird, um ins Gespräch zu kommen und in Kontakt miteinander zu treten. Zum Ende des Jahres wurde den ehrenamtlichen Helfern bei einer kleinen Weihnachtsfeier ein Dank für das große Engagement ausgesprochen.

Auch der Nachbarschaftstreff Setterich bietet zahlreiche Möglichkeiten der Begegnung und der sozialen Teilhabe (vgl. Handlungsfeld 2). Insbesondere ist die Gruppe für Ausländerfreundlichkeit ein wichtiger Partner in der Beratung der Flüchtlinge. Die Beratung bezieht sich sowohl auf die Beratung bezüglich des Asylverfahrens als auch auf andere Fragen und Problemlagen der Flüchtlinge.

Das Team des Hauses Setterich bietet im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt Setterich-Nord“ den Flüchtlingen u.a. in Zusammenarbeit mit der DRK-Integrationsagentur und der Aktiven Nachbarschaft zahlreiche Teilhabeangebote an. Auch hier findet durch die DRK Integrationsagentur, aber auch das übrige Team des Hauses Setterich eine kompetente Beratung der Flüchtlinge statt. Dabei ist insbesondere eine Vernetzung der bestehenden Angebote von großer Bedeutung. So organisiert die DRK Integrationsagentur u.a. je nach Bedarf auch Referate für Flüchtlinge zu verschiedenen Themen, z.B. gab es am 18.02.2016 eine Infoveranstaltung der Bundesagentur für Arbeit - Integration Point -. Daneben gibt es Frauenführstücke oder aber

kostenlose Angebote im Haus Setterich für Kinder und Jugendliche (auch Flüchtlinge) in Aikido, Tischtennis, Theater und Tanzen, gefördert über das Projekt „Mach mit, sei fit“ von der Aktion Mensch. Ebenso ist die DRK Integrationsagentur in der Akquise von Ehrenamtler/innen in der Flüchtlingsarbeit aktiv.

Der Kontakt der Flüchtlinge zu der angestammten Bevölkerung ist für die Stadtverwaltung ein wichtiges Anliegen, um von vornherein eine gute Basis für eine gelingende Integration zu schaffen. Neben dem großartigen ehrenamtlichen Engagement, wodurch bereits frühzeitige Kontakte entstehen, sollen die Flüchtlinge sich auch insbesondere an den vielfältigen Veranstaltungen in unserer Stadt beteiligen und sich dort wohlfühlen. Hierbei sind auch immer wieder Initiativen verschiedenster Akteure hervorzuheben, die sich der Flüchtlinge annehmen, diese einladen und so einen wichtigen Beitrag zur sozialen Teilhabe leisten.

Weitere wichtige Partner bei der Integration der Flüchtlinge, aber natürlich auch aller Menschen mit Migrationshintergrund in unserer Stadt, sind der Integrationsrat und die Moscheevereine.

So fand z.B. an den Unterkünften „Am Bauhof“ mit den umliegenden Bewohnern ein Nachbarschaftsfest statt, das auf große Resonanz gestoßen ist.

Am 09.07.2015 wurde seitens des Integrationsrates der Stadt Baesweiler ein Iftar-Essen in der DITIB-Moschee am Herzogenrather Weg veranstaltet. Hierzu wurden insbesondere auch die in Baesweiler lebenden Flüchtlinge eingeladen. Gemeinsam mit vielen Gästen, u.a. aus Politik und der Stadtverwaltung, wurde beim gemeinsamen Fastenbrechen wiederum ein Zeichen für das Miteinander der verschiedenen Kulturen gesetzt. Mit einem vielfältigen und abwechslungsreichen Rahmenprogramm wurden die rund 200 Gäste im Saal unter der Moschee eingestimmt, bevor beim gemeinsamen Fastenbrechen viele kulinarische Spezialitäten serviert wurden.

Am 10.07.2015, lud die DITIB-Moschee selbst zu einem gemeinsamen Fastenbrechen ein. Auch hier konnte bei einem abwechslungsreichen Rahmenprogramm und bester Bewirtung die interkulturelle Begegnung der Kulturen gefördert werden.

Am 26.09.2015 lud die DITIB-Gemeinde Baesweiler die Flüchtlinge zu einem gemeinsamen Mittagessen ein. 60 der in Baesweiler lebenden Flüchtlinge beköstigte die Gemeinde in der Fatih Moschee am CarlAlexanderPark. In diesem Rahmen wurde seitens des Vereinsvorsitzenden Celil Centintav und dem Imam Murat Güven eine Spende in Höhe von 1.000,00 € an die Stadt übergeben, die im Rahmen einer spontanen Aktion gesammelt wurden. Mithilfe dieser Spende wurden Deutschlernhefte für Flüchtlinge gedruckt [vgl. Ausführungen zu Handlungsfeld 3, Buchstabe c)].

Darüber hinaus wird in Baesweiler größter Wert darauf gelegt, dass die Flüchtlinge auch die zahlreichen Veranstaltungen besuchen, wie z.B. das Internationale Kinder- und Stadtteiffest im Mai 2015 und das Familienspielefest im Oktober 2015. Zu beiden Festen haben z.B. Flüchtlingsfamilien freien Eintritt und Verzehrgutscheine von der Bürgerstiftung erhalten.

Ebenso wurden/werden die Flüchtlinge auch in 2016 wieder durch persönliche Ansprache des Teams des Sozialamtes, des Teams im Haus Setterich und im Café Willkommen auf die städtischen Veranstaltungen, wie Internationales Kinderfest in Zusammenarbeit mit dem Integrationsrat, Woche der Jugend, Familienspielefest usw. aufmerksam gemacht und hierzu eingeladen.

Hier erfolgt aber auch z.B. beim Familienspielefest durch den Auftritt der Kinder mit ihren Kindergartengruppen oder Schulklassen auf der Bühne schon eine gute Form der Integration.

Vor Karneval 2016 fand ein Treffen mit Flüchtlingen statt, bei dem der Bürgermeister und andere Ansprechpartner der Verwaltung den Flüchtlingen bei einem gemütlichen Beisammensein für Fragen zur Verfügung standen. In diesem Zusammenhang wurde den Flüchtlingen auch das

Brauchtum „Karneval“ erläutert, um ein möglichst „reibungslloses“ Miteinander an den Karnevalstagen zu gewährleisten, was letztlich auch gelungen ist.

Am 16.09.2016 wird es ein kleines Stadtteilfest als Nachbarschaftsfest in der Siedlung-Ost geben, in der seit Beginn des Jahres auch Flüchtlinge untergebracht sind.

Hiermit wird wiederum ein wesentlicher Beitrag zur Integration erbracht. Die Flüchtlinge werden dazu animiert, sich beim Fest einzubringen und natürlich mitzufeiern.

Durch zahlreiche Sponsoren erhalten am 04.07.2016 Flüchtlingskinder im Alter zwischen 9 und 14 Jahren ein Fahrrad und einen Fahrradhelm. Die Übergabe wird verbunden mit einem Fahrradsicherheitstraining.

Zudem besteht auch für Flüchtlingsfamilien die Möglichkeit, Anträge an die Baesweiler Bürgerstiftung zu stellen.

b) Förderung der Integration

Neben diesen Maßnahmen, die speziell die Gruppe der Flüchtlinge ansprechen sollen, gibt es in unserer Stadt aber natürlich eine Vielzahl von Initiativen und Veranstaltungen, die zu einer gelungenen Gemeinschaft aller Menschen in unserer Stadt beitragen. Diese wurden zuletzt in der Sitzung des Integrationsrates am 08.03.2016 in einem Bericht ausführlich zusammengefasst. Daher sollen hier nur einige noch einmal exemplarisch aufgeführt werden. Alle diese Maßnahmen sind natürlich auch für die Flüchtlinge in unserer Stadt zugänglich.

Im Mai 2015 machten sich z.B. 56 Frauen mit den Mitarbeiterinnen der Integrationsagentur und des Stadtteilbüros Setterich aus verschiedenen Ländern und unterschiedlichen Alters auf den Weg nach Amsterdam, um gemeinsam die Stadt zu erleben und sich hierbei angeregt auszutauschen. Viele Frauen nutzten die Gelegenheit, sich hierbei näher kennenzulernen und über religiöse und kulturelle Unterschiede hinweg gemeinsame Kontakte zu knüpfen.

Am 9. September 2015 fand im Haus Setterich eine Lesung von Ahmet Özdemir unter dem Motto „Irritiert statt integriert“ statt. Geschildert wurde das Leben eines Migrantenkinds, das versucht, den Integrationsdiskurs in Deutschland mit allen Mitteln zu durchbrechen, um der deutschen Gesellschaft mitanzugehören - jedoch mit Hindernissen. Ahmet Özdemir erzählte von den Problemen des Lebens in Deutschland, von seinen Wertvorstellungen, seinen Zielen, seinen Wünschen, seinen Ängsten.

Am 30. September 2015 konnte das Buch „Woher kommen die Baesweiler und Settericher?“ der Öffentlichkeit präsentiert werden. Nach eineinhalb Jahren Arbeit war das Buch von den Autoren Saniye Kol (Integrationsagentur DRK Stadt Baesweiler) und Günter Pesler (Geschichtsverein Baesweiler) sowie dem Co-Autoren Wolfgang Backhaus über 60 Gästen vorgestellt worden. Im Rahmen der Buchpräsentation gab es einen regen persönlichen Austausch zwischen den Besuchern und eine Diskussion zum Thema, die von dem Autor Ahmed Özdemir moderiert wurde. Es konnte festgestellt werden, dass nur das Wissen übereinander hilft, Verständnis zu entwickeln und das zu bekämpfen, was das Miteinander häufig so schwierig macht: Vorurteile! Gerade die ehemalige Bergbaustadt Baesweiler ist seit nunmehr einem Jahrhundert eine Stadt, die von Zuwanderung geprägt ist. Die Bevölkerungsentwicklung bis heute belegt dies zweifelsfrei. Das Buch beinhaltet deshalb neben den persönlichen Lebensgeschichten von Zuwanderern, viele Informationen zur Migrationsgeschichte Baesweilers und auch zu zahlreichen Wanderungsbewegungen in der Menschheitsgeschichte. Die damit verbundenen Botschaften lauten: Migration gehört seit jeher zum Leben der Menschen dazu; Deutschland ist nicht nur Einwanderungs- sondern auch Auswanderungsland; Integration erfordert Anstrengungen von beiden Seiten, von den Zuwanderern und von den Einheimischen.

Im Rahmen der letztjährigen Woche der Senioren wurde am 31.08.2015 wieder ein Kaffeenachmittag in der Moschee im Herzogenrather Weg in Kooperation mit dem Integrationsrat

der Stadt Baesweiler und der DITIB-Moschee veranstaltet. Insbesondere die Bewohner des Seniorenwohnparks am CarlAlexanderPark nutzten hierbei die Gelegenheit, die Moschee kennenzulernen und in einen nachbarschaftlichen Dialog zu treten.

Anlässlich der schrecklichen Geschehnisse in Paris trauerte Baesweiler am 16.11.2015 am Place de Montesson um die Terroropfer von Paris.

Zum Jahresausklang lud der Integrationsrat der Stadt Baesweiler zu einem Adventskaffee ins Haus Setterich ein. Es wurde gemeinsam bei internationalen Köstlichkeiten, Kaffee und Kuchen mit Mitbürger/innen aller Nationalitäten gemeinsam der vierte Advent im Haus Setterich begangen. Bei dieser Gelegenheit ergaben sich viele interessante Gespräche unter den Teilnehmer/innen.

Des Weiteren tragen auch kulturelle Highlights zur Integration bei, wie z.B. Auftritte von Kabarettisten mit Migrationshintergrund im Rahmen des städtischen Kulturprogramms.

c) Jugendsozialarbeit

Im Bereich der offenen Jugendarbeit erfolgt auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Malteser Jugendtreff Setterich und dem Haus Setterich, die zahlreiche Angebote für Jugendliche vorhalten. Auch die Deutschförderung und Hausaufgabenhilfe im Nachbarschaftstreff Setterich leistet hier einen entscheidenden Beitrag. Es geht hierbei um mehr als Nachhilfe, die Jugendlichen werden auf ihrem Schulweg bis hin ins Berufsleben begleitet.

An dieser Stelle sind natürlich auch die Schulsozialarbeiter ein wichtiger Partner in der Integrationsarbeit für Flüchtlinge.

d) Vereine

Mitgliedschaften in Vereinen, wie z.B. in Sport-, Musik- oder Tanzvereinen, können bei Flüchtlingen genau wie bei anderen Transferleistungsempfängern über das Bildungs- und Teilhabepaket mit 10,00 € pro Monat finanziert werden. Einige Vereine machen gezielte Werbung für die Aufnahme von Flüchtlingen. Auch hier wird in der Zukunft die bisher bestehende Zusammenarbeit aller Kooperationspartner weiter gefördert werden.

e) Förderung von bürgerschaftlichem Engagement von Migranten

Die zuvor bereits mehrfach genannten Kooperationspartner in der Flüchtlingsarbeit leisten auch einen wesentlichen Beitrag dazu, dass auch das bürgerschaftliche Engagement der Flüchtlinge/Migranten gefördert wird. So engagieren sich zahlreiche Flüchtlinge z.B. im Café Willkommen, im Haus Setterich oder zuletzt auch in der Notunterkunft „Lessingturnhalle“.

Fazit und Finanzierung:

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es in Baesweiler eine Vielzahl von Maßnahmen und Akteuren gibt, die sich im Bereich der Integration der Flüchtlinge in unserer Stadt engagieren. Zur Umsetzung des Integrationsplanes und der darin enthaltenen Maßnahmen kann die Stadt Baesweiler auf eine Vielzahl von Kooperationspartnern und ein großes ehrenamtliches Engagement bauen. Gleichwohl sind auch weiterhin erhebliche und sächliche Ressourcen erforderlich, damit der Integrationsprozess für die dauerhaft in Deutschland bleibenden Flüchtlinge so schnell wie möglich in Gang gesetzt und mit Nachdruck vorangetrieben werden kann.

Die Maßnahmen können nur bei Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel umgesetzt werden. Die Kommunalvertreter/innen haben anlässlich eines Hilferufs an die Bundesregierung auf die Berechnungen renommierter Institute zu den gesamtwirtschaftlichen Kosten der Flüchtlingsaufnahme und -integration für das laufende Jahr verwiesen. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln schätzt die Ausgaben auf 19 Milliarden Euro. Das Münchner ifo-Institut nannte kürzlich eine Zahl von 21 Milliarden Euro und das Kieler Institut für Weltwirtschaft geht sogar von

25 bis 55 Milliarden Euro aus.

Dabei wird ein erheblicher Teil dieser jährlichen Kosten auf der kommunalen Ebene anfallen. Dies beginnt bei der Schaffung zusätzlicher Plätze in KiTas, an Schulen und in der Offenen Ganztagschule einschließlich der Betreuung durch speziell qualifiziertes Personal und setzt sich fort in der Schaffung bezahlbaren Wohnraums, der Durchführung von Sprach- und Integrationskursen bis hin zur Eingliederungshilfe für Flüchtlinge mit Behinderungen.

Die Bürgermeister/innen forderten deshalb von den Spitzen der Regierungskoalition einen Masterplan sowie ein Gesamtfinanzierungspaket, das den Kommunen Planungssicherheit gewährt. Die - so die jüngste Steuerschätzung - steigenden Steuereinnahmen von Bund und Ländern sollten in den kommenden Jahren dazu verwendet werden, die Integration der Flüchtlinge in Deutschland voranzubringen. Auf jeden Fall muss das benötigte Geld direkt den Kommunen zufließen.

Mit diesen Mehreinnahmen könnten die Städte, Gemeinden und Kreise rasch und unbürokratisch ihre Integrationskonzepte umsetzen. Von einer erfolgreichen kommunalen Integrationsarbeit profitieren gerade auch die Länder und der Bund über Mehreinnahmen bei der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie über Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft.

Bund und Länder haben sich auf dem Bund-Länder-Treffen am 16.06.2016 auf eine wichtige Entlastung der Kommunen von den Unterbringungskosten von anerkannten Asylsuchenden verständigt sowie den Kommunen Planungssicherheit in Bezug auf die Entlastung der Kommunen durch den Bund in Höhe von 5 Milliarden Euro jährlich gegeben.

Als wichtiges Ergebnis bleibt festzuhalten, dass der Bund die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylbewerber drei Jahre (2016 - 2018) vollständig zugunsten der Kommunen übernimmt.

Das entlastet die Städte und Gemeinden allein im laufenden Jahr um zusätzlich 400 Millionen Euro, um 900 Millionen Euro im Jahr 2017 und um 1,3 Milliarden Euro im Jahr 2018. Der Zuschuss über drei Jahre soll dann insgesamt 2,6 Milliarden Euro betragen. Die Mittel werden über den Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt; eine mögliche Anpassung des Verteilungsschlüssel ist möglich.

Das führt im Jahre 2016 zu einer Entlastung der nordrhein-westfälischen Kommunen in Höhe von 85 Millionen Euro, im Jahre 2017 in Höhe von 190 Millionen und im Jahre 2018 von 275 Millionen Euro, insgesamt also zu einer Entlastung von 550 Millionen Euro.

Zusätzlich verständigten sich Bund und Länder auf die Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten 5-Milliarden-Euro-Entlastung jährlich ab dem 01.01.2018. Dabei soll eine Milliarde Euro über Umsatzsteueranteile den Ländern zufließen, mit der Maßgabe, diese an ihre Kommunen weiterzugeben. Der Anteil Nordrhein-Westfalens liegt hier bei rund 217 Millionen Euro.

Wichtig ist aus kommunaler Sicht, dass die Landesregierungen diese Gelder auch ungeschmälert an die Städte, Gemeinden und Kreise weiterleiten. Eine bloße Beteiligung über die jeweilige Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich reicht keinesfalls aus.

Weitere 4 Milliarden Euro sollen unmittelbar den Kommunen zufließen. Der Weg bleibt bislang etwas unklar. Diese 4 Milliarden Euro werden zu drei Teilen (2,4 Mrd. Euro) über die Umsatzsteuer und zu zwei Teilen (1,6 Mrd. Euro) über die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft an die Kommunen weitergeleitet werden. Durch die direkten Zuweisungen werden die Kommunen in Nordrhein-Westfalen ab dem Jahr 2018 jährlich um mehr als 1 Milliarde Euro entlastet (575 Mio Euro über die Umsatzsteuer und 454 Millionen Euro über die erhöhte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft).

Die Mittel aus der erhöhten Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung fließen den Kreisen und kreisfreien Städten zu, die gemäß § 6 SGB II als kommunale Träger für die

Gewährung dieser Leistungen zuständig sind. Die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer kommt gemäß Artikel 106 Absatz 5a GG den Gemeinden zugute.

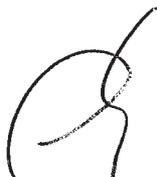
Eine endgültige Einigung über die Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten für Flüchtlinge von Ländern und Kommunen ist nun für Anfang Juli geplant. Bei einem „Kamingespräch“ am 8. Juli will die Bundeskanzlerin gemeinsam mit den Länderchefs, Vizekanzler Sigmar Gabriel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble nach einer endgültigen Lösung suchen.

Darstellung der finanziellen Auswirkungen:

keine

Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes

- ja nicht erforderlich
 wird nachgereicht



(Dr. Linkens)
Bürgermeister

Anlage(n):

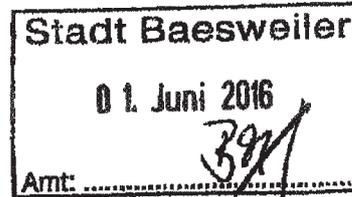
Antrag SPD-Fraktion im Rat i.S. Integrationsplan für Flüchtlinge



Anlage

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ratsfraktion der SPD Baesweiler
SPD Baesweiler, Hubertusstraße 8, 52499 Baesweiler

An den
Bürgermeister der Stadt Baesweiler
Rathaus
Mariastraße 2
52499 Baesweiler



**INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN
ERFASSUNG LAUFENDER MASSNAHMEN ALS GRUNDLAGE FÜR DIE ENTWICKLUNG EINES
INTEGRATIONSPLANES**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Linkens,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Baesweiler stellt hiermit den folgenden

A N T R A G

als Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Rates der Stadt Baesweiler am
05.07.2016. Der Rat der Stadt Baesweiler möge beschließen:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, für Baesweiler alle aktuellen und durchgeführten Maßnahmen zusammenzustellen, die sich mit der Integration von Flüchtlingen befassen, um auf dieser Grundlage einen Integrationsplan für die Stadt Baesweiler zu entwickeln.
- 2) Das Maßnahmenpaket soll insbesondere die Themen Beratung, Spracherwerb, Beschäftigung sowie Wohnraum umfassen und neben der Verwaltung die sozialen Träger und die ehrenamtlichen Initiativen berücksichtigen.

Ratsfraktion der SPD Baesweiler
Dr. Karl Josef Strank
Hubertusstraße 8
52499 Baesweiler

02401 / 51249
0171 / 2709258
kajo.strank@t-online.de
www.spd-baesweiler.de

Sparkasse Aachen
IBAN DE913905000000460722
BIC AACSD33

facebook.com/SPD Baesweiler
youtube.com/SPD Baesweiler
twitter.com/SPD Baesweiler

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN

Begründung:

Die Stadt Baesweiler erfüllt ihre Verpflichtungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht zuletzt dank der vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich für die Flüchtlinge einsetzen, in hervorragender Weise. Bislang stand im Vordergrund, die Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und Obdachlosigkeit zu vermeiden.

Jetzt treten die Bemühungen mehr in den Vordergrund, die Menschen zu integrieren und stärker in die Gesellschaft und Gemeinschaft der Stadt einzubinden. Die hierzu notwendigen Maßnahmen und das systematische Vorgehen erfordern es, dieses im Rahmen eines konkreten Integrationsplanes mit einem darauf abgestimmten Maßnahmenpaket zu erarbeiten. Ein solches aus der Bestandserhebung resultierendes, integriertes, kommunales Handlungskonzept schafft die Voraussetzung, um über ein koordiniertes Vorgehen auf städteregionaler Ebene die hierfür notwendigen Finanzmittel einzuwerben.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Karl Josef Strank
Vorsitzender

Vorlage für die Mitglieder des Stadtrates
(Sitzung am 05.07.2016/Punkt 6 der Tagesordnung)

Flächennutzungsplanänderung Nr. 75 - Vorrangzone für Windkraft -

1. **Auswertung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen**
2. **Beschluss des Entwurfes der Flächennutzungsplanänderung Nr. 75 - Baesweiler Süd-West - als Flächennutzungsplanänderung Nr. 75 - Baesweiler Süd-West -**

In seiner Sitzung am 10.11.2015 hat der Stadtrat beschlossen, die Flächennutzungsplanänderung Nr. 75 - Vorrangzone für Windkraft - aufzustellen. Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB zu dem o. a. Bauleitplan erfolgte in der Zeit vom 12.02.2016 bis 13.06.2016 und die Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit vom 06.05.2016 bis 07.06.2016.

1. **Auswertung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (1) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen:**

- 1.1 Vor Offenlegung gem. § 3 (1) BauGB und der Behördenbeteiligung gem. § 4 (1) BauGB wurden keine Stellungnahmen vorgebracht.
- 1.2 Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB wurden keine Stellungnahmen vorgebracht.
- 1.3 Im Rahmen der Behördenbeteiligung gem. § 4 (1) BauGB wurden folgende Stellungnahmen vorgebracht:
 - a) **Wintershall Holding GmbH mit Schreiben vom 16.12.2015:**

Der räumliche Geltungsbereich der o.g. Maßnahme befindet sich innerhalb des bergrechtlichen Erlaubnisfeldes „Rheinland“ der Wintershall Holding GmbH. Hierbei handelt es sich um eine öffentlich-rechtlich verliehene Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen.

Wir bitten Sie, nachrichtlich einen entsprechenden Hinweis auf das Erlaubnisfeld in die Begründung aufzunehmen.

Einschränkungen für die Durchführung der o.g. Maßnahme ergeben sich hierdurch nicht. Unsererseits sind in diesem Raum bisher keine bergbaulichen Tätigkeiten erfolgt und auch nicht geplant.

Es bestehen keine Bedenken gegen die Bauleitplanung.

Stellungnahme:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens, der im Parallelverfahren aufgestellt werden soll, wird ein entsprechender Hinweis bzgl. der bergrechtlichen Situation aufgenommen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

b) **Straßen NRW mit Schreiben vom 11.12.2015:**

Gegen die o.g. Bauleitplanung bestehen seitens der Straßenbauverwaltung grundsätzlich keine Bedenken.

Eine Gefährdung des Straßenverkehrs ist durch die Einhaltung der Abstände, die größer als das Eineinhalbfache der Summe aus Nabenhöhe plus Rotordurchmesser sicherzustellen.

Unbeschadet dieser Aufforderung ist mindestens ein Abstand von 40 m zur betroffenen Bundes- oder Landstraße, gemessen vom äußeren Fahrbahnrand, einzuhalten. Die Entfernungen sind nicht vom Mastfuß, sondern von der Rotorspitze zum äußeren Rand der befestigten Fahrbahn zu messen. Innerhalb dieser Abstände dürfen keine Windenergieanlagen errichtet werden. Dieser Abstand gilt als Anbaubeschränkungszone an Bundes- und Landesstraßen. Innerhalb dieser Zone ist gem. § 9 (2) Fernstraßengesetz und § 25 (1) Straßen- und Wegegesetz NRW die Zustimmung des Straßenbulasträgers erforderlich. Die Zustimmung wird nicht erteilt, da eine konkrete Beeinträchtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf den Bundes-/Landesstraßen entsteht:

- Ablenkungsgefahr durch die enorme Höhe der Anlagen
- Bedrohliche und optisch bedrängende Wirkung der Anlagen
- Ablenkung durch die Bewegung der Anlagen
- Bestehende Gefahr trotz Steuerungs- und Überwachungsanlagen

Eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Straßenverkehr durch Windenergieanlagen (z.B. durch Brand, Eiswurf) ist auszuschließen. Dafür wird der Rückgriff auf technische Lösungen empfohlen.

Andernfalls sind Abstände gemäß Nr. 5.2.3.5 von klassifizierten Straßen einzuhalten.

Bezüglich der in der Bauleitplanung nicht weiter dargelegten Erschließungssituation - weder während der Bauzeit noch nach der

Fertigstellung - sind Anbindungen an die Bundesstraßen auszuschließen. Generell gilt jedoch, dass jedwede außerorts gelegene Nutzung der klassifizierten Straßen eine kostenpflichtige Sondernutzung darstellt.

Für die direkte bzw. indirekte Anbindung an klassifizierte Straßen sind gesonderte Anträge auf Erteilung einer gebührenpflichtigen Sondernutzungserlaubnis beim Landesbetrieb Straßenbau, Regionalniederlassung Vile-Eifel in Euskirchen einzureichen.

Stellungnahme:

Die gesetzlichen Anbauverbotszonen zu den Bundesstraßen gem. § 9 FernStrG wurden in der Standortuntersuchung eingehalten und sind berücksichtigt. Harte Tabuzonen sind diejenigen, die aufgrund von rechtlichen und tatsächlichen Gründen für die Errichtung von Windenergieanlagen auszuschließen sind. Innerhalb der Anbaubeschränkungszonen ist die Errichtung jedoch grundsätzlich zulässig. Da auf Ebene des Flächennutzungsplans die Standorte der Windenergieanlagen nicht abschließend bestimmt werden können, sollen die Anbaubeschränkungszonen im Rahmen des Bebauungsplanes, der im Parallelverfahren aufgestellt wird, eingehalten und berücksichtigt werden. Dementsprechend wird der Stellungnahme diesbezüglich gefolgt.

Die tatsächliche Erschließung der Flächen wird im nachfolgenden Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz geregelt werden. Eine Erschließung der künftigen Windkonzentrationszonen ist jedoch grundsätzlich möglich.

Nach dem aktuellen Windenergieerlass (04.11.2015) sind wegen der Gefahr des Eisabwurfes Abstände von Windenergieanlagen zu Verkehrswegen, Erholungseinrichtungen und Gebäuden nur dann einzuhalten, wenn funktionssichere technische Einrichtungen zur Gefahrenabwehr (z.B. automatische Außerbetriebnahme bei Eisansatz oder Rotorblattheizung) nicht installiert werden können (vgl. 5.2.3.5 Windenergieerlass 2015). Automatische Abschaltungen und Rotorblattenteisungssysteme sind heutzutage problemlos technisch zu installieren.

Damit können die beschriebenen Gefährdungen nahezu ausgeschlossen werden. Dies gilt auch im Bezug zu den aufgeführten Infrastrukturtrassen bzw. deren Verkehrsteilnehmer.

Eine abschließende Bewertung erfolgt auf der Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Dies gilt auch für eine mögliche Gefährdung der Verkehrsteilnehmer durch Schattenschlag oder Befeuerung. Ebenso wird die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Straßenverkehr durch Windenergieanlagen in diesem Zusammenhang geprüft. Die Wirkung von Windenergieanlagen auf den Straßenverkehr ist mit großen Bäumen am Fahrbahnrand, Wolken oder Flugzeugen vergleichbar. Die einschlägigen Regelwerke und Erlasse geben keine Hinweise auf diese Problematik. Die weitere Konkretisierung und Prüfung erfolgt im Genehmigungsverfahren. Derzeit wird davon ausgegangen, dass solche Maßnahmen im Genehmigungsverfahren fixiert werden können. Weitere Änderungen und Ergänzungen der 75. Flächennutzungsplanänderung ergeben sich nicht.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

c) **EBV GmbH mit Schreiben vom 18.12.2015:**

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 20.11.2015 teilen wir Ihnen mit, dass o.g. Geltungsbereich innerhalb der EBV-Berechtsame Steinkohle liegt.

Wir verweisen auf unser Schreiben vom 18.09.2012 - VU/22cl.4/Ba3006/Sch bezüglich der Flächennutzungsplanänderung Nr. 71. Obwohl die Planungsänderung den Bereich des vermuteten Verlaufs der geologischen Störung „Sandgewand“ nicht mehr tangiert, sind in dem fraglichen Bereich während der Phase des aktiven Bergbaus zahlreiche bergbaubedingte Unstetigkeiten dokumentiert worden. Da es sich weitgehend um landwirtschaftlich genutzte Flächen handelt, sind wahrscheinlich nur ein Teil der an der Tagesoberfläche auftretenden Veränderungen erfasst worden. Es ist daher bei Bebauung verstärkt auf Unregelmäßigkeiten im Baugrund zu achten bzw. sind im Vorfeld entsprechend detaillierten Baugrunduntersuchungen durchzuführen.

Eine Kennzeichnung nach § 9 (5) 2. bzw. § 5 (3) 2. BauGB ist erforderlich.

Zur o.g. Planung werden - unter Beachtung der obigen Ausführungen - unsererseits keine Bedenken erhoben.

Stellungnahme:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens, der im Parallelverfahren aufgestellt werden soll, wird ein entsprechender Hinweis bzgl. des Baugrundes aufgenommen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

d) **Stadt Linnich mit Schreiben vom 14.12.2015:**

Die nördlich und nordöstlich ausgewiesenen Potentialflächen 2 sowie 3, 4, 5 und 6 grenzen an das Stadtgebiet Linnich. Anders als die Stadt Linnich, die als weiche Tabuzone einen Schutzabstand zu Siedlungsbereichen von 1.000 m festgelegt hat, ist in Ihrer Planung ein Schutzabstand zu Siedlungsbereichen von nur 600 m festgelegt.

Hiermit fordere ich Sie auf, bei Ihrer Planung den von der Stadt Linnich festgelegten Schutzabstand von 1.000 m bezogen auf die betroffenen Ortschaften Gereonsweiler und Ederen zu beachten.

Stellungnahme:

Die Entscheidung, welche Vorsorgeabstände als weiche Tabukriterien gewählt werden, ist – höchstrichterlich bestätigt – eine Entscheidung des Stadtrates im Rahmen der kommunalen Planungshoheit. In Baesweiler wurde beschlossen, mit einem Schutzabstand von 750 m zu Siedlungsbereichen und 450 m zu Einzelhöfen zu planen. Zudem wurde in der Vergangenheit ein Schutzabstand von 500 m zu allgemeinen Siedlungsbereichen (Regionalplan) festgelegt. Diesem Beschluss wird, vor dem Hintergrund der Windkraft substantiell Raum verschaffen zu wollen, weiterhin gefolgt. Eine Erhöhung der Schutzabstände zu Siedlungsbereichen bzw. Einzelhöfen würde zu einer deutlichen Reduzierung, bis hin zum kompletten Wegfall, der Potentialflächen führen.

Die vorliegende 75. Änderung des Flächennutzungsplanes – Vorrangzone für Windkraft – bezieht sich jedoch nicht auf die Ausweisung der Potentialflächen 2 sowie 3, 4, 5 und 6. Gegenstand der vorliegenden Planung ist die Ausweisung der Potentialflächen 11-16 als Konzentrationszone für Windkraft, die sich im südwestlichen Stadtgebiet von Baesweiler befinden.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

e) **RWE Power AG mit Schreiben vom 15.12.2015:**

Wir weisen darauf hin, dass die Bodenkarte des Landes Nordrhein-Westfalen, Blatt L 5102 im Plangebiet bereichsweise Böden ausweist, die humoses Bodenmaterial enthalten.

Humose Böden sind empfindlich gegen Bodendruck und im Allgemeinen kaum tragfähig. Erfahrungsgemäß wechseln die Bodenschichten auf kurzer Distanz in ihrer Verbreitung und Mächtigkeit, so dass selbst bei einer gleichmäßigen Belastung diese Böden mit unterschiedlichen Setzungen reagieren können.

Das gesamte Plangebiet ist daher wegen der Baugrundverhältnisse gemäß § 5 Abs. 3 Nr. 1 BauGB als Fläche zu kennzeichnen, bei deren Bebauung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich sind.

Hier sind die Vorschriften des Eurocode 7 „Geotechnik“ DIN EN 1997-1 mit nationalem Anhang, den Normblättern DIN 1054 „Baugrund - Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau - Ergänzende Regelungen“, der DIN 18196 „Erd- und Grundbau; Bodenklassifikationen für bautechnische Zwecke“ mit der Tabelle 4, die organische und organogene Böden als Baugrund ungeeignet einstuft, sowie die Bestimmungen der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zu beachten.

Stellungnahme:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens, der im Parallelverfahren aufgestellt werden soll, wird ein entsprechender Hinweis bzgl. des Baugrundes aufgenommen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

f) **StädteRegion Aachen mit Schreiben vom 02.12.2014:**

Gegen das vorgelegte Verfahren bestehen seitens der StädteRegion Aachen Bedenken.

A 70 - Umweltamt

Bodenschutz und Altlasten:

Die Eingriffe in den Boden werden im Umweltbericht als erheblich eingestuft. Es bestehen keine Bedenken, wenn - wie im Umweltbericht auf Seite 24 beschrieben - die konkrete Darstellung des Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf der Genehmigungsebene erfolgt.

Stellungnahme:

Die Eingriffe sind im Sinne der Umweltprüfung (Eingriffsregelung) als erheblich anzusehen, die es auszugleichen gilt. Zum Ausgleich für die erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter Boden, Wasser, Flora/Fauna müsste eine voll- bzw. teilversiegelte (geschottete) Fläche entsiegelt und bestenfalls umgewandelt werden. Da ein derartiger Ausgleich mangels geeigneter Flächen oftmals nicht möglich ist, wird eine biotopaufwertende Maßnahme als Ersatz konzipiert. Bei den Ersatzmaßnahmen geht man von einer Multifunktionalität aus. Durch die Kompensation der erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes wird auch eine vollständige Kompensation für die Schutzgüter Boden/Flora (Biotopfunktionen) erreicht.

Eine konkrete Darstellung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erfolgt im Rahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung. Da auf der Flächennutzungsplanebene weder Anlagenanzahl, Anlagenhöhe oder Rotordurchmesser festgesetzt werden, ist eine exakte Ermittlung auf dieser Ebene nicht möglich. Es ist jedoch angedacht, bei der Errichtung von Windenergieanlagen vorwiegend Flächen zu nutzen, die eine geringere Wertigkeit besitzen. Der landschaftsästhetische Wirkraum eines Vorhabens ist primär abhängig von der Höhe des Bauprojektes und der Charakteristika (Reliefierung/Vegetation bzw. Vegetationsdichte) des umgebenden Landschaftsraumes.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

Natur und Landschaft:

Aus landschaftsplanerischer Sicht wird der 75. Änderung des FNP der Stadt Baesweiler widersprochen. Der neuen Abgrenzung der Vorrangzone für WEA kann nicht zugestimmt werden. Ich weise darauf hin, dass dieser Widerspruch gegen die gemeindliche Planungsvorstellung eine Grenze der Bauleitplanung darstellt.

Das Biotopkataster der LANUV weist hier zwei Biotopverbundachsen aus, die durch die Planung zerschnitten wird. Das Biotopkataster des LANUV ist eine zu beachtende Grundlage der Regionalplanung, der Landschaftsplanung und der Bauleitplanung. Es ist eine zentrale Entscheidungshilfe bei behördeninternen Beurteilungen von Planungen, welche zu Eingriffen in Natur und Landschaft führen.

Im West- und Nordteil der geplanten Vorrangzone liegen mehrere wertvolle Biotopflächen (die als geschützte Landschaftsbestandteile, die zum Teil mit öffentlichen Mitteln für Natur- und Landschaftsschutz erworben wurden: „Bergsenkungsgewässer, ehemalige Bahnlinie, ehemalige Gut Altmerberen“ oder als Ausgleichsflächen für die B 57n und der Flurbereinigung Boscheln ausgewiesen sind). Diese Flächen stellen Teilstücke dieses Biotopverbundes dar. Sie wurden zum Erhalt des Biotopverbundes als Schutzgebiete ausgewiesen, als Ausgleichsflächen festgesetzt oder erworben. Weiterhin betroffen ist das Landschaftsschutzgebiet 2.2-5 „Merkstein-Baesweiler“ auch mit dem Schutzzweck, dieses Gebiet als ein wichtiges Element des lokalen Biotopverbundes zu erhalten.

Für den gesamten Erweiterungsbereich der geplanten Windkraftzone in der Entwicklungskarte des LP II die Entwicklungsziele 1 und 6 ausgewiesen. Im Textteil des LP II ist zum Entwicklungsziel 1 u.a. folgendes aufgeführt: „Grundlegende Bedeutung in diesem Entwicklungsraum hat die Erhaltung und Weiterentwicklung eines Biotopverbundes für den Biotop und Artenschutz. Dieser Raum mit den vorgesehenen Schutzfestsetzungen und Maßnahmegebieten bildet das Grundgerüst und ist somit wesentlicher Bestandteil des Biotopverbundes.“

Zum Entwicklungsziel 6 ist u.a. folgendes aufgeführt: „Das Entwicklungsziel wird für die Bereiche ausgewiesen, die als Verbindungszonen im lokalen Biotopverbund zwischen naturnahen und sonstigen reich strukturierten Landschaftsteilen fungieren.“ Entsprechend diesen Zielsetzungen wurden in diesem Bereich in den letzten Jahren verstärkt Biotopentwicklungsmaßnahmen umgesetzt (u.a. Durchführung von Kompensations- u. LP-Entwicklungsmaßnahmen sowie Konzentration von Maßnahmen des Kulturlandschaftsprogramms).

Durch die Ausweisung der Vorrangzone im Flächennutzungsplan und die damit verbundene Möglichkeit zum Bau von WEA ist eine erhebliche Beeinträchtigung der Funktionen des Biotopverbund-Korridors zu befürchten.

Im Kapitel 5.2.3 (S. 24) des Standortuntersuchungsberichtes wird zu Recht darauf hingewiesen, dass „Vor allem bei gesetzlich geschützten Biotopen mit der Funktion der Biotopvernetzung ... ist ein entsprechender Schutzabstand erforderlich“. Bei dem vorliegenden Vorschlag zur Abgrenzung der Windkraftzone wurde dies allerdings nicht berücksichtigt.

Im Verlauf des weiteren Verfahrens ist in einvernehmlicher Abstimmung mit meiner unteren Landschaftsbehörde der erforderliche Mindestabstand zu allen o.a. Biotopflächen festzulegen.

Abschließend weise ich nochmals darauf hin, dass im Bereich der 4 bestehenden Anlagen innerhalb der Windkonzentrationszone Ost der Stadt Baesweiler ein kleiner Abendsegler (WEA-sensible Fledermausart) verletzt aufgefunden wurde. Dieser Hinweis ist im Rahmen der weiteren faunistischen Untersuchung zu berücksichtigen.

In Bezug auf den geschützten Landschaftsbestandteil 2.4-31 „Bahndämme zwischen Herzogenrath-Merkstein, Alsdorf-Busch und der Bergehalde Carl-Alexander“ des Landschaftsplanes II der StädteRegion Aachen weise ich darauf hin, dass auch dieser dem Entwicklungsziel Biotopverbund dient.

Stellungnahme:

Dem Hinweis wird gefolgt.

Im Rahmen einer Abstimmung am 23.02.2016 erläuterte die ULB der StädteRegion Aachen erneut ihre Bedenken gegenüber der neuen Abgrenzung der Konzentrationszone.

Es konnte festgehalten werden, dass seitens der ULB keine Beeinträchtigung der Biotopverbundachsen und deren zukünftigen Entwicklungsbereichen angenommen wird, wenn die Potentialflächen 12, 14 und 15 nicht weiter verfolgt werden (siehe Anlage 1).

Diesbezüglich wurde die Planung angepasst. Die Flächen 11, 13 und 16 werden in Abstimmung mit der ULB weiter beplant.

Alle geschützten Landschaftsbestandteile wurden von der Planung ausgespart und sind somit nicht betroffen. Die entsprechenden Bereiche wurden im Rahmen der Standortuntersuchung als harte Tabukriterien definiert und stehen der Windkraft somit nicht zur Verfügung. Gem. §§ 26 Abs. 2 BNatSchG und 34 Abs. 2 LG NRW sind „in einem Landschaftsschutzgebiet [...] alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.“ In einem LSG gilt also kein generelles Veränderungsverbot (wie bei NSG), sondern ein gebietscharakterbezogener, schutzzweckgebundener Bauvorbehalt. Die Leitziele des Landschaftsschutzgebietes „Merkstein-Baesweiler“ (Kennzeichen 2.2-5) sind:

- Erhaltung und Optimierung einer reichstrukturierten Kulturlandschaft mit Grünlandflächen, Obstwiesen, Hecken, Gehölzbeständen, Einzelgehölzen, Kleingewässern,
- Erhaltung eines wichtigen Elementes des lokalen Biotopverbundes.

Darüber hinaus wird im Kapitel 2.2 des Landschaftsplans II „Baesweiler-Alsdorf-Merkstein“ 1. Änderung (Kreis Aachen) festgehalten, dass „die Errichtung von Windkraftanlagen auf den im örtlichen Flächennutzungsplan dargestellten und mit der unteren Landschaftsbehörde abgestimmten Windkraftkonzentrationszonen“ unberührt von den zuvor aufgeführten Verboten und den in den einzelnen Schutzgebieten festgesetzten Ge- und Verboten bleiben kann. Da auf der Flächennutzungsplanebene weder Anlagenanzahl, Anlagenhöhe oder Rotordurchmesser festgesetzt werden, ist eine exakte Ermittlung auf dieser Ebene nicht möglich. Eine Befreiung vom Landschaftsschutz ist erforderlich. Diese wurde im Rahmen der Abstimmung und unter Berücksichtigung der Biotopverbundachsen seitens der Unteren Landschaftsbehörde der Städteregion Aachen in Aussicht gestellt. Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass die zukünftige Konzentrationszone weiterhin fast ausschließlich ökologisch geringwertige Biotope („Ackerflächen“) beinhalten. Die Leitziele des Landschaftsschutzgebietes sind daher weiterhin realisierbar.

Im Hinblick auf die im Plangebiet vorkommenden Arten wurde zur frühzeitigen Beteiligung eine artenschutzrechtliche Vorprüfung erstellt (Raskin Umweltplanung und Umweltberatung GbR: Windpark Baesweiler, Fachbeitrag zur Artenschutzprüfung ASP I, März 2015). Die artenschutzrechtliche Vorprüfung (ASP I) ergibt, dass WEA empfindliche Arten im Wirkungsraum des geplanten Windparks vorkommen bzw. vorkommen können. Für einige dieser Arten kann das Zugriffsverbot des § 44 Abs. 1 BNatSchG nicht ausgeschlossen werden. Für diese Arten und Artengruppen ist eine Art-für-Art-Analyse erforderlich, bei der zunächst zu ermitteln ist, welche Arten tatsächlich im Wirkraum der Potentialfläche vorkommen und inwieweit diese Arten ggf. betroffen sind. Die Artenschutzprüfung Stufe II (ASP II) wird zur Offenlage vorgelegt werden.

Im Rahmen der Artenschutzprüfung der Stufe II (Raskin Umweltplanung und Umweltberatung GbR: Ausweisung einer Konzentrationszone für Windenergieanlagen auf dem Gebiet der Stadt Baesweiler, Fachbeitrag zur Artenschutzprüfung (ASP Stufe II), 25.01.2016) wurde zu betrachtende Artenpool auf drei planungsrelevante Vogelarten (Kiebitz als einzige WEA-empfindliche Art, Feldlerche, Rebhuhn) sowie vier WEA-empfindliche Fledermausarten (Breitflügelfledermaus, Kleiner Abendsegler, Großer Abendsegler, Rauhauffledermaus) eingeeengt. Es wurde geprüft, ob artenschutzrechtliche Verbotstatbestände bei Realisierung des Vorhabens eintreten können.

Die diesbezüglichen Prognoseunsicherheiten bezüglich einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos für Fledermäuse durch Kollision lassen sich durch ein Gondelmonitoring ausräumen. Die gewonnenen Daten würden gleichzeitig eine Berechnungsgrundlage für den Umfang eines gegebenenfalls erforderlichen standortspezifischen Abschaltalgorithmus als effiziente Vermeidungsmaßnahme für Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG bezüglich aller potentiell betroffenen Fledermausarten liefern. Für die Gruppe der potentiell betroffenen Vogelarten lassen sich mögliche Beeinträchtigungen und Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG durch Vermeidungs- und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) ausräumen. Weiterhin ist für den Fall der Neuerrichtung von Anlagen bzw. Repowering-Vorhaben im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens die potentiell betroffene Kreuzkröte vertiefend zu prüfen.

Dem Hinweis wird gefolgt. Der Hinweis auf den verletzten Kleinen Abendseglers wurde in der Artenschutzprüfung Stufe II (ASP II) berücksichtigt.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

g) **BUND mit Mail vom 06.01.2016:**

Wir befürworten die vorgesehene ASP II und erlauben uns folgende Ergänzungen und Anmerkungen:

Wir machen darauf aufmerksam, dass der Mäusebussard von den Experten mittlerweile als WEA-sensibel eingestuft wird und bei mutmaßlichem Vorkommen in Raum (siehe ASP I) eine Kartierung dieser Art (Horstsuche etc.) in der ASP II, ebenso wie beim Rotmilan, als erforderlich erachtet wird.

Der bestehende Windpark ist als Vorbelastung so zu bewerten, dass Arten auf Nachbarflächen ausweichen mussten, sofern kein anderer Ausgleich geschaffen wurde.

Die Ausgleichsflächen für die beanspruchte Feldflur mit den Aussagen zu dem Artenbestand (Kiebitz, Feldlerche, Wachtel und Rebhuhn etc.) durch die bestehenden Windparks (Baesweiler West 5 Windräder und Herzogenrath-Merkstein 3 Windräder) sind zu ermitteln und der Fortbestand der damals ausgewiesenen Ersatzflächen für die damals nachgewiesenen Arten glaubhaft darzustellen.

Auf die Erfassung von Kranichen kann an einem Punkt, wo die Zugwege bereits durch zahlreiche Windparks (im Kumulation mit den umliegenden Kreisen Düren und Heinsberg) verstellt werden, u. E. nicht verzichtet werden, zumal massenhafter flächiger Zug von Kranichen regional bekannt ist.

Bei der Kartierung von Fledermausarten sollten grundsätzlich keine Arten ausgeschlossen werden. Der Lebensraumverlust engräumig lebende Arten (vgl. VV Artenschutz und Ausführungen von Dr. Kiel bezüglich der Betrachtung von Jagdhabitaten) kann ebenso essentiell für die Art sein, wie die Tötung am Windrad.

Bei allen Begehungen sollten immer Echtzeitgeräte mit GPS-Funktion parallel aufnehmen, damit die Begehungsdaten dokumentiert werden und überprüfbar sind.

Das Untersuchungsschema bezüglich einzelner Lebensphasen von Fledermäusen ist streng einzuhalten. Einer Verringerung der Termine, wie vorgeschlagen, kann nicht zugestimmt werden, weil Sichtbeobachtungen und Begehungen der Fläche räumlich erfassen, was von einem festen Kartierstandort außerhalb der Untersuchungsfläche im benachbarten Windpark nicht geleistet werden kann.

Geeignete Witterungsbedingungen sind für alle Begehungstage zu berücksichtigen. Angaben, wie Datum, Anzahl der Kartierer, Transektstrecke bzw. Art der Untersuchung (z.B. Einflugkartierung an Punkt x etc.) Nachtzeit, Witterung, Daten zu Beobachtungen etc. sind detailliert und nachvollziehbar zu dokumentieren.

Von einer Verwendung eines nicht rechtsfesten Horchboxsystems z. B. mit einem professionellen Detektionsgerät „Ciel...“, das technisch nicht den Ansprüchen einer professionellen Kartierung genügt, raten wir ab.

Horchboxen müssen standardisierte (kalibrierte und einstellbare) Echtzeitgeräte sein, sonst ist ein Vergleich zwischen den Standorten und auch mit Literatur unmöglich. Zu den Aufnahmen sind alle wichtigen Geräteparameter anzugeben. Die Auswertung ist nachvollziehbar zu beschreiben und alle Rohdaten (auch die der Begehungen) müssen für eine Überprüfung verfügbar gehalten werden.

Wir machen darauf aufmerksam, dass eine Rotation von Horchboxen (batcorder) über die Fläche keinen effektiven Datenvergleich zwischen Standorten erlaubt.

Eine akustische Untersuchung (Gondelmonitoring) außerhalb der Untersuchungsfläche ist für Erfassung der Lebensraumnutzung der Artengruppe in der Untersuchungsfläche unzureichend und erfüllt nicht die Anforderungen des Artenschutzes. Weiteren Untersuchungsmethoden (Ein- und Ausflugbeobachtungen, Quartiersuche, Netzfänge ggf. Telemetrie) muss ausreichend Zeit eingeräumt werden. Das Erfassungsprotokoll sollte unbedingt Einflugkontrollen in den Morgenstunden enthalten.

Ein Gondelmonitoring bei ausgeschaltetem Betrieb in beiden Bestandsparks (im Osten und Westen) ist zu begrüßen. Die Daten sollten streng nach den Regeln des RENEbat II Projektes (Nachfolgeprojekt zu Brinkmann et al. 2011) gewonnen werden (vgl. Rudolph und Behr 2013). Eine zentrale Anlage zu wählen macht keinen Sinn, da dort das höchste Tötungsrisiko für eine einfliegende Fledermaus besteht (zentral ist allerdings bei der Anordnung der bestehenden Windkraftanlage eine eher irreführende Aussage). Es müssen jeweils eine Anlage im Westen und im Osten in Richtung der neu zu errichtenden Anlagen gewählt werden.

Sehr wichtig ist die Untersuchung der zentralen Waldfläche im Untersuchungsgebiet, hier sollte auch oberhalb der Baumkronen erfasst werden.

Der Fund des kleinen Abendseglers an den WEA Baesweiler Ost (Meldung an die Gemeinde im Herbst 2015) ist zu berücksichtigen. Die Art ist regional gut vertreten und muss als WEA-sensibel unbedingt betrachtet werden.

Auch wenn die Art nicht im MTB erwähnt ist, ist auch die WEA-sensible Rauhaufledermaus unbedingt zu untersuchen (sie kommt im benachbarten Kreis Düren in unmittelbarer Nähe vor). Die ebenfalls WEA-sensible Zwergfledermaus darf grundsätzlich nicht ausgeklammert werden (dies widerspricht auch dem Leitfaden NRW in seiner Detaildarstellung).

Wir machen darauf aufmerksam, dass regional die Zugzeit im Frühjahr schon ab Anfang März beginnt und im Herbst erst Mitte November endet. Die Untersuchungszeiten sind entsprechend abweichend von den generellen Vorgaben des Leitfadens, wie auch im Leitfadenvorgeschlagen, regional anzupassen, also vom 1.3. bis 15.11. Die Verlängerung der Untersuchungszeiten ist zu einer richtigen Erfassung des Zuges geschehens notwendig. Durch das Abschaltungsparameter „Temperatur (>10°C) „wird der Einfluss von milder Witterung im Frühjahr und Herbst auf das witterungsgeprägte Wanderverhalten der Tiere erfasst. In „Normaljahren“ kommt es dabei für den Betreiber zu keinen zusätzlichen Abschaltungen bei „normal“ tiefen Nachttemperaturen im Herbst und Frühjahr.

Bei einem mutmaßlichen Vorkommen von Kreuzkröte ist auch eine Kartierung durchzuführen, um das Ausmaß des Ersatzes festlegen zu können.

Wir empfehlen auch die Untersuchung auf Haselmaus falls Gehölzstrukturen von Rodungen betroffen sind, um notwendigen Ausgleich frühzeitig zu kennen. Die Art ist regional häufiger vertreten.

Stellungnahme:

Der Mäusebussard wird aufgrund seiner Häufigkeit und Verbreitung im aktuellen Leitfaden nicht als WEA-empfindlich eingestuft. Auch im überarbeiteten Helgoländer Papier der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten mit Abstandsempfehlungen von WEA-Standorten zu Brutplätzen ausgewählter / durch WEA besonders gefährdeter Vogelarten ist er weiterhin nicht aufgeführt. Im Fachbeitrag zur Artenschutz-Vorprüfung (ASP I) wurde ausführlich dargelegt, dass keine Hinweise auf Vorkommen WEA-empfindlicher Greifvögel vorliegen, sodass spezifische Erfassungen nicht erforderlich sind (vgl. Leitfaden Kap. 5). Dies wurde auch mit der Genehmigungsbehörde im Vorfeld abgestimmt.

Im Rahmen der Erfassungen zur vertiefenden Prüfung (s. Fachbeitrag zur Artenschutzprüfung Stufe II (ASP II) konnten überdies keinerlei Beobachtungen WEA-empfindlicher Greifvögel gemacht werden.

Gemäß überarbeitetem Helgoländer Papier ist das Kollisionsrisiko für den Kranich gering.

Jährlich ziehen rund 300.000 Tiere in schmaler Front über Deutschland, um die kalten Wintermonate in Frankreich, der spanischen Extremadura oder im Nordwesten Afrikas zu verbringen. Die zentrale Fundkartei der staatlichen Vogelschutzwarte Brandenburg führt seit 2002 bundesweit „nur“ 14 Schlagopfer-Funde des Kranichs auf (Stand 16.12.2015), davon eines in NRW. Nach Leitfaden sind bei ernst zu nehmenden Hinweisen (z.B. aus @Linfos) von Rast- und Zugvögeln „regelmäßig genutzte Rastgebiete sowie essentielle Flugrouten im Umfeld dieser Stätten zu betrachten. Weitergehende Untersuchungen zum Vogelzug sind hingegen nicht erforderlich.“ Es liegen keinerlei Hinweise auf derartige Rastplätze im Untersuchungsraum vor; vielmehr erfolgt ein flächiger Zug über dem Raum, welcher i.d.R. in großen Höhen weit über der Anlagenhöhe erfolgt.

Untersuchungen zu Auswirkungen von bestehenden und geplanten Windparks auf den Kranichzug im Landkreis Uelzen zeigten, dass im Bereich von Windparks keine Lücken oder großräumige Ausweichbewegungen ziehender Kraniche erkennbar waren und die Windparks keine erhebliche Beeinträchtigung darstellen. Die Tiere haben das Bestreben, nur bei gutem, d.h. sonnig und klarem Zugwetter zu ziehen und können dann hohe Flughöhen (bis 2.500 m) verwirklichen. In der Südwest-Nordost-Linie, in welcher der Zug erfolgt, ist durch Änderung des FNP keine Verriegelung erkennbar.

Da jedoch bei plötzlichen Schlechtwettereinbrüchen und Nebel - i.d.R. meiden Kraniche schlechte Zugbedingungen - niedrigere Flughöhen zu erwarten sind, sollten ggf. an den Hauptzugtagen bei starken Nebellagen vorsorglich Abschaltungen überdacht werden.

Die im Jahr 2015 durchgeführten Erfassungen und die vertiefende Prüfung schließen selbstverständlich keine Fledermausarten aus. Der am 16.11.2015 gemeldete Fund eines verletzten Kleinen Abendseglers wird in der ASP II berücksichtigt. Daten, Methodik und Witterungsparameter der einzelnen Termine sind in der ASP II ausführlich dargestellt (s. Kap. 2.2; Tab. D2).

Zur Methodik für Repowering-Vorhaben führt der Leitfaden auf, dass sich bei einem ergänzend durchgeführten Gondelmonitoring – welches im Übrigen mehr als alle anderen Methoden den primären Gefährdungsbereich beprobt! - eine Verringerung der am Boden einzusetzenden Methoden möglich ist.

Neben dem Einsatz der gemäß Leitfaden eingesetzten 5 Horchboxen wurden zudem noch zusätzlich in allen Erfassungsnächten 2 Batcorder an wechselnden Standorten eingesetzt. Diese sollten insbesondere noch weitere Hinweise zum vorliegenden Artenspektrum und Aktivitäten im Raum liefern. Die hier eingesetzten Hochboxen, welche in Echtzeit aufnehmen, entsprechen den Vorgaben des Leitfadens. Die Ergebnisse sind als „Ergänzung der Detektor-Begehungen anzusehen“.

Da zum vorliegenden Vorhaben der Änderung des Flächennutzungsplans noch keine fixen Planstandorte vorliegen, wurden die Horchboxen jeweils an den gleichen fünf, theoretisch möglichen Standorten – nicht rotierend, sondern jeweils parallel zu allen Terminen der Detektorbegehungen – eingesetzt (s. ASP II, Kap. 2.2.2 und Karte 2). Weiterer Methodeneinsatz wie Netzfang und Telemetrie ist nur erforderlich und zielführend bei Vorhaben in/an Waldstandorten mit möglichen baubedingten Auswirkungen auf Baumhöhlen-Quartiere von Waldarten – hier nicht gegeben, da Gehölze nicht beansprucht werden und Abstand gehalten wird.

Das Gondelmonitoring wurde innerhalb der zu betrachtenden Windvorrangzone durchgeführt.

Im Rahmen von ggf. anstehenden Repoweringvorhaben / Neuerrichtungen und den dann in jedem Fall erforderlichen Gondelmonitorings bei Inbetriebnahme ist die vorgeschlagene Wahl jeweils einer WEA im westlichen und östlichen Bereich sinnvoll.

Es liegt keine „zentrale Waldfläche“ im Untersuchungsgebiet vor. Das Erfordernis einer zusätzlichen Erfassung über den Kronen der Feldgehölze ist nicht gegeben, da ein zusätzlicher besonderer Erkenntnisgewinn auszuschließen ist. Umfangreiche Datenauswertungen von Gondelmonitorings (106 WEA Offenland, 87 WEA Wald/Waldrandstandorte) zeigten kaum Unterschiede in den Aktivitäten der Fledermäuse und führten zu dem Ergebnis, dass sogar die Abschaltalgorithmen von Offenlandstandorten auf Waldstandorte übertragbar sind. Daten aus Kastenprogrammen im Rheinland zeigen, dass die Zugzeit der langstreckenwandernden Arten, insbesondere der Abendsegler, oftmals früh im März einsetzen und die Herbstwanderung sich bis in den November erstreckt. Dem Hinweis, die im Leitfaden aufgeführten Untersuchungszeiten für die Monitorings dahingehend anzupassen, stimmen wir unbedingt zu. Dies ist auch in der ASP II aufgeführt und sollte von der Genehmigungsbehörde berücksichtigt werden.

Potentielle Vorkommen der Kreuzkröte im Untersuchungsraum und der Umgang mit ihnen sind in der ASP berücksichtigt. Da die Beanspruchung von Gehölzen als Lebensraumstrukturen für die Haselmaus im Rahmen des Vorhabens auszuschließen ist, ist eine weitere Berücksichtigung der Art nicht erforderlich.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

h) **Bezirksregierung Düsseldorf mit Schreiben vom 13.01.2016:**

Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes erhebe ich keine grundsätzlichen Bedenken.

Windkraftanlagen von mehr als 100m über Grund stellen grundsätzlich ein Luftfahrthindernis gem. § 14 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) dar und bedürfen im Rahmen des BImSch-Genehmigungsverfahrens meiner besonderen luftrechtlichen Zustimmung (Einzelfallentscheidung).

Unabhängig von der luftrechtlichen Prüfung im BImSch-Verfahren kann bereits jetzt gesagt werden, dass Windkraftanlagen über 100 m über Grund grundsätzlich mit einer Tages- und Nachtkennzeichnung gem. den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 02.09.2004 in der zur Zeit gültigen Fassung (NfL I - 143/07) zu versehen und als Luftfahrthindernis zu veröffentlichen sind.

Die Plangebiete liegen im Zuständigkeitsbereich des militärischen Flugplatzes Geilenkirchen (ZB Zone III). Störungen von Flugsicherungseinrichtung sind daher nicht auszuschließen (§ 18a LuftVG).

Eine flugsicherungstechnische Bewertung ist jedoch aufgrund der in diesem Planungsstadium fehlenden Angaben (Standortkoordinaten, Bauhöhen, WKA-Typ usw.) zurzeit nicht möglich. Sofern im späteren Planungsstadium Beeinträchtigungen von militärischen und/oder zivilen Flugsicherungseinrichtungen zu erwarten sind, kann ggfs. eine Zustimmung

zu der Errichtung der geplanten Windkraftanlagen aufgrund §§ 14, 18a LuftVG im BImSch-Verfahren versagt werden (materielles Bauverbot).

Stellungnahme:

Gemäß der Stellungnahme ist eine Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich möglich. Üblicherweise liegen im Flächennutzungsplanverfahren, das lediglich die Art der Bodennutzung in den Grundzügen und für die weitere Stadtentwicklung regelt, noch keine Aussagen zu der genauen Anzahl, den Typen, die Nabenhöhe, dem Rotordurchmesser, der Höhe über Grund, der Höhe über Normalnull (NN) sowie die genauen Koordinaten von Windenergieanlagen vor. Die Klärung dieser Belange wird somit zulässigerweise auf das Bebauungsplanverfahren, welches im Parallelverfahren durchgeführt werden soll, verlagert.

Dem Hinweis bezüglich der Tages- und Nachtkennzeichnung gem. den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 02.09.2004 in der zurzeit gültigen Fassung (NfL I - 143/07) wird gefolgt. Eine abschließende Klärung erfolgt im nachgelagerten Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

i) **NABU mit Mail vom 14.01.2016:**

Die Vorrangzonen 11-16 können nicht als Einzelflächen bezeichnet werden (siehe Anlage 1). Außerdem bestehen schon WEA in unmittelbarer Nachbarschaft. Hier ist eine Ausweisung als Konzentrationszone zu fordern. Wegen der Größe der Gesamtanlage und der Nähe zum Naturschutzgebiet ist eine UVP durchzuführen.

Stellungnahme:

Im Rahmen der Aufstellung der 75. Änderung des Flächennutzungsplans plant die Stadt Baesweiler die Darstellung einer Windkonzentrationszone. Auf Basis eines gesamtstädtischen Planungskonzeptes wurde hierzu das gesamte Stadtgebiet analysiert.

Die Potentialflächen 11-16 wurden dabei zur Ausweisung als Konzentrationszone empfohlen (siehe Anlage 1). Im Kapitel 9 (vgl. Standortuntersuchung VDH Projektmanagement GmbH) erfolgt im letzten Schritt die Vorabwägung der Flächen untereinander. Dabei werden u.a. die Flächen 11-16 zusammengefasst. Begründet wird dies durch die Tatsache, dass die Flächen durch örtliche Gegebenheiten (Infrastrukturtrassen, geschützter Landschaftsbestandteil etc.) geteilt werden, dennoch in der Erscheinung den Bezug zueinander nicht verlieren und somit als zusammenhängend wahrgenommen werden.

Das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) beschreibt in der Anlage 1: Liste der „UVP-pflichtige Vorhaben“ ab welcher Anzahl an Windenergieanlagen ein Vorhaben UVP-pflichtig ist. Im hiesigen Flächennutzungsplanverfahren, das lediglich die Art der Bodennutzung in den Grundzügen und für die weitere Stadtentwicklung regelt, liegen noch keine Aussagen zu der genauen Anzahl, den Typen, die Nabenhöhe, dem Rotordurchmesser, der Höhe über Grund, der Höhe über Normalnull (NN) sowie die genauen Koordinaten von Windenergieanlagen vor. Die Klärung dieser Belange wird somit zulässigerweise auf das Bebauungsplanverfahren, welches im Parallelverfahren durchgeführt werden soll, verlagert.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

j) **LVR mit Mail vom 20.01.2016:**

In der engeren Umgebung der geplanten Vorrangflächen sind mehrere Baudenkmäler nach § 2 DSchG NRW mit ihren Wirkungsräumen betroffen, u. a. die folgenden:

1. Flächen 11-16:

Alsdorf	0.2.1 Siedlung Neuweiler	(Grube Anna)
Alsdorf	Pumpe	Auf dem Pütz
Alsdorf	Straßenseitige Fassade als Teil d. Gebäudes	Auf dem Pütz 6
Alsdorf	Burg Alsdorf einschl. Parkanlage Hofanlage	Burgstr. 17 Schlosserstr. 2
	Mahnmal für die Opfer des Grubenunglücks von 1930	Übacher Weg
Baesweiler	Feldkreuz	Gut Merberen
Baesweiler	Landw. Anwesen	Kloshaus 1

2. Flächen 3-6

Aldenhoven	Hofanlage	Althoffstraße 11
Baesweiler	Backsteinhofanlage	Aldenhovener Str. 2
Baesweiler	3schiffige neugotische Backstein-Hallenkirche	Jan-van-Werth-Str.
Linnich	Hofanlage	AachenerEnde 25
Linnich	Hofanlage	Bahnstr. 17
Linnich	Wohnhaus	Kirchweg 24
Linnich	Hofanlage	Kirchweg 28

Die Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Bedauerlicherweise wird diese denkmalpflegerischen und kulturlandschaftlichen Belange in ihrer Information über das Änderungsverfahren nicht angemessen eingegangen. Ich melde daher vorsorglich Bedenken gegen Ihre Planungen an und bitte, diese Belange bei der weiteren Bearbeitung vertieft zu berücksichtigen. Zu

Ihrer Information empfehle ich die Arbeitshilfe der UVP-Gesellschaft zur Berücksichtigung des kulturellen Erbes bei Umweltprüfungen.

Stellungnahme:

Der Stellungnahme wird gefolgt. Die aufgelisteten Baudenkmäler werden im Umweltbericht bzw. im Rahmen des gesamtstädtischen Planungskonzeptes behandelt.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

k) **Stadt Alsdorf mit Mail vom 25.01.2016:**

Im Rahmen der Aufstellung der 75. Änderung des Flächennutzungsplanes - Vorrangzonen für Windkraft - plant die Stadt Baesweiler die Darstellung einer Windkonzentrationszone im Bereich des Nordfriedhofs an der nordwestlichen Stadtgrenze von Alsdorf.

Gemäß dem Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 27.11.2014 wird seitens der Verwaltung aktuell die Ausweisung neuer Windvorrangzonen im Stadtgebiet von Alsdorf geprüft. Die bisherigen Ergebnisse zeigen unter anderem mögliche Potentialflächen an der nördlichen Stadtgrenze zu Baesweiler auf, westlich der bereits vorhandenen Konzentrationszone am Nordfriedhof. Diese Flächen grenzen zum Teil direkt an die von der Stadt Baesweiler geplante Windvorrangzone in diesem Bereich. Da Windenergieanlagen Turbulenzschleppen erzeugen, die benachbarte Anlagen in ihrer Wirtschaftlichkeit einschränken können, ist üblicherweise die Einhaltung von Mindestabständen zwischen einzelnen Windenergieanlagen erforderlich. Im Falle einer Realisierung von Anlagen auf Baesweiler Stadtgebiet könnte somit theoretisch die spätere Errichtung von potentiellen Anlagen in Alsdorf eingeschränkt werden.

Die 75. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Baesweiler wurde am 15.12.2015 im Rat der Stadt Alsdorf beraten. Gegen die Planung bestehen im Ergebnis seitens der Stadt Alsdorf nur dann keine Bedenken, wenn potentielle Anlagestandorte auf Alsdorfer Stadtgebiet hierdurch nicht eingeschränkt werden.

Hierzu wird darum gebeten, die konkrete Standortwahl von Windenergieanlagen auf Baesweiler Stadtgebiet mit der Stadt Alsdorf abzustimmen, um eine gegenseitige Beeinträchtigung von Anlagen bzw. eine Einschränkung der Errichtung von Windenergieanlagen auf Alsdorfer Stadtgebiet zu vermeiden.

Stellungnahme:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Im hiesigen Flächennutzungsplanverfahren, das lediglich die Art der Bodennutzung in den Grundzügen und für die weitere Stadtentwicklung regelt,

liegen noch keine Aussagen zu der genauen Anzahl, den Typen, die Nabenhöhe, dem Rotordurchmesser, der Höhe über Grund, der Höhe über Normalnull (NN) sowie die genauen Koordinaten von Windenergieanlagen vor. Die Klärung dieser Belange wird somit zulässigerweise auf das Bebauungsplanverfahren, welches im Parallelverfahren durchgeführt werden soll, verlagert.

Auch sind seitens der Stadt Alsdorf zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Anlagenstandorte veröffentlicht worden, die berücksichtigt werden könnten.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

l) Bezirksregierung Arnsberg mit Schreiben vom 14.01.2016:

l.1) Fläche 11:

das von Ihnen kenntlich gemachte Planungsgebiet liegt über den auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeldern „Carl – Alexander I“ und „Anna Reststück“, über den auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeldern „Rothe Erde II“ und „Aldenhoven 11“. Ebenfalls wird das Plangebiet von dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Erlaubnisfeld „Rheinland“ (zu gewerblichen Zwecken) überdeckt. Ebenso liegt es über dem auf Erdwärme erteilten Erlaubnisfeld „Honigmann“ (zu gewerblichen Zwecken). Eigentümerin der Bergwerksfelder „Carl – Alexander I“ bzw. „Anna Reststück“ ist die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Myhler Straße 83 in 418. Eigentümerin des Bergwerksfeldes „Rothe Erde II“ ist die RWE Power Aktiengesellschaft, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln. Eigentümerin des Bergwerksfeldes „Aldenhoven 11“ ist die RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power AG, Abt. Liegenschaften und Umsiedlung in 50416 Köln. Inhaberin der Erlaubnis „Rheinland“ ist die Wintershall Holding GmbH. Inhaberin der Erlaubnis „Honigmann“ ist die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Eine Erlaubnis gewährt das befristete Recht zur Aufsuchung des Bodenschatzes „Kohlenwasserstoffe“ innerhalb der festgelegten Feldesgrenzen. Unter dem „Aufsuchen“ versteht man Tätigkeiten zur Feststellung (Untersuchung) des Vorhandenseins und der Ausdehnung eines Bodenschatzes. Eine Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken dient lediglich dem Konkurrenzschutz und klärt in Form einer Lizenz nur grundsätzlich, welcher Unternehmer in diesem Gebiet Anträge auf Durchführung konkreter Aufsuchungsmaßnahmen stellen darf. Eine erteilte Erlaubnis gestattet noch keinerlei konkrete Maßnahmen, wie z. B. Untersuchungsbohrungen, sodass Umweltauswirkungen in diesem Stadium allein aufgrund einer Erlaubnis nicht hervorgerufen werden können. Konkrete Aufsuchungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den Betriebsplanzulassungsverfahren, erlaubt, die ganz konkret das „Ob“ und „Wie“ regeln. Vor einer Genehmigungsentscheidung erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Beteiligung von ggf. betroffenen Privaten, Kommunen und Behörden. Des Weiteren werden ausführlich und gründlich alle

öffentlichen Belange – insbesondere auch die des Gewässerschutzes – geprüft, gegebenenfalls in einem separaten wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren.

Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeit, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven einzuholen.

Der nördliche Planungsbereich ist nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzpläne mit Stand: 01.10.2012 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides – Az.: 61.42.63 -2000-1 -) von durch Sumpfungmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen nicht betroffen. Jedoch liegt der nördliche Planungsbereich im Grenzbereich vorhandener Auswirkungen von Sumpfungmaßnahmen, in dem eine zukünftige Beeinflussung nicht auszuschließen ist.

Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sumpfungmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten.

Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollte bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden.

Ich empfehle Ihnen, diesbezüglich eine Anfrage an die RWE Power AG, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim, zu stellen.

Über mögliche zukünftige, betriebsplanmäßig noch nicht zugelassene bergbauliche Tätigkeiten ist hier nichts bekannt. Diesbezüglich empfehle ich Ihnen, ebenfalls die o. g. Eigentümer der bestehenden Bergbauberechtigungen an der Planungsmaßnahme zu beteiligen, falls dieses nicht bereits erfolgt ist.

Stellungnahme:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Gemäß der Stellungnahme ist eine Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich möglich.

Auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung werden entsprechende Hinweise zum Bodengrund aufgenommen. Ein Bebauungsplan soll im Parallelverfahren aufgestellt werden.

Die EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven, wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der 75. FNP-Änderung um Stellungnahme gebeten. Mit Schreiben vom 18.12.2015 erläutert die EVB, dass in dem fraglichen Bereich während der Phase des aktiven Bergbaus zahlreiche bergbaubedingte Unstetigkeiten dokumentiert worden sind. Daher sei bei Bebauung verstärkt auf Unregelmäßigkeiten im Baugrund zu achten bzw. im Vorfeld entsprechend detaillierte Baugrunduntersuchungen durchzuführen.

Auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung werden entsprechende Hinweise zum Bodengrund aufgenommen. Ein Bebauungsplan soll im Parallelverfahren aufgestellt werden.

Die RWE Power AG, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung um Abgabe einer Stellungnahme gebeten. Mit Schreiben vom 20.11.2015 teilt diese u. a. mit, dass das gesamte Plangebiet wegen der Baugrundverhältnisse als Fläche zu kennzeichnen ist, bei deren Bebauung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich sind.

Der Erftverband wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB beteiligt - hat jedoch keine Stellungnahme abgegeben.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

I.2) **Fläche 12:**

das von Ihnen kenntlich gemachte Planungsgebiet liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Carl – Alexander I“, über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Rothe Erde II“. Ebenfalls wird das Plangebiet von dem auf Kohlewasserstoffe erteilten Erlaubnisfeld „Rheinland“ (zu gewerblichen Zwecken) überdeckt. Ebenso liegt es über dem auf Erdwärme erteilten Erlaubnisfeld „Honigmann“ (zu gewerblichen Zwecken). Eigentümerin des Bergwerksfeldes „Carl – Alexander I“ ist die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Myhler Straße 83 in 418. Eigentümerin des Bergwerksfeldes „Rothe Erde II“ ist die RWE Power Aktiengesellschaft, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln. Inhaberin der Erlaubnis „Rheinland“ ist

die Wintershall Holding GmbH. Inhaberin der Erlaubnis „Honigmann“ ist die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Eine Erlaubnis gewährt das befristete Recht zur Aufsuchung des Bodenschatzes „Kohlenwasserstoffe“ innerhalb der festgelegten Feldesgrenzen. Unter dem „Aufsuchen“ versteht man Tätigkeiten zur Feststellung (Untersuchung) des Vorhandenseins und der Ausdehnung eines Bodenschatzes. Eine Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken dient lediglich dem Konkurrenzschutz und klärt in Form einer Lizenz nur grundsätzlich, welcher Unternehmer in diesem Gebiet Anträge auf Durchführung konkreter Aufsuchungsmaßnahmen stellen darf. Eine erteilte Erlaubnis gestattet noch keinerlei konkrete Maßnahmen, wie z. B. Untersuchungsbohrungen, sodass Umweltauswirkungen in diesem Stadium allein aufgrund einer Erlaubnis nicht hervorgerufen werden können. Konkrete Aufsuchungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den Betriebsplanzulassungsverfahren, erlaubt, die ganz konkret das „Ob“ und „Wie“ regeln. Vor einer Genehmigungsentscheidung erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Beteiligung von ggf. betroffenen Privaten, Kommunen und Behörden. Des Weiteren werden ausführlich und gründlich alle öffentlichen Belange – insbesondere auch die des Gewässerschutzes – geprüft, gegebenenfalls in einem separaten wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren.

Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeit, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven einzuholen.

Der Planungsbereich ist nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzpläne mit Stand: 01.10.2012 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides – Az.: 61.42.63 -2000-1 -) von durch Sumpfungmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen nicht betroffen. Jedoch liegt der nördliche Planungsbereich im Grenzbereich vorhandener Auswirkungen von Sumpfungmaßnahmen, in dem eine zukünftige Beeinflussung nicht auszuschließen ist.

Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sumpfungmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten.

Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren

Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollte bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden.

Ich empfehle Ihnen, diesbezüglich eine Anfrage an die RWE Power AG, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim, zu stellen.

Über mögliche zukünftige, betriebsplanmäßig noch nicht zugelassene bergbauliche Tätigkeiten ist hier nichts bekannt. Diesbezüglich empfehle ich Ihnen, ebenfalls die o. g. Eigentümer der bestehenden Bergbauberechtigungen an der Planungsmaßnahme zu beteiligen, falls dieses nicht bereits erfolgt ist.

Stellungnahme:

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB teilte die Untere Landschaftsbehörde der Städte Region Aachen mit, dass die vorliegende Fläche aufgrund erheblicher Beeinträchtigungen von Biotopverbundachsen im Widerspruch zur geplanten Ausweisung als Konzentrationszone für Windenergieanlagen steht. Diesem Hinweis wurde gefolgt, sodass die vorliegende Fläche nicht weiter verfolgt wird.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

I.3) **Fläche 13:**

das von Ihnen kenntlich gemachte Planungsgebiet liegt über den auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeldern „Carl – Alexander I“ und „Anna Reststück“. Ebenfalls wird das Plangebiet von dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Erlaubnisfeld „Rheinland“ (zu gewerblichen Zwecken) überdeckt. Ebenso liegt es über dem auf Erdwärme erteilten Erlaubnisfeld „Honigmann“ (zu gewerblichen Zwecken) sowie über dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Bewilligungsfeld „Mathanna“. Eigentümerin der Bergwerksfelder „Carl – Alexander I“ bzw. „Anna Reststück“ ist die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Myhler Straße 83 in 418. Inhaberin der Erlaubnis „Rheinland“ ist die Wintershall Holding GmbH. Inhaberin der Erlaubnis „Honigmann“ ist die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Inhaberin der Bewilligung „Mathanna“ ist die A-TEC Anlagentechnik GmbH.

Eine Erlaubnis gewährt das befristete Recht zur Aufsuchung des Bodenschatzes „Kohlenwasserstoffe“ innerhalb der festgelegten Feldesgrenzen. Unter dem „Aufsuchen“ versteht man Tätigkeiten zur Feststellung (Untersuchung) des Vorhandenseins und der Ausdehnung eines Bodenschatzes. Eine Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken dient

lediglich dem Konkurrenzschutz und klärt in Form einer Lizenz nur grundsätzlich, welcher Unternehmer in diesem Gebiet Anträge auf Durchführung konkreter Aufsuchungsmaßnahmen stellen darf. Eine erteilte Erlaubnis gestattet noch keinerlei konkrete Maßnahmen, wie z. B. Untersuchungsbohrungen, sodass Umweltauswirkungen in diesem Stadium allein aufgrund einer Erlaubnis nicht hervorgerufen werden können. Konkrete Aufsuchungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den Betriebsplanzulassungsverfahren, erlaubt, die ganz konkret das „Ob“ und „Wie“ regeln. Vor einer Genehmigungsentscheidung erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Beteiligung von ggf. betroffenen Privaten, Kommunen und Behörden. Des Weiteren werden ausführlich und gründlich alle öffentlichen Belange – insbesondere auch die des Gewässerschutzes – geprüft, gegebenenfalls in einem separaten wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren.

Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeit, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven einzuholen.

Über mögliche zukünftige, betriebsplanmäßig noch nicht zugelassene bergbauliche Tätigkeiten ist hier nichts bekannt. Diesbezüglich empfehle ich Ihnen, ebenfalls die o. g. Eigentümer der bestehenden Bergbauberechtigungen an der Planungsmaßnahme zu beteiligen, falls dieses nicht bereits erfolgt ist.

Stellungnahme:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Gemäß der Stellungnahme ist eine Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich möglich.

Auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung werden entsprechende Hinweise zum Bodengrund aufgenommen. Ein Bebauungsplan soll im Parallelverfahren aufgestellt werden.

Die EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven, wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der 75. FNP-Änderung um Stellungnahme gebeten. Mit Schreiben vom 18.12.2015 erläutert die EVB, dass in dem fraglichen Bereich während der Phase des aktiven Bergbaus zahlreiche bergbaubedingte Unstetigkeiten dokumentiert worden sind. Daher sei bei Bebauung verstärkt auf Unregelmäßigkeiten im Baugrund zu achten bzw. im Vorfeld entsprechend detaillierte Baugrunduntersuchungen durchzuführen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

I.4) Fläche 14:

das von Ihnen kenntlich gemachte Planungsgebiet liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Carl – Alexander I“ und „Anna Reststück“, über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Rothe Erde II“. Ebenfalls wird das Plangebiet von dem auf Kohlewasserstoffe erteilten Erlaubnisfeld „Rheinland“ (zu gewerblichen Zwecken) überdeckt. Ebenso liegt es über dem auf Erdwärme erteilten Erlaubnisfeld „Honigmann“ (zu gewerblichen Zwecken) sowie über dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Bewilligungsfeld „Mathanna“. Eigentümerin des Bergwerksfeldes „Carl – Alexander I“ ist die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Myhler Straße 83 in 418. Eigentümerin des Bergwerksfeldes „Rothe Erde II“ ist die RWE Power Aktiengesellschaft, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln. Inhaberin der Erlaubnis „Rheinland“ ist die Wintershall Holding GmbH. Inhaberin der Erlaubnis „Honigmann“ ist die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Inhaberin der Bewilligung „Mathanna“ ist die A-TEC Anlagentechnik GmbH.

Eine Erlaubnis gewährt das befristete Recht zur Aufsuchung des Bodenschatzes „Kohlenwasserstoffe“ innerhalb der festgelegten Feldesgrenzen. Unter dem „Aufsuchen“ versteht man Tätigkeiten zur Feststellung (Untersuchung) des Vorhandenseins und der Ausdehnung eines Bodenschatzes. Eine Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken dient lediglich dem Konkurrenzschutz und klärt in Form einer Lizenz nur grundsätzlich, welcher Unternehmer in diesem Gebiet Anträge auf Durchführung konkreter Aufsuchungsmaßnahmen stellen darf. Eine erteilte Erlaubnis gestattet noch keinerlei konkrete Maßnahmen, wie z. B. Untersuchungsbohrungen, sodass Umweltauswirkungen in diesem Stadium allein aufgrund einer Erlaubnis nicht hervorgerufen werden können. Konkrete Aufsuchungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den Betriebsplanzulassungsverfahren, erlaubt, die ganz konkret das „Ob“ und „Wie“ regeln. Vor einer Genehmigungsentscheidung erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Beteiligung von ggf. betroffenen Privaten, Kommunen und Behörden. Des Weiteren werden ausführlich und gründlich alle öffentlichen Belange – insbesondere auch die des Gewässerschutzes – geprüft, gegebenenfalls in einem separaten wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren.

Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeit, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende

Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven einzuholen.

Der nördliche Planungsbereich ist nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzpläne mit Stand: 01.10.2012 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides – Az.: 61.42.63 -2000-1 -) von durch Sumpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen nicht betroffen. Jedoch liegt der nördliche Planungsbereich im Grenzbereich vorhandener Auswirkungen von Sumpfungsmaßnahmen, in dem eine zukünftige Beeinflussung nicht auszuschließen ist.

Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sumpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten.

Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollte bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden.

Ich empfehle Ihnen, diesbezüglich eine Anfrage an die RWE Power AG, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim, zu stellen.

Über mögliche zukünftige, betriebsplanmäßig noch nicht zugelassene bergbauliche Tätigkeiten ist hier nichts bekannt. Diesbezüglich empfehle ich Ihnen, ebenfalls die o. g. Eigentümer der bestehenden Bergbauberechtigungen an der Planungsmaßnahme zu beteiligen, falls dieses nicht bereits erfolgt ist.

Stellungnahme:

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB teilte die Untere Landschaftsbehörde der Städte Region Aachen mit, dass die vorliegende Fläche aufgrund erheblicher Beeinträchtigungen von Biotopverbundachsen im Widerspruch zur geplanten Ausweisung als Konzentrationszone für Windenergieanlagen steht. Diesem Hinweis wurde gefolgt, sodass die vorliegende Fläche nicht weiter verfolgt wird.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

I.5) Fläche 15:

das von Ihnen kenntlich gemachte Planungsgebiet liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Anna Reststück“. Ebenso liegt es über dem auf Erdwärme erteilten Erlaubnisfeld „Honigmann“ (zu gewerblichen Zwecken) sowie über dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Bewilligungsfeld „Mathanna“. Eigentümerin des Bergwerksfeldes „Anna Reststück“ ist die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Myhler Straße 83 in 418. Inhaberin der Erlaubnis „Honigmann“ ist die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Inhaberin der Bewilligung „Mathanna“ ist die A-TEC Anlagentechnik GmbH.

Eine Erlaubnis gewährt das befristete Recht zur Aufsuchung des Bodenschatzes „Kohlenwasserstoffe“ innerhalb der festgelegten Feldesgrenzen. Unter dem „Aufsuchen“ versteht man Tätigkeiten zur Feststellung (Untersuchung) des Vorhandenseins und der Ausdehnung eines Bodenschatzes. Eine Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken dient lediglich dem Konkurrenzschutz und klärt in Form einer Lizenz nur grundsätzlich, welcher Unternehmer in diesem Gebiet Anträge auf Durchführung konkreter Aufsuchungsmaßnahmen stellen darf. Eine erteilte Erlaubnis gestattet noch keinerlei konkrete Maßnahmen, wie z. B. Untersuchungsbohrungen, sodass Umweltauswirkungen in diesem Stadium allein aufgrund einer Erlaubnis nicht hervorgerufen werden können. Konkrete Aufsuchungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den Betriebsplanzulassungsverfahren, erlaubt, die ganz konkret das „Ob“ und „Wie“ regeln. Vor einer Genehmigungsentscheidung erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Beteiligung von ggf. betroffenen Privaten, Kommunen und Behörden. Des Weiteren werden ausführlich und gründlich alle öffentlichen Belange – insbesondere auch die des Gewässerschutzes – geprüft, gegebenenfalls in einem separaten wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren.

Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeit, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven einzuholen.

Über mögliche zukünftige, betriebsplanmäßig noch nicht zugelassene bergbauliche Tätigkeiten ist hier nichts bekannt. Diesbezüglich empfehle ich Ihnen, ebenfalls die o. g. Eigentümer der bestehenden

Bergbauberechtigungen an der Planungsmaßnahme zu beteiligen, falls dieses nicht bereits erfolgt ist.

Stellungnahme:

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB teilte die Untere Landschaftsbehörde der Städte Region Aachen mit, dass die vorliegende Fläche aufgrund erheblicher Beeinträchtigungen von Biotopverbundachsen im Widerspruch zur geplanten Ausweisung als Konzentrationszone für Windenergieanlagen steht. Diesem Hinweis wurde gefolgt, sodass die vorliegende Fläche nicht weiter verfolgt wird.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

- 1.6) **Fläche 16:**
das von Ihnen kenntlich gemachte Planungsgebiet liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Anna Reststück“, über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Aldenhoven 11“. Ebenso liegt es über dem auf Erdwärme erteilten Erlaubnisfeld „Honigmann“ (zu gewerblichen Zwecken) sowie über dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Bewilligungsfeld „Mathanna“. Eigentümerin des Bergwerksfeldes „Anna Reststück“ ist die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Myhler Straße 83 in 418. Eigentümerin des Bergwerksfeldes „Aldenhoven 11“ ist die RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power AG, Abt. Liegenschaften und Umsiedlung in 50416 Köln. Inhaberin der Erlaubnis „Honigmann“ ist die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Inhaberin der Bewilligung „Mathanna“ ist die A-TEC Anlagentechnik GmbH.

Eine Erlaubnis gewährt das befristete Recht zur Aufsuchung des Bodenschatzes „Kohlenwasserstoffe“ innerhalb der festgelegten Feldesgrenzen. Unter dem „Aufsuchen“ versteht man Tätigkeiten zur Feststellung (Untersuchung) des Vorhandenseins und der Ausdehnung eines Bodenschatzes. Eine Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken dient lediglich dem Konkurrenzschutz und klärt in Form einer Lizenz nur grundsätzlich, welcher Unternehmer in diesem Gebiet Anträge auf Durchführung konkreter Aufsuchungsmaßnahmen stellen darf. Eine erteilte Erlaubnis gestattet noch keinerlei konkrete Maßnahmen, wie z. B. Untersuchungsbohrungen, sodass Umweltauswirkungen in diesem Stadium allein aufgrund einer Erlaubnis nicht hervorgerufen werden können. Konkrete Aufsuchungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den Betriebsplanzulassungsverfahren, erlaubt, die ganz konkret das „Ob“ und „Wie“ regeln. Vor einer Genehmigungsentscheidung erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Beteiligung von ggf. betroffenen Privaten, Kommunen und Behörden. Des Weiteren werden ausführlich und gründlich alle öffentlichen Belange – insbesondere auch die des Gewässerschutzes – geprüft, gegebenenfalls in einem separaten wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren.

Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeit, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven einzuholen.

Über mögliche zukünftige, betriebsplanmäßig noch nicht zugelassene bergbauliche Tätigkeiten ist hier nichts bekannt. Diesbezüglich empfehle ich Ihnen, ebenfalls die o. g. Eigentümer der bestehenden Bergbauberechtigungen an der Planungsmaßnahme zu beteiligen, falls dieses nicht bereits erfolgt ist.

Im hier geführten Bergbau Alt- und Verdachtsflächen-Katalog (BAV-Kat) ist für die Konzentrationszonen 11 – 16 derzeit keine Verdachtsfläche vorsorglich verzeichnet. Jedoch ist für die unmittelbare Umgebung, d. h. westlich der Konzentrationszonen 11, 13 und 16 und östlich der Konzentrationszonen 12, 14 und 16 die Grubenanschlussbahn der ehemaligen Zeche Carl-Alexander im hiesigen BAV-Kat. als Alt- bzw. Verdachtsfläche verzeichnet (siehe Anlage 1). Diese führte von der Berghalde Carl-Alexander von Norden nach Süden bis zur ehemaligen Halde Noppenberg, die Bergaufsicht endete 1986. Konkrete Angaben über die nach den bergbaulichen Tätigkeiten stattgefundenen Folgenutzungen oder über sonst durchgeführte Maßnahmen im Bereich der vorsorglich im hiesigen Katalog aufgenommenen Verdachtsfläche sind hier nicht bekannt. Für aktuelle bodenschutzrechtlich relevante Informationen ist das Umweltamt der Städteregion Aachen als Untere Bodenschutzbehörde und die Stadt Baesweiler als örtliche Sonderordnungsbehörde zuständig.

Stellungnahme:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Gemäß der Stellungnahme ist eine Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich möglich.

Auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung werden entsprechende Hinweise zum Bodengrund aufgenommen. Ein Bebauungsplan soll im Parallelverfahren aufgestellt werden.

Die EBV GmbH, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven, wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der 75. FNP- Änderung um Stellungnahme gebeten. Mit Schreiben vom 18.12.2015 erläutert die EVB, dass in dem fraglichen Bereich während der Phase des aktiven Bergbaus zahlreiche bergbaubedingte Unstetigkeiten dokumentiert worden sind. Daher sei bei Bebauung verstärkt auf Unregelmäßigkeiten im Baugrund zu achten bzw. im Vorfeld entsprechend detaillierte Baugrunduntersuchungen durchzuführen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Bereich der ehemaligen Bahnlinie, der inzwischen einen geschützten Landschaftsbestandteil darstellt, wurde als solcher aus der Planung ausgenommen und gilt als hartes Tabukriterium.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

1.4 Vor der Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) BauGB wurden keine Stellungnahmen vorgebracht.

1.5 Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) wurde folgende Stellungnahme vorgebracht:

m) **Private Stellungnahme mit Schreiben vom 13.06.2016:**

m.1) Die Besitzeinweisung in die Grundstücke ist bereits erfolgt.

Das Flurstück 44 und Teilflächen des Flurstücks 55 liegen innerhalb der von dem VDH Planungsbüro in Erkelenz untersuchten Potentialfläche 14. Der Eigentümer beabsichtigt in Abstimmung mit der STAWAG Energie GmbH die Errichtung einer Windenergieanlage zentral auf dem Flurstück 44. Errichtet werden soll eine Anlage des Typs General Elektrik GE 3.2-130 mit einer Nabenhöhe von 110m und einem Rotordurchmesser von 130 m. Die produzierte Strommenge ist kalkuliert mit jährlich 8,5 Mio. kWh.

Dem Vorentwurf der Begründung zur 75. Änderung des Flächennutzungsplanes - Stand: April 2016 (Ziff. 3.6.4 auf S. 19) entnehmen wir, dass die Potentialfläche 14 nicht weiter verfolgt und aus der Planung genommen werden soll. Zu der beabsichtigten Flächennutzungsplanänderung geben wir im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Entwurfs im Namen des Eigentümers unter Hinweis auf die im Original beigegefügte Vollmacht nachstehende Stellungnahme ab:

1. In der vom Planungsbüro VDH erstellten Windpotentialstudie wurden insgesamt 16 Potentialflächen auf dem Gebiet der Stadt Baesweiler ermittelt. Nach der Studie bietet die Fläche Nr. 14 ebenso wie die Flächen Nr. 11 - 16 das höchste Potential in Bezug auf Größe, Windhöflichkeit, Vorbelastung aufgrund bestehender Anlagen sowie Bündelung mit bestehenden Anlagen. Die Studie empfiehlt daher die Ausweisung dieser Fläche als Konzentrationszone. Der Stadtrat hatte in seiner Sitzung vom 10.11.2015 beschlossen, die Fläche 14 ebenso wie die Flächen 11 - 16 als Windkonzentrationszone auszuweisen.

Stellungnahme:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

- m.2) 2. Die geänderte Planung geht offensichtlich zurück auf die im Rahmen der Behördenbeteiligung von der StädteRegion Aachen mit Schreiben vom 02.12.2014 erhobenen Bedenken, nach der eine erhebliche Beeinträchtigung der Funktionen des Biotopverbund Korridors zu befürchten sein soll.

Eine Beeinträchtigung, erst recht eine erhebliche Beeinträchtigung vorhandener Biotopverbundachsen ist weder erkennbar noch zu befürchten. Die Errichtung der Windenergieanlage soll zentral auf dem Flurstück 44 errichtet werden. Soweit bekannt, sind konkrete natur- und artenschutzrechtliche Maßnahmen auf diesem Flurstück nicht geplant.

Zwar liegt das Flurstück innerhalb des Geltungsbereiches des Landschaftsplanes II.

Gemäß dem aktuellen Windenergieerlass ist die Ausweisung von Gebieten für die Windenergienutzung in Bereichen für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung (BSLE) sowie in regionalen Grünzügen aber möglich, wenn die Windenergienutzung mit der konkreten Schutzfunktion des jeweiligen Bereiches vereinbar ist. Die Lage eines Grundstücks innerhalb dieser Bereiche ist kein Ausschlusskriterium. Vielmehr ist eine Einzelfallprüfung erforderlich. Eine Befreiung vom Landschaftsschutz ist erforderlich, aber zu erwarten.

Für einen generellen Ausschluss der Fläche 14, insbesondere des Flurstücks 44 besteht keine Rechtfertigung. Die Einzelfallprüfung mag dem nachfolgenden Bebauungsplanverfahren oder dem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren vorbehalten bleiben.

Angeregt wird, die Fläche 14 mit dem Flurstück 44 ebenfalls als Konzentrationszone auszuweisen.

Stellungnahme:

Grundlage für die Anpassung der Planung ist die mit Schreiben vom 05.01.2016 (im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB) eingegangene Stellungnahme der StädteRegion Aachen.

Seitens der StädteRegion Aachen wird erläutert, dass durch die Ausweisung der Konzentrationszone im FNP und die damit verbundene Möglichkeit zur Errichtung von WEA eine erhebliche Beeinträchtigung der Funktionen des Biotopverbund-Korridors zu befürchten ist. Dabei ist die Positionierung der WEA (welche nicht Gegenstand eines FNP-Verfahrens ist) unabhängig von der Tatsache,

dass eine nicht hinnehmbare Beeinträchtigung vorliegen wird, zu sehen.

Grundsätzlich ist es korrekt, dass gemäß dem aktuellen Windenergieerlass die Ausweisung von Gebieten für die Windenergienutzung in Bereichen für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung (BSLE) sowie in regionalen Grünzügen möglich ist, wenn die Windenergienutzung mit der konkreten Schutzfunktion des jeweiligen Bereiches vereinbar ist.

Für den gesamten Erweiterungsbereich der geplanten Konzentrationszone sind in der Entwicklungskarte des LPs II die Entwicklungsziele 1 bis 6 ausgewiesen. Textlich wird zum Ziel 1 u.a. folgendes aufgeführt:

„Grundlegende Bedeutung in diesem Entwicklungsraum hat die Erhaltung und Weiterentwicklung eines Biotopverbundes für den Biotop und Artenschutz. Dieser Raum mit den vorgesehenen Schutzfestsetzungen und Maßnahmengeboten bildet das Grundgerüst und ist somit wesentlicher Bestandteil des Biotopverbundes.

In diesem Fall wurde durch die Untere Landschaftsbehörde bereits zur frühzeitigen Offenlage (gemäß § 3 (1) BauGB und § 4 (1) BauGB) erklärt, dass eine erforderliche Befreiung nicht erteilt werde. Damit ist bereits auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung erkennbar, dass Windenergieanlagen in der Fläche 14 nicht vollziehbar sind. Aus diesem Grund wurde die Planung angepasst.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

1.6 Im Rahmen der Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) wurden folgende Stellungnahmen abgegeben:

n) **LVR mit Schreiben vom 10.05.2016:**

n.1) Die beiden in der FNP-Änderung dargestellten Vorrangzonen liegen im nördlichen Bereich der Kulturlandschaft des Aachener Landes, dessen fruchtbare Lössböden seit der Jungsteinzeit, seit etwa 7000 Jahren intensiv landwirtschaftlich genutzt und besiedelt wurden, wie die zahlreichen jungsteinzeitlichen, metallzeitlichen, römischen und mittelalterlichen Fundstellen im Umfeld der Plangebiete belegen. Die Plangebiete werden laut geologischer Bodenkarte von kolluvial verfüllten Rinnen gegliedert, bei denen es sich größtenteils um ältere Bachbetten handelt und deren Nähe bevorzugt für die Anlage von Siedlungen aufgesucht wurden.

Innerhalb der beiden Vorranggebiete sind bislang zwar nur wenige Bodendenkmäler bekannt, doch dies ist - wie die jahrzehntelange Erfahrung der Bodendenkmalpflege gezeigt hat - auf eine "Forschungslücke" zurück zu führen, da hier bislang keine

systematischen archäologischen Untersuchungen durchgeführt wurden. Im Zuge dieser Untersuchungen (Prospektionen) werden vorwiegend frisch gepflügte Felder systematisch begangen und an der Oberfläche erkennbare Funde kartiert und aufgesammelt. Diese Oberflächenfunde sind zumeist als Anzeiger für im Boden erhaltenen Siedlungsspuren (=Befunde) zu werten. Durch Tiefpflügen werden teilweise diese Siedlungsbefunde oberflächlich zerstört und die in ihnen enthaltenen Fundobjekte an die Oberfläche gepflügt. Durch diese systematische Begehungen können dann z.B. Ziegel- und Fundkonzentrationen oder ortsfremde Steine auf ein Gebäude, Fundamente oder Keramik oder Steinwerkzeuge auf eine Siedlungsgrube im Untergrund schließen.

Stellungnahme:

Die Hinweise und Erläuterungen werden zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

- n.2) Aus der westlich von Baesweiler liegenden Vorrangfläche liegen konkrete Hinweise auf das mittelalterliche Hofgut Altmerberen vor, dass bereits 973 urkundlich erwähnt wird. Diese Hofanlage ist auf den historischen Karten des 19. Jahrhunderts deutlich abgegrenzt. Es ist davon auszugehen, dass sich innerhalb dieser rechteckigen Abgrenzung Wirtschafts- und Siedlungsspuren seiner über 1000-jährigen Geschichte erhalten haben. Eine Überplanung dieses Geländes ist daher aus bodendenkmalpflegerischer Sicht zu vermeiden.

Im näheren Umfeld dieser Hofanlage wurden römische Ziegelreste gefunden, die Hinweise auf eine römische Siedlung liefern könnten. Unmittelbar südlich dieser Vorrangfläche wurden 2007 bei Begehungen jungsteinzeitliche Funde (Keramik und Steinartefakte) gefunden, die einen Hinweis auf eine Siedlung dieser Zeitstellung liefert. Jungsteinzeitliche Siedlungsreste sind regelmäßig nur noch an den als Verfärbungen erhaltenen Resten ehemaliger Holzhäuser und Abfallgruben sowie der darin befindlichen zeittypischen Keramik nachweisbar. Schon wenig, bei Oberflächenbegehungen aufgesammelte erkennbare Keramikfunde aus dieser Zeit lassen auf einen Siedlungsplatz schließen, da die Keramik aufgrund der Brennweise nicht sehr haltbar war und im Lauf der Zeit natürlich verwittert ist.

Die jungsteinzeitlichen Häuser bestanden aus einem Gerüst von Pfosten mit Wänden aus Holz oder Reisiggeflecht. Das Holz der Pfosten hat im Boden dunkle Verfärbungen hinterlassen. Zu dem Siedlungsplatz gehörte ein Hofplatz, der mit Gruben (zur Lehmentnahme) übersät war, und anschließend mit Erde und Fundmaterialien verfüllt wurden.

Die Häuser hatten eine Lebensdauer von etwa 2 Generationen. Wenn Ersatz nötig war, errichtete man das neue Haus nicht weit vom alten, so dass die Siedlungsflächen erhebliche Ausmaße von bis zu

mehreren Hektar Größe einnehmen. Es ist aufgrund der Lage dieses Siedlungsplatzes in der Nähe von zwei ehemaligen Wasser führenden Senken anzunehmen, dass diese Siedlungen bis in das Plangebiet hineinreichen.

Stellungnahme:

Der Stellungnahme wird gefolgt. Das Hofgut Altmerberen wird bereits im Umweltbericht bzw. im Rahmen des gesamtstädtischen Planungskonzeptes behandelt. Innerhalb der Konzentrationszone ist eine Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich möglich. Üblicherweise liegen im Flächennutzungsplanverfahren, das lediglich die Art der Bodennutzung in den Grundzügen und für die weitere Stadtentwicklung regelt, noch keine Aussagen zu der genauen Anzahl, den Typen, die Nabenhöhe, dem Rotordurchmesser, der Höhe über Grund, der Höhe über Normalnull (NN) sowie die genauen Koordinaten von Windenergieanlagen vor. Die Klärung dieser Belange wird somit zulässigerweise auf das Bebauungsplanverfahren, welches im Parallelverfahren durchgeführt werden soll, verlagert.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

- n.3) Die Vorrangfläche östlich von Baesweiler liegt in der Nähe einer 2005 untersuchten bandkeramischen Siedlung, die neben zahlreichen Gebäuden von einer ehemals mächtigen Graben-Wallanlage umgeben gewesen ist. Unmittelbar südlich der Vorrangfläche ist ein römischer Fundplatz bekannt, dessen auf der Oberfläche aufgefundene römische Dachziegelkonzentration und Keramik auf ein Gebäude eines römischen Landgutes schließen lassen. Eine intensive römische Besiedlung u.a. auch im Raum Baesweiler steht vermutlich im Zusammenhang mit der nördlich der Vorrangflächen verlaufenden römischen Via belgica, die in römischer Zeit von der römischen Metropole Köln nach Boulogne-sur-Mer an der Atlantikküste führte. Auf der Basis der verfügbaren (nicht systematisch erhobenen) Daten muss davon ausgegangen werden, dass in der Fläche ein Bodenarchiv zur Geschichte der Menschen erhalten ist, von dem derzeit weder die einzelnen Bestandteile bekannt sind, noch dessen Bedeutung im denkmalrechtlichen Sinne fixiert ist. Zur Bewertung der Planung hinsichtlich der Auswirkungen auf das archäologische Kulturgut und damit für die Erarbeitung des Umweltberichtes sind daher zunächst weitere Untersuchungen erforderlich, um in der Folge die Wahl der Standorte u.a. mit diesem Ergebnis in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Hierzu verweise ich auf § 1 Abs. 3 und § 11 DSchG NW, die seit der Änderung des Denkmalschutzgesetzes im letzten Jahr nun mehr auch für nur vermutete Bodendenkmäler gelten. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Anlagenstandorte als solche noch nicht fixiert sind und dass deren Realisierung ein weiteres

Planungs- bzw. Genehmigungsverfahren voraussetzt, besteht die Möglichkeit der Abstufung der Prüfung auf diese Folgeverfahren. Sofern Sie beabsichtigen, diesen Weg zu wählen bitte ich Sie jedoch, im Rahmen der hier vorliegenden Flächennutzungsplanänderung auf die archäologische Bedeutung der Fläche sowie die möglichen daraus resultierenden Einschränkungen im Sinne der §§ 1 Abs. 3, 3, 4, 9, 11 und 29 DSchG NW hinzuweisen.

Stellungnahme:

Der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Die Vorrangfläche östlich von Baesweiler meint die bestehende Konzentrationszone A, in der zur Zeit vier Windenergieanlagen betrieben werden. Diese Konzentrationszone wird aufgehoben, da große Teile der Konzentrationszone in den Schutzabständen zu Siedlungsflächen und Einzelhöfen liegen und damit den Anforderungen des neuen gesamtstädtischen Planungskonzepts widersprechen (vgl. Kap. 8.1 der Standortuntersuchung). Für die in der alten Konzentrationszone bestehenden Anlagen wird ein erweiterter Bestandsschutz gelten.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

o) **Stadt Alsdorf mit Schreiben vom 11.05.2016:**

Im Rahmen der Aufstellung der 75. Änderung des Flächennutzungsplans - Vorrangzonen für Windkraft - plant die Stadt Baesweiler die Darstellung einer Windkonzentrationszone im Bereich des Nordfriedhofs an der nordwestlichen Stadtgrenze von Alsdorf.

Gemäß dem Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 27.11.2014 wird seitens der Verwaltung aktuell die Ausweisung neuer Windvorrangzonen im Stadtgebiet von Alsdorf geprüft. Die bisherigen Ergebnisse zeigen unter anderem mögliche Potenzialflächen an der nördlichen Stadtgrenze zu Baesweiler auf (Suchraum 1), westlich der bereits vorhandenen Konzentrationszone am Nordfriedhof (siehe Anlage). Diese Flächen grenzen zum Teil direkt an die von der Stadt Baesweiler geplante Windvorrangzone in diesem Bereich. Da Windenergieanlagen Turbulenzschleppen erzeugen, die benachbarte Anlagen in ihrer Wirtschaftlichkeit einschränken können, ist üblicherweise die Einhaltung von Mindestabständen zwischen einzelnen Windenergieanlagen erforderlich. Im Falle einer Realisierung von Anlagen auf Baesweiler Stadtgebiet könnte somit theoretisch die spätere Errichtung von potenziellen Anlagen in Alsdorf eingeschränkt werden.

Wie Ihnen bereits mit Schreiben vom 25.01.2016 mitgeteilt wurde, wurde die 75. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Baesweiler am 15.12.2015 im Rat der Stadt Alsdorf beraten. Gegen die Planungen bestehen im Ergebnis seitens der Stadt Alsdorf nur dann keine Bedenken, wenn

potenzielle Anlagenstandorte auf Alsdorfer Stadtgebiet hierdurch nicht eingeschränkt werden.

Hierzu wird darum gebeten, die konkrete Standortwahl von Windenergieanlagen auf Baesweiler Stadtgebiet mit der Stadt Alsdorf abzustimmen, um eine gegenseitige Beeinträchtigung von Anlagen bzw. eine Einschränkung der Errichtung von Windenergieanlagen auf Alsdorfer Stadtgebiet zu vermeiden. Diese Belange werden nun erneut geltend gemacht.

Stellungnahme:

Im hiesigen Flächennutzungsplanverfahren, das lediglich die Art der Bodennutzung in den Grundzügen und für die weitere Stadtentwicklung regelt, liegen noch keine Aussagen zu der genauen Anzahl, den Typen, die Nabenhöhe, dem Rotordurchmesser, der Höhe über Grund, der Höhe über Normalnull (NN) sowie die genauen Koordinaten von Windenergieanlagen vor. Die Klärung dieser Belange wird somit zulässigerweise auf das Bebauungsplanverfahren, welches im Parallelverfahren durchgeführt werden soll, verlagert.

Auch sind seitens der Stadt Alsdorf zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Anlagenstandorte veröffentlicht worden, die gemäß geltenden Vorschriften berücksichtigt werden müssten oder könnten.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

p) **Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr mit Schreiben vom 13.05.2016:**

Die Bundeswehr unterstützt den Ausbau erneuerbarer Energien, soweit militärische Belange dem nicht entgegenstehen.

Windenergieanlagen können grundsätzlich militärische Interessen, zum Beispiel militärische Richtfunkstrecken oder den militärischen Luftverkehr, berühren oder beeinträchtigen.

Die von Ihnen im Rahmen der 75. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Baesweiler, zur Darstellung von Konzentrationszonen, für die Errichtung von Windenergieanlagen im Stadtgebiet. Die beabsichtigten Maßnahmen befinden sich im:

- dem Zuständigkeitsbereich des militärischen Flugplatzes von Geilenkirchen und im Bereich militärischer Richtfunkstrecken.

Die Belange der Bundeswehr werden somit berührt.

In welchem Umfange die Belange der Bundeswehr betroffen sind, kann ich erst feststellen, wenn mir die entsprechenden Daten über die Anzahl, den Typus, die Nabenhöhe, den Rotordurchmesser, die Höhe über Grund, die

Höhe über NN und die genauen Koordinaten von Luftfahrthindernissen vorliegen.

Nur dann kann ich im Rahmen einer Einzelfallbetrachtung, in Rücksprache mit meinen zu beteiligenden militärischen Fachdienststellen, eine dezidierte Stellungnahme abgeben.

Grundsätzlich ist in den genannten Bereichen die Errichtung von Windenergieanlagen möglich. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass es auf Grund der Nähe zu der in den genannten Bereichen verlaufenden militärischen Richtfunkstrecken zu Ablehnungen von Bauanträgen kommen kann.

Genauer werde ich mich im Rahmen des bundesimmissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens äußern.

Stellungnahme:

Grundsätzlich ist eine Errichtung von Windenergieanlagen möglich. Üblicherweise liegen im Flächennutzungsplanverfahren, das lediglich die Art der Bodennutzung in den Grundzügen und für die weitere Stadtentwicklung regelt, noch keine Aussagen zu der genauen Anzahl, den Typen, die Nabenhöhe, dem Rotordurchmesser, der Höhe über Grund, der Höhe über Normalnull (NN) sowie die genauen Koordinaten von Windenergieanlagen vor. Die Klärung dieser Belange wird somit zulässigerweise auf das Bebauungsplanverfahren, welches im Parallelverfahren durchgeführt werden soll, verlagert.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

q) Landesbetrieb Straßenbau NRW mit Schreiben vom 13.05.2016:

q.1) Gegen die o. g. Bauleitplanung bestehen seitens der Straßenbauverwaltung grundsätzlich Bedenken, sofern nicht ein Mindestabstand von 40,0 m vom befestigten Fahrbahnrand der Betroffenen Bundes-/ Landesstraßen eingehalten wird - gemessen ab Rotorspitze. Die im Abwägungsergebnis dargestellten Sicherheitssysteme sind keineswegs ausreichend: in den vergangenen 2 Jahren sind mindestens 23 Unfälle bei Windkraftanlagen durch Brand, abgerissene Bestandteile usw. geschehen, die z. T. verkehrsgefährdende Situationen herbeigeführt haben.

Eine gem. FStrG oder StrWG NRW erforderliche Zustimmung oder Genehmigung auf einen näher zur Fahrbahn gelegenen Standort wird nicht erteilt, da eine konkrete Beeinträchtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf den Bundes-/ Landesstraßen entsteht:

- Ablenkungsgefahr durch die enorme Höhe der Anlagen
- Bedrohliche und optisch bedrängende Wirkung der Anlagen
- Ablenkung durch die Bewegung der Anlagen
- Bestehende Gefahr trotz Steuerungs- und Überwachungsanlagen

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass sämtliche Regressforderungen Dritter und oder Schäden an Straßenbestandteilen weitergeleitet werden.

Stellungnahme:

Die gesetzlichen Anbauverbotszonen zu den Bundesstraßen gem. § 9 FernStrG wurden in der Standortuntersuchung eingehalten und sind berücksichtigt. Harte Tabuzonen sind diejenigen, die aufgrund von rechtlichen und tatsächlichen Gründen für die Errichtung von Windenergieanlagen auszuschließen sind. Innerhalb der Anbaubeschränkungszonen ist die Errichtung jedoch grundsätzlich zulässig. Da auf Ebene des Flächennutzungsplans die Standorte der Windenergieanlagen nicht abschließend bestimmt werden können, sollen die Anbaubeschränkungszonen im Rahmen des Bebauungsplanes, der im Parallelverfahren aufgestellt wird, eingehalten und berücksichtigt werden. Dementsprechend wird der Stellungnahme diesbezüglich gefolgt.

Nach dem aktuellen Windenergieerlass (04.11.2015) sind wegen der Gefahr des Eisabwurfes Abstände von Windenergieanlagen zu Verkehrswegen, Erholungseinrichtungen und Gebäuden nur dann einzuhalten, wenn funktionssichere technische Einrichtungen zur Gefahrenabwehr (z.B. automatische Außerbetriebnahme bei Eisansatz oder Rotorblattheizung) nicht installiert werden können (vgl. 5.2.3.5 Windenergieerlass 2015). Automatische Abschaltungen und Rotorblattenteisungssysteme sind heutzutage problemlos technisch zu installieren. Damit können die beschriebenen Gefährdungen nahezu ausgeschlossen werden. Dies gilt auch im Bezug zu den aufgeführten Infrastrukturtrassen bzw. deren Verkehrsteilnehmer. Eine abschließende Bewertung erfolgt auf der Ebene der Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz. Dies gilt auch für eine mögliche Gefährdung der Verkehrsteilnehmer durch Schattenschlag oder Befeuern. Ebenso wird die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Straßenverkehr durch Windenergieanlagen in diesem Zusammenhang geprüft. Die Wirkung von Windenergieanlagen auf den Straßenverkehr ist mit großen Bäumen am Fahrbahnrand, Wolken oder Flugzeugen vergleichbar. Die einschlägigen Regelwerke und Erlasse geben keine Hinweise auf diese Problematik. Die weitere Konkretisierung und Prüfung erfolgt im Genehmigungsverfahren.

Derzeit wird davon ausgegangen, dass solche Maßnahmen im Genehmigungsverfahren fixiert werden können. Weitere Änderungen und Ergänzungen der 75. Flächennutzungsplanänderung ergeben sich nicht.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

- q.2) Bezüglich der in der Bauleitplanung nicht weiter dargelegten Erschließungssituation - weder während der Bauzeit noch nach der Fertigstellung - sind Anbindungen an die Bundesstraßen auszuschließen. Generell gilt jedoch, dass jedwede außerortsgelegenen Nutzung der klassifizierten Straßen eine kostenpflichtige Sondernutzung darstellt.

Für die direkte bzw. indirekte Anbindung an klassifizierte Straßen sind gesonderte Anträge auf Erteilung einer gebührenpflichtigen Sondernutzungserlaubnis beim Landesbetrieb Straßenbau, Regionalniederlassung Vile-Eifel in Euskirchen einzureichen.

Ich weise auch darauf hin, dass evtl. notwendige Ertüchtigungen in Einmündungsbereichen, Fahrbahnaufweitungen usw. die eine zusätzliche Versiegelung oder Störungen der vorhanden Vegetation herbeiführen, eine Zustimmung/ Befreiung gem. Landschaftsgesetz nach sich ziehen kann.

In der Vergangenheit aufgetretene Verzögerungen im Genehmigungsverfahren können durch frühzeitige Erschließungsklärunen vermieden werden.

Stellungnahme:

Die tatsächliche Erschließung der Flächen wird im nachfolgenden Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz geregelt werden. Eine Erschließung der künftigen Windkonzentrationszonen ist jedoch grundsätzlich möglich.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

- r) **Erfverband mit Schreiben vom 23.05.2016:**

Wie Sie aus dem beiliegenden Lageplan ersehen können, befinden sich im o. g. Plangebiet aktive oder inaktive Grundwassermessstellen. Sie sind notwendige Instrumente der Gewässerunterhaltung nach § 91 Wasserhaushaltsgesetz. Daher sind ihre Zugänglichkeit und ihr Bestand dauerhaft zu wahren. Des Weiteren weisen wir darauf hin, dass inaktive Grundwassermessstellen, die nicht zurückgebaut und verfüllt worden sind, die Tragfähigkeit des Baugrundes beeinflussen können. Sollte innerhalb eines 200 m Korridors der Baumaßnahme eine Grundwassermessstelle liegen, dann ist zum Zwecke der Einweisung vor Beginn der Maßnahme mit dem zuständigen Ansprechpartner Herrn Wilhelms, Abteilung Grundwasser, Tel.-Nr.: 02271/88-1284, Mail: frank.wilhelms@erftverband.de Kontakt aufzunehmen und ein Ortstermin zu vereinbaren.

Des Weiteren sind keine abwassertechnischen Leitungen und Anlagen des Erftverbandes durch die v. g. Maßnahme betroffen.

Stellungnahme:

Im hiesigen Flächennutzungsplanverfahren, das lediglich die Art der Bodennutzung in den Grundzügen und für die weitere Stadtentwicklung regelt, liegen noch keine Aussagen zu der genauen Anzahl, den Typen, die Nabenhöhe, dem Rotordurchmesser, der Höhe über Grund, der Höhe über Normalnull (NN) sowie die genauen Koordinaten von Windenergieanlagen vor. Die Klärung dieser Belange wird somit zulässigerweise auf das Bebauungsplanverfahren, welches parallel verläuft, verlagert. Im Rahmen dessen können die Grundwasserstellen bei der Wahl der Standorte berücksichtigt werden.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

s) **StädteRegion Aachen mit Schreiben vom 27.05.2016:**

75. Änderung des Flächennutzungsplanes - Vorrangzone für Windkraft
Gegen das vorgelegte Verfahren bestehen seitens der StädteRegion Aachen keine Bedenken, sofern nachfolgende Anregungen und Hinweise beachtet werden.

A 70 - Umweltamt

Bodenschutz und Altlasten:

Die Eingriffe in den Boden werden im Umweltbericht als erheblich eingestuft. Es bestehen keine Bedenken, wenn - wie im Umweltbericht auf Seite 24 beschrieben - die konkrete Darstellung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf der Genehmigungsebene erfolgt.

Ich möchte bereits an dieser Stelle darauf hinweisen, dass im weiteren Verfahren ein Konzept zum schützenden Umgang mit dem Bodenmaterial (Bodenkundliche Baubegleitung) an den Standorten der Windenergieanlagen erforderlich ist.

Als Orientierung zur Erstellung dieses Konzeptes empfehle ich die Arbeitshilfe "Bodenschutz bei der Planung, Genehmigung und Errichtung von Windenergieanlagen" des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2014).

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Landskron unter der Tel.-Nr. 0241/5198-7045 zur Verfügung.

Stellungnahme:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Die Eingriffe sind im Sinne der Umweltprüfung (Eingriffsregelung) als erheblich anzusehen, die es auszugleichen gilt. Zum Ausgleich für die erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter Boden, Wasser, Flora/Fauna müsste eine

voll- bzw. teilversiegelte (geschotterte) Fläche entsiegelt und bestenfalls umgewandelt werden. Da ein derartiger Ausgleich mangels geeigneter Flächen oftmals nicht möglich ist, wird eine biotopaufwertende Maßnahme als Ersatz konzipiert. Bei den Ersatzmaßnahmen geht man von einer Multifunktionalität aus. Durch die Kompensation der erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes wird auch eine vollständige Kompensation für die Schutzgüter Boden/Flora (Biotopfunktionen) erreicht. Eine konkrete Darstellung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erfolgt im Rahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung. Da auf der Flächennutzungsplanebene weder Anlagenanzahl, Anlagenhöhe oder Rotordurchmesser festgesetzt werden, ist eine exakte Ermittlung auf dieser Ebene nicht möglich. Es ist jedoch angedacht, bei der Errichtung von Windenergieanlagen vorwiegend Flächen zu nutzen, die eine geringere Wertigkeit besitzen. Der landschaftsästhetische Wirkraum eines Vorhabens ist primär abhängig von der Höhe des Bauprojektes und der Charakteristika (Reliefierung/Vegetation bzw. Vegetationsdichte) des umgebenden Landschaftsraumes.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

Natur und Landschaft:

In der vorgelegten Form bestehen - vorbehaltlich der u.a. Stellungnahme des Landschaftsbeirates - aus landschaftspflegerischer Sicht gegen die geplante WEA-Zone unter folgender Voraussetzungen keine Bedenken:

- Sämtliche im Umweltbericht und in den Fachbeiträgen I und II zur Artenschutzprüfung (Büro Raskin, 23.03.15 bzw. 22.01.16) festgesetzten bzw. empfohlenen Verminderungs-, Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen (einschl. vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen) sind in den weiteren Bauleitplanverfahren bzw. Genehmigungsverfahren festzusetzen und im Rahmen der Realisierung der Anlagen durchzuführen.
- Die Festsetzungen zu Art, Umfang und zeitlicher Ausführung der o.a. Maßnahmen sind der unteren Landschaftsbehörde der Städteregion Aachen frühzeitig zur Zustimmung vorzulegen.

Ich werde den Landschaftsbeirat zur geplanten FNP-Änderung in seiner Sitzung am 06.09.2016 um Stellungnahme bitten. Über das Ergebnis dieser Beteiligung werde ich unaufgefordert informieren.

Stellungnahme:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Die im Umweltbericht und in den Fachbeiträgen I und II zur Artenschutzprüfung empfohlenen Maßnahmen werden auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung, welche parallel verläuft, festgesetzt und berücksichtigt werden.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

t) **Stadt Übach-Palenberg mit Schreiben vom 2.06.2016:**

Bezugnehmend auf ihr Schreiben vom 27.04.2016 zur 75. Änderung des Flächennutzungsplanes - Vorrangzone für Windkraft - der Stadt Baesweiler erhebt die Stadt Übach-Palenberg Bedenken gegen die Planung.

Die Bedenken richten sich gegen die Änderung der im Westen Ihres Stadtgebietes gelegenen Konzentrationszone für Windkraft. Die Stadt Übach-Palenberg plant aufgrund des hohen Bedarfs an Wohnraum am östlichen Stadtrand eine weitere Ausweisung von Neubauflächen für Wohnnutzung.

Die veränderte Konzentrationszone für Windkraft kann einen negativen Einfluss auf die geplante Wohnbebauung haben. Nach dem neuen Windenergieerlass des Landes NRW haben Windkraftanlagen einem Mindestabstand von 600 zur nächstgelegenen Wohnbebauung einzuhalten. Kürzlich wurde sogar vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof bestätigt, dass das Ende 2014 vom bayerischen Landtag beschlossenen Gesetz, nachdem in Bayern geplante Windkraftanlagen mindestens zehn Mal so weit von den nächsten Wohnhäusern entfernt sein müssen, wie das Windrad hoch ist, rechtmäßig ist. Negative Auswirkungen durch die geplante Vorrangzone für Windkraft auf die geplanten Wohnbebauungen im Bereich Übach-Palenberg sind auszuschließen.

Stellungnahme:

Dem Hinweis wurde gefolgt. Nach Abstimmung mit der Stadt Übach-Palenberg wurde der Geltungsbereich der geplanten Ausweisung von Neubauflächen für Wohnnutzung in die Planunterlagen aufgenommen. Aufgrund des gewählten Schutzabstandes hat dies jedoch keine Auswirkungen auf den Zuschnitt der Konzentrationszone.

Die Stadt Baesweiler hat ausreichende Vorsorgeabstände gewählt. Diese liegen sogar bei 750 m zu Siedlungsbereichen und somit deutlich über den genannten Abständen von 600 m.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Ein solches Gesetz existiert in Nordrhein-Westfalen nicht. Vor dem Hintergrund, der Windkraft in substantieller Weise Raum zu schaffen, wurden in Baesweiler Schutzabstände zu Siedlungsbereichen bzw. Einzelhöfen ausgewählt, die dennoch gewährleisten, dass sich die Windenergie auf der Genehmigungsebene durchsetzen kann.

Die Auswirkungen durch die Immissionen werden anhand von festgelegten Anlagen bzw. Anlagenstandorte geprüft. Diese sind in der Regel nicht auf Ebene des Flächennutzungsplanes, der lediglich die Art der Bodennutzung in den Grundzügen und für die weitere Stadtentwicklung regelt, nicht bekannt. Eine abschließende Klärung erfolgt zulässigerweise im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

u) **NABU mit Schreiben vom 15.12.2015:**

Im westlichen und südlichen Bereich des Planungsgebietes befinden sich deutliche Habitate von windkraftrelevanten Fledermaus- und Vogelarten. Das von der Stadt Baesweiler in Auftrag gegebene Gutachten weist eine erhebliche Menge mehr oder weniger WEA-relevante Vogel- und Fledermausarten nach. Schon deswegen fordern wir, die Zone dort deutlich zu verkleinern. Zu dem Gewässer in der Feldsänke Richtung Alsdorfer Friedhof ist ein Mindestabstand von 300m einzuhalten. Dieses Gewässer ist außer in extrem trockenen Jahren ganzjährig gefüllt und hat sich als wertvolles Biotop entwickelt. Dieses Gewässer liegt mitten in der Biotopverbundzone Broichbach (Alsdorf) und der Halde Karl Alexander(Baesweiler). Diese Biotopverbundzone würde durch die WEA's zerschnitten und ihrer Zielsetzung beraubt. Das Planungsgebiet liegt im Kranich-Zugkonzentrationskorridor Aachen-Eifel. Da Kraniche auf Sicht fliegen, werden sie zwischen den Halden „Anna 1+2/Noppenberg“ sowie „Karl-Alexander“. bei Hochnebel oder Dunst durch die Halden direkt in die WEA geleitet. Vom 1.2. bis 20.3. 2016 wurden im Bereich Würselen-Wurmtal /Alsdorf-Halden / Baesweiler insgesamt 39 Kranichzüge gemeldet. (Homepage: NABU-Aachen-Land.de)

Wirksame Abschaltalgorithmen für das betroffene Gebiet zu Gunsten von Fledermäusen und Kranichen bezweifeln wir. Vermutlich würden sie zu einer Unwirtschaftlichkeit der Windenergieanlagen führen. Aus den genannten Gründen lehnen wir diese FNP-Änderung ab.

Stellungnahme:

Die einzige nach aktuellem Leitfaden (MKULNV „Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in NRW“, Stand: 12.11.2013) als WEA-empfindlich eingestufte erfasste Vogelart in der geplanten Konzentrationszone und ihrer Umgebung ist der Kiebitz. Alle anderen erfassten Vogelarten werden derzeit nicht als WEA-empfindlich eingestuft. Im artenschutzrechtlichen Gutachten (Raskin 2016: Ausweisung einer Konzentrationszone für Windenergieanlagen auf dem Gebiet der Stadt Baesweiler.

Fachbeitrag zur Artenschutzprüfung – ASP Stufe II) wird aufgeführt, dass im Falle eines Anlagenneubaus bzw. eines Repowerings die Anlagenstandorte nach Möglichkeit so zu wählen sind, dass ein Mindestabstand von 100 m zu bekannten Kiebitzrevieren eingehalten wird. Dies entspricht der derzeit gültigen Abstandsempfehlung nach Leitfaden.

Alternativ müssen ggf. weitere Maßnahmen zur Vermeidung / zum vorgezogenen Ausgleich (CEF-Maßnahmen) in adäquater Größenordnung festgelegt werden.

Unter den Fledermäusen konnten insgesamt 4 WEA-empfindliche Arten nachgewiesen werden. Nach Leitfaden sind für die erfassten Arten im Rahmen des FNP-Änderungsverfahrens, in dem weder WEA-Standorte noch Anlagenzahl feststehen i.d.R. keine abschließenden Aussagen zu den betriebsbedingten Auswirkungen auf WEA-empfindliche Fledermäuse möglich. Prognoseunsicherheiten für den Neubau von WEA bzw. für ein Repowering von Bestandsanlagen lassen sich jedoch für die Gruppe der Fledermäuse durch Monitorings in den ersten beiden Betriebsjahren und einen daraus resultierenden fledermausfreundlichen Anlagenbetrieb ausräumen. Durch ein derartiges Risikomanagement (Abschaltzeiten in den standortspezifischen Risikozeiträumen) können alle ggf. signifikant erhöhten Tötungsrisiken und damit verbundene Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG sicher ausgeschlossen werden („Das Tötungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist nur erfüllt, wenn auch unter Berücksichtigung der vorgesehenen Schadensvermeidungsmaßnahmen ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko besteht, urteilten die Leipziger Richter bereits im Urteil zu Hessisch Lichtenau“ – BverwG, Urt. v. 12.3.2008 – Az.: 9 A 3.06 [Stür 2011]). Diese Vorgehensweise wurde im Gutachten dargelegt und erläutert.

Unter Beachtung der formulierten Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen sowie eines ggf. durchzuführenden vorgezogenen Ausgleichs besteht aus artenschutzrechtlicher Sicht kein Anlass für eine Verkleinerung der geplanten Grenzen der Windkonzentrationszone.

Für den im Schreiben erwähnten Biotopverbund (VB-K-5002-005), zu dem auch das angesprochene Gewässer gehört, ist als Schutzziel die „Sicherung und Optimierung von Feuchtbiotopen, Grünland- und Kleingehölzen in der Börde“ genannt. Folgende wertbestimmende Merkmale sind aufgeführt:

- wertvoll für Amphibien,
- wertvoll für Schmetterlinge,
- wertvoll für Reptilien,
- Kleingewässer,
- RL Pflanzengesellschaft,
- Flächen mit hohem Entwicklungspotential.

WEA-empfindliche Arten oder Artengruppen finden sich unter den wertbestimmenden Merkmalen nicht. Für die aufgeführten Artengruppen kann aufgrund ihrer Lebensweise und ihrer Lebensraumsprüche eine Beeinträchtigung der Biotopverbundfunktion durch die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen sicher ausgeschlossen werden. Eine Zerschneidung liegt nicht vor, da beide Biotopverbundachsen unberührt und funktional erhalten bleiben sowie die Planung vorsorglich einen angepassten Abstand der WEA-Standorte berücksichtigt.

Die Planstandorte sollen weiterhin ausschließlich in intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen errichtet werden, welche auch weiterhin dieser intensiven Nutzung unterliegen und damit auch zukünftig keine besondere Funktion im Sinne einer Förderung der Artenvielfalt übernehmen können.

Die im Schreiben vom 03.06.2016 dargelegte Befürchtung, dass durch die Planung die Biotopverbundzone zerschnitten und ihrer Zielsetzung beraubt werde, teilen wir aus den oben angeführten Gründen nicht.

Gemäß Leitfaden und dem überarbeiteten Helgoland Papier (LAG-VSW 2015: Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten. – Berichte zum Vogelschutz, Bd. 51: 15-42.) ist das Kollisionsrisiko für den Kranich gering. Jährlich ziehen rund 300.000 Tiere in schmaler Front auf dem Weg in ihre Winterquartiere über Deutschland. Die zentrale Fundkartei der staatlichen Vogelschutzbehörde Brandenburg führt seit 2002 bundesweit „nur“ 14 Schlagopfer-Funde des Kranichs auf (Stand: 16.12.2015), davon eines in NRW.

Nach Leitfaden sind bei ernst zu nehmenden Hinweisen (z.B. aus dem Fundkataster @Linfos) auf Rast- und Zugvögel regelmäßig genutzte Rastgebiete sowie essentielle Flugrouten im Umfeld dieser Stätten zu betrachten. Weitergehende Untersuchungen zum Vogelzug sind hingegen nicht erforderlich. Es liegen keinerlei Hinweise auf derartige Rastplätze im Untersuchungsraum vor; vielmehr erfolgt ein flächiger Zug über den Raum, welcher i.d.R. in großen Höhen (weit über der Anlagenhöhe) stattfindet. Untersuchungen zu Auswirkungen von bestehenden und geplanten Windparks auf den Kranichzug im Landkreis Uelzen (H. Steinborn & M. Reichenbach (2011): Kranichzug und Windenergie-Zugplanbeobachtungen im Landkreis Uelzen. – Naturkundliche Beiträge Landkreis Uelzen 3: 113-127) zeigten, dass im Bereich von Windparks keine Lücken oder großräumige Ausweichbewegungen ziehender Kranich erkennbar waren und dass die Windparks keine erhebliche Beeinträchtigung darstellen. Die Tiere haben das Bestreben, nur bei gutem, d.h. sonnigem und klarem Zugwetter zu ziehen und können dann hohe Flughöhen (bis 2.500 m) verwirklichen. In der Südwest-Nordost-Linie, in welcher der Zug erfolgt, ist durch die Änderung des FNP keine Verriegelung erkennbar.

Da jedoch bei plötzlichen Schlechtwettereinbrüchen und Nebel (i.d.R. meiden Kraniche schlechte Zugbedingungen) niedrigere Flughöhen zu erwarten sind, sollten an den Hauptzugtagen bei starken Nebellagen vorsorgliche Abschaltungen überdacht werden.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

v) **BR Düsseldorf mit Schreiben vom 07.06.2016:**

Mit Bezugsschreiben haben Sie mich erneut zu der Flächennutzungsplanänderung Nr. 75 beteiligt.

Meine luftrechtliche Stellungnahme vom 13.01.2016- 26.01.01.06-46 619/2016- bleibt vollinhaltlich bestehen.

Stellungnahme vom 13.01.2016:

Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes erhebe ich keine grundsätzlichen Bedenken.

Windkraftanlagen von mehr als 100m über Grund stellen grundsätzlich ein Luftfahrthindernis gem. § 14 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) dar und bedürfen im Rahmen des BImSch-Genehmigungsverfahrens meiner besonderen luftrechtlichen Zustimmung (Einzelfallentscheidung).

Unabhängig von der luftrechtlichen Prüfung im BImSch-Verfahren kann bereits jetzt gesagt werden, dass Windkraftanlagen über 100 m über Grund grundsätzlich mit einer Tages- und Nachtkennzeichnung gem. den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 02.09.2004 in der zur Zeit gültigen Fassung (NfL I - 143/07) zu versehen und als Luftfahrthindernis zu veröffentlichen sind.

Die Plangebiete liegen im Zuständigkeitsbereich des militärischen Flugplatzes Geilenkirchen (ZB Zone III). Störungen von Flugsicherungseinrichtung sind daher nicht auszuschließen (§ 18a LuftVG).

Eine flugsicherungstechnische Bewertung ist jedoch aufgrund der in diesem Planungsstadium fehlenden Angaben (Standortkoordinaten, Bauhöhen, WKA-Typ usw.) zurzeit nicht möglich. Sofern im späteren Planungsstadium Beeinträchtigungen von militärischen und/oder zivilen Flugsicherungseinrichtungen zu erwarten sind, kann ggfs. eine Zustimmung zu der Errichtung der geplanten Windkraftanlagen aufgrund §§ 14, 18a LuftVG im BImSch-Verfahren versagt werden (materielles Bauverbot).

Stellungnahme:

Die Stellungnahme vom 13.01.2016 wird unter der Abwägung Nr. h zur Frühzeitigen Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB wie folgt abgewogen:

Gemäß der Stellungnahme ist eine Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich möglich. Üblicherweise liegen im Flächennutzungsplanverfahren, das lediglich die Art der Bodennutzung in den Grundzügen und für die weitere Stadtentwicklung regelt, noch keine Aussagen zu der genauen Anzahl, den Typen, die Nabenhöhe, dem Rotordurchmesser, der Höhe über Grund, der Höhe über Normalnull (NN) sowie die genauen Koordinaten von Windenergieanlagen vor. Die Klärung dieser Belange wird somit zulässigerweise auf das Bebauungsplanverfahren, welches im Parallelverfahren durchgeführt werden soll, verlagert.

Dem Hinweis bezüglich der Tages- und Nachtkennzeichnung gem. den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 02.09.2004 in der zurzeit gültigen Fassung (NfL I - 143/07) wird gefolgt. Eine abschließende Klärung erfolgt im nachgelagerten Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

w) **STAWAG mit Schreiben vom 08.06.2016:**

Wir, die STAWAG Energie GmbH, planen den Bau und den Betrieb einer Windenergieanlage in Baesweiler. Unsere Planung haben wir am 25.04.2016 Vertretern der Stadt Baesweiler bei einem gemeinsamen Treffen vorgestellt.

Die Stadt Baesweiler hat vom Büro VDH Projektmanagement GmbH eine Standortuntersuchung zur Nutzung der Windenergie in Baesweiler durchführen lassen. In der Vorabwägung durch VDH wurde hierbei auch die Fläche 14 zur Ausweisung empfohlen (vgl. Anlage 1). Die Fläche ist im Flächennutzungsplan als landwirtschaftlich genutzte Fläche dargestellt, so dass einer Ausweisung prinzipiell nichts entgegensteht. Die Stawag Energie hat für einen Teilbereich der Fläche bereits eine konkrete Planung erstellt und diese mit dem anderen Vorhabenträger in der Fläche abgestimmt. Unsere Planung sieht den Bau einer WEA (Windenergieanlage) des Typs General Electric GE 3.2-130 mit einer Nabenhöhe von 110 m und einem Rotordurchmesser von 130 m vor. An diesem Standort könnten jährlich ca. 8,5 Mio. kWh sauberer Strom produziert werden. Der Standort der Anlage wurde innerhalb der Fläche 14 möglichst zentral gewählt. Damit wird gewährleistet, dass die notwendigen Biotopachsen zur Schaffung des Biotopverbunds, der Einzelbiotope um die Fläche 14, außerhalb des direkten Einflussbereichs der Windenergieanlage gehalten werden können.

Angrenzend an die Fläche 14 sind im Osten bereits 5 und im Südwesten weitere 3 Windenergieanlagen auf dem Stadtgebiet der Stadt Herzogenrath vorhanden. Im Süden, auf dem Stadtgebiet der Stadt Alsdorf, ist seit längerem eine Windkonzentrationszone ausgewiesen, die ebenfalls noch mit 2 WEA bebaut werden kann.

Zusätzlich befindet sich die Stadt Alsdorf im Verfahren zur Ausweisung weiterer Bereiche für Windenergie. In einer ersten Vorabwägung sind dabei Flächen empfohlen worden die im Süden an die Fläche 14 heran reichen. Insgesamt ist somit davon auszugehen, dass die zusätzliche Beeinträchtigung für Mensch und Umwelt durch die von uns geplante WEA nur sehr gering ist und daher vernachlässigt werden kann.

Die STAWAG Energie GmbH beantragt daher die Fläche 14, zumindest aber den von ihr beplanten Teilbereich, als Vorrangfläche zur Windenergienutzung im weiteren Bauleitplanverfahren zu berücksichtigen.

Stellungnahme:

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB wurde seitens der ULB/StädteRegion Aachen aus landschaftsplanerischer Sicht der 75. Änderung des FNP der Stadt Baesweiler widersprochen. Somit konnte der damals geplanten neuen Abgrenzung der Vorrangzone nicht zugestimmt werden.

Dabei wurde dargelegt, dass in diesem Bereich zwei Biotopverbundachsen (Biotopkataster LANUV) ausgewiesen wurden, die durch die Planung zerschnitten wird.

Das Biotopkataster des LANUV ist eine zu beachtende Grundlage der Regionalplanung, der Landschaftsplanung und der Bauleitplanung.

Im Rahmen einer Abstimmung am 23.02.2016 erläuterte die ULB der StädteRegion Aachen erneut ihre Bedenken gegenüber der neuen Abgrenzung der Konzentrationszone.

Es konnte festgehalten werden, dass seitens der ULB keine Beeinträchtigung der Biotopverbundachsen und deren zukünftigen Entwicklungsbereichen angenommen wird, wenn die Potentialflächen 12, 14 und 15 nicht weiter verfolgt werden. Diesbezüglich wurde die Planung angepasst. Die übrigen Flächen wurden aufgrund des Widerspruchs als hartes Tabukriterium definiert. Aus diesem Grund kann dem Hinweis nicht gefolgt werden. Die Fläche 14 steht auch weiterhin einer Windenergienutzung entgegen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

x) **Windenergie Jansen:**

Ich bedanke mich für das freundliche Gespräch heute. Mit Bezug darauf, bitte ich aus Gründen der Standsicherheit - siehe DIBT-Richtlinie und auch den Windenergieerlass vom November 2015 - meiner Windenergieanlagen folgende Abstände mindestens einzuhalten.

1. Abstand zu den Windenergieanlagen in Herzogenrath (Gut Neumerberen) mindestens 700 m.
2. Abstand zu den im Genehmigungsverfahren befindlichen Windenergieanlagen in Alsdorf mindestens 250 m.

Bei Unterschreitung der vorgenannten Abstände kann die Standsicherheit der jeweils benachbarten Windenergieanlage gefährdet sein.

Stellungnahme:

Auf Ebene des Flächennutzungsplans wird lediglich eine Fläche ausgewiesen, die potentiell geeignet ist, um dort Windenergieanlagen im Rahmen des Repowering zu errichten.

Die Auswahlkriterien, die letztendlich zu der aktuellen Ausweisung geführt haben, wurden nach Trägerbeteiligung mit der BR Köln und der Städteregion Aachen ausführlich diskutiert und abgewogen.

Dabei wurden auch die potentiellen Windenergieflächen der umliegenden Gemeinden (Alsdorf und Herzogenrath) berücksichtigt.

Die Immissionsrechtlichen Auswirkungen und Standsicherheitsbelange der Windenergieanlagen werden auf der Ebene des Bebauungsplanes dargelegt, welcher im Parallelverfahren aufgestellt wird. Da auf der Ebene des Flächennutzungsplanes weder Anlagenzahl, Anlagenhöhe oder Anlagenstandorte festgesetzt werden, ist eine exakte Ermittlung auf dieser Ebene und zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Es kann festgehalten werden, dass die Distanz zwischen der geplanten Konzentrationszone sowie der Stadtgebietsgrenze der Stadt Herzogenrath ca. 560 m beträgt. Vor dem Hintergrund, dass innerhalb der Konzentrationszone alle Hauptanlagen, Nebenanlagen und Anlagenteile positioniert werden müssen und der Tatsache, dass die WEA im Stadtgebiet von Herzogenrath nicht unmittelbar an der Stadtgebietsgrenze errichtet wurden, kann jedoch davon ausgegangen werden, dass ein Mindestabstand von 700 m eingehalten werden wird.

Die geplanten und genehmigten Anlagen auf Alsdorfer Stadtgebiet werden im Rahmen des weiteren Bebauungsplanverfahrens berücksichtigt.

Eine abschließende Klärung erfolgt im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

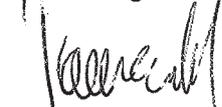
Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

2. Beschluss des Entwurfes der Flächennutzungsplanänderung Nr. 75 - Baesweiler Süd-West - als Flächennutzungsplanänderung Nr. 75 - Baesweiler Süd-West -:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 2) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt den Entwurf der Flächennutzungsplanänderung Nr. 75 - Baesweiler Süd-West - als Flächennutzungsplanänderung Nr. 75 - Baesweiler Süd-West - (Anlagen 2 und 3).

Im Auftrage:



(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin



Stadt Baesweiler Windkraft

Übersicht

Potentialflächen

STADT BAESWEILER
- Planungsabteilung 60/601
Mariastraße 2, 52499 Baesweiler
Postfach 11 80, 52490 Baesweiler
Telefon 02401/800-0, Fax 02401/800117



**BEGRÜNDUNG ZUR
75. ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS
„Konzentrationszone für Windkraft“**



Stadt Baesweiler



Inhalt

1	Anlass, Ziel und Zweck der Planung	2
1.1	Anlass der Planung	2
1.2	Ziel und Zweck der Planung.....	3
2	Derzeitige städtebauliche Situation	3
2.1	Beschreibung des Plangebietes.....	3
2.2	Restriktionen	4
3	Planerische Rahmenbedingungen	6
3.1	Vorgaben der Landesplanung.....	6
3.2	Vorgaben der Regionalplanung	6
3.3	Flächennutzungsplan	8
3.4	Landschaftsplan/ Schutzgebiet	9
3.5	Weitere Regelungen	12
3.6	Standortuntersuchung.....	12
3.6.1	Hintergrund	12
3.6.2	Methodik	13
3.6.3	Inhalt	17
3.6.4	Überprüfung der Ergebnisse	19
4	Erschließung	19
5	Darstellung des Flächennutzungsplans	19
6	Auswirkungen der Planung	20
6.1	Umweltbelange	20
6.1.1	Landschaftsschutz.....	20
6.1.3	Auswirkungen auf Boden, Wasser / Grundwasser, Luft und Klima	21
6.1.4	Auswirkungen auf den Menschen/ Immissionen	22
6.1.5	Auswirkungen auf Kultur- und sonstige Sachgüter	22
6.2	Weitere Auswirkungen	22
7	Verfahrensstand	22
8	Kosten	22

1 ANLASS, ZIEL UND ZWECK DER PLANUNG

1.1 Anlass der Planung

Die Windenergie nimmt in den vergangenen Jahren einen immer höheren Stellenwert ein. Regenerative Energien, darunter auch die Windenergie, bewirken eine Reduzierung des CO₂ Ausstoßes und stellen eine vergleichsweise günstige Alternative zu den allmählich schwindenden Reserven fossiler Brennstoffe dar. Der technische Fortschritt ermöglicht zudem eine wirtschaftliche Nutzung von Windenergie im Binnenland.

Nach den Plänen der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen soll der Anteil der Windkraft an der Stromerzeugung von derzeit 4% auf 15% im Jahr 2020 ansteigen. Dieses Ziel kann nur durch eine Modernisierung der bestehenden Anlagen („Repowering“) einerseits und umfangreiche Neuerrichtungen andererseits erreicht werden.

Seitdem der Gesetzgeber mit dem Jahressteuergesetz 2009 den Standortgemeinden von Windparks mindestens 70% des Gewerbesteueraufkommens dieser Parks zugesprochen hat (die übrigen 30% verbleiben am Geschäftssitz des Betreiberunternehmens), ist es für die Städte und Gemeinden auch deutlich attraktiver geworden, ihre Gemeindegebiete für die Windkraft zu öffnen.

Die Katastrophe von Fukushima im März 2011 und das damit verbundene Umdenken in Bezug auf die Atom- und Energiepolitik führte schließlich zu einer gestiegenen Akzeptanz für die erneuerbaren Energien, insbesondere für die Windkraftnutzung, in der Bevölkerung und der Politik.

Der Gesetzgeber fördert die Windenergienutzung durch die Einstufung der Windenergieanlage als privilegierte Vorhaben im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch (BauGB). Demzufolge sind Windenergieanlagen grundsätzlich zuzulassen, soweit öffentliche Belange nicht entgegenstehen und eine ausreichende Erschließung gesichert ist. Eine Steuerung der Windenergiestandorte ist dabei jedoch nicht möglich.

Da dies auch nicht der Intention des Gesetzgebers entspricht, hat dieser mit § 5 i.V.m. § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB ein Steuerungselement geschaffen. Öffentliche Belange stehen einem Vorhaben auch dann entgegen, wenn durch Darstellung im Flächennutzungsplan eine Ausweisung an anderer Stelle (gemeint sind die sogenannten Konzentrationszonen) erfolgt ist. Demnach kann die Verteilung der Windenergieanlagen im Stadtgebiet über die Ausweisung von Konzentrationszonen in der Art gesteuert werden, dass Windenergieanlagen nur noch an geeigneten Standorten mit möglichst geringen negativen Auswirkungen zulässig sind, wodurch die oben genannten negativen Folgen vermieden werden.

Diese Konzentrationszonen für die Windkraft müssen jedoch bestimmte Anforderungen erfüllen. Der Windenergienutzung muss in substantieller Weise Raum geschaffen werden. Da Windenergieanlagen als privilegierte Vorhaben grundsätzlich im Außenbereich zulässig wären, muss bei einer räumlichen Einschränkung sichergestellt werden, dass hier tatsächlich ein wirtschaftlicher Betrieb in Abwägung mit der Raumverträglichkeit der Planung möglich ist. Als Faktoren für einen wirtschaftlichen Anlagenbetrieb kommen die Eignung des Standorts (Windhöflichkeit), die Größe der dargestellten Konzentrationszone und auch anlagenbedingte Faktoren (Anzahl und Höhe der innerhalb dieser Zone zulässigen Anlagen, anfallende Netzanschlusskosten) in Betracht. Es ist daher nicht zulässig, den Flächennutzungsplan als Mittel zu benutzen, Windenergieanlagen faktisch zu verhindern. Die Planung muss sicherstellen, dass sich das Vorhaben innerhalb der Konzentrationszone gegenüber konkurrierenden Nutzungen durchsetzt. Daher ist zur Ausweisung einer Konzentrationszone in jedem Fall eine Standortuntersuchung für das gesamte Stadtgebiet durchzuführen.

Es sind verschiedene Vorhabenträger an die Stadt Baesweiler herangetreten, um weitere Windenergieanlagen zu errichten.

Basis für die weitere Planung ist eine Untersuchung des gesamten Stadtgebietes, um geeignete Standorte für die Windenergie zu filtern. Dabei muss sich das neue Konzept auf einheitliche Kriterien stützen, auf deren Basis auch eine Überprüfung der bereits ausgewiesenen Zonen erfolgen muss.

1.2 Ziel und Zweck der Planung

Die Stadt Baesweiler verfolgt das Ziel, im Stadtgebiet weitere Windenergieanlagen anzusiedeln und so die regenerativen Energien zu fördern. Vor diesem Hintergrund ist die Ausweisung weiterer Konzentrationszonen im Flächennutzungsplan erforderlich. Hierzu muss eine Untersuchung des gesamten Stadtgebietes erfolgen, um die Eignung der Standorte für die Windenergie zu überprüfen¹. Darauf aufbauend sollen nun gemäß § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB zusätzliche Konzentrationszonen für die Windenergie ausgewiesen werden.

Zur Sicherstellung der bestmöglichen Planung und zur Verträglichkeit insbesondere der Schutzgüter „Tier“ und „Mensch“ sollen neben der Änderung des Flächennutzungsplanes ebenso Bebauungspläne aufgestellt werden. In diesem Zusammenhang können erforderliche Festsetzungen, zum Beispiel zu Abschaltzeiten, verbindlich geregelt werden.

2 DERZEITIGE STÄDTEBAULICHE SITUATION²

Die Stadt Baesweiler liegt in der nordrhein-westfälischen Städteregion Aachen und ist eine mittlere regionsangehörige Stadt, die wiederum dem Regierungsbezirk Köln untersteht. Bei einer Größe von 27,76 km² (2776 ha) hat die Stadt rund 26.500 Einwohner.

Begrenzt wird die Stadt im Norden beginnend von Geilenkirchen, Linnich, Aldenhoven, Alsdorf, Herzogenrath und Übach-Palenberg. Der Raum um Baesweiler wird als Jülicher Börde bezeichnet und liegt in der Kölner Bucht. Seit dem 01.01.1972 besteht die Stadt aus folgenden Stadtteilen: Baesweiler, Beggendorf, Floverich, Loverich, Oidweiler, Puffendorf und Setterich. Dabei hat sich vor allem der Hauptort Baesweiler als Zentrum herausgebildet, der von den peripher gelegenen Stadtteilen umschlossen wird.

2.1 Beschreibung des Plangebietes

Im Rahmen der Standortuntersuchung wurde das Verfahrensgebiet (Potentialflächen 11-16) als Fläche zur Ausweisung als Konzentrationszone für Windenergie empfohlen. Das Gebiet besitzt eine Größe von ca. 64,4 ha und befindet sich im südwestlichen Bereich der Stadt Baesweiler.

Die Windhöffigkeit der Fläche liegt bei 5,75 bis 6,50 m/s.

Die Fläche ist über Wirtschaftswege erreichbar.

Regionalplanung

Im Regionalplan wird die Fläche als „Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich“ definiert und ist daher für die Windenergie geeignet. Aktuell wird die Fläche landwirtschaftlich genutzt und durch verschiedene Wirtschaftswege erschlossen. Zusätzlich wird angegeben, dass die Fläche innerhalb eines „Bereiches zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung (BSLE)“ liegt. Gemäß dem aktuellen Windenergieerlass ist die Ausweisung von Gebieten für die Windenergienutzung in Bereichen für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung (BSLE) sowie in regionalen Grünzügen möglich, wenn die Windenergienutzung mit der konkreten Schutzfunktion des jeweiligen Bereiches vereinbar ist. Demzufolge muss im Einzelfall geprüft werden, ob die Planungen mit den Zielen der Raumordnung vereinbar sind. Darüber hinaus bleibt festzuhalten, dass sich die vorliegende Potentialfläche flächendeckend in einem Bereich eines regionalen Grünzuges befindet. Im weiteren Verfahren wird in Abstimmung mit der Bezirksregierung ermittelt, in wieweit die Planungen mit den Zielen der Raumordnung vereinbar sind. Es ist jedoch davon auszugehen, dass aufgrund der bestehenden Windenergieanlagen sowie der Errichtung der Bundesstraße B57n das gegenständliche Vorhaben umgesetzt

¹ vgl. Kapitel 3.6 dieser Begründung

² Wikipedia, zugegriffen am 25.02.2015

werden kann. Auch in diesem Fall kann ein Eingriff in einen bisher unvorbelasteten Landschaftsbereich vermieden werden. Dabei sind folgende Ziele zu beachten, die jedoch keinen Widerspruch zur vorliegenden Planung darstellen:

Ziel 1: Die Regionalen Grünzüge sind als wesentliche Bestandteile des regionalen Freiflächensystems im Sinne der notwendigen Ausgleichsfunktionen insbesondere in den Verdichtungsgebieten gegen die Inanspruchnahme für Siedlungszwecke besonders zu schützen. Sie sind in der Bauleit- und Fachplanung durch lokal bedeutsame Freiflächen zu ergänzen und zur Herstellung ihrer Durchgängigkeit untereinander zu vernetzen; die Durchgängigkeit der Regionalen Grünzüge zum ländlichen Freiraum ist zu gewährleisten.

Ziel 2: Die Regionalen Grünzüge sollen insbesondere die siedlungsräumliche Gliederung, den klimaökologischen Ausgleich, die Biotoperhaltung und -vernetzung sowie die landschaftsorientierte Erholung, Sport- und Freizeitnutzung sichern. Sie sind ihrer Zweckbestimmung entsprechend zu erhalten und zu entwickeln. Neue Planungen und Maßnahmen, die diese Aufgaben und Funktionen beeinträchtigen, sind auszuschließen. Nur in begründeten Ausnahmefällen können von den Trägern der Bauleit- und Fachplanung Einrichtungen der Infrastruktur und Nutzungen, die von der Sache her ihren Standort im Freiraum haben und nicht außerhalb des Regionalen Grünzugs verwirklicht werden können, auch in Regionalen Grünzügen unter Beachtung der entsprechenden Ziele vorgesehen werden.

Ziel 3: Die Regionalen Grünzüge sollen durch eine qualitative, ökologische Aufwertung des Freiraumes, den Wiederaufbau von zerstörter oder beeinträchtigter Landschaft sowie durch die Verknüpfung vorhandener ökologischer Potenziale entwickelt und verbessert werden.

Bewertung des Landschaftsbilds

Die Fläche ist zurzeit durch fünf Windenergieanlagen und Infrastrukturtrassen im zentralen und südlichen Bereich vorbelastet.

Schutzwürdigkeit des Landschaftstypus:

Das Baesweiler Stadtgebiet wird durch den Landschaftsplan II („Baesweiler-Alsdorf-Merkstein“) umfasst. Der westliche Bereich der Plangebietsfläche liegt im Landschaftsschutzgebiet „Merkstein-Baesweiler“ (Kennzeichen 2.2-5). Eine Befreiung vom Landschaftsschutz ist daher erforderlich. Im weiteren Verfahren wird diesbezüglich eine Abstimmung mit der Unteren Landschaftsbehörde der Städteregion Aachen erfolgen. Zusätzlich befinden sich innerhalb der Fläche verschiedene geschützte Bestandteile von Naturlandschaften. Eine genaue Auflistung wird im Kapitel 3.4 (Landschaftsplan/Schutzgebiet) aufgeführt.

Nationalparke, Nationale Naturmonumente und FFH-Gebiete liegen in Baesweiler nicht vor.

Das Plangebiet wird überwiegend als landwirtschaftliche Fläche genutzt.

Visuelle Verletzlichkeit:

Die Fläche zeigt insgesamt eine geringe Relieflieferung auf. Abgesehen von den Bereichen mit Baumbestand, die eine weniger gute Einsehbarkeit besitzen, ist die Fläche überwiegend gut einsehbar. Aufgrund der peripheren Lage der Fläche ist auch bei einer möglichen Errichtung von Windenergieanlagen keine erhebliche Beeinträchtigung der Sichtbeziehungen zwischen verschiedenen Stadtteilen zu erwarten. Darüber hinaus sind in unmittelbarer Umgebung bereits fünf Windenergieanlagen errichtet worden.

Ästhetischer Eigenwert:

Der Fläche ist aufgrund ihrer hauptsächlichlichen Agrarnutzung und Lage an verschiedenen Infrastrukturtrassen (Bundesstraße, Landstraße) kein hoher Erholungswert beizumessen. Dies wird durch die Tatsache verstärkt, dass in unmittelbarer Umgebung bereits fünf Windenergieanlagen errichtet wurden.

2.2 Restriktionen

Im Rahmen einer ersten Frühzeitigen Beteiligung zur Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 71 und Aufstellung

des Bebauungsplans Nr. 103, die ebenfalls für die Ausweisung einer Konzentrationszone dienen sollten und zum großen Teil mit der geplanten Konzentrationszone übereinstimmen – jedoch nicht weiter verfolgt wurden, wurden Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange im Jahr 2012 beteiligt. Eingegangene Hinweise sollen auch im aktuellen Verfahren berücksichtigt werden.

Bodendenkmäler

Auch der LVR wurde in diesem Verfahren beteiligt. Bezüglich Bodendenkmäler sind folgende Hinweise zu beachten. Die Plangebietsfläche liegt westlich von Baesweiler auf den fruchtbaren Böden der Jülicher Lössbörde. Das ursprünglich stärker reliefierte Land ist heute zumeist verflacht. Die früher die Hochflächen gliedernden, ehemals Wasser führenden Talrinnen sind weitgehend kolluvial verfüllt. Das Plangebiet wird laut geologischer Bodenkarte von kolluvial verfüllten Rinnen durchzogen, bei denen es sich um ältere Bachbetten handelt.

Innerhalb des Plangebietes sind bislang zwar nur wenige Bodendenkmäler bekannt, doch dies ist - wie die jahrzehntelange Erfahrung der Bodendenkmalpflege gezeigt hat - auf eine "Forschungslücke" zurück zu führen, da hier bislang keine systematischen archäologischen Untersuchungen durchgeführt wurden. Im Zuge dieser Untersuchungen (Prospektionen) werden vorwiegend frisch gepflügte Felder systematisch begangen und an der Oberfläche erkennbare Funde kartiert und aufgesammelt.

In den weiteren Verfahren (Bebauungsplan bzw. BImSch-Ebene) wird ermittelt in wie weit (und mit welcher Methodik) weitere Untersuchungen In Bezug auf die geplanten WEA-Standorte notwendig werden.

Baudenkmäler

Auch der LVR wurde in diesem Verfahren beteiligt. Bezüglich Baudenkmäler sind folgende Hinweise zu beachten. Im weiteren Raum treten schützenswerte Bereiche (kulturdenkmalgeschützte Gebäude, Kirchen, Mühlen und Burgen) in den umliegenden Ortschaften bzw. zentralen Stadtteilen auf. Die geplanten Anlagen befinden sich in weiter Entfernung und sind von Wohngebäuden der jeweiligen Ortschaften umgeben, so dass von keiner erheblichen Beeinträchtigung dieser ausgegangen werden kann.

Als Sachgüter können Flächen oder Objekte bezeichnet werden, die einer wirtschaftlichen Nutzung unterliegen. Hierzu zählt insbesondere die forstliche und landwirtschaftliche Nutzung. Die Plangebietsfläche unterliegt fast ausschließlich einer landwirtschaftlichen Nutzung.

Die hier vorkommenden landwirtschaftlichen Nutzflächen sind als gebietstypische und weit verbreitete Sachgüter zu werten.

Baudenkmäler

Gemäß den Angaben des LVR-Amtes für Denkmalpflege im Rheinland (mit Schreiben vom 20.01.2016) sind in der engeren Umgebung der geplanten Vorrangflächen mehrere Baudenkmäler nach § 2 DSchG NRW mit ihren Wirkungsräumen betroffen, u.a. für die hier zu betrachtende Plangebietsfläche die folgenden:

Alsdorf	0.2.1 Siedlung Neuweiler (Grube Anna)	
Alsdorf	Pumpe	Auf dem Pütz 4
Alsdorf	Straßenseitige Fassade als Teil d. Gebäudes	Auf dem Pütz 6
	Burg Alsdorf einschl. Parkanlage	Burgstr. 17
Alsdorf	Hofanlage Mahnmal für die Opfer des Grubenunglücks von	Schlosserstr. 2
Alsdorf	1930	Übacher Weg
Baesweiler	Feldkreuz	Gut Merberen

Baesweiler	Landw. Anwesen	Kloshaus 1
------------	----------------	------------

Tabelle 1: Baudenkmäler in der Umgebung der Plangebietsfläche
 Quelle: LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland (mit Schreiben vom 20.01.2016)

Eine differenzierte Betrachtung erfolgt im Umweltbericht.

Flugsicherung

Seitens der Wehrbereichsverwaltung West wurde dargelegt, dass die Flächennutzungsplanänderung Nr. 71 und der Bebauungsplan Nr. 103 in einer Entfernung von ca. 10,3 km – 11,3 km zum Flugplatzrundsuch-/sekundärradar des Flugplatzes Geilenkirchen entfernt ist, somit innerhalb des Zuständigkeitsbereiches des Flugplatzes liegt und radartechnisch erfasst wird.

Ob und inwiefern eine mögliche Beeinträchtigung vorliegt wird im weiteren Verfahren ermittelt und ggf. im Bebauungsplan bzw. im nachgelagerten Genehmigungsverfahren nach BImSchG thematisiert.

3 PLANERISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

3.1 Vorgaben der Landesplanung

Es ist ausdrückliches Ziel des Landes, die Entwicklung regenerativer Energien, insbesondere die Errichtung von Windkraftanlagen, zu fördern. Im Landesentwicklungsplan (LEP NRW) ist der verstärkte Einsatz regenerativer Energieträger als landesplanerisches Ziel angesehen (Kapitel D.II Ziel 2.4 LEP NRW). Der LEP NRW sieht vor, dass Gebiete, die sich für die Nutzung erneuerbarer Energien aufgrund der Naturgegebenheiten besonders eignen, in den Regionalplänen als „Bereiche mit der Eignung für die Nutzung erneuerbarer Energien“ dargestellt werden. Das besondere Landesinteresse an einer Nutzung erneuerbarer Energien ist bei der Abwägung gegenüber konkurrierenden Belangen als besonderer Belang einzustellen.³

Im Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes vom 25.06.2013 wird die Zielsetzung formuliert, bis 2020 mindestens 15% der nordrheinwestfälischen Stromversorgung durch Windenergie und bis 2025 30% der nordrheinwestfälischen Stromversorgung durch erneuerbare Energien zu decken. Daher sind proportional zum jeweiligen regionalen Potential ausreichende Flächen für die Nutzung von Windenergie festzulegen. Hierzu sollen wie zuvor auch die Träger der Regionalplanung Vorranggebiete für die Windenergienutzung mindestens zeichnerisch festlegen. Weiterhin soll die Regional- und Bauleitplanung das Repowering von älteren Windenergieanlagen, die durch eine geringere Anzahl neuer, leistungsstärkerer Windenergieanlagen ersetzt werden, unterstützen. Kommunale Planungsträger sollen die bauleitplanerischen Voraussetzungen schaffen, um die Repowering Windenergieanlagen räumlich zusammenzufassen oder neu ordnen zu können.⁴

Insgesamt entstehen somit derzeit durch die Landesplanung keine verbindlichen Vorgaben für die Standortuntersuchung.

3.2 Vorgaben der Regionalplanung⁵

Für die Steuerung der Ansiedlung von Windenergieanlagen trifft der Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, GEP Region Aachen, abweichend von den Vorgaben der Landesplanung lediglich textliche Festlegungen, die räumliche Verortung der Konzentrationszonen für Windenergieanlagen bleibt der kommunalen Ebene im Rahmen der Bauleitplanung überlassen. Dabei soll ergänzend mit Hilfe von textlichen Zielen die Planung von Windparks so

³ Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Mai 1995 (GV. NW. 1995 S.532).

⁴ Entwurf des LEP NRW vom 25.06.2013

⁵ Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, Seite 124 ff.

gesteuert werden, dass die wegen des Vorrangs anderer Belange kritischen Räume von Windparks frei bleiben. Zusätzlich muss sichergestellt werden, dass in den bedingt konfliktarmen Gebieten die Ausweisung von Windkraft-Konzentrationszonen gegen die jeweiligen Schutzerfordernisse sorgfältig abgewogen wird und restliche Bereiche, die aufgrund von natürlichen und technischen Voraussetzungen als raumverträglich eingestuft werden, vorrangig für Windparkplanungen zur Verfügung gestellt werden.

Ziel 1 der Regionalplanung hinsichtlich der Windkraft sagt aus, dass Planungen für Windenergie in den Teilen des Freiraums, die aufgrund ihrer natürlichen und technischen Voraussetzungen und der Verträglichkeit mit den zeichnerisch und/oder textlich dargestellten Bereichen und Raumfunktionen für die gebündelte Errichtung von Windkraftanlagen (Windparks) in Betracht kommen, umzusetzen sind. Dabei sollen in erster Linie die allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche zur Verfügung gestellt werden. In geeigneten Fällen jedoch können Windparkplanungen auch über Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen erstreckt werden.

Wenn im Einzelfall sichergestellt werden kann, dass die mit der GEP-Darstellung verfolgten Schutz- und/oder Entwicklungsziele nicht nennenswert beeinträchtigt werden, können somit in den folgenden Bereichen Windparks geplant werden.

Ziel 2:

- Waldbereiche, unter Beachtung der Ziele des LEP NRW (insbesondere Ziel B. III. 3.2), soweit außerhalb des Waldes Windparkplanungen nicht realisierbar sind, der Eingriff auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt und ein möglichst gleichwertiger Ausgleich/Ersatz festgelegt wird,
- Regionale Grünzüge,
- historisch wertvolle Kulturlandschaftsbereiche (nach DSchG),
- Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung,
- Bereiche für Halden zur Lagerung von Nebengestein oder sonstige Massen,
- Deponien für Kraftwerksasche (nach Wiedernutzbarmachung und Entlassung aus der Bergaufsicht),
- Agrarbereiche mit spezialisierter Intensivnutzung.

Demgegenüber stehen Bereiche, in denen Windparkplanungen ausgeschlossen werden sollen.

Ziel 3:

- Bereiche für den Schutz der Natur,
- Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze, es sei denn, dass der Abbau bereits stattgefunden hat und die Windparkplanung den Rekultivierungszielen nicht widerspricht,
- Flugplatzbereiche,
- Oberflächengewässer, geplante Talsperren und Rückhaltebecken,
- Bereiche für Abfalldeponien, es sei denn, dass der Verkippsfortschritt dies zulässt und eine Gefährdung des Grundwassers dauerhaft ausgeschlossen ist,
- Bereiche für Halden zur Lagerung oder Ablagerung von Bodenschätzen,
- Freiraumbereiche mit Zweckbindung „M“.

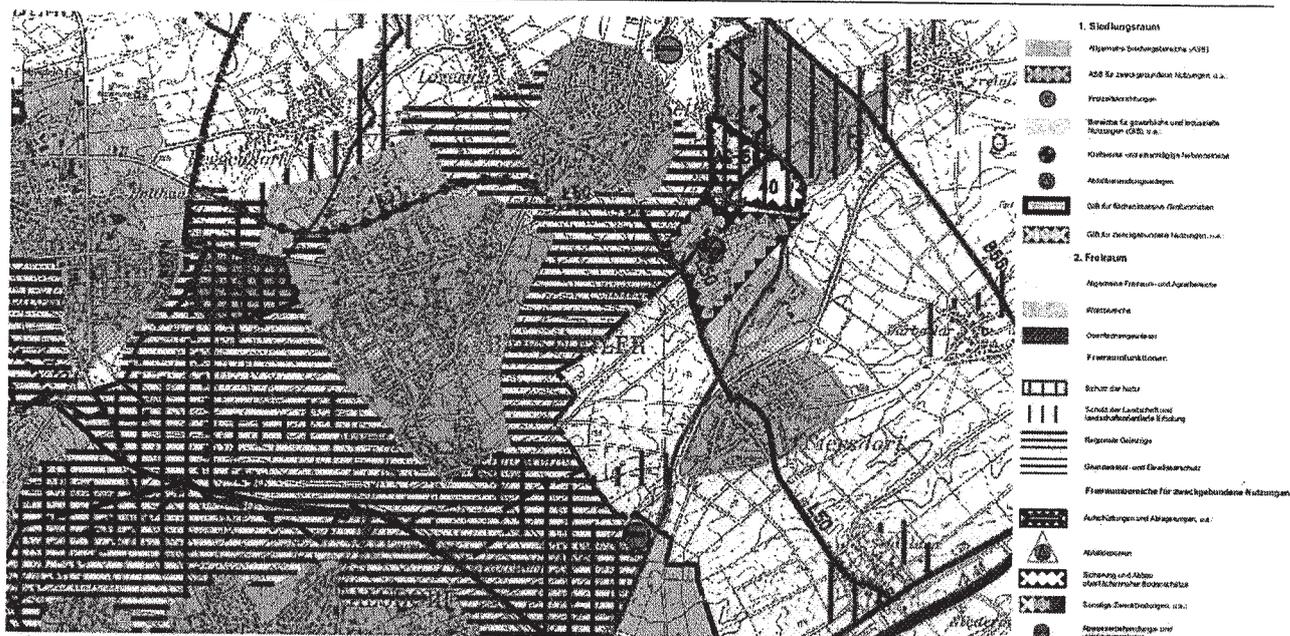


Abbildung 1: Ausschnitt aus dem Regionalplan Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen

Zusätzlich gilt für die Planung und Errichtung von Windparks, dass nach landesplanerischen Anforderungen die Beeinträchtigung von Denkmälern sowie von Bereichen, die das Landschaftsbild in besonderer Weise prägen, zu vermeiden ist. Außerdem ist zum Schutz der Bevölkerung vor Immissionen zu beachten, dass ausreichende Abstände zu Wohnsiedlungen entsprechend der Emissionsrichtwerte der TA Lärm eingehalten werden. Darüber hinaus sind ebenfalls auf die technischen Erfordernisse des Richtfunks Rücksicht zu nehmen (Ziel 4).

Im Regionalplan wird die Fläche als „Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich“ definiert und ist daher für die Windenergie geeignet. Aktuell wird die Fläche landwirtschaftlich genutzt und durch verschiedene Wirtschaftswegen erschlossen. Zusätzlich wird angegeben, dass die Fläche innerhalb eines „Bereiches zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung (BSLE)“ liegt. Dieser verläuft im zentralen Bereich der Potentialfläche. Gemäß dem aktuellen Windenergieerlass ist die Ausweisung von Gebieten für die Windenergienutzung in Bereichen für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung (BSLE) sowie in regionalen Grünzügen möglich, wenn die Windenergienutzung mit der konkreten Schutzfunktion des jeweiligen Bereiches vereinbar ist. Demzufolge muss im Einzelfall geprüft werden, ob die Planungen mit den Zielen der Raumordnung vereinbar sind. Hierbei ist darzustellen, dass die Planung nicht die Funktionen des BSLE erheblich beeinträchtigt. Eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes kann durch Windenergieanlagen nicht Gänze vermieden werden. Jedoch liegen im vorliegenden Planungsraum bereits Vorbelastungen durch bestehende Anlagen in unmittelbarer Umgebung vor, sodass ein Eingriff in ein unberührtes Landschaftsbild vermieden werden könnte. Darüber hinaus bleibt festzuhalten, dass sich die vorliegende Potentialfläche flächendeckend in einem Bereich eines regionalen Grünzuges befindet. Im weiteren Verfahren wird in Abstimmung mit der Bezirksregierung ermittelt, in wieweit die Planungen mit den Zielen der Raumordnung vereinbar sind.

3.3 Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan der Stadt Baesweiler stellt für den überwiegenden Bereich der ermittelten Potentialflächen „landwirtschaftliche Flächen“ dar. Die aktuelle Darstellung dieser Flächen steht somit der Windenergieplanung nicht entgegen, da auch bei Darstellung einer Konzentrationszone die landwirtschaftliche Nutzung aufrechterhalten werden kann. Darüber hinaus werden die Potentialflächen im östlichen Bereich zum Teil durch eine bestehende Konzentrationszone überlagert, die im rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Baesweiler als „Versorgungsanlage“ mit der Randsignatur „Elektrizität“ dargestellt wird. Der innerhalb der Potentialflächen liegende Bereich der bestehenden Konzentrationszone wird weiterhin erhalten bleiben. Eine weitere Konzentrationszone befindet sich im südöstlichen Bereich des Stadtgebietes. Bereiche, die außerhalb der

Potentialflächen liegen, werden in der Flächennutzungsplanänderung aufgehoben. Die Darstellung der jeweiligen Flächen (bspw. landwirtschaftliche Flächen) bleibt bestehen. Somit wird die zweite bestehende Konzentrationszone im südöstlichen Bereich des Stadtgebietes komplett aufgehoben, da sie nicht dem gesamtstädtischen Konzept der Stadt Baesweiler entspricht.

3.4 Landschaftsplan/ Schutzgebiet

Das Baesweiler Stadtgebiet wird durch den Landschaftsplan II („Baesweiler-Alsdorf-Merkstein“) umfasst. Der westliche Bereich der Plangebietsfläche liegt im Landschaftsschutzgebiet „Merkstein-Baesweiler“ (Kennzeichen 2.2-5). Es handelt sich um einen Teil der Bördenlandschaft mit typischen Einzelhoflagen, einer aufgegebenen Bahnlinie mit Gehölzbestand, ökologisch wertvollen Bergsenkungsgewässern, Kleingewässern und Altbaumbestand auf dem Friedhof Alsdorf. Eine Befreiung vom Landschaftsschutz ist daher erforderlich. Im weiteren Verfahren wird diesbezüglich eine Abstimmung mit der Unteren Landschaftsbehörde der Städteregion Aachen erfolgen.

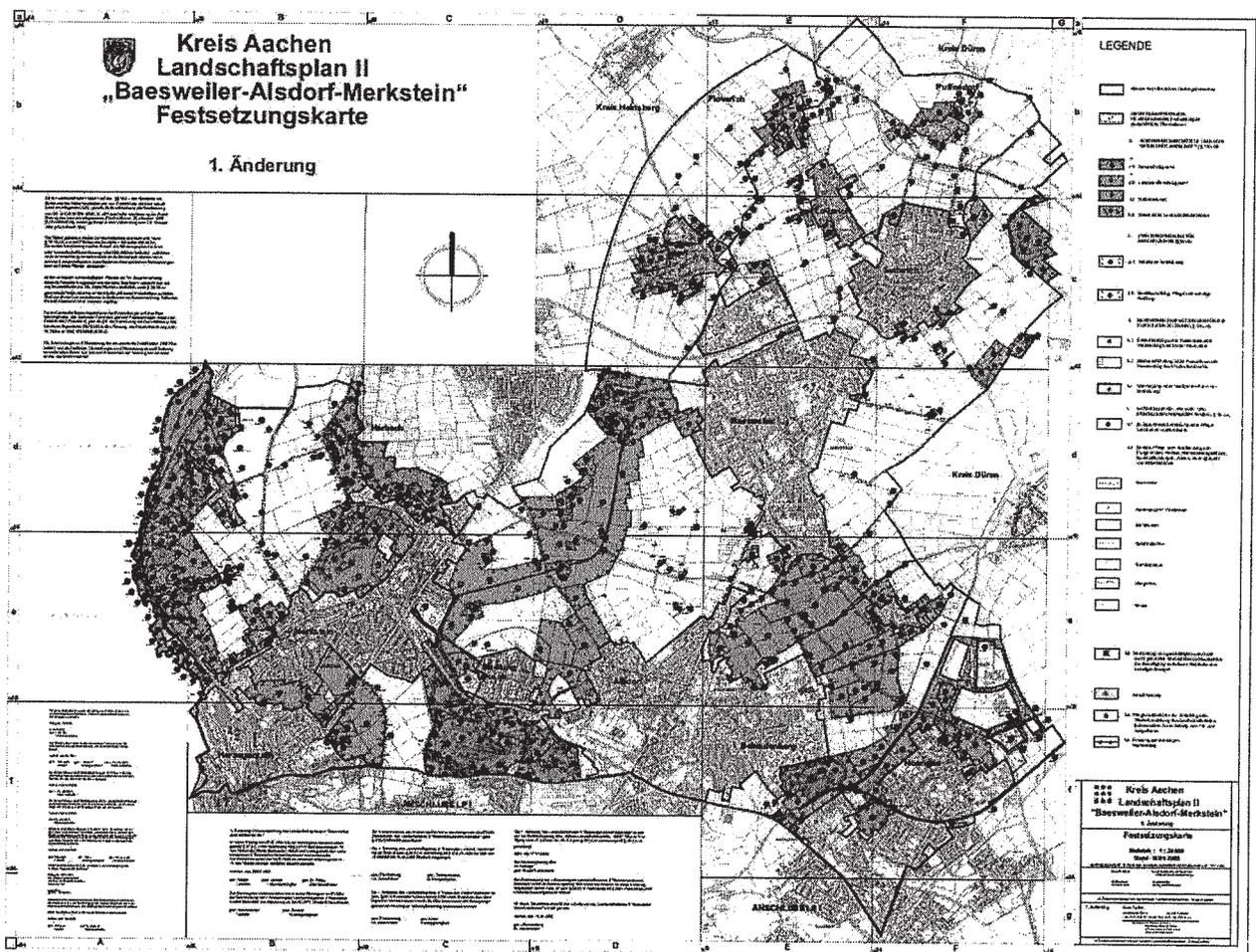


Abbildung 2: Ausschnitt aus dem Landschaftsplan II „Baesweiler-Alsdorf-Merkstein“, 1. Änderung Quelle: Kreis Aachen

Gem. §§ 26 Abs. 2 BNatschG und 34 Abs. 2 LG NRW sind „in einem Landschaftsschutzgebiet [...] alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.“ In einem LSG gilt also kein generelles Veränderungsverbot (wie bei NSG), sondern ein gebietscharakterbezogener, schutzzweckgebundener Bauvorbehalt.

Die Leitziele des „Merkstein-Baesweiler“ (Kennzeichen 2.2-5):

- Erhaltung und Optimierung einer reichstrukturierten Kulturlandschaft mit Grünlandflächen, Obst-wiesen, Hecken, Gehölzbeständen, Einzelgehölzen, Kleingewässern,
- Erhaltung eines wichtigen Elementes des lokalen Biotopverbundes.

Darüber hinaus wird im Kapitel 2.2 des Landschaftsplans II („Baesweiler-Alsdorf-Merkstein“) festgehalten, dass „die Errichtung von Windkraftanlagen auf den im örtlichen Flächennutzungsplan dargestellten und mit der unteren Landschaftsbehörde abgestimmten Windkraftkonzentrationszonen“ unberührt von den zuvor aufgeführten Verboten und den in den einzelnen Schutzgebieten festgesetzten Ge- und Verboten bleiben kann.

Das Landschaftsbild hat in erster Linie ästhetische und identitätsbewahrende Funktion. Die Komposition verschiedener typischer Landschaftselemente macht die Eigenart eines Landstriches aus. Neben der Bewahrung typischer Arten, Strukturen und Bewirtschaftungsformen spielt dies auch für den Erholungswert der Landschaft eine große Rolle.

b) Bestandsbeschreibung

Die Fläche liegt im Stadtgebiet von Baesweiler zwischen den Ortslagen Boscheln im Nordwesten, Baesweiler im Nordosten und Alsdorf im Süden. Die Fläche zeigt insgesamt eine geringe Reliefierung auf. Der vorherrschende Biotoptyp innerhalb des Plangebietes sind Ackerflächen. Auf großen Parzellen wird hier intensiv Ackerbau betrieben. Aufgrund des Düngemittel- und Biozideintrags kommt es zu erschwerten Lebensbedingungen, weshalb Wildkräuter kaum noch existenzfähig sind. Es gibt einige größere zeitweise feuchte Ackersenkungen. Durch die Plangebietsfläche verläuft ein linienförmiger geschützter Landschaftsbestandteil, mit Gehölzanpflanzungen, der in etwa mittig von Norden nach Süden durch das Plangebiet verläuft. Darüber hinaus sind weitere Gehölze südwestlich und nordwestlich der Potentialfläche zu finden (Altmerberen, Suren Pley, Nordfriedhof Alsdorf).

Die Plangebietsfläche wird von Nord nach Süd durch die Bundesstraße B 57n und im südlichen Bereich von West nach Ost durch die Landstraße L 240 durchschnitten. Im Plangebiet (im östlichen Bereich, Potentialfläche 11) bzw. zum Teil angrenzend sind bereits 5 WEA des Typs NM 1000/60 vorhanden. Weiterhin sind südwestlich auf dem Stadtgebiet der Stadt Herzogenrath weitere 3 WEA vorhanden.

Die Fläche besitzt keine Zugehörigkeit zum Landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich.

Der westliche Bereich der Plangebietsfläche liegt im Landschaftsschutzgebiet „Merkstein-Baesweiler“ (Kennzeichen 2.2-5). Bei dem Landschaftsschutzgebiet handelt sich um einen Teil der Bördenlandschaft mit typischen Einzelhoflagen, einer aufgegebenen Bahnlinie mit Gehölzbestand, ökologisch wertvollen Bergsenkungsgewässern, Kleingewässern und Altbaumbestand auf dem Friedhof Alsdorf. Eine Befreiung vom Landschaftsschutz ist daher erforderlich. Im weiteren Verfahren wird diesbezüglich eine Abstimmung mit der Unteren Landschaftsbehörde der Städteregion Aachen erfolgen.

Die Leitziele des „Merkstein-Baesweiler“ (Kennzeichen 2.2-5) sind Erhaltung und Optimierung einer reichstrukturierten Kulturlandschaft mit Grünlandflächen, Obstwiesen, Hecken, Gehölzbeständen, Einzelgehölzen, Kleingewässern und die Erhaltung eines wichtigen Elementes des lokalen Biotopverbundes.

c) Vorbelastung

Für den nördlichen Bereich besteht auch eine visuelle sowie akustische Vorbelastung durch die Verkehrsstrassen B 57n und L 240. Plangebiet (im östlichen Bereich, Potentialfläche 11) bzw. zum Teil angrenzend sind bereits 5 WEA des Typs NM 1000/60 vorhanden. Weiterhin sind südwestlich auf dem Stadtgebiet der Stadt Herzogenrath weitere 3 WEA vorhanden.

Empfindlichkeit:

Das Landschaftsbild und seine Erholungsfunktion sind empfindlich gegenüber einer Veränderung der Landschaft, insbesondere in Form von Bebauung und „landschaftsfremden“ Nutzungen. Dadurch wird auch die Erholungsnutzung für den Menschen, die durch den Eindruck der „freien Landschaft“ entsteht, beeinträchtigt.

Neben dem Hinzufügen von störenden Elementen kann das Landschaftsbild auch durch das Entfernen von typischen und prägenden Elementen beeinträchtigt werden. Das Landschaftsbild ist rein objektiv schwer zu bewerten. Im Rahmen des Umweltberichtes wurde eine Analyse des Naturraumes sowie der schutzwürdigen Bereiche in den Plangebietten bzw. ihrer unmittelbaren Umgebung vorgenommen. Eine technische Überprägung der geschützten Biotope sowie Naturschutzgebiete, erfolgt nicht, da die Schutzabstände von 300 m eingehalten werden. FFH-Gebiete sowie europäischen Vogelschutzgebiete sind in der Umgebung nicht vorhanden.

Der westliche Bereich der Plangebietsfläche liegt im Landschaftsschutzgebiet „Merkstein-Baesweiler“ (Kennzeichen 2.2-5). Bei Die Leitziele des „Merkstein-Baesweiler“ (Kennzeichen 2.2-5) sind Erhaltung und Optimierung einer reichstrukturierten Kulturlandschaft mit Grünlandflächen, Obstwiesen, Hecken, Gehölzbeständen, Einzelgehölzen, Kleingewässern und die Erhaltung eines wichtigen Elementes des lokalen Biotopverbundes.

Durch die Flächennutzungsplanänderung werden Flächen ausgewiesen, die theoretisch insgesamt der Windkraft zur Verfügung stehen. Jedoch findet im weiteren Verfahren (Bebauungsplan bzw. Blmsch-Ebene) noch eine Planung der genauen Standorte der Anlagen statt. In diesem Rahmen kann berücksichtigt werden, dass keine landschaftsprägenden Elemente entnommen werden, sondern die Anlagen auf heute landwirtschaftlich genutzten Flächen untergebracht werden. Somit können diese erhalten bleiben. Im Übrigen wird durch die Ausweisung als Konzentrationszone die derzeitige Nutzung der Fläche nicht verändert. Für den vorgesehenen Plangebietsbereich spricht die Vorbelastung, die hier eine Ausweisung als Konzentrationszone rechtfertigt. Eine Befreiung vom Landschaftsschutz ist daher erforderlich. Im weiteren Verfahren wird diesbezüglich eine Abstimmung mit der Unteren Landschaftsbehörde der Städteregion Aachen erfolgen.

Im Rahmen der Beurteilung des ästhetischen Eigenwertes ist die Vorbelastung zu berücksichtigen. Es ist sinnvoll, das Landschaftsbild belastende Vorhaben zu bündeln und im Gegenzug wertvolle Landschaften vor negativen Einwirkungen zu schützen. Eine Vorbelastung kann zum Beispiel durch bereits vorhandene Windenergieanlagen oder andere nach § 35 Abs. 1 Nr. 2-7 BauGB privilegierte Vorhaben gegeben sein. Auch durch den Straßen- oder Schienenbau sowie durch Abgrabungen kann eine Vorbelastung entstehen. Ein „unbelastetes“ Landschaftsbild ist daher möglichst von Eingriffen freizuhalten.

Im Plangebiet sind Vorbelastungen durch bestehende Windenergieanlagen (5 WEA im Plangebiet) aber auch außerhalb. Weiterhin sind südwestlich auf dem Stadtgebiet der Stadt Herzogenrath weitere 3 WEA vorhanden sowie weitere technische Infrastruktureinrichtungen (Verkehrstrassen z.B. B57n und L 240) vorhanden. Nördlich der Plangebietsfläche liegen die Ortschaft Boscheln (im Nordwesten) und Baesweiler (im Nordosten) und die Stadt Alsdorf im Süden. Die Ortsränder weisen eine lockere Bebauung auf. Der Abstand des Plangebietes zur Siedlungsfläche beträgt 750 m.

Die vorwiegend strukturarmen Kulturlandschaftskomplexe im Plangebiet und der unmittelbaren Umgebung, die vorwiegend von intensiv genutzten Ackerflächen mit nur wenig vorhandenen landschaftsgliedernden Einzelelementen bestimmt sind, wirken weniger naturnah und vielfältig.

Das siedlungsnahen Gebiet ist durch zahlreiche Wirtschaftswege gut erschlossen. Daher kann dem Planungsraum sowie seiner Umgebung ein gewisser Wert für die Naherholung eingeräumt werden.

Um den Grad der Beeinflussung durch das Vorhaben bewerten zu können, bedarf es zunächst einer Feststellung der Qualität des Landschaftsbildes. Diesbezüglich wird eine detailliertere Analyse des Plangebietes und seiner Umgebung vorgenommen. Diese verhilft dabei den ästhetischen Gesamtwert der Plangebiete zu ermitteln.

Die detaillierte Bewertung des Eingriffes in das Landschaftsbild wird im Landschaftspflegerischen Fachbeitrag dargestellt im weiteren Verfahren (Bebauungsplan bzw. Blmsch-Ebene) dargestellt.

Bei der Feinpositionierung der WEA-Standorte sind im weiteren Verfahren (Bebauungsplan bzw. Blmsch-Ebene) Verminderungs- und Vermeidungsmaßnahmen zu beachten, die erhebliche Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes abschwächen. Die Verminderungs- und Vermeidungsmaßnahmen werden im Kapitel 1.4 des Umweltberichtes aufgeführt.

Die Naherholungsfunktion des Plangebietes wird auch nach Umsetzung der Planung weiterhin gegeben sein.

Insbesondere, da es sich um keine ruhige Form der Naherholung handelt.

Durch die Teilaufhebung der bestehenden Zonen entstehen keine negativen Auswirkungen auf das Landschaftsbild. Nach Anlagenrückbau wird sich das Landschaftsbild in diesen Bereichen verbessern.

3.5 Weitere Regelungen

Maßgebliche Rahmenbedingungen für die Ausweisung von Konzentrationszonen werden in dem gemeinsamen Runderlass des Ministeriums für Städtebau, Wohnen, Kultur und Sport, des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand, Energie und Verkehr und der Staatskanzlei des Landes NRW (**Windenergieerlass**) definiert, der 2015 in Kraft getreten ist.

Der Erlass fasst die bisherige Gesetzeslage zusammen. Daneben gibt er Hilfestellung zur benötigten Größe der Abstandsflächen hinsichtlich verschiedener Kriterien, die bislang nicht gesetzlich formuliert sind.

Im Frühjahr 2012 hat das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW den „**Leitfaden Rahmenbedingungen für Windenergieanlagen auf Waldflächen in NRW**“ herausgegeben, der für den Windenergieerlass ergänzende Vorgaben zur Eignung von Waldflächen für Windenergieanlagen trifft.

Daneben wurde inzwischen auch der „**Leitfaden des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in NRW**“ per Runderlass eingeführt und bindet damit die Kommunen bei der Gestaltung der artenschutzrechtlichen Untersuchungen und der Umsetzung deren Ergebnisse in die Planung.

Die Darstellung von Konzentrationszonen ersetzt nicht die Einzelfallbeurteilung eines geplanten Vorhabens bei Antragstellung oder evtl. nachfolgendem Bebauungsplanverfahren. Die notwendigen Abstände von schutzwürdigen Nutzungen hängen verstärkt mit der Höhe der Anlagen, ihrer Leistung und den damit verbundenen Immissionen und Auswirkungen auf das Ortsbild zusammen.

Windenergieanlagen sind bauliche Anlagen i.S.d. § 29 BauGB und des § 2 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung – BauO NRW). Anlagen bis 10 m Gesamthöhe sind, außer in Wohn- und Mischgebieten, genehmigungsfrei. Bis 50 m Anlagengesamthöhe benötigen WEA eine Baugenehmigung. Größere Anlagen benötigen gemäß Nr. 1.6 des Anhangs zur 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (4. BImSchV) eine Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz.

3.6 Standortuntersuchung

Im Vorfeld der Flächennutzungsplanänderung wurde im Auftrag der Stadt Baesweiler eine Standortuntersuchung des gesamten Stadtgebietes durchgeführt, um geeignete Potentialflächen für die Windkraftnutzung zu identifizieren. Diese ist mit dem Ergebnis durchgeführt worden, dass sich insgesamt 6 Potentialflächen besonders zur Ausweisung als Konzentrationszone anbieten.

3.6.1 Hintergrund

Die Ausweisung von Konzentrationszonen für die Windkraft muss bestimmte Anforderungen erfüllen. Konzentrationszonen für die Windkraft dürfen nur ausgewiesen werden, wenn der Windkraft durch die Ausweisung von Konzentrationszonen in substantieller Weise Raum geschaffen wird. Es ist daher nicht zulässig, den Flächennutzungsplan als Mittel zu benutzen, Windenergieanlagen im Gemeindegebiet faktisch zu verhindern.

Ferner muss bei der Ausweisung von Windenergieanlagen sichergestellt sein, dass sich innerhalb der auszuweisenden Konzentrationszone Windenergieanlagen als privilegierte Vorhaben gegenüber den konkurrierenden Belangen durchsetzen. Diese Beurteilung geschieht im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung. Als maßgebliche Abwägungsgrundlage dient eine Standortuntersuchung, welche das gesamte Gemeindegebiet auf die Eignung für die Windkraftnutzung untersucht. Dabei ist darzustellen, welche Zielsetzung

und Kriterien für die Abgrenzung der Konzentrationszone maßgebend sind.

3.6.2 Methodik

Der Ausweisung von Konzentrationszonen sind enge Schranken gesetzt. Der Windenergienutzung muss in substantieller Weise Raum geschaffen werden. Da Windenergieanlagen als privilegierte Vorhaben grundsätzlich im Außenbereich zulässig sind, muss bei einer räumlichen Einschränkung sichergestellt werden, dass hier tatsächlich ein wirtschaftlicher Betrieb in Abwägung mit der Raumverträglichkeit der Planung möglich ist. Als Faktoren für einen wirtschaftlichen Anlagenbetrieb kommen die Eignung des Standort (Windhöffigkeit), die Größe der dargestellten Konzentrationszonen und auch anlagenbedingte Faktoren (Anzahl und Höhe der innerhalb dieser Zone zulässigen Anlagen, anfallende Netzanschlusskosten) in Betracht.

Es ist daher nicht zulässig, den Flächennutzungsplan als Mittel zu benutzen, Windenergieanlagen faktisch zu verhindern. Die Planung muss sicherstellen, dass sich das Vorhaben innerhalb der Konzentrationszone gegenüber konkurrierenden Nutzungen durchsetzt. Sind keine geeigneten Flächen vorhanden, darf auch keine Konzentrationszone ausgewiesen werden.

Der Ausweisung einer Konzentrationszone muss in jedem Fall ein schlüssiges Planungskonzept zugrunde liegen, dass sich auf den gesamten Außenbereich erstreckt⁶. Dies macht zunächst eine Standortuntersuchung (auch „Potentialflächenanalyse“) erforderlich. Auch wenn eine Gemeinde bereits eine oder mehrere Konzentrationszonen ausgewiesen hat, muss eine Standortuntersuchung durchgeführt werden, um sicherzustellen, dass die geeignetste(n) Fläche(n) ausgewiesen wird/werden. Dabei ist darzustellen, welche Zielsetzung und Kriterien für die Abgrenzung der Konzentrationszone maßgeblich sind⁷.

Die Analyse des Stadtgebietes auf Potentialflächen vollzieht sich üblicherweise in **fünf Schritten**:

Grobuntersuchung: schematisches Raster für das gesamte Stadtgebiet		Detailanalyse der Potentialflächen für Teile des Stadtgebietes		
Schritt 1	Schritt 2	Schritt 3	Schritt 4	
Harte Tabukriterien: Ausschluss rechtlich und tatsächlich ungeeigneter Flächen ⁸	Weiche Tabukriterien: Ausschluss von Flächen anhand gemeindlicher städtebaulicher Zielvorstellungen und gemäß des Vorsorgegrundsatzes	Ortsbezogene und/oder vorhabenbezogene Detailuntersuchung bzw. Überprüfung der Potentialflächen insbesondere anhand von Abwägungskriterien	Vorabwägung der Potentialflächen Abstrakt definierter Vorgang Einheitliche Betrachtung	Abschließendes Indiz, dass durch die empfohlene Ausweisung von Konzentrationszonen im Stadtgebiet in substantieller Weise Raum für die Windkraft geschaffen würde.
Ergebnis: Potentialflächen		Ergebnis: Empfehlung, eine/mehrere Potentialfläche/n als Konzentrationszone auszuweisen		

⁶ BVerwG Beschluss v. 15.09.2009, Az. 4 BN 25/09).

⁷ Windenergieerlass 2015, Nr. 3.2.2.1

⁸ OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 24.02.2011 – OVG 2 A 24.09

Im ersten und zweiten Schritt (**Grobuntersuchung**) werden Tabubereiche ausgeschlossen, in denen eine Windenergienutzung entweder nicht stattfinden kann oder soll. Das Bundesverwaltungsgericht hat diesbezüglich eine Verfahrensweise entwickelt, wonach die Untersuchung auf Potentialflächen mittels „harter Tabuzonen“ und „weicher Tabuzonen“ erfolgen soll⁹. **Harte Tabuzonen** sind diejenigen, in denen eine Windkraftnutzung aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen unmöglich ist. **Weiche Tabuzonen** entstehen aufgrund der durch die Stadt selbst aufgestellten Kriterien. In der Rechtsprechung wird dieses Vorgehen teilweise als zwingend angesehen¹⁰, obwohl das Bundesverwaltungsgericht diese Frage ausdrücklich offen gelassen hat¹¹. Durch diese Unterscheidung soll es möglich sein, die ausgewiesenen Konzentrationszonen ins Verhältnis zu den nach dem Ausschluss der harten Tabuzonen erhaltenen verbleibenden Flächen zu setzen. Hierdurch soll der Rat der planenden Stadt in die Lage versetzt werden, eine Einschätzung zu der Frage zu treffen, ob der Windkraft tatsächlich in substantieller Weise Raum verschafft würde, oder ob die Planung im Hinblick auf die weichen Tabuzonen angepasst werden müsse.

Um alle harten Tabuzonen auszuschließen und damit eine Abwägung – wie von der o.g. Rechtsprechung gefordert – vorzunehmen, müsste annähernd das gesamte Stadtgebiet u.a. im Hinblick auf den Artenschutz, den Baugrund und auf Bodendenkmäler gutachterlich untersucht werden. Die hierdurch hervorgerufenen Kosten würden jede Bauleitplanung in Frage stellen. Einzelne Aspekte werden daher auf die Detailuntersuchung der Flächen in Schritt 2 verlagert.

Grobuntersuchung: schematisches Raster für das gesamte Stadtgebiet	
Schritt 1: Harte Tabukriterien	Schritt 2: Weiche Tabukriterien
<p>Ausschluss rechtlich und tatsächlich ungeeigneter Flächen, z.B. ¹²</p> <ul style="list-style-type: none"> • allgemeine Siedlungsbereiche (ASB-Regionalplan) • Siedlungen • Einzelhöfe bzw. Splittersiedlungen • Schutzabstand zu Siedlungsbereichen (200 m) • Schutzabstand zu Einzelhöfen bzw. Splittersiedlungen (150 m) • Bereiche zum Schutz der Natur (BSN-Regionalplan) • Naturschutzgebiet • geschützte Biotop (§ 62 BNatSchG) • Landschaftsschutzgebiet (keine Befreiung nach § 67 BNatSchG) • Naturdenkmal, flächig • gem. § 47 LG geschützte Landschaftsbestandteile, flächig • Verkehrsflächen • Abstand zu B (20 m) • Flächen für Bahnanlagen • Freileitung inkl. Schutzstreifen • Flächen für die gewerbliche Nutzung 	<p>Ausschluss von Flächen anhand gemeindlicher städtebaulicher Zielvorstellungen und gemäß des Vorsorgegrundsatzes</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzabstand zu Siedlungsbereichen (750 m) • Schutzabstand zu allgemeinen Siedlungsbereichen (600 m) • Schutzabstand zu Einzelhöfen (450 m) • Schutzabstand zu Naturschutzgebieten (300 m) • Schutzabstand zu geschützten Biotopen (300 m) • Flächen für den Abbau von Bodenschätzen • Versorgungsflächen • Wald
→ Potentialflächen	

⁹ BVerwG Beschluss v. 15.09.2009, Az. 4 BN 25/09

¹⁰ OVG Berlin-Brandenburg, Urteil v. 24.02.2011, Az. 2 A 24/09, VG Hannover, Urteil v. 24.11.2011, Az. 4 A 4927/09; kritisch aber letztlich offen lassend VG Lüneburg, Urteil v. 16.02.2012, Az. 2 A 248/10

¹¹ BVerwG Beschluss v. 18.01.2011, Az. 7 B 19.10

¹² OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 24.02.2011 – OVG 2 A 24.09

Nach Ausschluss der harten und weichen Kriterien in der Grobuntersuchung verbleiben die sogenannten „**Potentialflächen**“, in denen eine Windenergienutzung grundsätzlich möglich ist.

Detailanalyse der Potentialflächen für Teile des Stadtgebietes	
Schritt 3	Schritt 4
Detailuntersuchung <ul style="list-style-type: none"> • Größe und Zuschnitt • Windhöflichkeit • Regionalplanung • Landschafts- und Ortsbild • Kulturlandschaft • Kleinteilige Schutzgebiete und Biotopverbundsbereiche • Artenschutz • Bau und Bodendenkmale • Umsetzbarkeit der Flächen 	Vorabwägung der Potentialflächen, Berücksichtigung ggf. weiterer öffentlicher Belange, die gegen/für eine Ausweisung als Konzentrationszone sprechen
→ Konzentrationszonen	

In einem dritten und vierten Schritt findet eine Detailuntersuchung der einzelnen Potentialflächen statt, bei der insbesondere die zuvor aufgestellten Kriterien anhand der örtlichen Gegebenheiten überprüft werden. Im Rahmen dieses Vorgangs findet eine Gewichtung des Konfliktpotentials, die sogenannte Vorabwägung statt. Übrig bleiben dann die Potentialflächen, die sich zur Ausweisung als Konzentrationszone besonders empfehlen. Die eigentliche Abwägung findet im Rahmen des Bauleitplanverfahrens durch den Gemeinderat statt.

Diese Konzentrationszonen müssen anschließend noch in einem fünften Schritt dahingehend geprüft werden, ob die nach Ausschluss der harten Tabuzonen verbleibenden Flächen eine ausreichende Größe aufweisen. Einen definierten Prozentsatz hierfür gibt es nicht, obwohl er bereits in der Literatur vertreten wurde¹³, hat das BVerwG eine solche Betrachtungsweise verworfen; maßgeblich sind die tatsächlichen Verhältnisse im Planungsraum. Isoliert betrachtet sind Größenangaben als Kriterium ungeeignet, „sodass auch die Relation zwischen Gesamtfläche der Konzentrationszone einerseits und der überhaupt geeigneten Potentialfläche andererseits nicht auf das Vorliegen einer Verhinderungsplanung schließen lassen muss“¹⁴.

Die Größe der Konzentrationszone muss in Relation zur Größe des Stadtgebietes und in Relation zu den Stadtgebietsteilen stehen, die für eine Windenergienutzung nicht in Frage kommen¹⁵. Je nach Situation der Stadt können sich weitere Prüfschritte ergeben.

Abschließendes Indiz, dass durch die Ausweisung von Konzentrationszonen im Stadtgebiet substantieller Raum für die Windkraft geschaffen wurde. Hierbei ist das Verhältnis des Stadtgebietes mit den auszuweisenden Konzentrationszonen in Relation zu setzen

In allen Untersuchungsstufen sind insbesondere die Planungen der Nachbarkommunen zu berücksichtigen. Durch

¹³ So Gatz, Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, S. 54, Rn. 99, wobei 1/5 der im Außenbereich zulässigen WEA auch nach der Ausweisung zulässig sein sollen, was 20% der nach Abzug der harten Tabuzonen verbleibenden Potentialflächen entsprechen dürfte.

¹⁴ Söfker in Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger, BauGB, § 35 Rn. 124a, nach BVerwG Beschluss v. 12.07.2006, Az. 4 B Rn. 124a, nach BVerwG Beschluss v. 12.07.2006, Az. 4 B 49/06

¹⁵ BVerwG Urteil v. 17.12.2002, Az. 4 C 15/01

die Planung der Stadt Baesweiler sollen die Entwicklungsmöglichkeiten der umliegenden Städten und Gemeinden nicht eingeschränkt werden. Hierbei können naturgemäß nur die Planungen berücksichtigt werden, die der Stadt bekannt sind. Dies kann bei Festlegung im Regionalplan, der Darstellung im Flächennutzungsplan oder auf Basis eines anderen, mit der Stadt abgestimmten Konzeptes angenommen werden.

Bestehende genehmigte Windenergieanlagen genießen grundsätzlich Bestandsschutz. Im Rahmen der Erarbeitung des Planungskonzeptes müssen bestehende Windenergieanlagen Beachtung finden. Dies kann etwa als Vorbelastung der Fall sein. Widersprechen diese Anlagen dem neu gefassten Konzept, etwa weil sie außerhalb eines festgesetzten Abstands liegen, ist im Planungskonzept eine Aussage zur Zukunft der Anlagen zu treffen. Liegen diese noch nicht innerhalb einer Konzentrationszone, weil die Stadt erstmalig eine solche aufweist, kann die Stadt dies so belassen mit der Folge, dass ein Repowering nicht möglich ist. Faktisch müssen die Anlagen nach Ende der Nutzung zurückgebaut werden. Bei der Ausweisung der Konzentrationszone ist zu beachten, dass das Entgegenstehen öffentlicher Belange nur eine Regelvermutung ist. Diese kann wiederlegt werden, wenn die Gemeinde von ihrer eigenen Planungskonzeption abweicht. Dies ist insbesondere bei „Ausnahmen“ vom gemeindlichen Konzept zu beachten.

In Baesweiler sind zwei bestehende Konzentrationszonen vorhanden:

Zum einen befindet sich im östlichen Stadtgebiet eine Konzentrationszone, in der zur Zeit vier Windenergieanlagen betrieben werden. Diese Konzentrationszone wird aufgehoben, da diese dem neuen gesamtstädtischen Planungskonzept widersprechen. Innerhalb dieser bestehenden Konzentrationszone liegen Teile der Potentialfläche 10, die jedoch nur eine Größe von ca. 2,07 ha aufweist. Für die in den alten Konzentrationszonen bestehenden Anlagen wird ein erweiterter Bestandsschutz gelten. Das bedeutet zunächst, dass bestehende Anlagen trotz Aufhebung der Konzentrationszone weiterbetrieben werden dürfen. Die Neuerrichtung einer Windenergieanlage soll dann zulässig sein und widerspricht nicht dem Planungskonzept der Stadt Baesweiler, wenn im Havariefall wie z.B. eine durch Brand, Sturm, Blitzschlag oder auch Sabotage etc. zerstörte Windenergieanlage an derselben Stelle durch eine baugleiche neue Windenergieanlage ersetzt wird. Der Begriff der „baugleichen neuen Windenergieanlage“ umfasst dabei die Spanne der üblicherweise bei diesem Windenergieanlagentyp eingesetzten Bauteile. Den zulässigen Rahmen setzt insoweit die Genehmigung für die zu ersetzende Windenergieanlage. Sind darin die Anforderungen an Anlagenteile abstrakt gehalten, stellt auch ein Austausch durch ein vergleichbares Anlagenteil entsprechender Art und Güte keine Änderung dar (Ziffer 10.2.3 VVBlmSchG). Die Ersetzung der Windenergieanlage muss innerhalb angemessener Frist erfolgen. Begründet wird die Aufhebung vor allem durch die Tatsache, dass große Teile im der bestehenden Konzentrationszone innerhalb der Schutzabstände zu Siedlungsbereichen und Einzelhöfen liegen und somit den Kriterien der vorliegenden Standortuntersuchung nicht genügen. Aufgrund der vorgegebenen Abstände zu Siedlungsbereichen und Einzelhöfen wird der damit verbundene Vorsorgegrundsatz im Hinblick auf die hiesige Bevölkerung über die bestehenden Eigentumsrechte gestellt.

Zusätzlich befindet sich im westlichen Stadtgebiet eine zweite bestehende Konzentrationszone, die mit insgesamt fünf Windenergieanlagen ausgestattet ist und zum Teil innerhalb der neu ermittelten Potentialflächen liegt.

Die Bereiche der alten Konzentrationszone, die innerhalb der aktuellen Potentialflächen liegen, werden hingegen bestätigt und entsprechen somit dem neuen gesamtstädtischen Planungskonzept. Darüber hinaus werden die Windenergieanlagen der alten Konzentrationszone, die sich innerhalb der neu ermittelten Flächen befinden planungsrechtlich abgesichert und können in Zukunft einem Repowering unterzogen werden. Auch in diesem Fall werden die Bereiche der alten Konzentrationszone, die sich nicht innerhalb der neu ermittelten Potentialflächen wiederfinden aufgehoben. Begründet wird dies ebenfalls durch die Tatsache, dass große Bereiche im Osten der bestehenden Konzentrationszone innerhalb der Schutzabstände zu Siedlungsbereichen liegen und somit der vorliegenden Standortuntersuchung nicht genügen.

Um die Konzentrationswirkung und somit auch die Ausschlusswirkung für das gesamte übrige Gemeindegebiet zu

erreichen (Eignungsgebiet¹⁶), muss die Gemeinde alle gleich geeigneten Zonen zeitgleich ausweisen. Es darf keine Ungleichbehandlung gleich geeigneter Flächen erfolgen. Nur gemeinsam stellen diese die Konzentrationszonen dar. Es kann jedoch gewünscht sein, zunächst nur einzelne Zonen auszuweisen. Diese erfüllen dann ggf. nur die Wirkung eines Vorranggebietes¹⁷, jedoch bleiben Anlagen an anderer Stelle im Stadtgebiet zulässig. § 249 BauGB lässt jedoch auch die Erweiterung einer bestehenden Konzentrationszone zu. Als Basis für die Untersuchung wurde eine Referenzanlage gewählt. Der Verfasser dieser Standortuntersuchung arbeitet in einem in Deutschland begrenzten Gebiet, in dem er auf Erfahrungswerte aus den letzten Jahren zurückgreifen kann. Daher wird hier als Referenz ein WEA mit einer Gesamthöhe von 200 m und einer Leistung von bis zu 3,4 MW ausgewählt. Die genauen Anlagentypen werden jedoch erst auf der nachfolgenden Planungsebene berücksichtigt. In der Standortuntersuchung wird die grundsätzliche Eignung der Flächen nachgewiesen. Es ist auch möglich kleinere Anlagen zu errichten, jedoch richtet sich diese Analyse unter dem Hinblick, substantiellen Raum zu schaffen, auch unter wirtschaftlichen Aspekten nach dem Stand der Technik. Die Referenzanlage wird für die Ermittlung verschiedener Abstandsmaße, wie der Abstände zu Hochspannungsleitungen sowie der Abstände zu Siedlungsbereichen benötigt. Diese Abstände sind als Vorsorgewert zu verstehen. Die speziellen erforderlichen Abstände werden anlagenspezifisch im nachfolgenden Bauleitplanverfahren ermittelt. Gegebenenfalls werden dann auch immissionsschutzrechtliche Festsetzungen getroffen.

3.6.3 Inhalt

Die in der Standortuntersuchung der Stadt Baesweiler angesetzten Kriterien können der folgenden Tabelle entnommen werden.

¹⁶ Eignungsgebiete sind für bestimmte raumbedeutsame Maßnahmen geeignet und schließen diese Raumnutzungen an anderer Stelle im Planungsgebiet aus.

¹⁷ Ein Vorranggebiet ist für eine bestimmte raumbedeutsame Nutzung vorgesehen; andere raumbedeutsame Nutzungen sind ausgeschlossen, soweit diese mit der vorrangigen Funktion oder Nutzung bzw. den Zielen der Raumordnung nicht vereinbar sind (§7 Abs. 4 S. 1 ROG bzw. § 11 Abs. 7 LplG).

Grobuntersuchung: schematisches Raster für das gesamte Stadtgebiet	
Schritt 1: Harte Tabukriterien:	Schritt 2: Weiche Tabukriterien
<p>Ausschluss rechtlich und tatsächlich ungeeigneter Flächen, z.B. ¹⁸</p> <ul style="list-style-type: none"> • allgemeine Siedlungsbereiche (ASB-Regionalplan) • Siedlungen • Einzelhöfe bzw. Splittersiedlungen • Schutzabstand zu Siedlungsbereichen (200 m) • Schutzabstand zu Einzelhöfen bzw. Splittersiedlungen (150 m) • Bereiche zum Schutz der Natur (BSN-Regionalplan) • Naturschutzgebiet • geschützte Biotop (§ 62 BNatSchG) • Landschaftsschutzgebiet (keine Befreiung nach § 67 BNatSchG) • Naturdenkmal, flächig • gem. § 47 LG geschützte Landschaftsbestandteile, flächig • Verkehrsflächen • Abstand zu B (20 m) • Flächen für Bahnanlagen • Freileitung inkl. Schutzstreifen • Flächen für die gewerbliche Nutzung 	<p>Ausschluss von Flächen anhand gemeindlicher städtebaulicher Zielvorstellungen und gemäß des Vorsorgegrundsatzes</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutzabstand zu Siedlungsbereichen (750 m) • Schutzabstand zu allgemeinen Siedlungsbereichen (600 m) • Schutzabstand zu Einzelhöfen (450 m) • Schutzabstand zu Naturschutzgebieten (300 m) • Schutzabstand zu geschützten Biotopen (300 m) • Flächen für den Abbau von Bodenschätzen • Versorgungsflächen • Wald
→ Potentialflächen	

In der Standortuntersuchung wird nachgewiesen, dass im Stadtgebiet Baesweiler genügend Flächen zur Verfügung stehen, um der Windkraft substantiell Raum zu verschaffen. Nach einer Grobuntersuchung verblieben in Baesweiler 16 Potentialflächen, die im Detail auf weitere Restriktionen untersucht wurden. Die Größe der potentiellen Konzentrationszone wird in die Abwägung eingestellt. Da Ziel der Planung unter anderem ist, eine Konzentration der Anlagen zu erzielen, soll die Ausweisung einer größeren Zone, die den Bedarf besser deckt, der Ausweisung von mehreren kleineren Zonen gegenüber bevorzugt werden. Hierbei ist neben der Größe auch der Zuschnitt der Zone zu berücksichtigen. In Baesweiler verbleiben jedoch aufgrund der harten und weichen Ausschlusskriterien insgesamt viele, relativ kleine Zonen, weshalb eine Gewichtung/Abwägung aufgrund Größe bzw. Zuschnitt der Potentialflächen vorgenommen wird. Mehrere benachbart liegende Einzelstandorte entfalten auch konzentrierenden Charakter, da diese räumlich wie ein Windpark wirken können.

Die Flächen liegen relativ gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt. Untersuchungskriterien der Detailuntersuchung waren insbesondere Größe und Zuschnitt, Windhöflichkeit, Belange der Regionalplanung, Landschafts- und Ortsbild, Kulturlandschaften, kleinteilige Schutzgebiete und Biotopverbundbereiche, Artenschutz, Bau und Bodendenkmale, Umsetzbarkeit der Flächen.

Von diesen Flächen wurden insgesamt 6 Flächen zur Ausweisung als Konzentrationszone für die Windkraft empfohlen. Dabei handelt es sich um die Flächen 11, 12, 13, 14, 15 und 16. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung sind die Flächen 12, 14 und 15, des Plangebietes in Abstimmung mit der Unteren Landschaftsbehörde der Städte Region Aachen und aufgrund von erheblichen Beeinträchtigungen der vorhandenen Biotopverbundachsen entfallen und werden nicht weiter verfolgt.

¹⁸ OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 24.02.2011 – OVG 2 A 24.09

3.6.4 Überprüfung der Ergebnisse

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Flächen 11-16 (11, 13 und 16) nach heutigem Kenntnisstand zur Ausweisung von Konzentrationszonen geeignet sind und somit hinsichtlich der dargelegten Kriterien und mit dem Ziel, der Windkraft substantiell Raum zu schaffen, empfohlen werden.

Die Flächen 2, 6, 7, 8, 9 und 10 sind aufgrund von zu geringen Größen nicht zu berücksichtigen. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung sind die Flächen 12, 14 und 15 aufgrund einer zu erwartenden erheblichen Beeinträchtigung der Biotopverbundsflächen entfallen. Insgesamt wird somit eine Fläche mit einer Gesamtgröße von ca. 64,41 ha zur Ausweisung empfohlen. Dies entspricht etwa 2,31 % des Stadtgebietes (2776 ha) und circa 53,88 % der Potentialflächen (119,52 ha).

Zur Beurteilung, ob durch die empfohlene Ausweisung von Konzentrationszonen im Stadtgebiet in substantieller Weise Raum für die Windkraft geschaffen würde, ist jedoch keine rein mathematische Prüfung möglich. In der Rechtsprechung wird exakt diese Begründung, nämlich immer unter Verweis auf die naturräumliche Ausstattung des Gemeindegebietes, gefordert. (gem. „Büren-Urteil“ OVG NRW, Urteil vom 01.07.2013 Az: 2 D 46/12. NE): Es ist eine Gesamtbetrachtung nach den Umständen des Einzelfalls und der örtlichen Gegebenheiten und nicht allein nach Größenangaben erforderlich, ob „substantieller Raum“ vorliegt.

Nach Abzug der harten Tabukriterien verbleiben in der Stadt Baesweiler insgesamt ca. 1089,36 ha (39,2 % des Stadtgebietes). Der Anteil der zur Ausweisung empfohlenen Konzentrationszone nach Abzug der harten Tabukriterien beträgt somit ca. 5,91 %.

Die Zielsetzung der Landesregierung, 2 % der Landesflächen für die Stromerzeugung durch Windenergie zu nutzen, wird mit etwa 2,31 % erfüllt. Aus diesem Grund wird davon ausgegangen, dass auch unter Berücksichtigung der Ausstattung des Stadtgebietes ein substantieller Raum geschaffen wird (vgl. Kapitel 4).

Eine Fortschreibung der Standortuntersuchung aufgrund veränderter Rahmenbedingungen und neuer Erkenntnisse ist möglich und wird im weiteren Verfahren angestrebt.

4 ERSCHLIEßUNG

Zur späteren Errichtung der Windenergieanlagen ist eine ausreichende Erschließung i.S.d. § 35 BauGB erforderlich. Der Nachweis dieser ausreichenden Erschließung muss spätestens im Rahmen der BImSch-Genehmigung erbracht werden. Dazu ist möglicherweise ein Ausbau des bestehenden Feldwegenetzes erforderlich.

Der Anschluss der Windkraftanlagen an ein Verbundnetz zum Zwecke der Stromeinspeisung gehört nicht zur bauplanungsrechtlichen Erschließung.

5 DARSTELLUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS

Der Flächennutzungsplan der Stadt Baesweiler stellt für den überwiegenden Bereich der ermittelten Potentialflächen „landwirtschaftliche Flächen“ dar. Die aktuelle Darstellung dieser Flächen steht somit der Windenergieplanung nicht entgegen, da auch bei Darstellung einer Konzentrationszone die landwirtschaftliche Nutzung aufrechterhalten werden kann. Darüber hinaus werden die Potentialflächen im östlichen Bereich zum Teil durch eine bestehende Konzentrationszone überlagert, die im rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Baesweiler als „Versorgungsanlage“ mit der Randsignatur „Elektrizität“ dargestellt wird. Der innerhalb der Potentialflächen liegende Bereich der bestehenden Konzentrationszone wird weiterhin erhalten bleiben. Eine weitere Konzentrationszone befindet sich im südöstlichen Bereich des Stadtgebietes. Bereiche, die außerhalb der Potentialflächen liegen, werden in der Flächennutzungsplanänderung aufgehoben. Die Darstellung der jeweiligen Flächen (bspw. landwirtschaftliche Flächen) bleibt bestehen. Die planfestgestellten „Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrszüge“ werden im Rahmen der 75. Flächennutzungsplanänderung „Konzentrationszone für Windkraft“ nachrichtlich übernommen. Die Darstellungen, insbesondere im Kreuzungsbereich der Landesstraße 240 sowie der Bundesstraße B57n werden an die tatsächlichen

Gegebenheiten angepasst.

Im Zuge der 75. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von Konzentrationszonen für die Windkraft („Konzentrationszone für Windkraft“) sollen die Potentialflächen 11, 13 und 16 als Konzentrationszone ausgewiesen werden. Diese soll durch die überlagernde Darstellung als „Fläche für Versorgungsanlagen“ mit der Zweckbestimmung „Konzentrationszone für Windenergieanlage“ gemäß § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB als Randsignatur erfolgen. Die bestehenden Darstellungen bleiben bestehen.

Der Zuschnitt der Konzentrationszonen basiert auf den Ergebnissen der Potentialflächenanalyse. Von einer Begrenzung der maximalen Anlagenhöhe im Rahmen der FNP-Änderung wird nach aktuellem Kenntnisstand abgesehen, da bislang keine belastbaren Erkenntnisse vorliegen, die eine solche Regelung erfordern und rechtfertigen würden.

6 AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG

Die planbedingten voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen werden ermittelt und in einem Umweltbericht als Teil der Begründung beschrieben und bewertet. Dieser wird bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung offengelegt. Die Umweltprüfung ist von der Kommune in eigener Verantwortung durchzuführen. Die Kommune stellt dazu in jedem Bauleitplan fest, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der Belange für die Abwägung erforderlich ist. Sie bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissenstand und allgemein anerkannten Prüfmethode sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans angemessener Weise verlangt werden kann. Liegen Landschaftspläne vor, so sind deren Bestandsaufnahmen und Bewertungen in der Umweltprüfung heranzuziehen.

6.1 Umweltbelange

Im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung wird eine detaillierte Ermittlung, Bewertung und Abwägung der Umweltbelange erfolgen. Dazu wird ein Umweltbericht gemäß § 2 Abs. 4 BauGB erstellt.

6.1.1 Landschaftsschutz

Durch die Planung wird das Landschaftsbild verändert. Diese Veränderung ist aufgrund der bereits in räumlicher Nähe vorhandenen Anlagen nicht so stark, wie sie es bei Inanspruchnahme einer noch nicht durch Windenergieanlagen geprägten Fläche wäre. Für die Bewertung des Landschaftsraums existieren bislang noch keine Kriterien. Eine Ermittlung der Raumwirkung der Windenergieanlagen wird im weiteren Verlauf des Verfahrens erstellt.

6.1.2 Auswirkungen auf die Flora und Fauna

Insgesamt werden die Auswirkungen auf die Flora als gering gewertet. Es werden vorwiegend eher Biotope mit geringer (Acker) bis durchschnittlicher (Grünland) ökologischer Wertigkeit beansprucht. Die Beeinträchtigungen sind kleinräumig und können daher durch geeignete Vermeidungs-, Minimierungs-, Ausgleichs- oder Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen bzw. ersetzt werden. Höherwertige Strukturen, die den Landschaftsplanzielen bzw. Biotopschutzzielen unterliegen werden auf der nachfolgenden Ebene berücksichtigt.

In Bezug auf den Artenschutz wurde eine artenschutzrechtliche Vorprüfung durchgeführt (Raskin Umweltplanung und Umweltberatung GbR, März 2015). Die artenschutzrechtliche Vorprüfung (ASP I) ergibt, dass WEA empfindliche Arten im Wirkungsraum des geplanten Windparks vorkommen bzw. vorkommen können. Für einige dieser Arten kann das Zugriffsverbot des § 44 Abs. 1 BNatSchG nicht ausgeschlossen werden. Zu diesen potentiell betroffenen Arten zählen:

WEA-empfindliche Vogelarten:

- Kiebitz (*Vanellus vanellus*), Konfliktpotential durch Störfähigkeit
- Wachtel (*Coturnix coturnix*), Konfliktpotential durch Störfähigkeit

Bodenbrütende planungsrelevante Arten:

- Feldlerche (*Alauda arvensis*), Verlust von Fortpflanzungsstätten
- Rebhuhn (*Perdix perdix*), Verlust von Fortpflanzungsstätten

WEA-empfindliche Fledermausarten:

- Breitflügelfledermaus (*Eptesicus serotinus*), Konfliktpotential durch Kollisionsrisiko
- Großer Abendsegler (*Nyctalus noctula*), Konfliktpotential durch Kollisionsrisiko

Für diese Arten und Artengruppen ist eine Art-für Art-Analyse (ASP II) erforderlich, bei der zunächst zu ermitteln ist, welche Arten tatsächlich im Wirkraum der Potentialfläche vorkommen und inwieweit diese Arten ggf. betroffen sind. Im zweiten Arbeitsschritt wurde daher der Fachbeitrag zur Artenschutzprüfung (ASP II)¹⁹ erstellt.

Nach Durchführung der notwendigen faunistischen Erfassungen in 2015 wurde der zu betrachtende Artenpool auf drei planungsrelevante Vogelarten (darunter der Kiebitz als einzige WEA-empfindliche Art) sowie vier WEA-empfindliche Fledermausarten eingeeengt. Es wurde geprüft, ob artenschutzrechtliche Verbotstatbestände bei Realisierung des Vorhabens eintreten können. Die Prognoseunsicherheiten bezüglich einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos für Fledermäuse durch Kollision an WEA können durch ein künftiges Gondelmonitoring ausgeräumt werden. Die gewonnenen Daten würden gleichzeitig eine Berechnungsgrundlage für den Umfang der ggf. erforderlichen standortspezifischen Abschaltalgorithmen als effiziente Vermeidungsmaßnahme für Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG bezüglich aller potentiell betroffener Fledermausarten liefern. Für die Gruppe der potentiell betroffenen Vogelarten lassen sich mögliche Beeinträchtigungen und Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG durch vermeidungs- und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) ausräumen.

Die Kreuzkröte ist daher erst im weiteren Verfahren (Bebauungsplan bzw. Blmsch-Ebene) zu beachten. Ackersenkeln oder als Winterquartier geeignete Habitatbestandteile sollten bei der Standortwahl nicht überplant werden.

Da die Kreuzkröte, als Pionierart die Fähigkeit besitzt sich an dynamische Standorte anzupassen, ist eine Beeinträchtigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten ggf. problemlos auszugleichen (z.B. durch Neuanlage von Ackersenkeln). Insgesamt ist somit die geplante Konzentrationszone für die Art als artenschutzrechtlich unbedenklich gemäß dem Artenschutzgutachten eingestuft worden. Bei Errichtung weiterer Anlagen sollten die Planstandorte auf Vorkommen der Kreuzkröte geprüft werden (Raskin Umweltplanung und Umweltberatung GbR, ASP II, Januar 2016).

6.1.3 Auswirkungen auf Boden, Wasser / Grundwasser, Luft und Klima

Derzeit besteht im Plangebiet kein Altlastenverdacht, da die Flächen überwiegend landwirtschaftlich genutzt werden. Durch die Planung werden nur geringe Auswirkungen auf das Schutzgut Boden im Bereich der Fundamente und ggf. für den Wegeausbau entstehen.

Die Windenergieanlagen werden sich nicht nennenswert auf das Schutzgut Wasser auswirken. Die Versiegelung ist gering, so dass eine Versickerung des Niederschlagswassers auf natürlichem Wege weiterhin möglich ist. Das Grundwasser wird durch die Planung nicht berührt.

¹⁹ Raskin Umweltplanung und Umweltberatung GbR: Ausweisung einer Konzentrationszone für Windenergieanlagen auf dem Gebiet der Stadt Baesweiler (Städteregion Aachen), Fachbeitrag zur Artenschutzprüfung (ASP II), 25. Januar 2016

Negative Auswirkungen auf das Schutzgut Klima/ Luft werden als sehr gering beurteilt.

6.1.4 Auswirkungen auf den Menschen/ Immissionen

Entsprechend § 1 BauGB sind bei der Bauleitplanung die Belange des Umweltschutzes zu berücksichtigen. Nach § 50 Bundesimmissionsschutzgesetz sind die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen soweit wie möglich vermieden werden.

Bezüglich der Ausweisung von Konzentrationszonen für die Windenergie sind hierbei besonders die Belange des Schallschutzes und des möglichen Schattenwurfs zu beachten. Aus diesen Gründen werden im weiteren Verlauf des Verfahrens Schall- und Schattenwurfgutachten erstellt werden.

Für die Naherholung hat das Plangebiet aufgrund seiner agrarischen Nutzung selbst nur eine geringe Bedeutung.

6.1.5 Auswirkungen auf Kultur- und sonstige Sachgüter

Aussagen über Fundstellen von Bodendenkmalen im Plangebiet können derzeit noch nicht abschließend getroffen werden.

Die Planung hat bislang noch vorläufigen Charakter. Sie wird im Verlaufe des Verfahrens noch konkretisiert.

6.2 Weitere Auswirkungen

Weitere Auswirkungen sind derzeit nicht bekannt.

7 VERFAHRENSSTAND

Im ersten Schritt soll die Änderung des Flächennutzungsplans mit dem Ziel der Ausweisung einer Konzentrationszone für Windenergieanlagen erfolgen. Für diese Änderung erfolgte am 03.11.2015 im Rat der Stadt Baesweiler der Aufstellungsbeschluss.

Gleichzeitig wurde am 03.11.2015 seitens des Rates der Stadt Baesweiler beschlossen, die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Rahmen einer vierwöchigen Auslegung und parallel hierzu die Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen. Die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde im Zeitraum 03.12.2015 bis 06.01.2016 durchgeführt.

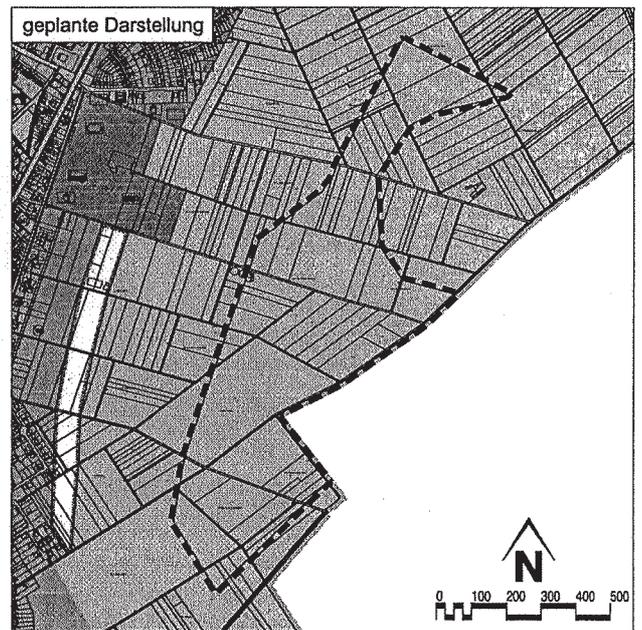
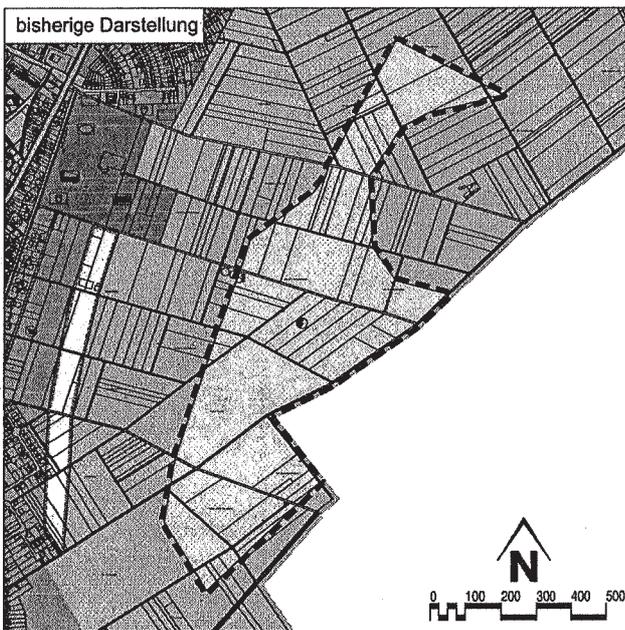
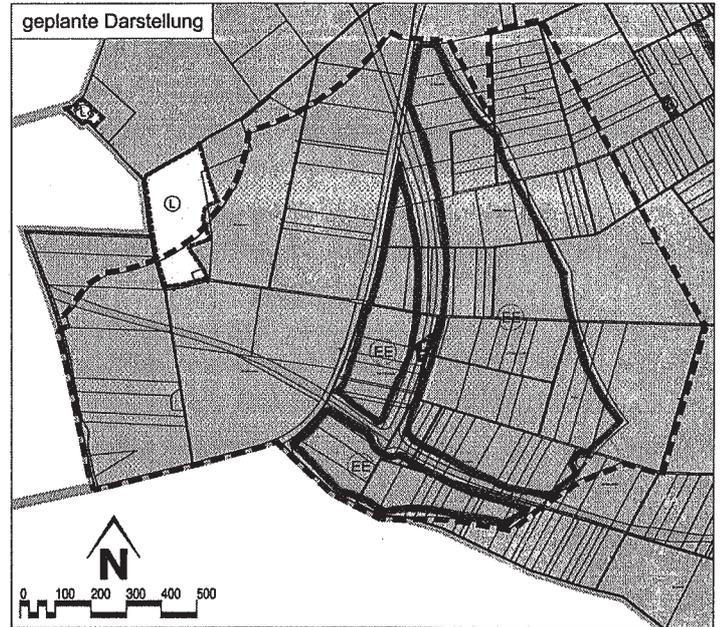
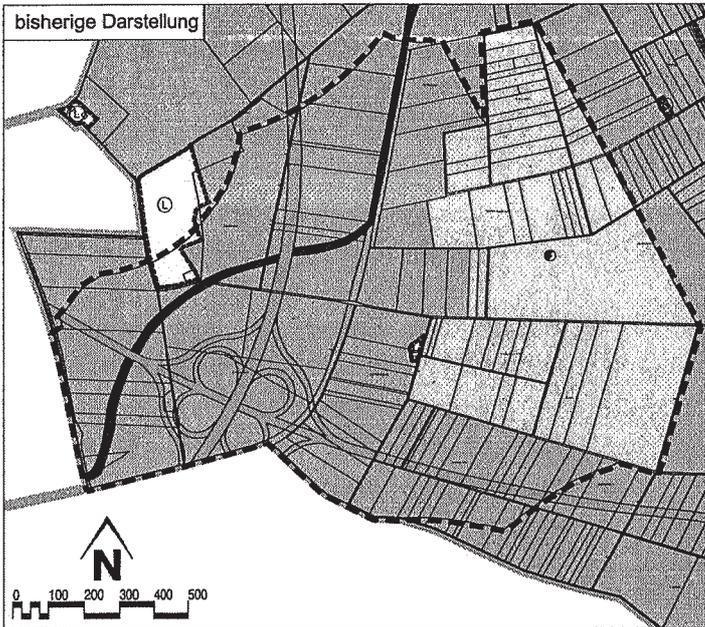
Darüber hinaus wurde am 26.04.2016 seitens des Rates der Stadt Baesweiler beschlossen, die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Rahmen einer vierwöchigen Auslegung und parallel hierzu die Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen, welche im Zeitraum 12.05.2016 bis 13.06.2016 (einschließlich) stattfand.

Eine detaillierte Steuerung des Vorhabens ist über die bloße Darstellung einer Konzentrationszone nicht möglich, da der Flächennutzungsplan nur die Aufgabe hat, die Art der Bodennutzung in den Grundzügen darzustellen. Details der Planung sollen über Bebauungspläne geregelt werden.

8 KOSTEN

Der Stadt Baesweiler entstehen durch die Planung keine Kosten. Durch eine städtebauliche Rahmenvereinbarung gemäß § 11 BauGB zu Gunsten der Stadt Baesweiler abgesichert, soll das Verfahren von dem Antragsteller durchgeführt und die sich aus dem Verfahren unmittelbar ergebenden Kosten von ihm getragen werden.

75. Änderung des Flächennutzungsplanes



Legende	
Art der baulichen Nutzung	§ 5 (2) 1 BauGB
Wohnbauflächen	§ 1 (1) 1 BauNVO
Mischgebiete	§ 1 (1) 2 BauNVO
Flächen für den Gemeinbedarf	§ 5 (2) 2a BauGB
Schule	
Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrszüge	§ 5 (2) 3 BauGB
Ruhender Verkehr	

Bahnanlagen	§ 5 (2) 4 BauGB
Versorgungsanlagen	§ 5 (2) 4 BauGB
Flächen für Versorgungsanlagen	§ 5 (2) 4 BauGB
Elektrizität	§ 5 (2) 4 BauGB
Erneuerbare Energien (hier: Konzentrationszone für Windenergieanlagen)	§ 5 (2) 4 BauGB
Grünflächen	§ 5 (2) 5 BauGB
Parkanlage	
Sportplatz	
Hallenbad	
Radepplatz, Freibad	
Spießplatz	

Wasserflächen und Flächen für die Landwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses	§ 5 (2) 7 BauGB
Wasserflächen	§ 5 (2) 7 BauGB
Flächen für die Landwirtschaft und Wald	§ 5 (2) 9 BauGB
Flächen für die Landwirtschaft	§ 5 (2) 9 BauGB
Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft	§ 5 (2) 10 BauGB
Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft	§ 5 (2) 10 BauGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Flächennutzungsplanänderung	
Stadtgebietsgrenze	
Nachrichtliche Übernahme	§ 5 (4) BauGB
überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen	
Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts	
Naturschutzgebiet	

Vorlage für die Mitglieder des Stadtrates

(Sitzung am 05.07.2016/Punkt

2

der Tagesordnung)

Bebauungsplan Nr. 99 - Hauptstraße/Bahnstraße -, 1. Änderung Stadtteil Setterich

1. **Auswertung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen**
2. **Beschluss des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 99 - Hauptstraße/Bahnstraße -, 1. Änderung als Satzung gemäß § 10 BauGB**

In seiner Sitzung am 26.04.2016 hat der Stadtrat beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 99 - Hauptstraße/Bahnstraße -, 1. Änderung aufzustellen. Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB zu dem o. a. Bauleitplan erfolgt in der Zeit vom 06.05.2016 bis 07.06.2016 und die Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit vom 06.05.2016 bis 07.06.2016.

1. **Auswertung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen:**

- 1.1 Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB wurden keine Stellungnahmen vorgebracht.
- 1.2 Im Rahmen der Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) BauGB wurde folgende Stellungnahme vorgebracht:

a) **Straßen NRW mit Schreiben vom 13.05.2016:**

Die vorliegende Bauleitplanung liegt im Eckbereich der L 50 (Schmiedstraße)/ L 50 (Hauptstraße) / K 8. Der Abstand zwischen Einmündung Hauptstraße/Schmiedstraße und Hauptstraße/Bahnstraße beträgt ca. 60,0 m. In diesem Bereich sind Stellplätze in Senkrechtaufstellung, Fußgängerüberweg und eine langgezogene Mittelinsel vorhanden. Die L 50 weist eine durchschnittliche Verkehrsstärke von ca. 11.000 Kfz/d auf.

Aufgrund dieser straßenbaulichen Verhältnisse

- Einmündung/Kreuzungen der L 50 (Hauptstraße/Schmiedstraße und Hauptstraße/K8) in kurzer Folge.
- Fußgängerüberweg auf der L 50 zwischen beiden Kreuzungen
- Stellplätze

sind Zufahrten zur L 50 sowie Stellplätze entlang der Landstraße auch innerörtlich nicht zu befürworten.

Die Sichtverhältnisse im Einmündungsbereich L 50/K 8 dürfen durch die Maßnahmen nicht eingeschränkt werden.

Die unter Ziffer 4.3 der Begründung kurze Erläuterung zum vorgesehenen Straßenumbau bedarf einer detaillierten Straßenplanung nach Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen - RAST - und ist mit dem Landesbetrieb abzustimmen.

Dabei sind die Belange der Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen von besonderer Bedeutung.

Für die Änderung im Verlauf der L 50 ist evtl. der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Stadt Baesweiler und dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Vile-Eifel in Euskirchen, erforderlich. Mit dem Bau der Anbindung darf vor Abschluss der Vereinbarung nicht begonnen werden.

Im Bereich der Anbindung an die L 50 ist durch entsprechende Regelungen sicherzustellen, dass die Sichtfelder entsprechend der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen, RAST im Bereich der Einmündung dauerhaft von Bewuchs und Baukörpern freigehalten werden. Insbesondere im Hinblick auf Fußgängerüberwege und die bei der geplanten Nutzung erforderliche Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.

Aus dem Bebauungsplan heraus bestehen gegenüber der Straßenbauverwaltung keine rechtlichen Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz durch Verkehrslärm der L 50, auch künftig nicht. Dabei weise ich auch darauf hin, dass bei Hochbauten mit Lärmreflexionen zu rechnen ist. Eventuell notwendige Maßnahmen gehen zu Lasten der Stadt Baesweiler.

Im Bebauungsplan ist zeichnerisch und/oder textlich auf die Verkehrsemissionen (Staub, Lärm, Abgase, Sprühfahnen und Spritzwasser bei Nässe) der angrenzenden oder in der Nähe liegenden Straßen hinzuweisen (§ 9 Abs. 1 Ziff. 24 BauGB). Notwendige Schutzmaßnahmen gehen allein zu Lasten der Kommunen/der Vorhabenträger und nicht zu Lasten der Straßenbauverwaltung.

Stellungnahme:

Durch die Neuplanung werden die Stellplätze im Bereich zwischen der Bahnstraße und der Schmiedstraße wegfallen.

Die Haupteinschließung des Plangebietes erfolgt über die Bahnstraße.

Im Bereich der L 50 bleibt lediglich eine Zufahrt erhalten. Durch diese Zufahrt wird sichergestellt, dass die Gebäude für die Feuerwehr erreichbar sind und auch die Anwohner die Möglichkeit haben, ihre Wohnungen direkt anzufahren.

Aufgrund der geplanten Nutzungsart als senioren- und altersgerechte Wohnung ist nur mit einer geringen Verkehrsbelastung zu rechnen.

Im Rahmen der Ausbauplanung wird der Landesbetrieb Straßenbau NRW beteiligt. Auf dieser Ebene wird dann auch der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung abgestimmt.

Ein Hinweis auf Verkehrsemissionen wie Abgase, Staub, Sprühfahnen oder Spritzwasser bei Nässe ist nicht erforderlich. Gleichwohl sind in den textlichen Festsetzungen Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen enthalten.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 3) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

b) **StädteRegion Aachen mit Schreiben vom 02.06.2016:**

Gegen das vorgelegte Verfahren bestehen seitens der StädteRegion Aachen keine Bedenken, sofern nachfolgende Anregungen und Hinweise beachtet werden.

**A 70 - Umweltamt
Allgemeiner Gewässerschutz:**

Es bestehen zurzeit Bedenken.

Die Niederschlagswasserentsorgung ist in den vorliegenden Unterlagen nicht ausreichend dargestellt. In der Begründung sowie in der Ersteinschätzung der umweltrelevanten Auswirkungen zum Bebauungsplan wird ein hydrologisches Gutachten aufgeführt, welches den vorgelegten Planungsunterlagen nicht beiliegt. Für die wasserwirtschaftliche Prüfung ist die Vorlage von detaillierten Unterlagen und Nachweisen erforderlich. Hierzu verweise ich auf mein Rundschreiben vom 02.04.2008 - Niederschlagswasserentsorgung im Bebauungsplanverfahren. Nach Vorlage eines Entwässerungskonzeptes mit Nachweis der Niederschlagswasserentsorgung erfolgt eine weitere Stellungnahme.

Die anfallenden Schmutzwässer sind der öffentlichen Kanalisation zuzuleiten.

Stellungnahme:

Die im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 99 erstellte Ersteinschätzung wurde der StädteRegion Aachen vorgelegt. Demnach ist eine Versickerung von Niederschlagswasser auf dem Grundstück nicht möglich. Die anfallenden Niederschlagswässer werden der Kanalisation zugeleitet. Im Rahmen der Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 99 wurden seitens des Umweltamtes hierzu keine Bedenken vorgetragen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 3) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

A 61 - Immobilienmanagement und Verkehr

Die Gestaltung der Einmündung der geplanten Erschließungsstraße zur K 8 - Bahnstraße ist mit dem Straßenbaulastträger abzustimmen.

Hinsichtlich des Radverkehrsbeauftragten wird darauf verwiesen, dass die erforderlichen Sichtdreiecke aus der Einmündung der geplanten Erschließungsstraße auf die K 8 - Bahnstraße dem Straßenbaulastträger nachzuweisen sind.

Stellungnahme:

Die Gestaltung der Einmündung der geplanten Erschließungsstraße zur K 8 - Bahnstraße wird mit dem Straßenbaulastträger abgestimmt. Die erforderlichen Sichtdreiecke werden im Rahmen der Ausbauplanung dem Straßenbaulastträger nachgewiesen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 3) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

c) Bezirksregierung Arnsberg mit Schreiben vom 30.05.2016:

Die Bezirksregierung Arnsberg weist in ihrer Stellungnahme auf Erlaubnisfelder und Bergwerksfelder hin und empfiehlt, die Eigentümer an der Planung zu beteiligen, sofern die nicht bereits geschehen ist.

Des Weiteren wird auf die Sumpfungmaßnahmen durch den Braunkohletagebau und die damit verbundenen Bodenbewegungen hingewiesen.

Das gesamte Plangebiet befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlebergbaus. Der Anstieg des Grubenwassers kann ebenfalls zu Bodenbewegungen führen. Eine entsprechende Auskunft kann bei der EBV eingeholt werden.

Stellungnahme:

Die Eigentümer der Erlaubnisfelder sowie der Bergwerksfelder wurden an der Planung beteiligt.

Die Hinweise auf den früheren Steinkohlebergbau sowie die Sumpfungmaßnahmen wurden schon zur Offenlage in den Bebauungsplan aufgenommen.

Die EBV wurde ebenfalls am Verfahren beteiligt und hat mit Schreiben vom 20.5.2016 mitgeteilt, dass eine besondere Kennzeichnung nicht erforderlich ist.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 3) beschließt der Stadtrat:

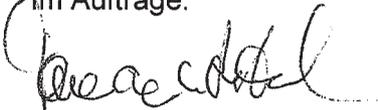
Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

2. **Beschluss des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 99 - Hauptstraße/Bahnstraße -, 1. Änderung als Satzung gemäß § 10 BauGB:**

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 3) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 99 - Hauptstraße/Bahnstraße -, 1. Änderung mit der beigefügten Begründung (Anlagen 1-3) als Satzung zu beschließen.

Im Auftrage:



(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin



BEGRÜNDUNG
ZUR 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 99

Hauptstraße/Bahnstraße

Gemäß § 9 Abs. 8 BauGB

Inhaltsverzeichnis

1. Rechtsgrundlagen
2. Verfahren
3. Planvorgaben
 - 3.1 Räumlicher Geltungsbereich
 - 3.2 Regionalplan
 - 3.3 Flächennutzungsplan
 - 3.4 Bestehendes Planungsrecht
4. Anlass und Ziel der Planung
 - 4.1 Ziel der Planung
 - 4.2 Städtebauliches Konzept
 - 4.3 Erschließung / Stellplätze
5. Planinhalte und Festsetzungen
 - 5.1 Art der baulichen Nutzung
 - 5.2 Maß der baulichen Nutzung
 - 5.3 Immissionsschutz
6. Belange von Natur und Landschaft
7. Hinweise
8. Städtebauliche Kennzahlen / Flächenbilanz
9. Kosten / Finanzierung
10. Bodenordnung



BEGRÜNDUNG

ZUR 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 99

Hauptstraße/Bahnstraße

Gemäß § 9 Abs. 8 BauGB

1. Rechtsgrundlagen der Bebauungsplanänderung

- a) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. 1 S.2414) mit den jeweiligen Änderungen
- b) Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. 1 S. 132) mit den jeweiligen Änderungen
- c) Planzeichenverordnung 1990 (PlanzVO 90), Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S.58, BGBl. III 213-1-6) mit den jeweiligen Änderungen
- d) Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauONW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV.NRW, S.256) mit den jeweiligen Änderungen
- e) Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV. NW S.666) mit den jeweiligen Änderungen
- f) Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.2005 (GV. NRW. S.926) mit den jeweiligen Änderungen
- g) Landschaftsgesetz NRW (LG-NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000 (GV. NRW S. 568), in der zurzeit gültigen Fassung

2. Verfahren

Die Grundlage des Bebauungsplanverfahrens ist das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004. Seit Inkrafttreten der Änderung des BauGB im Dezember 2006 besteht die Möglichkeit, Bebauungspläne der Innenentwicklung im sogenannten „beschleunigten Verfahren“ nach § 13a BauGB durchzuführen bzw. zu ändern. Da es sich bei dem Plangebiet um einen Bereich handelt, der der Wiedernutzbarmachung von Flächen sowie der Nachverdichtung oder anderen Maßnahmen der Innenentwicklung dient, darüber hinaus keine Beeinträchtigungen auf Umweltschutzgüter zu erwarten sind und die Obergrenze von 20.000 m² zulässiger Grundfläche innerhalb des Plangebietes nicht erreicht wird, sind hier die Voraussetzungen für das beschleunigte Verfahren gegeben. Diesbezüglich ist vorgesehen, den Bebauungsplan gemäß § 13 a, Abs. 4 BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung zu ändern.

3. Planvorgaben

3.1. Räumlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 99 „Hauptstraße/Bahnstraße“ umfasst ein etwa 0,56 ha großes Gebiet im Stadtteil Setterich, westlich der Kirche und des Wohn- und Pflegeheimes Maria Hilf zwischen der Hauptstraße, der Bahnstraße und dem Stadtpark.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 628, 642 (östlicher Teil), 844, 848, 849 sowie Teilflächen des Flurstückes 992 der Flur 12, Gemarkung Setterich. Die genaue räumliche Abgrenzung ist zeichnerisch festgesetzt.

3.2. Regionalplan

Im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen (GEP Region Aachen vom 10.06.2003) ist die Fläche des Plangebietes als Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt.

3.3. Flächennutzungsplan

Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind die verbindlichen Bauleitpläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Da der Flächennutzungsplan im Zuge der Inkrafttretung des Bebauungsplanes Nr. 99 (s.a. Kap. 3.4) gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB auf dem Wege einer Berichtigung angepasst wurde, ist die vorliegende 1. Änderung des Bebauungsplans aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

3.4. Bestehendes Planungsrecht

Das Plangebiet umfasst den gesamten Geltungsbereich des am 25.09.2013 in Kraft getretenen rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 99 Hauptstraße/ Bahnstraße

4. Anlass und Ziel der Planung

4.1. Ziel der Planung

Im Zuge der 1. Änderung des vorliegenden Bebauungsplanes bleiben die Zielsetzungen im Vergleich zum Bebauungsplan Nr. 99 unverändert.

Ziel und Zweck der Planung ist demnach die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung altengerechter Wohnungen. Des Weiteren sollen im Bereich der Hauptstraße in untergeordnetem Maße Büros, Dienstleistungen, Gastronomie und Einzelhandel angesiedelt werden. Damit soll der vor dem Hintergrund des demographischen Wandels erkennbare Bedarf an seniorengerechten, barrierefreien Häusern und Wohnungen im Stadtteil Setterich gedeckt werden. Die gewerblichen Nutzungen dienen sowohl der Versorgung der neuen Bewohner in diesem Bereich als auch der Ergänzung der Angebotsvielfalt in Setterich.

Die integrierte Lage des Plangebietes eignet sich in besonderer Weise für eine solche Neunutzung, da mit der Nähe zu wichtigen Infrastruktureinrichtungen, der Anbindung an das benachbarte Altenheim und der unmittelbaren Anbindung des Gebietes an den alten Friedhof und den Stadtpark beste Standortvoraussetzungen vorhanden sind.

Durch die Konkretisierung der architektonischen Planung und einer Veränderung der Unterbringung des ruhenden Verkehrs ist es zu Anpassungen des städtebaulichen Konzeptes gekommen, die eine Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplans Nr. 99 notwendig machen.

4.2. Veränderung des städtebaulichen Konzeptes

Die Veränderung des städtebaulichen Konzeptes resultiert aus dem Verzicht der für ca. 35 Stellplätze vorgesehenen zweigeschossigen Parkpalette im Inneren des Gebietes. Zugunsten einer höheren Wohnqualität des Innenbereiches werden die bauordnungsrechtlich nachzuweisenden Stellplätze ebenerdig untergebracht. Neben den bereits im bestehenden Bebauungsplan vorhandenen Stellplätzen im Bereich der Zufahrt von der Bahnstraße werden zusätzliche Stellplätze im Bereich der östlichen Plangebietsgrenze angeordnet. Des Weiteren ist die Unterbringung von Stellplätzen im rückwärtigen Teil des östlichen Baukörpers an der Hauptstraße vorgesehen.

Diese veränderte Stellplatzlösung bedingt, dass die östlichen Baukörper nach Westen verschoben werden. Zur Beibehaltung der vorhandenen Abstände wird das Gebäude an der städtebaulich

markanten Ecke Hauptstraße / Bahnstraße im Osten entsprechend eingekürzt. Das ehemals an die Parkpalette sich anschließende Gebäude wird als eigenständiges Wohngebäude neu positioniert.

In der Gesamtbilanz sind entsprechend des bestehenden Planungsrechtes max. ca. 50 Wohneinheiten geplant.

Das städtebauliche Konzept nimmt die heute vorhandenen Raumkanten entlang der Straßen auf und gruppiert fünf Baukörper zu einem Ensemble. Mit der Neubebauung wird der stadträumlich wichtige Eingang zum Zentrum Setterichs betont. Die Fassung der Straßenräume setzt die für Setterich typische Baustruktur fort.

Die Gebäude sollen sich freundlich und offen präsentieren und erhalten diesbezüglich einen hohen Anteil von Fensteröffnungen. Als Fassadenmaterialien sind im überwiegenden Maße Putz im Wechsel mit Ziegelmauerwerk geplant. Als Dachform sind Flachdächer bzw. flachgeneigte Dächer vorgesehen. Die geplante Neubebauung trägt mit ihrer zeitgemäßen Architektur zu einer positiven Weiterentwicklung Setterichs bei.

Entlang der Hauptstraße sind im Erdgeschoss Läden des täglichen Bedarfs, ein Café oder Dienstleistungen aus dem Pflegebereich denkbar. In den Obergeschossen ist Wohnen geplant. Die übrigen Gebäude sind dem Wohnen vorbehalten.

Das Konzept sieht unterschiedliche Wohnformen und Wohnungsgrößen vor. Je nach Wohnungsgröße sind ca. 50 Wohnungen vorgesehen. Alle Baukörper sind mit Balkonen, Terrassen bzw. Wintergärten ausgestattet, sodass für die Bewohner der Kontakt zum Außenraum ermöglicht wird. Erschlossen werden die Baukörper über zentrale Eingänge, die nach Norden bzw. Nordosten ausgerichtet sind und an den Haupterschließungsachsen der Wohnanlage liegen.

Ergänzend zu den bestehenden altengerechten Angeboten sollen an dieser zentralen Stelle insbesondere erweiterte Wohnungsangebote für Menschen über 60 Jahre geschaffen werden. Dabei liegt das Augenmerk auf Wohnraum, der im Alter ein selbstständiges und komfortables Leben ermöglicht.

Der Standort bietet dazu beste Voraussetzungen, denn

- Einkaufsmöglichkeiten und wohnungsnaher Dienstleistungen sind in fußläufiger Entfernung zu erreichen; dies gilt insbesondere auch für medizinische und therapeutische Angebote.
- Mit dem angrenzenden Stadtpark steht ein qualitativvolles Freiraum- und Erholungsangebot zur Verfügung.
- Die verkehrliche Anbindung ist sowohl mit dem Auto als auch mit dem Bus hervorragend gesichert.
- Mit dem benachbarten Altersheim stehen altengerechte Infrastrukturangebote in räumlicher Nähe zur Verfügung.

Die im Inneren aufgelockerte und durchgrünte Wohnanlage bietet damit in zentraler Lage neue Wohnformen mit besonderen Aufenthaltsqualitäten an.

Durch die begrünten Freibereiche im Plangebiet wird ein harmonischer Übergang zum angrenzenden Burgpark hergestellt. Durch die in Nord-Süd-Richtung verlaufende Wegeverbindung an der östlichen Grundstücksgrenze zwischen der Hauptstraße und dem öffentlichen Park wird für das Gebiet selbst, wie auch für die Ortslage eine direkte fußläufige Anbindung an den Burgpark im Norden ermöglicht.

Die Neubebauung ist in einer zwei- bis dreigeschossigen Bauweise geplant. Das jeweils oberste Geschoss springt als Dachgeschoss entsprechend zurück. An der städtebaulich bedeutsamen Ecke Bahnstraße/Hauptstraße und im weiteren Verlauf der Hauptstraße ist ein zurückgesetztes Dachgeschoss zur Betonung des Stadteingangs geplant. Die geplante Gebäudehöhe liegt mit maximal ca. 13,10 m etwas unterhalb der Firsthöhe der bestehenden Bebauung Hauptstraße 47 von 13,20 m. Die Abstufung im Bereich der Bahnstraße berücksichtigt die vorhandene Bestandsbebauung und liegt mit 8,50 m an der nördlichen Grundstücksgrenze ca. 1 Meter über der Firsthöhe des Wohngebäudes Bahnstraße 2. Die kleinteilige Bebauung fügt sich somit in ihrer offenen Baustruktur harmonisch in die Bestandsbebauung ein.

4.3. Erschließung / Stellplätze

Die Erschließung des Plangebietes ist über die Hauptstraße und Bahnstraße sichergestellt. Der öffentliche Gehweg entlang der Hauptstraße wird im Zuge der Umsetzung des Bebauungsplanes und in Verbindung mit dem beabsichtigten Straßenumbau der Hauptstraße bis zur Bahnstraße eine Breite

von mindestens 3,00 m erhalten. Entlang der Bahnstraße ist geplant, den auch als Schulweg genutzten Seitenbereich in einer Mindestbreite von 2,00 m auszuführen.

Die interne Erschließung ist sowohl von der Bahnstraße als auch von der Hauptstraße aus vorgesehen. Über diese beiden Zuwegungen werden sowohl die ebenerdigen Stellplätze angebunden als auch die Müllentsorgung bzw. die Feuerwehrezufahrt gesichert. Die Sonderfahrzeuge können ohne wenden zu müssen über die in Nord-Süd-Richtung verlaufende Wegeverbindung in Richtung Hauptstraße ausfahren.

5. Planinhalte und Festsetzungen

Die Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung bleiben unverändert. Das Maß der baulichen Nutzung wird nur insofern verändert, dass die überbaubaren sich entsprechend des städtebaulichen Konzeptes verschieben. Die Gesamtgröße der überbaubaren Flächen verringert sich durch den Verzicht auf die Parkpalette von ca. 2.370 m² auf ca. 1.910 m².

5.1. Art der baulichen Nutzung

Mischgebiet (MI)

Die als Mischgebiet festgesetzten Flächen sind im derzeit gültigen Bebauungsplan Nr. 89 2. Änderung bereits als Mischgebiet festgesetzt. Um entlang der Haupteerschließung in Setterich entsprechende Nutzungen, wie beispielsweise Büros und Dienstleistungen, Einzelhandel oder Gastronomie ansiedeln zu können, wird diese Festsetzung übernommen. Demensprechend soll das Mischgebiet der Unterbringung von Wohnnutzung und gewerblicher Nutzung, die das Wohnen nicht wesentlich stört, dienen.

Die allgemein zulässigen Nutzungen Gartenbaubetriebe, Tankstellen und Vergnügungsstätten im Sinne des § 4 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO werden im Mischgebiet ausgeschlossen. Gartenbaubetriebe sind aufgrund ihrer betrieblich notwendigen Ausdehnung und Flächeninanspruchnahme an diesem zentralen Standort nicht erwünscht und werden demzufolge im Mischgebiet ausgeschlossen. Darüber hinaus ist in geringer Entfernung zum Plangebiet bereits ein Gartencenter mit Baumschule vorhanden. Tankstellen sind grundsätzlich ausgeschlossen, da die bei solchen Betrieben auftretenden Emissionen von Luftschadstoffen und die verkehrsbedingten Geräuscentwicklungen an dem hier zu entwickelnden Standort in direkter Nachbarschaft zur Wohnnutzung zur Wahrung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse nicht verträglich sind.

Um zukünftig eine Abwertung des Stadtteilquartiers und eine Verdrängung von Nutzungen (Trading-Down-Effekt) zu verhindern, sind Vergnügungsstätten und Bordelle sowie bordellartige Betriebe und Einrichtungen, die bauplanungsrechtlich als Gewerbebetriebe anzusehen sind, im Mischgebiet allgemein nicht zulässig. Solche Nutzungen und das davon ausgehende negative Image wären mit der im direkten und näheren Umfeld befindlichen Wohnnutzung nicht vereinbar.

Aus demselben Grunde sind auch Wettbüros bzw. Betriebe, die zur Erzielung von Gewinnen durch Wetten o.ä. dienen und Einrichtungen, die dem Aufenthalt und/oder der Bewirtung von Personen dienen und in denen gleichzeitig Glücksspiele nach § 284 StGB, Wetten, Sportwetten oder Lotterien angeboten werden, nicht zulässig. Davon unberührt sind Lotto- und Toto-Aannahmestellen, die in der Regel zusätzlich ein mit der umgebenden Wohnnutzung verträgliches Warensortiment anbieten.

Allgemeines Wohngebiet (WA)

Entsprechend der dörflichen Struktur des umliegenden Siedlungsbereiches von Setterich werden die Flächen im rückwärtigen Bereich gemäß § 4 BauNVO als allgemeines Wohngebiet festgesetzt und dienen damit vorwiegend dem Wohnen. Diese Festsetzung ermöglicht, dass im Übergang zum Burgpark neben dem Wohnen nichtstörende Nutzungen wie z. B. Schank- und Speisewirtschaften zulässig sind. Somit besteht die Möglichkeit, mit dem Neubauvorhaben einen Beitrag zur weiteren Belebung der öffentlichen Grünfläche zu leisten.

Die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden sind im allgemeinen Wohngebiet nicht zulässig, da solche Einrichtungen zur Stärkung der vorhandenen Struktur entlang der Haupteerschließungsstraße innerhalb des Mischgebietes zulässig sind. Die erforderliche gute Erreichbarkeit solcher Nutzungen ist im rückwärtigen Bereich nicht gegeben. Darüber hinaus dient diese Festsetzung der Sicherung der Funktionsfähigkeit des zentralen Versorgungsbereiches des Stadtteils.

Für das festgesetzte allgemeine Wohngebiet werden die ausnahmsweise zulässigen Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe sowie Tankstellen als Nutzung ausgeschlossen.

Betriebe des Beherbergungsgewerbes und Anlagen für Verwaltungen sind in dem Wohngebiet aufgrund ihrer Flächenausdehnung und ihrer verkehrserzeugenden Wirkung unzulässig. Sie widersprechen dem städtebaulichen Maßstab und dem angestrebten ruhigen, innerörtlichen Wohnen und würden zudem zu hohen Verkehrsbelastungen führen.

Gartenbaubetriebe und Tankstellen sind aufgrund ihrer betrieblich notwendigen Ausdehnung und Flächeninanspruchnahme sowie des von ihnen erzeugten Verkehrsaufkommens an diesem im rückwärtigen Bereich liegenden Standort nicht verträglich.

5.2. Maß der baulichen Nutzung

Zur Bestimmung des Maßes der baulichen Nutzung sind im Bebauungsplan die Grundflächenzahl (GRZ) sowie die Zahl der Vollgeschosse i. V. m. der Höhe der baulichen Anlagen für die einzelnen Baugebiete festgesetzt. Durch die Festsetzungen ist sichergestellt, dass im Zuge der Umsetzung der Planung die bauordnungsrechtlich notwendigen Abstandflächen eingehalten werden können. Eine entsprechende Prüfung erfolgt im nachgelagerten Baugenehmigungsverfahren.

5.2.1. Grundflächenzahl (GRZ)

Im Mischgebiet wird auf Grundlage des städtebaulichen Entwurfes eine GRZ von 0,6 und im allgemeinen Wohngebiet eine GRZ von 0,4 festgesetzt.

Die festgesetzten Werte der GRZ halten die Obergrenzen des § 17 BauNVO ein. Auf diese Weise wird in Zusammenhang mit den weiteren Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung eine städtebaulich unverträgliche Bebauungsdichte ausgeschlossen.

5.2.2. Zahl der Vollgeschosse / Höhe der baulichen Anlagen

Im Mischgebiet und im allgemeinen Wohngebiet wird die Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß festgesetzt.

Zusätzlich zur Festsetzung der Zahl der Vollgeschosse werden für die zu errichtenden Gebäude Höhenfestsetzungen zur maximalen Gebäudehöhe getroffen, die das Maß der baulichen Nutzung auf eine städtebaulich verträgliche Größe begrenzen, die sich an den angrenzenden Gebäuden orientiert.

Um ein gleichmäßiges Erscheinungsbild der Erdgeschosshöhen zu erzielen, wird die Eingangshöhe des Erdgeschosses des jeweiligen Gebäudes begrenzt. Diese darf nicht höher als 0,50 m über der gemittelten Höhe der an das Gebäude anschließenden öffentlichen Verkehrsfläche bzw. der geplanten Fläche für Geh- und Fahrrecht (GF und GFL), gemessen an dem jeweiligen Eingang, liegen. Mit dem Bezug der Eingangshöhe zur jeweils zugeordneten Erschließungsstraße wird sichergestellt, dass ein städtebaulich harmonisches Gesamtbild entsteht und sich die Gebäude an der Höhenlage der Straße orientieren.

Die zulässigen Gebäudehöhen bleiben unter der heute im Bestand mit 13,11 m hohen maximalen Firsthöhe des Gebäudes Hauptstraße 47. Die Festsetzungen sind dementsprechend aus der umgebenden städtebaulichen Struktur entwickelt und sichern damit die Fortschreibung der ortstypischen Höhenentwicklung. Der Kirchturm bleibt wie bisher als stadtbildprägendes Element uneingeschränkt erlebbar.

Zur Sicherung eines wohlproportionierten Straßenraumes ist die Geschossigkeit im Mischgebiet entlang der Hauptstraße und der Einmündung in die Bahnstraße auf drei Vollgeschosse begrenzt. Um – wie oben beschrieben - die Höhe der zulässigen Baukörper auf ein städtebaulich verträgliches Maß zu beschränken und der umliegenden Bestandsbebauung anzupassen, wird zusätzlich für das zurückgesetzte Dachgeschoss eine maximale Gebäudehöhe mit 13,10 m über dem vorhandenen Gelände mit Bezugspunkt über dem Meeresspiegel (Normalhöhennull (NHN)) festgesetzt. Im Bereich der Hauptstraße werden die Gebäude zu den Zufahrten und Zugängen auf drei Vollgeschosse abgestuft, so dass das oberste Geschoss städtebaulich nicht in vollem Umfang wirksam wird.

Im Bereich der Bahnstraße werden drei Vollgeschosse als Höchstgrenze in Verbindung mit einer maximalen Gebäudehöhe von 11,30 m festgesetzt. zur benachbarten Bestandsbebauung wird die Gebäudehöhe auf maximal zwei Vollgeschosse mit einer Höhe von maximal 8,50 m abgestuft. Diese Festsetzung sichert einen verträglichen Übergang zu den sich in Richtung Burgpark anschließenden Baukörpern.

Die Baukörper im Inneren des Baugebietes werden mit einer reduzierten Höhe von maximal drei bzw. zwei Vollgeschossen bestimmt, mit einer Höhe von 10,00 m bzw. 7,50 m und erhalten dadurch eine für den ruhigen und begrünten Innenbereich und dem Übergang zum Burgpark angemessene nicht

störend in Erscheinung tretende Höhe. Die Abstufung von drei auf zwei Vollgeschosse erfolgt nach Südwesten, um attraktive Dachterrassen zu ermöglichen.

In der Planzeichnung sind alle festgesetzten Gebäudehöhen als Höhen über Normalhöhenull (NHN) umgerechnet und eingetragen. Weiterhin sind als Hinweis die bezogenen Referenzhöhenpunkte aus dem Bestand in der Planzeichnung vermerkt. Damit ist die Eindeutigkeit der Höhenfestsetzung gegeben.

5.2.3. Technische Aufbauten

An diesem innerörtlichen Standort ist es städtebaulich angestrebt, die Dachlandschaft der Neubebauung grundsätzlich nicht durch zusätzliche Aufbauten auf den Dächern zu beeinträchtigen. Gerade entlang der Hauptstraße ist aus stadtgestalterischen Gründen eine solche Festlegung geboten. Diesbezüglich wird im Mischgebiet festgesetzt, dass die Grundfläche der technischen Aufbauten, Treppenhäuser und Aufzüge 15 % der Dachfläche nicht überschreiten dürfen. Ausgenommen von dieser Regelung sind Anlagen für regenerative Energiegewinnung.

5.2.4. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind gemäß § 23 BauNVO durch Baugrenzen festgesetzt. Die Festsetzungen der überbaubaren Grundstücksflächen mittels Baugrenzen bestimmen die Stellung und Grundflächen der baulichen Anlagen derart, dass die angestrebte städtebauliche Ordnung nach Vorgabe der oben beschriebenen konkreten Planung realisiert werden kann. Entlang der angrenzenden Straßen ist demnach eine Straßenrandbebauung zur Schaffung einer Raumkante zur Hauptstraße und Bahnstraße festgesetzt. Zum Burgpark hin werden zur Auflockerung der Baustruktur zwei einzelne Baufelder festgesetzt.

Um die gewünschte Durchgrünung des Gebietes sicherzustellen, ist festgesetzt, dass innerhalb der Grundstücksflächen die nicht überbauten Grundstücksflächen - ausgenommen Stellplätze mit ihren Zufahrten - landschaftsgärtnerisch zu gestalten sind.

5.2.5. Stellplätze und Garagen

Zur Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl von Stellplätzen und zur Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Anordnung derselben, enthält der Bebauungsplan entsprechende zeichnerische und textliche Festsetzungen. Danach sind Stellplätze nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und auf den dafür festgesetzten Flächen zulässig. Es handelt sich dabei um die Möglichkeit, an der Bahnstraße zwei Garagen zu errichten und im Innenbereich offene Stellplätze anzulegen.

5.2.6. Nebenanlagen

Um eine geordnete und für die zukünftigen Nutzer und Bewohner zweckmäßige Müllentsorgung zu sichern, sind gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO bauliche Anlagen für die Unterbringung von Müllbehältern nur innerhalb der überbaubaren Flächen und der dafür festgesetzten Flächen zulässig. Bei den drei Gebäuden entlang der Hauptstraße und Bahnstraße kann die Müllentsorgung über die angrenzenden öffentlichen Straßen erfolgen. Zusätzlich ist im Innenbereich ein Standort zur temporären Aufstellung von Müllgefäßen vorgesehen, um die Sicherung einer geordneten Müllentsorgung auch für die Gebäude zu gewährleisten, die nicht direkt vom Müllfahrzeug angefahren werden können. Hinsichtlich der zeitlichen Begrenzung der Sammelstellenstandorte wurde ein entsprechender Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen. Damit wird eine ordnungsgemäße Müllentsorgung sichergestellt und ein Befahren des gesamten Innenbereiches durch Müllfahrzeuge verzichtbar.

5.2.7. Geh- Fahr- und Leitungsrechte

Die mit GFL gekennzeichnete Fläche, die von der Bahnstraße zur Hauptstraße angelegt ist, ist mit einem Geh- und Fahrrecht zugunsten der Anlieger und einem Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Ver- und Entsorgungsbetriebe zu belasten, um eine Erreichbarkeit der einzelnen Grundstücke auch bei veränderten Eigentumsverhältnissen sicher zu stellen. Darüber hinaus wird die problemlose Anbindung von Ver- und Entsorgungsleitungen an alle Baufelder gesichert. Zudem wird eine geordnete Müllentsorgung gewährleistet und die Zufahrt für Feuerwehr und Rettungsdienste ist ebenfalls gegeben.

Die mit GFL gekennzeichnete Fläche, die entlang der östlichen Plangebietsgrenze verläuft, ist mit einem Geh- und Fahrrecht zugunsten der Anlieger und mit einem Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Ver- und Entsorgungsträger zu belasten. Da die im hinteren Teil des Grundstücks liegenden Flächen des Allgemeinen Wohngbietes nicht direkt an öffentliche Verkehrsflächen grenzen, wird

dadurch auch hier die Erreichbarkeit der Grundstücke unabhängig von den Eigentumsverhältnissen gesichert. Eine Aufweitung der Fläche am nördlichen Ende des GFL-Rechtes ermöglicht die Anlage eines PKW-Wendeplatzes, so dass eine einspurige Verkehrsführung hier ausreichend ist. Für die Nutzung durch Rettungs- und Feuerwehrfahrzeuge ist diese Fläche ebenfalls geeignet. Müllfahrzeuge sind hier nicht zu berücksichtigen, da die Andienung über die zentrale Müllsammelstelle erfolgt. Ein Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Ver- und Entsorgungsträger stellt auch für die unterschiedlichen infrastrukturellen Anbindungen wie Wasser, Abwasser, Elektrizität, Gas, Telekommunikation und sonstige Medien ausreichend Fläche zur Verfügung und stellt zudem sicher, dass diese Leistungen auch unabhängig von den zukünftigen Eigentumsverhältnissen in Anspruch genommen werden können.

5.2.8. Gestaltung

Um die bauliche Entwicklung Setterichs durch eine zeitgemäße Architektur zu fördern, werden im Plangebiet Flachdächer und flachgeneigte Dächer bis 15° Dachneigung festgesetzt.

Um sicherzustellen, dass die geplanten Gebäude sich harmonisch in das Ortsbild einfügen sind als Fassadenmaterialien Glas, Putz und Ziegel festgesetzt. Damit im Zuge der hochbaulichen Umsetzung die notwendige Offenheit der Architektur und Flexibilität der Nutzung gewährleistet bleibt, sind in untergeordnetem Maße weitere Materialien zulässig.

Damit sich die Neubebauung insgesamt in das Ortsgefüge einpasst, sind neben der architektonischen Gestaltung der Gebäude die Einfriedungen entsprechend zu gestalten. Diesbezüglich wird festgesetzt, dass entlang der Grundstücksgrenzen, die zu den öffentlichen Verkehrsflächen, hier der Bahnstraße und der Hauptstraße, orientiert sind, nur Metall-Gitterzäune, Natursteinmauern, Holzzäune und/oder Hecken bis zu einer Höhe von 2,00 m zulässig sind.

Um an den rückwärtigen Grundstücksgrenzen eine Einfriedung zu ermöglichen, die auf der einen Seite ein gewisses Maß an Intimität der privaten Terrassen und Gärten gewährleistet, auf der anderen Seite aber vermeidet, dass der aufgelockerte, grüne Charakter des Innenbereichs durch das Blickfeld begrenzende Abgrenzungen verloren geht, sind hier lediglich Metallgitterzäune, Natursteinmauern, Holzzäune und/oder Hecken bis zu einer Höhe von 1,20 m zulässig. Dadurch bleibt der Eindruck eines harmonischen Übergangs von den privaten rückwärtigen Grünflächen zum Burgpark gewahrt.

Die Einschränkung auf die genannten Materialien und Gestaltungen sowie der Ausschluss von Betonsteinelementen für die Einfriedungen sollen sicherstellen, dass sich auch diese, gemeinsam mit der neuen Bebauung, harmonisch in das Ortsbild von Setterich einfügen.

5.3. Immissionsschutz

Das Plangebiet ist aufgrund seiner innerörtlichen Lage an der Ortsdurchfahrt, der Hauptstraße (L 57), als überregionale Verbindungsstraße Verkehrslärmemissionen ausgesetzt. Die Lärmbelastung ist für die überbaubaren Flächen des Mischgebiets und des Allgemeinen Wohngebiets gutachterlich bestimmt worden (Szymanski und Partner, Gutachten zum Bebauungsplan Nr. 99 „Hauptstraße/ Bahnstraße“ in Baesweiler-Setterich, Juni 2013). Die gutachterlich zugrunde gelegte Verkehrsbelastung (Anzahl der Fahrzeuge und LKW-Anteil) stellen eine „worst case“ Betrachtung dar. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die tatsächliche Immissionsbelastung durch Verkehrslärm auf Basis aktueller Belastungszahlen bzw. detaillierterer Berechnungsmodelle niedriger liegt.

Zur Dimensionierung der notwendigen Schalldämmmaße der Außenbauteile von Aufenthaltsräumen ist die DIN 4109 maßgebend. Die planungsrechtliche Einstufung des Baugebiets (Gebietscharakter) ist hierbei nicht von Belang. Der resultierende Außenlärmpegel berechnet sich aus den einzelnen maßgeblichen Außenlärmpegeln, da die Geräuschbelastung von mehreren (gleich- oder verschiedenartigen) Quellen herrühren kann. Maßgeblich sind die höheren Belastungen des Tageszeitraumes.

Da im konkreten Fall für die durch Verkehrslärm beaufschlagten Fassaden keine relevante Gewerbelärmbelastung vorliegt, ist eine Kumulierung der beiden Lärmarten bei der Bildung der resultierenden Außenlärmpegel entbehrlich.

Im straßenseitigen Bereich des Plangebiets mit der Ausweisung Mischgebiet MI ergibt sich an ungünstigster Stelle innerhalb der bebaubaren Fläche unter Berücksichtigung der anzunehmenden Maximalbelastung durch Verkehrslärmbelastung ein maßgeblicher Außenlärmpegel im Tageszeitraum von maximal 69 dB(A) und somit der Lärmpegelbereich zu IV.

Im rückwärtigen Bereich des Plangebietes mit der Ausweisung allgemeines Wohngebiet WA unterschreiten die Belastungen die Orientierungswerte der DIN 18005. Der sich nach DIN 4109 ergebende Lärmpegelbereich führt zu so geringen resultierenden Schalldämmmaßen, dass diese nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen. Diesbezügliche Festsetzungen sind damit aus sachverständiger Sicht nicht erforderlich.

Zur Berücksichtigung der komplexen Schallausbreitung in der vorliegenden Situation (z. B. Eigenabschirmung) und sonstiger Pegelminderungen sind Ausnahmen von den sich aus den Festsetzungen ergebenden Anforderungen ermöglicht, wenn im Baugenehmigungsverfahren durch einen anerkannten Sachverständigen nachgewiesen wird, dass geringere Schalldämmmaße für Außenbauteile ausreichend sind. Es ist daher auf Empfehlung des Gutachters für den gesamten Bereich der straßenseitigen Bauflächen im Mischgebiet der Lärmpegelbereich IV im Bebauungsplan festgesetzt.

5.3.1. Verkehrslärm

Das aus sachverständiger Sicht zu unterstellende maximale Emissionsszenario („worst case“) durch Verkehrslärm führt im MI an ungünstigen Stellen zu erheblichen Überschreitungen der Immissionsrichtwerte im Nachtzeitraum. Im Tageszeitraum sind die Belastungen ausweislich der Berechnungen überwiegend unbedenklich. Übliche aktive Schallschutzmaßnahmen (z. B. Lärmschutzwände) sind in der vorliegenden Situation lagebedingt aus städtebaulichen Gründen nicht realisierbar. Der Konflikt kann ausschließlich durch Schallschutzmaßnahmen am Gebäude kompensiert werden.

Die Anwendung von sogenannten „passiven“ Schallschutzmaßnahmen ist bei der Bewältigung von durch Verkehrslärm ausgelösten Immissionskonflikten in Fällen, bei denen „aktiver“ Schallschutz nicht ausreichend realisiert werden kann, grundsätzlich akzeptiert.

Bei der Festsetzung von passiven Schallschutzmaßnahmen gegen Verkehrslärm wird das Lüftungsbedürfnis durch zusätzliche schallgedämmte Lüftungseinrichtungen berücksichtigt. Ein Öffnen der Fenster im Nachtzeitraum ist somit nicht mehr erforderlich. Bei dem aktuellen Stand der Bautechnik ist in vielen Fällen bereits auf Grund der Anforderungen an den Wärmeschutz eine kontrollierte Raumbelüftung, die einen hygienischen Luftwechsel gewährleistet, gegeben. In Verbindung mit der heute erforderlichen Wärmeschutzverglasung führen Festsetzungen zum passiven Schallschutz bei den üblichen Belastungen in der Regel nicht mehr zu erhöhten Anforderungen in der Bauweise.

Im konkreten Fall ist aus sachverständiger Sicht bei unverändertem Planinhalt der Immissionskonflikt nur durch passiven Schallschutz zu kompensieren.

Diesbezüglich werden die Grundrisse der Wohnungen der straßenseitigen Fassade optimiert, sodass wenn möglich in jedem Aufenthaltsraum zu Lüftungszwecken mindestens ein notwendiges Fenster an einer „leisen“ Fassade liegt.

Für Aufenthaltsräume, bei denen dies architektonisch nicht zu realisieren ist, sind zusätzlich schallgedämmte Lüftungseinrichtungen erforderlich und daher festgesetzt. Die bauliche Lösung (passiver Schallschutz mit geschlossenem Fenster und zusätzlicher Lüftung) führt faktisch zu einer Immissionsbelastung innerhalb der Aufenthaltsräume, die gesunden Wohnverhältnissen entspricht.

Aus sachverständiger Sicht sind zur Gewährleistung gesunder Wohnverhältnisse in der vorliegenden Situation an den straßenseitigen Fassaden im MI an der Bahnstraße die Erdgeschossfassaden und an der Hauptstraße die Fassaden des Erdgeschosses bis zum dritten Obergeschoss mit schallgedämmten Lüftungseinrichtungen auszurüsten.

Zusätzlich ist textlich festgesetzt, dass im Baugenehmigungsverfahren bei entsprechendem Nachweis der Immissionsbelastung durch Verkehrslärm auf Basis aktueller Belastungszahlen bzw. detaillierterer Berechnungsmodelle nach den dann gültigen Regelwerken bei einer entsprechend unbedenklichen Belastung von den Festsetzungen zu den „Schallgedämmten Lüftungseinrichtungen“ abgewichen werden kann. Damit werden unverhältnismäßige pauschale bauliche Aufwendungen dort, wo es möglich ist, vermieden, ohne gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu gefährden.

5.3.2. Schalldämmmaße für Außenbauteile

Für den erforderlichen passiven Schallschutz (einschließlich möglicher Lüfter) ist im gesamten Plangebiet mit der Ausweisung MI der Lärmpegelbereich IV festgesetzt. Die textlichen Festsetzungen

ermöglichen allerdings, dass im Baugenehmigungsverfahren bei entsprechendem Nachweis nach DIN 4109 bzw. des dann gültigen Regelwerkes von den pauschalen Festsetzungen zum Lärmpegelbereich und den daraus resultierenden Schalldämmmaßen der Fassaden abgewichen werden kann, um übermäßige pauschale Anforderungen an die bauliche Ausführung zu vermeiden und dennoch gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu gewährleisten.

6. Belange von Natur und Landschaft

Dieser Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt. Ein Umweltbericht nach § 2a BauGB ist innerhalb dieses Verfahrens somit nicht erforderlich.

Gleichwohl wurden die Auswirkungen auf die Umwelt im Rahmen einer Ersteinschätzung betrachtet (Büro Reepel, Ersteinschätzung der umweltrelevanten Auswirkungen zum Bebauungsplan Nr. 99 „Hauptstr./Bahnstr.“ April 2016).

Gutachterlich wurden für die unterschiedlichen Schutzgüter zusammengefasst folgende Erkenntnisse und Auswirkungen ermittelt:

Für einige Schutzgüter entsteht danach kein Konflikt. Dies gilt für Fauna, Pflanzen/Vegetation, Wasser, Klima, Landschaft/Biologische Vielfalt sowie Schutzgebiete.

Für die Schutzgüter Grundwasser und Kulturgüter (Bodendenkmale) wird ein Konflikt nicht erwartet, kann aber aufgrund möglicher historischer Vornutzungen nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Im Bebauungsplan ist ein entsprechender Hinweis aufgenommen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Entsorgung des anfallenden Niederschlagswassers bei einem erhöhten Versiegelungsgrad sichergestellt werden muss. Unter Einbindung eines hydrogeologischen Fachbüros mit konkreten Kenntnissen der örtlichen Verhältnisse wurde festgestellt, dass eine Versickerung nicht möglich ist und das Niederschlagswasser in das Kanalnetz entwässert werden muss. Der Bebauungsplan enthält einen entsprechenden Hinweis.

Auf dem Grundstück Hauptstraße Nr. 43 befindet sich eine Altlastenverdachtsfläche. Aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse ist eine Umweltgefährdung auszuschließen. Diesbezüglich wird auf eine Kennzeichnung gemäß § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB verzichtet. Gleichwohl ist ein entsprechender Hinweis auf die Altlastverdachtsfläche aufgenommen, um sicherzustellen, dass die untere Bodenschutzbehörde im Zuge von Baumaßnahmen zur Umsetzung der Planung entsprechend beteiligt wird.

Bei den Gebäuden an der Hauptstraße ist mit erhöhten Schallimmissionen von der Bundesstraße zu rechnen. Im Zuge des Aufstellungsverfahrens des Bebauungsplanes wurde ein Schallschutzgutachten erstellt, um den notwendigen Schallschutz abschätzen zu können. Um gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sicherzustellen, enthält der Bebauungsplan entsprechende Festsetzungen (s. Kap. 5.3).

Das Plangebiet befindet sich an zentraler Stelle im älteren Teil von Setterich, in der sich auch die Burg Setterich sowie die Kirche befinden. Diese wurden bereits umfangreich archäologisch untersucht. Archäologische Bodenfunde können deshalb im Plangebiet nicht ausgeschlossen werden.

Infolgedessen müssen auftretende archäologische Funde und Befunde der Gemeinde als untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland unverzüglich gemeldet werden.

Diesbezüglich wurde ein entsprechender Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen.

Die gutachterlich getroffene Ersteinschätzung der umweltrelevanten Auswirkungen zum Bebauungsplan wurde in den Abwägungsprozess eingestellt und entsprechend berücksichtigt.

7. Hinweise

7.1. Niederschlagswasser

In der späteren Umsetzung der Planung werden Bodenuntersuchungen durchgeführt. Das Bauvorhaben liegt auf dem Siersdorfer Horst. Nach örtlichen Erfahrungen ist hier eine etwa 10 m dicke Deckschicht aus feinsandigen Schluffen (Lößlehm und Löß) über Sanden und Kiesen der Hauptterrasse der Maas zu erwarten.

Die Durchlässigkeit der Schluffe wurde in zahlreichen Versuchen zu $k_f < 10^{-6}$ m/s bestimmt. Die Terrassensedimente sind mit den üblichen Tiefbaugeräten nicht aufzuschließen. Eine vollständige Versickerung von Niederschlagswasser ist daher nach DWA-A 138 nicht möglich und kann nach dem Runderlass des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft (MURL) vom 18.05.1998 nicht gefordert werden.

Aufgrund der vorzufindenden Bodenverhältnisse wird eine dezentrale Versickerung nicht empfohlen. Dementsprechend sind die anfallenden Niederschlagswasser der Privatgrundstücke gemäß den Bestimmungen des § 51a Landeswassergesetz NRW in den Regenwasserkanal zu entwässern.

7.2. Müllabfuhr

Um die Sicherung einer geordneten Müllentsorgung zu gewährleisten, ist am Kreuzungspunkt der mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastenden Flächen eine Sammelstelle für Anliegermüllgefäße vorgesehen. Hinsichtlich der zeitlichen Begrenzung des Sammelstellenstandortes wurde ein entsprechender Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen. Damit wird eine ordnungsgemäße Müllentsorgung sichergestellt und ein Befahren der nördlichen Stichstraße durch Müllfahrzeuge verzichtbar.

7.3. Kampfmittel

Die Existenz von Kampfmitteln im Plangebiet kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Diesbezüglich ist vor Beginn der Durchführung von Erschließungs- und Baumaßnahmen der Kampfmittelbeseitigungsdienst zu beteiligen. Durch den Hinweis im Bebauungsplan soll die Untersuchung des Plangebietes auf Kampfmittelfreiheit vor der Durchführung von Erschließungs- und Baumaßnahmen sichergestellt werden.

7.4. Denkmalschutz

Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Nideggen, Zehnthofstr. 45, 52385 Nideggen, Tel.: 02425/9039-0, FAX: 02425/9039-199, unverzüglich zu melden. Die Anzeigepflicht entsteht nicht erst dann, wenn eindeutig geklärt ist, dass es sich um Zeugnisse der Geschichte (archäologische Bodendenkmäler) handelt. Es genügt vielmehr, dass dem Laien erkennbar ist, dass es sich um ein Bodendenkmal handeln könnte.

Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten (§§ 16, 16 DschG NW).

7.5. Altlasten

Im Plangebiet des Bebauungsplans Nr. 99 befindet sich die Altlastenverdachtsfläche Nr. 5003/2024 "Altstandort Karosserie und Fahrzeugbau Hauptstraße 43". Alle Umnutzungen und Baumaßnahmen im Bereich der Altlasten-Verdachtsfläche sind der unteren Bodenschutzbehörde beim Umweltamt der Städteregion Aachen zur Stellungnahme vorzulegen.

7.6. Bergbau

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99 befindet sich innerhalb des bergrechtlichen Erlaubnisfeldes "Rheinland" der Wintershall Holding GmbH, Erdölwerke. Hierbei handelt es sich um eine öffentlich-rechtlich verliehene Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen.

7.7. Grundwasserabsenkung durch den Rheinischen Braunkohletagebau

Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind.

Die Fläche liegt außerdem im Einflussbereich der Grundwasserabsenkung für den rheinischen Braunkohlenbergbau. Nach Beendigung der bergbaulichen Sumpfungsmäßnahme ist ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten.

Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen.

Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden.

7.8. Erdbebenzone

Das Plangebiet befindet sich gem. der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der BRD in der Erdbebenzone 3.

Die DIN 4149 (Fassung April 2005) zur Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland 1 : 350.000, Bundesland NRW (Juni 2006) ist zu beachten.

8. Städtebauliche Kennzahlen / Flächenbilanz

Bebauungsplan Nr. 99, 1. Änderung	Fläche
Mischbauflächen	3.600 m ²
Wohnbauflächen	1.950 m ²
Plangebiet gesamt	5.550 m ²
Davon	
Stellplatzflächen	590 m ²
GFL-Flächen	980 m ²

9. Kosten / Finanzierung

Der Stadt Baesweiler entstehen durch die Aufstellung des Bebauungsplanes keine Kosten.

Die Kosten für die Aufstellung und Realisierung des Bebauungsplans werden vom Grundstückseigentümer getragen.

10. Bodenordnung

Vor der Realisierung des Bebauungsplans ist die Durchführung einer Grundstücksneuordnung/ Bodenordnung notwendig.

Sie erfolgt im Rahmen einer privaten bzw. freiwilligen Umlegung, mit dem Ziel, die Besitz- und Eigentumsverhältnisse derart neu zu ordnen, dass nach Lage, Form und Größe für eine weitere bauliche oder sonstige Nutzung zweckmäßig gestaltete, fertig vermessene und im Grundbuch und Liegenschaftskataster ordnungsgemäß eingetragene Grundstücke entstehen.

Baesweiler, den 08.06.2016

Der Bürgermeister
Im Auftrag:

(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin

LEGENDE

Signaturen gemäß der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauakzisse und die Darstellung des Planinhaltes (Platzzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90)

1. Art der baulichen Nutzung

- 1.1.3 Allgemeines Wohngebiet
WA
- 1.2.2 Mischgebiet
MI

2. Maß der baulichen Nutzung

- 0.4 2.5 Grundflächenzahl (GRZ)
- II 2.7 Zahl der Vollgeschosse, als Höchstgrenze
- GH 128,90 2.8 Gebäudedicke über Normalhöhe null (NHN), als Höchstgrenze

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

3.5 Baugrenze

15. Sonstige Planzeichen

- 15.3 Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen
St
- 15.5 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
GFL
- 15.13 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
FD
- 15.14 Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen bzw. des Maßes der Nutzung
FD

Hinweise

- (Md)** Sammelstelle Anliegermüllgefäße
- 117.23 Referenzen anliegende öffentliche Verkehrsfläche und angrenzende geplante Höhe GF- und GFL-Fläche

STADT BAESWEILER

Behauungsplan Nr. 99 - Hauptstraße/Bahnstraße

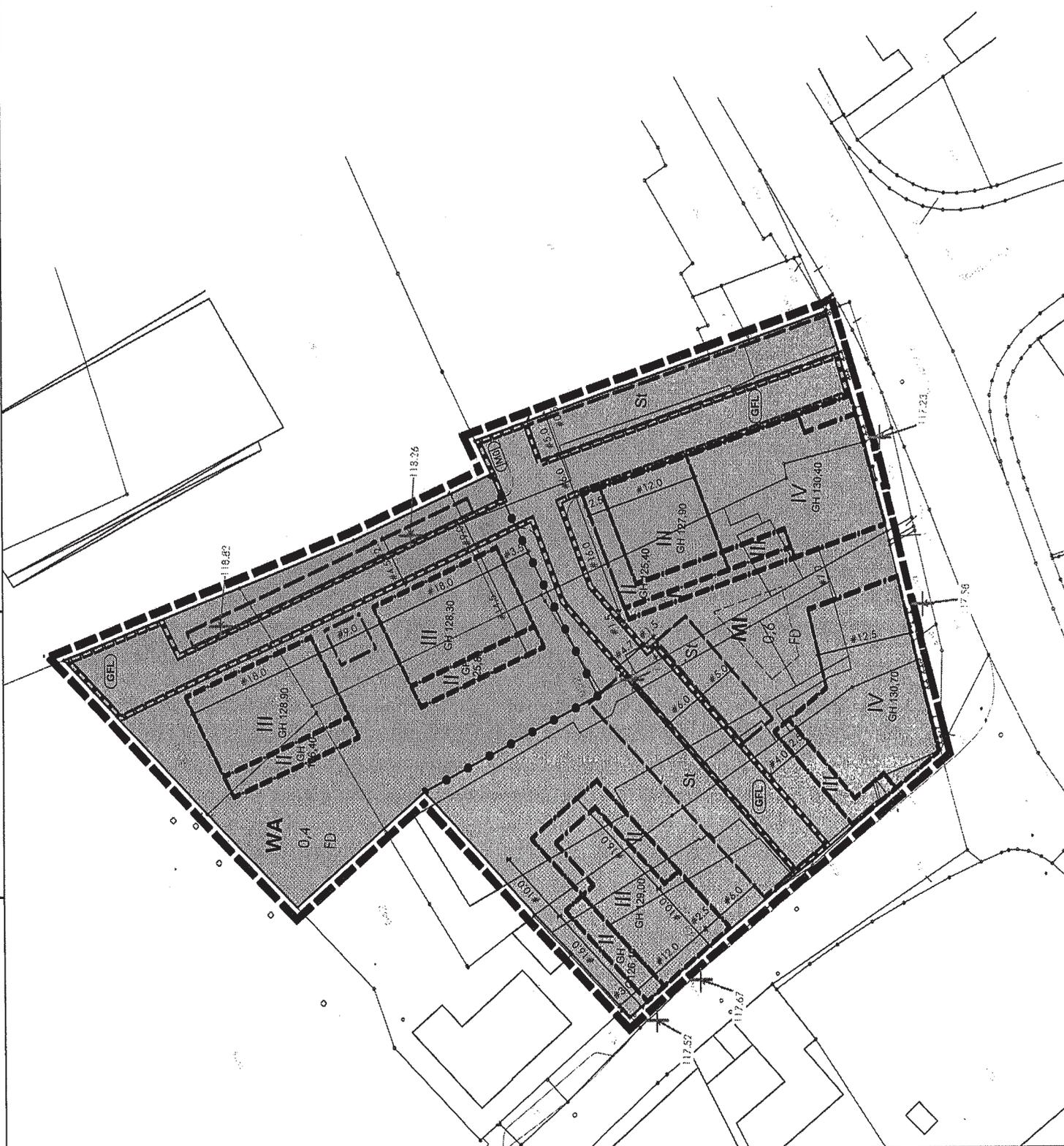
1. Änderung

PROJEKT PLANNR. 1042.615 STAND 08.06.2016 MAZEPH 1.700

10 m 25 m

KUNIGSTRASSE 78A
FON 0341 40200-0
www.lup-planner.de
mailto:mail@lup-planner.de

HEINZ JAHNEN PFLÜGER





TEXTLICHE FESTSETZUNGEN
ZUR 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 99
Hauptstraße/Bahnstraße

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1 ART DER BAULICHEN NUTZUNG (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 4 BauNVO)

1.1 Mischgebiet (MI) gemäß § 6 Abs. 1 BauNVO

Gemäß § 1 Abs. 4 und 5 BauNVO sind innerhalb des Mischgebietes die nachfolgenden gemäß § 6 Abs. 2 BauNVO allgemein zulässigen Nutzungen nicht zulässig:

1. Bordelle sowie bordellartige Betriebe und Einrichtungen,
2. Gartenbaubetriebe,
3. Tankstellen,
4. Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO,
5. Vergnügungsstätten, die zur Erzielung von Gewinnen durch Wetten o.ä. dienen,
6. Einrichtungen, die dem Aufenthalt und/oder der Bewirtung von Personen dienen und in denen gleichzeitig Glücksspiele nach § 284 StGB, Wetten, Sportwetten oder Lotterien angeboten werden.

Gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO sind innerhalb des Mischgebietes die gemäß § 6 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Vergnügungsstätten nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

1.2 Allgemeines Wohngebiet (WA) gemäß § 4 Abs. 1 BauNVO

Gemäß § 1 Abs. 4 und 5 BauNVO sind innerhalb des Wohngebietes die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden nicht zulässig:

Gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO sind innerhalb des allgemeinen Wohngebietes die nachfolgend aufgeführten, gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht Bestandteil des Bebauungsplanes:

1. Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
2. Anlagen für Verwaltungen,
3. Gartenbaubetriebe,
4. Tankstellen.

2 MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 16ff BauNVO)

Das Maß der baulichen Nutzung wird bestimmt durch die Grundflächenzahlen, die Zahl der Vollgeschosse und durch die Höhe der baulichen Anlagen (Gebäudehöhe).

2.1 Eingangshöhe

Die Eingangshöhe des Erdgeschosses des jeweiligen Gebäudes darf nicht höher als 0,50 m über der gemittelten Höhe der an das Gebäude anschließenden öffentlichen Verkehrsfläche bzw. der geplanten Fläche für Geh-, Fahr- und Leitungsrecht (GFL), gemessen an dem jeweiligen Eingang, liegen.

2.2 Technische Aufbauten

Im Mischgebiet darf die Grundfläche der technischen Aufbauten, Treppenhäuser und Aufzüge insgesamt 15% der jeweiligen obersten Dachfläche nicht überschreiten. Ausgenommen von dieser Flächenbegrenzung sind Anlagen für regenerative Energiegewinnung.

3 ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFÄCHEN (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Innerhalb der überbaubaren und nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind die nicht überbauten Grundstücksflächen - ausgenommen Stellplätze mit ihren Zufahrten - landschaftsgärtnerisch zu gestalten.

4 STELLPLÄTZE UND GARAGEN (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 BauNVO)

Stellplätze und Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und auf den dafür festgesetzten Flächen zulässig.

5 NEBENANLAGEN (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 14 BauNVO)

Bauliche Anlagen für die Unterbringung von Müllbehältern sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

6 FLÄCHEN FÜR GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTE (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Die mit **GFL** gekennzeichneten Flächen sind mit einem Geh- und Fahrrecht zugunsten der Anlieger und mit einem Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Ver- und Entsorgungsträger zu belasten.

7 VORKEHRUNGEN ZUM SCHUTZ GEGEN SCHÄDLICHE UMWELTEINWIRKUNGEN (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

7.1 Lärmpegelbereich IV

An allen Gebäudefronten innerhalb der überbaubaren Flächen des Mischgebietes im Plangebiet, werden Mindestanforderungen an den passiven Schallschutz entsprechend Lärmpegelbereich IV gemäß DIN 4109 festgesetzt, die bei Neu-, Um- und Anbauten einzuhalten sind.

Das erforderliche Schalldämmmaß für die Außenbauteile (erf. R_{W, res} im Sinne der DIN 4109) von Aufenthaltsräumen von Wohnungen (im Sinne des § 2 Abs. 7 i.V.m. § 48 BauO NRW) ist unter Berücksichtigung der Raumnutzung nach DIN 4109 mit mindestens 40 dB nachzuweisen.

Von dieser Festsetzung des Lärmpegelbereiches und dem resultierenden genannten Schalldämmmaß der Außenbauteile kann abgewichen werden, wenn im Baugenehmigungsverfahren durch einen Sachverständigen gemäß DIN 4109 nachgewiesen wird, dass geringere Maßnahmen ausreichen, um gesunde Wohnverhältnisse zu ge-

währleisten. Der Nachweis kann auch unter Zuhilfenahme von anerkannten Rechenmodellen erbracht werden.

7.2 Schallgedämmte Lüftungseinrichtungen

Für Aufenthaltsräume von Wohnungen an den straßenseitigen Fassaden des Mischgebietes im Erdgeschoss entlang der Bahnstraße und im Erdgeschoss bis zum 3. Obergeschoss entlang der Hauptstraße sind zusätzlich schallgedämmte Lüftungseinrichtungen erforderlich, wenn es zu dem jeweiligen Aufenthaltsraum zu Lüftungszwecken nicht mindestens ein notwendiges Fenster an einer „leisen“ Fassade gibt.

Von den Festsetzungen zu den „Schallgedämmten Lüftungseinrichtungen“ kann abgewichen werden, wenn im Baugenehmigungsverfahren von einem Sachverständigen der Nachweis erbracht werden kann, dass die Immissionsbelastung durch Verkehrslärm auf Basis aktueller Belastungszahlen bzw. detaillierterer Berechnungsmodelle nach den dann gültigen Regelwerken eine entsprechend unbedenklichen Belastung vorliegt.

7.3 Regenrinnen

Die Fahrbahn querende Regenrinnen sind zu vermeiden bzw. bei der Bauausführung in einer geräuschkindernden Bauweise (z.B. Auflagerung des Gitterrostes auf Hartgummiprofil) auszuführen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Ein-/ bzw. Ausfahrt. Toranlagen haben dem Stand der Lärminderungstechnik zu entsprechen.

Es können Ausnahmen von den getroffenen Festsetzungen zugelassen werden, soweit durch einen Sachverständigen nachgewiesen wird, dass andere geeignete Maßnahmen ausreichen.

8 GESTALTERISCHE FESTSETZUNGEN (gemäß § 86 BauO NRW i.v.m. § 9 Abs. 4 BauGB)

8.1 Dachform

Es sind für die Hauptbaukörper als Dachform nur Flachdächer und flach geneignete Dächer bis 15 Grad Neigung zulässig.

8.2 Fassadenmaterialien

Als Fassadenmaterialien sind Glas, Putz, Ziegel zulässig. In untergeordnetem Maße sind weitere Materialien zulässig.

8.3 Einfriedungen

Entlang der Grundstücksgrenzen, die zu den anliegenden öffentlichen Verkehrsflächen orientiert sind, sind Metall-Gitterzäune, Natursteinmauern, Holzzäune und/oder Hecken bis zu einer Höhe von 2,00 m zulässig.

Entlang der sonstigen Grundstücksgrenzen sind Metall-Gitterzäune, Natursteinmauern, Holzzäune und/oder Hecken bis zu einer Höhe von 1,20 m zulässig.

Einfriedungen aus Betonsteinelementen sind nicht zulässig.

II. HINWEISE

1 NIEDERSCHLAGSWASSER

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurden Bodenuntersuchungen durchgeführt, die aufgrund der vorzufindenden Bodenverhältnisse eine dezentrale Versickerung nicht empfehlen. Dementsprechend sind die anfallenden Niederschlagswasser der Privatgrundstücke in den Regenwasserkanal zu entwässern.

2 MÜLLABFUHR

Die Hausmüllgefäße dürfen bei den nicht direkt durch Müllfahrzeuge anfahrbaren Wohngebäuden im Allgemeinen Wohngebiet nur am Müllabfuhrtag und nur im Bereich des im Bebauungsplan mit **Mü** gekennzeichneten Standortes gestellt werden.

3 KAMPFMITTEL

Vor Beginn der Durchführung von Erschließungs- und Baumaßnahmen ist der Kampfmittelbeseitigungsdienst zu beteiligen.

4 DENKMALSCHUTZ

Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Nideggen, Zehnthofstr. 45, 52385 Nideggen, Tel.: 02425/9039-0, FAX: 02425/9039-199, unverzüglich zu melden. Die Anzeigepflicht entsteht nicht erst dann, wenn eindeutig geklärt ist, dass es sich um Zeugnisse der Geschichte (archäologische Bodendenkmäler) handelt. Es genügt vielmehr, dass dem Laien erkennbar ist, dass es sich um ein Bodendenkmal handeln könnte.

Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.

5 ALTLASTEN

Im Plangebiet des Bebauungsplans Nr. 99 befindet sich die Altlastenverdachtsfläche Nr. 5003/2024 "Altstandort Karosserie und Fahrzeugbau Hauptstraße 43". Alle Umnutzungen und Baumaßnahmen im Bereich der Altlasten-Verdachtsfläche sind der unteren Bodenschutzbehörde beim Umweltamt der Städteregion Aachen zur Stellungnahme vorzulegen.

6 BERGBAU

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 99 befindet sich innerhalb des bergrechtlichen Erlaubnisfeldes "Rheinland" der Wintershall Holding GmbH, Erdölwerke. Hierbei handelt es sich um eine öffentlich-rechtlich verliehene Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen.

7 GRUNDWASSERABSENKUNG DURCH DEN RHEINISCHEN BRAUNKOHLETAGEBAU

Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind.

Die Fläche liegt außerdem im Einflussbereich der Grundwasserabsenkung für den rheinischen Braunkohlenbergbau. Nach Beendigung der bergbaulichen Sumpfungsmaßnahme ist ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten.

Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen.

Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden.

8 ERDBEBENZONE

Das Plangebiet befindet sich gem. der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der BRD in der Erdbebenzone 3.

Die DIN 4149 (Fassung April 2005) zur Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland 1 : 350.000, Bundesland NRW (Juni 2006) ist zu beachten.

9 DIN-NORMEN EINSEHBARKEIT

Die in der Bebauungsplanurkunde erwähnten DIN-Normen können bei der Stadt Baesweiler, Planungsabteilung, Mariastraße 2, 52499 Baesweiler, während der Dienststunden eingesehen werden.

III. RECHTSGRUNDLAGEN

Für diesen Plan gelten folgende Vorschriften:

Baugesetzbuch (BauGB)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), in der zurzeit gültigen Fassung;

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), in der zurzeit gültigen Fassung;

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts

Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58); in der zurzeit gültigen Fassung;

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023), in der zurzeit gültigen Fassung;

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV. NRW. S. 256 / SGV. NRW. 232), in der zurzeit gültigen Fassung;

Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.2005 (GV. NRW. S.926) in der zurzeit gültigen Fassung.

Landschaftsgesetz NRW (LG-NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000 (GV. NRW S. 568), in der zurzeit gültigen Fassung

Vorlage für die Mitglieder des Stadtrates
(Sitzung am 05.07.2016/Punkt

8

der Tagesordnung)

Bebauungsplan Nr. 109 - Mozartstraße -, Stadtteil Loverich

1. **Auswertung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen**
2. **Beschluss des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 109 - Mozartstraße - als Satzung gemäß § 10 BauGB**

In seiner Sitzung am 26.04.2016 hat der Stadtrat beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 109 - Mozartstraße - aufzustellen. Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB zu dem o. a. Bauleitplan erfolgte in der Zeit vom 06.05.2016 bis 07.06.2016 und die Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit vom 06.05.2016 bis 07.06.2016.

1. **Auswertung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen:**

- 1.1 Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB wurden keine Stellungnahmen vorgebracht.
- 1.2 Im Rahmen der Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) BauGB wurde folgende Stellungnahme vorgebracht:

a) **StädteRegion Aachen mit Schreiben vom 02.06.2016:**

A 70 - Umweltamt

Bodenschutz und Altlasten:

Gegen den Bebauungsplan bestehen keine grundsätzlichen Bedenken.

Im LPF wird gesagt, dass die vorhandenen Böden laut Information des Geologischen Dienstes NRW (GD NRW) als schutzwürdig eingestuft sind. Laut Auskunftssystem BK 50 des GD NRW werden diese Böden jedoch wegen der hohen Funktionserfüllung bzgl. Regelungs- und Pufferfunktion und der natürlichen Bodenfruchtbarkeit als besonders schutzwürdig ausgewiesen.

Als Minderungsmaßnahmen werden im LPF genannt:

- Beschränkung der Flächenversiegelung auf das Mindestmaß
- Weitestgehende Verwendung wasserdurchlässiger Materialien bzw. weitfugige Pflasterverlegung
- Separate Abtragung und Lagerung von Oberboden gemäß DIN 18 915

Ich bitte, folgende Minderungsmaßnahmen in die Begründung und die textlichen Festsetzungen mit aufzunehmen:

- Schutz und Sicherung angrenzender Bereiche und Vegetationsbestände, die nicht zu befahren, zu betreten oder für die Lagerung von Baumaterialien zu nutzen sind
- Baubedingt beanspruchte Flächen sind unter Berücksichtigung der baulichen und gestalterischen Erfordernisse nach Beendigung der Baumaßnahme wieder herzustellen
- Der Boden ist während der Bauzeit durch schichtengerechte Lagerung zu sichern, Bodenverdichtungen sind auf ein Minimum zu begrenzen. Nach Beendigung der Arbeiten sind im Bereich von Vegetationsflächen die natürlichen Bodenfunktionen wieder zu aktivieren (Tiefenlockerung)
- Eine weitere Maßnahme zur Verringerung und zur Vermeidung der Beeinträchtigung der Bodenfunktionen ist der Schutz des Mutterbodens. In den textlichen Festsetzungen ist der Schutz des Mutterbodens zu berücksichtigen. Ich bitte daher folgende Formulierung aufzunehmen:
Der Mutterbodenschutz ist im § 202 BauGB verankert und mit der DIN 18915 werden genaue Anweisungen zum Umgang gegeben. Die sachgerechte Zwischenlagerung und der sachgerechte Wiedereinbau des Oberbodens sind zu gewährleisten.

Stellungnahme:

Die zuvor genannten Hinweise zum Schutz des Bodens werden in die Begründung sowie die textlichen Festsetzungen aufgenommen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 4) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die zuvor genannten Hinweise zum Schutz des Mutterbodens in die Begründung sowie die textlichen Festsetzungen aufzunehmen.

b) Wintershall Holding mit Schreiben vom 16.06.2016:

Der räumliche Geltungsbereich der o.g. Maßnahme befindet sich innerhalb des bergrechtlichen Erlaubnisfeldes „Rheinland“ der Wintershall Holding GmbH. Hierbei handelt es sich um eine öffentlich-rechtlich verliehene Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen.

Wir bitten Sie, nachrichtlich einen Hinweis auf das Erlaubnisfeld „Rheinland“ in die Begründung aufzunehmen.

Einschränkungen für die Durchführung der o.g. Maßnahme ergeben sich hierdurch nicht. Unsererseits sind in diesem Raum bisher keine bergbaulichen

Tätigkeiten erfolgt und zurzeit auch nicht geplant. Es bestehen keine Bedenken gegen die Durchführung der Maßnahme.

Stellungnahme:

Der Hinweis auf das bergrechtliche Erlaubnisfeld „Rheinland“ wird in die Begründung aufgenommen.

Beschluss:

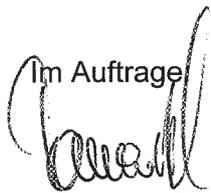
Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 4) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, den Hinweis auf das bergrechtliche Erlaubnisfeld „Rheinland“ in die Begründung aufzunehmen.

2. **Beschluss des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 109 - Mozartstraße - als Satzung gemäß § 10 BauGB:**

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 4) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 109 - Mozartstraße - mit der beigefügten Begründung als Satzung (Anlagen 1-3).

Im Auftrage

(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin



**BEGRÜNDUNG ZUM
BEBAUUNGSPLAN NR. 109
- Mozartstraße -
(nach § 13a BauGB)**

gemäß § 9 Abs.8 BauGB

Gliederung der Begründung

- 1. Rechtsgrundlagen**
- 2. Planvorgaben**
 - 2.1 Geltungsbereich**
 - 2.2 Regionalplan**
 - 2.3 FNP**
 - 2.4 Landschaftsplan**
 - 2.5 Bestehendes Planungsrecht**
- 3. Anlass und Ziel der Planung**
 - 3.1 Anlass und Ziel der Planung**
 - 3.2 Erschließung/Stellplätze**
- 4. Planinhalt**
 - 4.1 Art der Nutzung**
 - 4.2 Maß der Nutzung**
 - 4.3 Bauweise**
- 5. Belange von Natur und Landschaft**
 - 5.1 Schutz des Mutterbodens**
 - 5.2 Entwässerung**
- 6. Sonstige Planungsbelange**
 - 6.1 Altlasten**
 - 6.2 Hinweise**



**BEGRÜNDUNG ZUM
BEBAUUNGSPLAN NR. 109
- Mozartstraße -
(nach § 13a BauGB)**

gemäß § 9 Abs.8 BauGB

1. RECHTSGRUNDLAGEN DES BEBAUUNGSPLANES

- a) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. 1 S.2414) mit den jeweiligen Änderungen
- b) Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. 1 S. 132) mit den jeweiligen Änderungen
- c) Planzeichenverordnung 1990 (PlanzVO 90), Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S.58, BGBl. III 213-1-6) mit den jeweiligen Änderungen
- d) Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauONW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV.NRW, S.256) mit den jeweiligen Änderungen
- e) Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV. NW S.666) mit den jeweiligen Änderungen
- f) Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.2005 (GV. NRW. S.926) mit den jeweiligen Änderungen

Die Grundlage des Bebauungsplanverfahrens ist das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004. Seit Inkrafttreten der Änderung des BauGB im Dezember 2006 besteht die Möglichkeit, Bebauungspläne der Innenentwicklung im sogenannten „beschleunigten Verfahren“ nach § 13a BauGB durchzuführen. Da es sich bei dem Plangebiet um einen Bereich handelt, der der Wiedernutzbarmachung von Flächen sowie der Nachverdichtung oder anderen Maßnahmen der Innenentwicklung dient, darüber hinaus keine Beeinträchtigungen auf Umweltschutzgüter zu erwarten sind und die Obergrenze von 20.000 qm zulässiger Grundfläche innerhalb des Plangebietes nicht erreicht wird, sind hier die Voraussetzungen für das beschleunigte Verfahren gegeben. Diesbezüglich ist vorgesehen, den Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB Bebauungspläne der Innenentwicklung aufzustellen.

2. PLANVORGABEN

2.1 RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 109 - Mozartstraße - liegt zwischen der Puffendorfer Straße und dem Schubertweg im Stadtteil Loverich. Das Plangebiet umfasst die Parzelle Nr. 635 sowie Teilflächen der Parzelle Nr. 634, Flur 4, Gemarkung Puffendorf. Die Größe des Plangebietes beträgt ca. 3.325 qm (0,33 ha).

Die genaue räumliche Abgrenzung ist zeichnerisch festgesetzt.

2.2 REGIONALPLANPLAN

Im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen (GEP Region Aachen vom 10.06.2003) ist die Fläche des Änderungsbereiches als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich dargestellt.

2.3 FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

Das Plangebiet ist im rechtswirksamen Flächennutzungsplan (Rechtskraft 18.03.1976) der Stadt Baesweiler als "Dorfgebiet" dargestellt. Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind die verbindlichen Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Demnach wäre der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

2.4 LANDSCHAFTSPLAN

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt nicht im Geltungsbereich des Landschaftsplanes, so dass keine Vorgaben oder Beschränkungen zu erwarten sind.

2.5 BESTEHENDES PLANUNGSRECHT

Das Plangebiet liegt nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes.

3. ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG

3.1 ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG

Ziel und Zweck des Bebauungsplanes ist, die planungsrechtliche Voraussetzung für die Bereitstellung von Wohnraum für die Stadtteilbevölkerung Loverich zu schaffen.

Die Flächen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes liegen inmitten einer aufgelockerten Bebauung von Einfamilienhäusern.

Das Plangebiet stellt sich als unbebaute Fläche mit größtenteils ungenutztem Gartenland dar.

Unter Berücksichtigung der vorhandenen Infrastruktur ist es städtebaulich sinnvoll, eine behutsame Nachverdichtung für eine Wohnnutzung vorzunehmen.

Unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit kommt der Erschließung derartiger Innerstädtischen Flächen eine große Bedeutung zu, da so vorhandene Flächen sowie technische und soziale Infrastrukturen genutzt werden. Somit werden ökologisch wertvolle Freiflächen in den Randbereichen der Stadt geschont.

Vorgesehen ist ein MD - Dorfgebiet mit ca. 5 Einzel- und Doppelhäusern entsprechend der bereits vorhandenen Bebauungsstruktur.

3.2 ERSCHLIEßUNG/STELLPLÄTZE

Das Plangebiet soll über die bestehende Straße „Mozartstraße“ erschlossen werden.

Das Plangebiet wird daran anschließend über eine ca. 5,0m breite Stichstraße, die in einem Wendehammer mündet, erschlossen.

Für jede Wohneinheit sind mindestens 1,5 Stellplätze vorgesehen. Bei der Berechnung der gesamt erforderlichen Stellplätze ist die Zahl erforderlichenfalls nach oben aufzurunden. Damit wird sichergestellt, dass ausreichend Stellplätze für den ruhenden Verkehr in diesem Gebiet auf den privaten Grundstücken untergebracht werden. Im WA - allgemeinen Wohngebiet ist vor Garagen eine Vorstellfläche von mindestens 5,0m Tiefe einzuhalten. Dadurch soll sichergestellt werden, dass keine Behinderung des Verkehrs erfolgt.

4. PLANINHALT UND FESTSETZUNGEN

Art der baulichen Nutzung	
Art der Nutzung	MD
Maß der Nutzung	
Geschossigkeit	II
GRZ - Grundflächenzahl	0,4
Bauweise	
Einzel- und Doppelhäuser	E/D

4.1 ART DER NUTZUNG

Das Plangebiet wird als MD - Dorfgebiet - festgesetzt.

Dabei wird bestimmt, dass im Dorfgebiet die Viehhaltung auf max. 0,5 Großvieheinheiten je 250 qm Grundstücksfläche beschränkt wird. Aufgrund der geringen Grundstücksgröße wird die Haltung von Pferden, Rindvieh und Schweinen im Plangebiet ausgeschlossen, da sie ein hohes Geruchspotential aufweisen.

Die in dem als Dorfgebiet (MD) nach § 5 BauNVO festgesetzten Plangebiet sind gem. § 1 (6) BauNVO folgende Nutzungen nicht zulässig:

- Nr. 4 Betriebe zur Be- und Verarbeitung und Sammlung land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse,
- Nr. 5 Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- Nr. 6 sonstige Gewerbebetriebe,
- Nr. 7 Anlagen für Verwaltungen,
- Nr. 8 Gartenbaubetriebe und
- Nr. 9 Tankstellen.

Des Weiteren werden ausgeschlossen:

- Bordelle, Sexshops und bordellähnliche Betriebe
- Vergnügungsstätten, Wettbüros sowie Einrichtungen, in denen Glückspiel, Wetten, Sportwetten oder Lotterien angeboten werden

Zulässig sind jedoch sonstige nicht-störende Gewerbebetriebe.

4.2 MAß DER NUTZUNG

Für die ausgewiesenen Baugrundstücke wird eine GRZ von 0,4 festgesetzt. Das Maß der Nutzung entspricht der umliegenden Bebauung.

Die Größe der Wohnbaugrundstücke darf gem. § 9 (1) 3 BauGB bei Einzelhausbebauung 350 qm und bei Doppelhausbebauung 300 qm je Doppelhaushälfte nicht unterschreiten. Durch die Festlegung der Mindestgröße soll sichergestellt werden, dass bei einer Bebauung mit den üblichen Abmessungen ausreichend Raum für die Anordnung und Gestaltung der Freiflächen und Stellplätze bleibt.

4.3 BAUWEISE

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind in Anlehnung an die nähere Umgebung nur die offene Bauweise sowie Einzel- und Doppelhäuser zulässig.

5. BELANGE VON NATUR UND LANDSCHAFT

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt. Ein Umweltbericht nach § 2a BauGB ist innerhalb dieses Verfahrens somit nicht erforderlich. Gleichwohl werden die Auswirkungen auf die Umwelt im Rahmen einer Ersteinschätzung betrachtet und in den Abwägungsprozess eingestellt.

5.1 SCHUTZ DES BODENS

Folgende Maßnahmen im Hinblick auf den Schutz des Bodens sind zu beachten:

- Schutz und Sicherung angrenzender Bereiche und Vegetationsbestände, die nicht zu befahren, zu betreten oder für die Lagerung von Baumaterialien zu nutzen sind

- Baubedingt beanspruchte Flächen sind unter Berücksichtigung der baulichen und gestalterischen Erfordernisse nach Beendigung der Baumaßnahme wieder herzustellen
- Der Boden ist während der Bauzeit durch schichtengerechte Lagerung zu sichern, Bodenverdichtungen sind auf ein Minimum zu begrenzen. Nach Beendigung der Arbeiten sind im Bereich von Vegetationsflächen die natürlichen Bodenfunktionen wieder zu aktivieren (Tiefenlockerung)
- Der Mutterbodenschutz ist im § 202 BauGB verankert und mit der DIN 18915 werden genaue Anweisungen zum Umgang gegeben. Die sachgerechte Zwischenlagerung und der sachgerechte Wiedereinbau des Oberbodens sind zu gewährleisten.

5.2 ENTWÄSSERUNG

Die gutachterliche Bewertung hat ergeben, dass eine gezielte und vollständige Versickerung der auf den befestigten Flächen anfallenden Niederschlagswässer nicht erfolgen kann.

Der Ableitung der Niederschlagswässer erfolgt in den Mischwasserkanal.

6. SONSTIGE PLANUNGSBELANGE

Die sonstigen Planungsbelange wie z.B. Entwässerung, Umweltbelange o.ä. werden im Rahmen des Aufstellungsverfahrens umfassend erhoben und in die Planung eingestellt.

6.1 ALTLASTEN

Im Plangebiet sind keine Altlastenverdachtsflächen vorhanden.

6.2 HINWEISE

A.

Folgender Hinweis wird in den Bebauungsplan aufgenommen:

"Das Plangebiet befindet sich gem. der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der BRD in der Erdbebenzone 3 in geologischer Untergrundklasse T.

Gemäß der Technischen Baubestimmungen des Landes NRW ist bei der Planung und Bemessung üblicher Hochbauten die DIN 4149:2005-04 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten“ zu berücksichtigen.

Die DIN 4149:2005 (Fassung April 2005) zur Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland 1:350.000, Bundesland Nordrhein-Westfalen (Juni 2006) ist zu beachten."

B.

Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Nideggen, Zehnthofstr. 45, 52385 Nideggen, Tel.: 02425/9039-0, Fax: 02425/9039-199, unverzüglich zu melden. Die Anzeigepflicht entsteht nicht erst dann, wenn eindeutig geklärt ist, dass es sich um Zeugnisse der Geschichte (archäologische Bodendenkmäler) handelt. Es genügt vielmehr, dass dem Laien erkennbar ist, dass es sich um ein Bodendenkmal handeln könnte. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die

Weisungen des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten sind abzuwarten. (§§ 15, 16 DschG NW).

C.

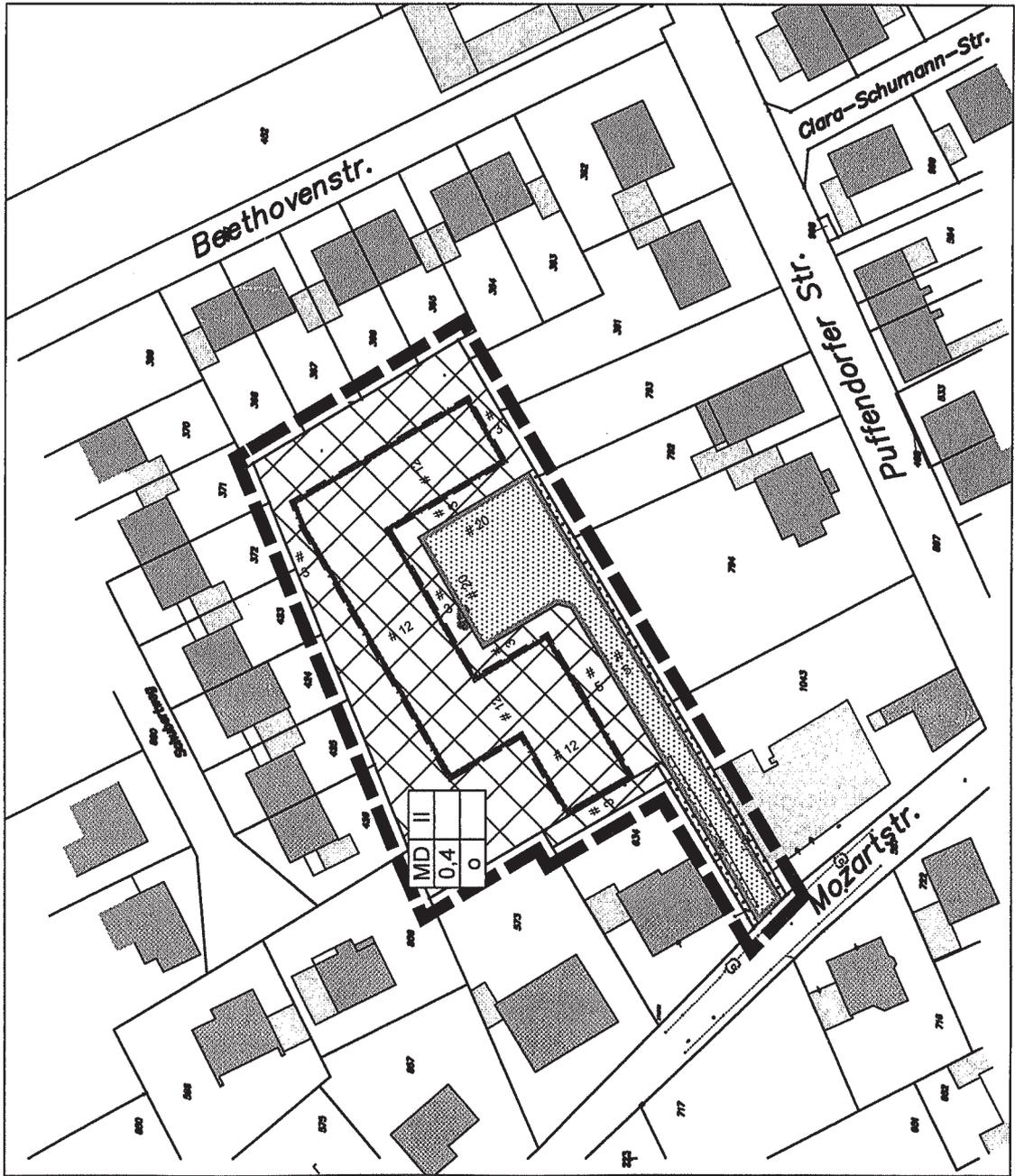
Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 109 befindet sich innerhalb des bergrechtlichen Erlaubnisfeldes „Rheinland“ der Wintershall Holding GmbH. Hierbei handelt es sich um eine öffentlich-rechtlich verliehene Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen.

Einschränkungen für eine Bebauung oder für Bauvorhaben ergeben sich hierdurch nicht.

Der Bürgermeister
Im Auftrag:

(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin

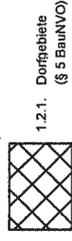
Bebauungsplan Nr. 109 - Mozartstraße -



Legende

Signaturen gemäß der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeicherverordnung 1990 - PlanZV 90)

1. Art der baulichen Nutzung (§ 5 Abs.2 Nr.1, § 9 Abs.1 Nr.1 des Baugesetzbuches -BauGB-, §§ 1 bis 11 der BauNutzungsverordnung -BauNVO-)



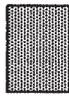
1.2.1. Dorfgebiete (§ 5 BauNVO)

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs.1 Nr.2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO)



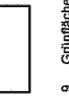
3.5. Baugrenze

6. Verkehrsflächen (§ 9 Abs.1 Nr.11 und Abs.6 BauGB)



6.1. Straßenverkehrsflächen

6.2. Straßenbegrenzungslinie



9. Grünflächen (§ 5 Abs.2 Nr.5 und Abs.4, § 9 Abs.1 Nr.15 und Abs.6 BauGB)



9. Grünflächen

15. Sonstige Planzeichen



15.13 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs.7 BauGB)

MD	II
0,4	
0	

MD = Dorfgebiet
II = Zahl der Vollgeschosse
0,4 = Grundflächenzahl
0 = offene Bauweise

Stadt Baesweiler- Bebauungsplan Nr. 109 - Mozartstraße -, Stadtteil Loverich**Textliche Festsetzungen:****A) Planungsrechtliche Festsetzungen**

gemäß Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit der Baunutzungsverordnung (BauNVO).

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB):

1.1 Dorfgebiet (MD)

1.2 In dem als Dorfgebiet (MD) nach § 5 BauNVO festgesetzten Plangebiet sind gem. § 1 (6) BauNVO folgende nach § 5 (2) BauNVO zulässigen Nutzungen nicht zulässig:

- Nr. 4 Betriebe zur Be- und Verarbeitung und Sammlung land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse,
- Nr. 5 Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- Nr. 6 sonstige Gewerbebetriebe,
- Nr. 7 Anlagen für Verwaltungen,
- Nr. 8 Gartenbaubetriebe und
- Nr. 9 Tankstellen.

Des Weiteren werden ausgeschlossen:

- Bordelle, Sexshops und bordellähnliche Betriebe
- Vergnügungsstätten, Wettbüros sowie Einrichtungen, in denen Glückspiel, Wetten, Sportwetten oder Lotterien angeboten werden

Zulässig sind jedoch sonstige nicht-störende Gewerbebetriebe.

Dabei wird bestimmt, dass im Dorfgebiet die Viehhaltung auf max. 0,5 Großvieheinheit je 250 qm Grundstücksfläche beschränkt wird. Aufgrund der geringen Grundstücksgröße wird die Haltung von Pferden, Rindvieh und Schweinen im Plangebiet ausgeschlossen, da sie ein hohes Geruchspotential aufweisen.

1.3 In dem als Dorfgebiet (MD) nach § 5 BauNVO festgesetzten Plangebiet sind gem. § 1 (6) BauNVO die gem. § 5 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Vergnügungsstätten nicht zulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB):

2.1 Die Größe der Wohnbaugrundstücke darf gem. § 9 (1) 3 BauGB bei Einzelhausbebauung 350 qm, bei Doppelhausbebauung 300 qm je Doppelhaushälfte nicht unterschreiten.

Die Wohnungsanzahl je Wohngebäude wird auf 2 Wohneinheiten beschränkt.

Die Zahl der Vollgeschosse beträgt maximal II.

2.2 Innerhalb des MD-Gebietes wird die Grundflächenzahl mit 0,4 als Höchstmaß festgesetzt, um eine zu starke Verdichtung im Plangebiet zu vermeiden.

Die Ausnahme nach § 19 (4) BauNVO bleibt zulässig.

2.3 Terrassen und Abgrabungen dürfen die Baugrenzen bis zu maximal 3,00 m überschreiten. Dabei darf die zulässige Grundflächenzahl nicht überschritten werden.

3. **Stellplätze, Carports und Garagen (§ 12 BauNVO):**

3.1 Je Wohneinheit sind mindestens 1,5 Stellplätze nachzuweisen. Bei der Berechnung der gesamt erforderlichen Stellplätze ist die Zahl erforderlichenfalls nach oben aufzurunden.

Garagenzufahrten werden nicht als notwendige Stellplätze angerechnet.

Garagen, Carports und Stellplätze sind innerhalb der überbaubaren Fläche zulässig. Garagen, Carports und Stellplätze sind auch in den seitlichen Abstandsflächen zulässig. Sie dürfen diese um bis zu 2,00 m sowohl vor, hinter und auch seitlich überschreiten.

Vor geschlossenen Garagen muss zwischen der Straßenbegrenzungslinie und dem Garagentor ein Stauraum von 5,00 m eingehalten werden.

3.2 Stellplätze und Carports sind auch in dem Bereich zwischen Straßenbegrenzungslinie und vorderer Baugrenze zulässig.

4. **Bauweise (§ 22 BauNVO):**

Für das MD-Gebiet wird die offene Bauweise gem. § 22 (2) BauNVO festgesetzt. Zulässig sind Einzel- und Doppelhäuser, Hausgruppen sind unzulässig.

5. **Nebenanlagen (§ 14 BauNVO):**

5.1 Zwischen Straßenbegrenzungslinie und vorderer Baugrenze (Vorgärten) sind außer Pergolen und Stellplätzen bzw. Carports gem. Ziffer 3.2, Nebenanlagen nach § 14 BauNVO nicht zulässig.

5.2 Darüber hinaus sind Nebenanlagen, die dem Nutzungszweck der in den Baugebieten gelegenen Grundstücke oder dem Baugebiete selbst dienen und seiner Eigenart nicht widersprechen, außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

Sie dürfen eine maximale Firsthöhe von 2,50 m und ein maximales Volumen von 40 cbm nicht überschreiten. Die Kubatur mehrerer Nebenanlagen wird addiert und darf 40 cbm nicht überschreiten.

6. **Höhenlage und Höhe der Gebäude (§ 9 (2) BauGB und §§ 16 und 18 BauNVO):**

6.1 Die Gebäude dürfen mit dem Fertigfußboden des Erdgeschosses maximal 0,50 m über Straßenniveau liegen.

Bezugspunkt ist der höchste Punkt des Grundstückes an der Straßenbegrenzungslinie.

Die Traufhöhe des Gebäudes mit einem Vollgeschoss wird mit maximal 4,00 m über Oberkante Fertigfußboden Erdgeschoss, die Traufhöhe des Gebäudes mit zwei Vollgeschossen wird mit 6,50 m über Oberkante Fertigfußboden festgesetzt.

Die Traufe wird definiert als der Schnittpunkt des aufgehenden Außenmauerwerkes mit der Dachhaut.

- 6.2 Die Firsthöhe der Gebäude wird mit maximal 9,00 m über Oberkante Fertigfußboden Erdgeschoss festgesetzt.

Der First wird definiert als höchster Punkt der Dacheindeckung.

B) Gestalterische Festsetzungen

gem. § 9 (4) BauGB i. V. m. § 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauONW).

1. Dächer:

- 1.1 Wohngebäude können mit geneigten Dächern oder Flachdach ausgeführt werden.

- 1.2 Die Dachneigung für Wohngebäude mit einem Vollgeschoss wird mit mindestens 23° und maximal 45° für Sattel-, Walm- und Zeltdächer vorgeschrieben. Die Dachneigung wird mit mindestens 15° für Pultdächer vorgeschrieben.

- 1.3 Die Dachneigung für Wohngebäude mit zwei Vollgeschossen wird mit maximal 25° festgesetzt.

- 1.4 Garagen und untergeordnete bauliche Anlagen i. S. des § 14 BauNVO dürfen mit Flachdach oder flachgeneigtem Dach errichtet werden.

Für untergeordnete Bauteile mit nicht mehr als 10 qm Grundfläche sind Flachdächer zulässig.

- 1.5 Aneinandergrenzende Gebäude sind erschließungsseitig in Firsthöhe, Traufhöhe und Dachneigung anzugleichen.

- 1.6 Für Wohngebäude mit einem Vollgeschoss gilt:

Die Summe der Ansichtsbreiten von Dachgauben, Dacheinschnitten (Loggien), Quergiebeln und Nebengiebeln etc. darf die Hälfte der Breite der zugehörigen Dachfläche nicht überschreiten.

Die Traufhöhe der Dachgauben, Quergiebel und Nebengiebel etc. wird mit maximal 2,60 m über Fertigfußboden des zugehörigen Geschosses festgesetzt.

Dachgauben und Dacheinschnitte müssen mindestens 2 Dachziegelreihen unter dem First des Hauptdaches einschneiden. Bei Satteldachgauben, Quer- und Nebengiebeln gilt dies für den First.

Die Firsthöhe von Quergiebeln, Nebengiebeln und Satteldachgauben wird mit max. 4,00 m über dem Fertigfußboden des zugehörigen Geschosses festgesetzt.

Der First wird definiert als höchster Punkt der Dacheindeckung.

Dachgauben in mehreren Ebenen des Daches sind nicht zulässig.

- 1.7 Für Wohngebäude mit zwei optischen Vollgeschossen sind Dachgauben, Dacheinschnitte (Loggien), Quergiebel und Nebengiebel nicht zulässig.

Zusätzlich sind Staffelgeschosse oberhalb des zweiten Vollgeschosses unzulässig.

2. **Dacheindeckung:**

Für die Dacheindeckung sind schwarze, anthrazitfarbene, dunkelgraue oder rote Dachziegel zulässig. Für Dachgauben und Anbauten sind auch Metalleindeckungen zulässig.

3. **Einfriedungen:**

3.1 Vorgärten dürfen nur mit bis zu 1,00 m hohen Hecken, hinter denen gleich hohe Maschendraht- oder ähnliche transparente Metallzäune stehen dürfen, eingefriedet werden.

3.2 Davon ausgenommen sind überwiegend nach Süden ausgerichtete Vorgärten. Hier sind bis zu 1,80 m hohe Hecken zulässig.

3.3 Im straßenraumwirksamen Bereich (Bereich zwischen Straßenbegrenzungslinie und vorderer Baugrenze) und entlang der gesamten Grenzen zu Nachbarn und angrenzenden Grünflächen oder landwirtschaftlichen Flächen, sind massive Zaunelemente nicht zulässig. Im Bereich der seitlichen Nachbargrenzen sind massive Zaunelemente insgesamt im Bereich der überbaubaren Flächen bis zu einer Länge von maximal 20 % der gesamten Grenzlänge zulässig.

4. **Niederschlagswasserbeseitigung:**

Die Entsorgung der anfallenden Niederschlagswasser der Dachflächen erfolgt über ein Mischsystem.

C) **Festsetzungen des landschaftspflegerischen Fachbeitrages**

gem: Baugesetzbuch (BauGB) § 9 (1) Nr. 5, 15, 20 und 25 sowie § 9 (1a).

Die genaue Zuordnung sowie der Umfang der ökologischen Ausgleichsmaßnahmen sind im landschaftspflegerischen Fachbeitrag zum Bebauungsplan Nr. 109 geregelt, der Bestandteil der Begründung des Bebauungsplanes ist.

Die Pflanzenlisten

des landschaftspflegerischen Fachbeitrags sind Bestandteil der textlichen Festsetzungen.

Schutz des Bodens

Folgende Maßnahmen im Hinblick auf den Schutz des Bodens sind zu beachten:

- Schutz und Sicherung angrenzender Bereiche und Vegetationsbestände, die nicht zu befahren, zu betreten oder für die Lagerung von Baumaterialien zu nutzen sind
- Baubedingt beanspruchte Flächen sind unter Berücksichtigung der baulichen und gestalterischen Erfordernisse nach Beendigung der Baumaßnahme wieder herzustellen
- Der Boden ist während der Bauzeit durch schichtengerechte Lagerung zu sichern, Bodenverdichtungen sind auf ein Minimum zu begrenzen. Nach

- Der Boden ist während der Bauzeit durch schichtengerechte Lagerung zu sichern, Bodenverdichtungen sind auf ein Minimum zu begrenzen. Nach Beendigung der Arbeiten sind im Bereich von Vegetationsflächen die natürlichen Bodenfunktionen wieder zu aktivieren (Tiefenlockerung)
- Der Mutterbodenschutz ist im § 202 BauGB verankert und mit der DIN 18915 werden genaue Anweisungen zum Umgang gegeben. Die sachgerechte Zwischenlagerung und der sachgerechte Wiedereinbau des Oberbodens sind zu gewährleisten.

D) **Festsetzungen der Artenschutzrechtlichen Prüfung**

Die artenschutzrechtliche Untersuchung ist Bestandteil des Bebauungsplanes.

E) **Hinweise**

1. **Denkmalpflege**

Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Nideggen, Zehnthofstr. 45, 52385 Nideggen, Tel.: 02425/9039-0, FAX: 02425/9039-199, unverzüglich zu melden. Die Anzeigepflicht entsteht nicht erst dann, wenn eindeutig geklärt ist, dass es sich um Zeugnisse der Geschichte (archäologische Bodendenkmäler) handelt. Es genügt vielmehr, dass dem Laien erkennbar ist, dass es sich um ein Bodendenkmal handeln könnte.

Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.

2. **Kampfmittelfreiheit**

Vor Beginn der Durchführung von Erschließungs- und Baumaßnahmen ist der Kampfmittelbeseitigungsdienst zu beteiligen.

3. **Erdbebenzone:**

Das Plangebiet befindet sich in der Erdbebenzone 3 mit der Untergrundklasse T.

4. **Grundwasserabsenkungen durch den rheinischen Braunkohletagebau/Grundwasserabsenkung durch den Steinkohlebergbau**

Der Bereich des Planungsgebietes ist (nach den Grundwasserdifferenzialplänen Stand Oktober 2011) von durch Sumpfungmaßnahmen des Braunkohlebergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen.

Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohletagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserabstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sumpfungmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten.

Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlebergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese

Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden.

5. DIN-Normen Einsehbarkeit

Die in der Bebauungsplanurkunde erwähnten DIN-Normen können bei der Stadt Baesweiler, Planungsabteilung, Mariastraße 2, 52499 Baesweiler, während der Dienststunden eingesehen werden.

Rechtsgrundlagen:

Baugesetzbuch (BauGB)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), in der zurzeit gültigen Fassung;

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), in der zurzeit gültigen Fassung;

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts

Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58); in der zurzeit gültigen Fassung;

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023), in der zurzeit gültigen Fassung;

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV. NRW. S. 256 / SGV. NRW. 232), in der zurzeit gültigen Fassung;

Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.2005 (GV. NRW. S.926) in der zurzeit gültigen Fassung;

Landschaftsgesetz NRW (LG-NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000 (GV. NRW S. 568), in der zurzeit gültigen Fassung

Vorlage für die Mitglieder des Stadtrates
(Sitzung am 05.07.2016/Punkt Q der Tagesordnung)

Bebauungsplan Nr. 110 - Am Klärwerk -, Stadtteil Setterich

1. **Auswertung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen**
2. **Beschluss des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 110 - Am Klärwerk - als Satzung gemäß § 10 BauGB**

In seiner Sitzung am 26.04.2016 hat der Stadtrat beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 110 - Am Klärwerk - aufzustellen. Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB zu dem o. a. Bauleitplan erfolgte in der Zeit vom 06.05.2016 bis 07.06.2016 und die Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit vom 06.05.2016 bis 07.06.2016.

1. **Auswertung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen:**

1.1 Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB wurden keine Stellungnahmen vorgebracht.

1.2 Im Rahmen der Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) BauGB wurde folgende Stellungnahme vorgebracht:

a) **RWE Power AG mit Schreiben vom 13.05.2016:**

Wir weisen darauf hin, dass die Bodenkarte des Landes Nordrhein-Westfalen, Blatt L5102 im gesamten Plangebiet Böden ausweist, die humoses Bodenmaterial enthalten.

Humose Böden sind empfindlich gegen Bodendruck und im Allgemeinen kaum tragfähig. Erfahrungsgemäß wechseln die Bodenschichten auf kurzer Distanz in ihrer Verbreitung und Mächtigkeit, so dass selbst bei einer gleichmäßigen Belastung diese Böden mit unterschiedlichen Setzungen reagieren können.

Das gesamte Plangebiet ist daher wegen der Baugrundverhältnisse gemäß § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als Fläche zu kennzeichnen, bei deren Bebauung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich sind.

Hier sind die Bauvorschriften des Eurocode „Geotechnik“ DIN EN 1997-1 mit nationalem Anhang, den Normblättern DIN 1054 „Baugrund - Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau - Ergänzende Regelungen“, der DIN 18196 „Erd- und Grundbau; Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke“ mit der Tabelle 4, die organische und organogene Böden als Baugrund ungeeignet einstuft, sowie die Bestimmungen der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zu beachten.

Stellungnahme:

Die Kennzeichnung des gesamten Plangebietes nach § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB wird in den Bebauungsplan aufgenommen. Der Hinweis auf die humosen Böden wird ebenfalls in den Bebauungsplan aufgenommen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 5) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Kennzeichnung des gesamten Plangebietes nach § 9 Abs. 5 Nr.1 BauGB sowie den Hinweis auf humose Böden in den Bebauungsplan aufzunehmen.

b) **Wintershall Holding mit Schreiben vom 16.06.2016:**

Der räumliche Geltungsbereich der o.g. Maßnahme befindet sich innerhalb des bergrechtlichen Erlaubnisfeldes „Rheinland“ der Wintershall Holding GmbH. Hierbei handelt es sich um eine öffentlich-rechtlich verliehene Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen.

Wir bitten Sie, nachrichtlich einen Hinweis auf das Erlaubnisfeld „Rheinland“ in die Begründung aufzunehmen.

Einschränkungen für die Durchführung der o.g. Maßnahme ergeben sich hierdurch nicht. Unsererseits sind in diesem Raum bisher keine bergbaulichen Tätigkeiten erfolgt und zurzeit auch nicht geplant. Es bestehen keine Bedenken gegen die Durchführung der Maßnahme.

Stellungnahme:

Der Hinweis auf das bergrechtliche Erlaubnisfeld „Rheinland“ wird in die Begründung aufgenommen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 5) beschließt der Stadtrat:

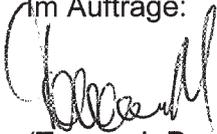
Der Stadtrat beschließt, den Hinweis auf das bergrechtliche Erlaubnisfeld „Rheinland“ in die Begründung aufzunehmen.

2. **Beschluss des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 110 - Am Klärwerk - als Satzung gemäß § 10 BauGB:**

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 5) beschließt der Stadtrat:

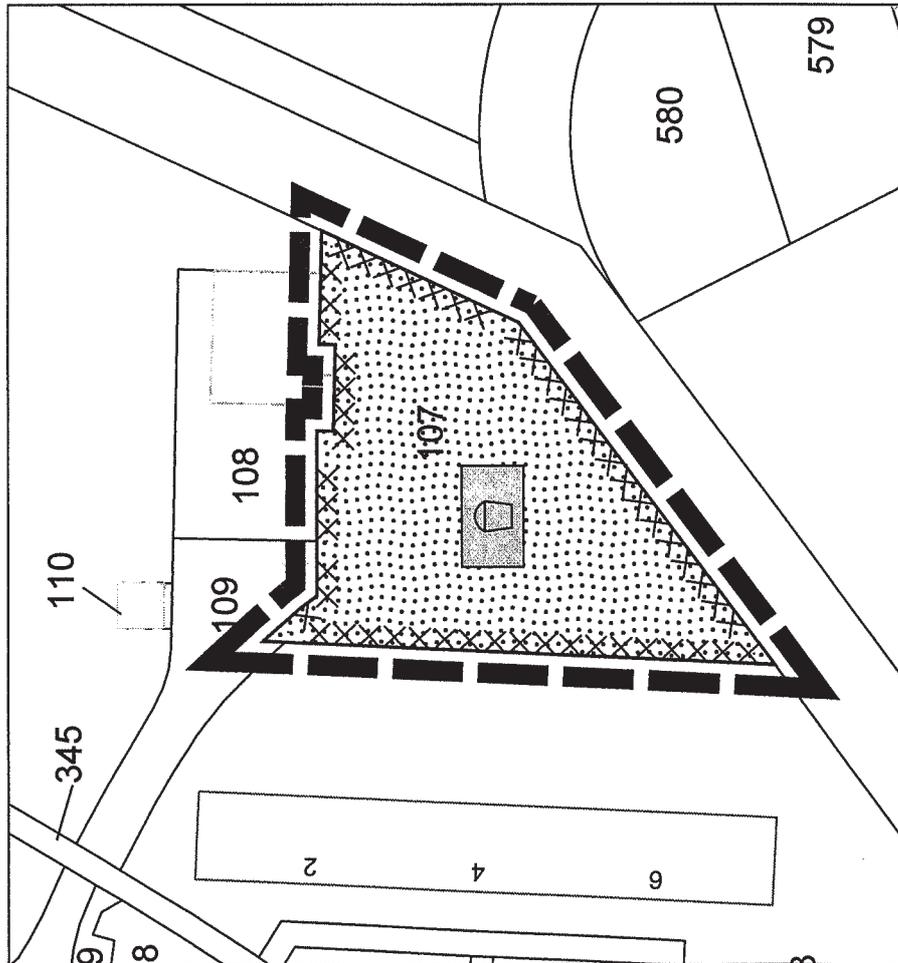
Der Stadtrat beschließt, den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 110 - Am Klärwerk - mit der beigefügten Begründung als Satzung zu beschließen (Anlagen 1 und 2).

Im Auftrage:



(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin

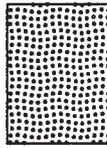
Bebauungsplan Nr. 110 - Am Klärwerk -



Legende

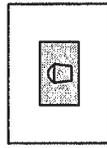
Signaturen gemäß der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90)

9. Grünflächen (§ 5 Abs.2 Nr.5 und Abs.4, § 9 Abs.1 Nr.15 und Abs.6 BauGB)



9. Öffentliche Grünflächen

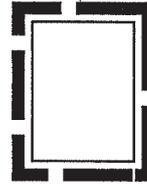
15. Sonstige Planzeichen



Spielplatz



15.11. Umgrenzung der Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen oder bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind Umgrenzung der Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind (§ 5 Abs.3 Nr.1 und Abs.4, § 9 Abs.5 Nr.1 und Abs.6 BauGB)



15.13. Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs.7 BauGB)



**BEGRÜNDUNG ZUM
BEBAUUNGSPLAN NR. 110
- Am Klärwerk -
(nach § 13a BauGB)**

gemäß § 9 Abs.8 BauGB

Gliederung der Begründung

- 1. Rechtsgrundlagen**
- 2. Planvorgaben**
 - 2.1 Geltungsbereich**
 - 2.2 Regionalplan**
 - 2.3 FNP**
 - 2.4 Landschaftsplan**
 - 2.5 Bestehendes Planungsrecht**
- 3. Anlass und Ziel der Planung**
 - 3.1 Anlass und Ziel der Planung**
- 4. Planinhalt**
 - 4.1 Art der Nutzung**
- 5. Belange von Natur und Landschaft**
- 6. Sonstige Planungsbelange**
 - 6.1 Altlasten**
 - 6.2 Hinweise**



**BEGRÜNDUNG ZUM
BEBAUUNGSPLAN NR. 110
- Am Klärwerk -
(nach § 13a BauGB)**

gemäß § 9 Abs.8 BauGB

1. RECHTSGRUNDLAGEN DES BEBAUUNGSPLANES

- a) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. 1 S.2414) mit den jeweiligen Änderungen
- b) Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. 1 S. 132) mit den jeweiligen Änderungen
- c) Planzeichenverordnung 1990 (PlanzVO 90), Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S.58, BGBl. III 213-1-6) mit den jeweiligen Änderungen
- d) Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauONW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV.NRW, S.256) mit den jeweiligen Änderungen
- e) Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV. NW S.666) mit den jeweiligen Änderungen
- f) Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.2005 (GV. NRW. S.926) mit den jeweiligen Änderungen

Die Grundlage des Bebauungsplanverfahrens ist das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004. Seit Inkrafttreten der Änderung des BauGB im Dezember 2006 besteht die Möglichkeit, Bebauungspläne der Innenentwicklung im sogenannten „beschleunigten Verfahren“ nach § 13a BauGB durchzuführen. Da es sich bei dem Plangebiet um einen Bereich handelt, der der Wiedernutzbarmachung von Flächen sowie der Nachverdichtung oder anderen Maßnahmen der Innenentwicklung dient, darüber hinaus keine Beeinträchtigungen auf Umweltschutzgüter zu erwarten sind und die Obergrenze von 20.000 qm zulässiger Grundfläche innerhalb des Plangebietes nicht erreicht wird, sind hier die Voraussetzungen für das beschleunigte Verfahren gegeben. Diesbezüglich ist vorgesehen, den Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB Bebauungspläne der Innenentwicklung aufzustellen.

2. PLANVORGABEN

2.1 RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 110 - Am Klärwerk - liegt an der Straße „ Am Klärwerk“ im Stadtteil Setterich. Das Plangebiet umfasst die Parzelle Nr. 107, Flur 11, Gemarkung Setterich. Die Größe des Plangebietes beträgt ca. 1.150 qm (0,11 ha).

Die genaue räumliche Abgrenzung ist zeichnerisch festgesetzt.

2.2 REGIONALPLANPLAN

Im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen (GEP Region Aachen vom 10.06.2003) ist die Fläche des Änderungsbereiches als allgemeine Siedlungsfläche dargestellt.

2.3 FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

Das Plangebiet ist im rechtswirksamen Flächennutzungsplan (Rechtskraft 18.03.1976) der Stadt Baesweiler als "Grünfläche mit Zweckbestimmung Spielplatz" dargestellt. Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind die verbindlichen Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Demnach wäre der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

2.4 LANDSCHAFTSPLAN

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt nicht im Geltungsbereich des Landschaftsplanes, so dass keine Vorgaben oder Beschränkungen zu erwarten sind.

2.5 BESTEHENDES PLANUNGSRECHT

Das Plangebiet liegt nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes.

3. ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG

3.1 ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG

Ziel und Zweck des Bebauungsplanes ist, die planungsrechtliche Festsetzung eines Spielplatzes in Setterich an der Straße „Am Klärwerk“.

Der in den 90er Jahren neu gestaltete Spielplatz soll den heutigen Bedürfnissen an einen Spielplatz angepasst und neu geordnet werden.

Die Neuordnung sieht u.a. die Anlage eines Ballspielplatzes mit 2 Toren sowie die Errichtung von Spielgeräten vor.

4. PLANINHALT UND FESTSETZUNGEN

4.1 ART DER NUTZUNG

Das Plangebiet wird als „Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielplatz“ festgesetzt.

5. BELANGE VON NATUR UND LANDSCHAFT

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt. Ein Umweltbericht nach § 2a BauGB ist innerhalb dieses Verfahrens somit nicht erforderlich. Gleichwohl werden die Auswirkungen auf die Umwelt im Rahmen einer Ersteinschätzung betrachtet und in den Abwägungsprozess eingestellt.

6. SONSTIGE PLANUNGSBELANGE

Die sonstigen Planungsbelange werden im Rahmen des Aufstellungsverfahrens umfassend erhoben und in die Planung eingestellt.

6.1 ALTLASTEN

Im Plangebiet sind keine Altlastenverdachtsflächen vorhanden.

6.2 HINWEISE

A.

Folgender Hinweis wird in den Bebauungsplan aufgenommen:

"Das Plangebiet befindet sich gem. der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der BRD in der Erdbebenzone 3 in geologischer Untergrundklasse T.

Gemäß der Technischen Baubestimmungen des Landes NRW ist bei der Planung und Bemessung üblicher Hochbauten die DIN 4149:2005-04 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten“ zu berücksichtigen.

Die DIN 4149:2005 (Fassung April 2005) zur Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland 1:350.000, Bundesland Nordrhein-Westfalen (Juni 2006) ist zu beachten."

B.

Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Nideggen, Zehnthofstr. 45, 52385 Nideggen, Tel.: 02425/9039-0, Fax: 02425/9039-199, unverzüglich zu melden. Die Anzeigepflicht entsteht nicht erst dann, wenn eindeutig geklärt ist, dass es sich um Zeugnisse der Geschichte (archäologische Bodendenkmäler) handelt. Es genügt vielmehr, dass dem Laien erkennbar ist, dass es sich um ein Bodendenkmal handeln könnte. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisungen des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten sind abzuwarten. (§§ 15, 16 DschG NW).

C.

Das gesamte Plangebiet wird wegen der Baugrundverhältnisse gemäß § 9 Abs. 5 Nr.1 BauGB als Fläche gekennzeichnet, bei deren Bebauung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich sind.

Hier sind die Bauvorschriften des Eurocode "Geotechnik" DIN EN 1997-1 mit nationalem Anhang, den Normblättern DIN 1054 "Baugrund - Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau - Ergänzende Regelungen", der DIN 18196 "Erd- und Grundbau; Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke" mit der Tabelle 4, die organische und organogene Böden als Baugrund ungeeignet einstuft, sowie die Bestimmung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen zu beachten.

D.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 110 befindet sich innerhalb des bergrechtlichen Erlaubnisfeldes „Rheinland“ der Wintershall Holding GmbH. Hierbei handelt es sich um eine öffentlich-rechtlich verliehene Berechtigung zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen.

Einschränkungen für eine Bebauung oder für Bauvorhaben ergeben sich hierdurch nicht.

Der Bürgermeister
Im Auftrag:

(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin

Vorlage für die Mitglieder des Stadtrates
(Sitzung am 05.07.2016/Punkt  **der Tagesordnung)**

Bebauungsplan Nr. 106 - Baesweiler Süd-West I -, Stadtteil Baesweiler

1. **Auswertung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen**
2. **Beschluss des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 106 - Baesweiler Süd-West I - als Satzung gemäß § 10 BauGB**

In seiner Sitzung am 03.02.2015 hat der Stadtrat beschlossen, den Bebauungsplan Nr. 106 - Baesweiler Süd-West I - aufzustellen. Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB zu dem o. a. Bauleitplan erfolgte in der Zeit vom 03.03.2016 bis 04.04.2016 und die Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) BauGB in der Zeit vom 03.03.2016 bis 04.04.2016.

1. **Auswertung der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (1) BauGB vorgebrachten Stellungnahmen:**
 - 1.1 Vor Offenlegung gem. § 3 (1) BauGB und der Behördenbeteiligung gem. § 4 (1) BauGB wurde folgende Stellungnahme vorgebracht:

Antrag der SPD Fraktion:

Mit Schreiben vom 27.05.2015 beantragte die SPD-Fraktion, dass im Bebauungsplan Nr. 106 festgeschrieben wird, dass ein Wohnraumanteil von mindestens 15% sozialer Wohnraumförderung unterliegt.

Stellungnahme:

Nach § 9 Abs. 1 Nr. 7 BauGB können im Bebauungsplan aus städtebaulichen Gründen Flächen festgesetzt werden, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude, die mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung gefördert werden könnten, errichtet werden dürfen. Dies bedeutet nach der Kommentierung (Ernst/Zinkahn/Bielenberg, § 9 BauGB, Rn. 76), dass die Wohngebäude die Voraussetzungen erfüllen müssen, die nach den einschlägigen Vorschriften der sozialen Wohnraumförderung verlangt werden. Als Festsetzung kommt eine Festsetzung in der Weise in Betracht, dass nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die die gebäudebezogenen

Anforderungen der sozialen Wohnungsförderung erfüllen. Die Festsetzung kann sich auch auf die teilweise Errichtung von Wohngebäuden beziehen. Rechtsfolge einer Festsetzung nach Nr. 7 ist, dass nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die die Anforderungen der entsprechenden gebäudebezogenen Fördervoraussetzungen erfüllen. Dies sind nach den aktuellen Wohnraumförderbestimmungen des Landes NRW, z.B. Anforderungen an städtebaul. Qualitäten, Barrierefreiheit, Wohnungsgrundrisse und Wohnfläche (jeweils bezogen auf die Anzahl der Zimmer).

Nr. 7 umfasst aber nicht die Verpflichtung des Grundstückseigentümers, Mittel der sozialen Wohnraumförderung in Anspruch zu nehmen, auch nicht, ein Angebot auf Förderung durch die für soziale Wohnraumförderung zuständige Stelle anzunehmen. Wohngebäude, die auf Flächen errichtet werden, für die Festsetzungen nach Nr. 7 getroffen sind, unterliegen den Bindungen nach dem Wohnraumförderungsgesetz nur, wenn Fördermittel in Anspruch genommen werden (so Ernst/Zinkahn/Bielenberg, a.a.O., Rn. 79).

Niemand kann also durch Festsetzung im B'plan gezwungen werden, mit Mitteln der Wohnraumförderung zu bauen. Angesichts der Zinslage und auch der Beschränkungen bei Inanspruchnahme der Wohnraumförderung (WBS, Mietpreisbindung etc.) wird sich jeder Grundstückseigentümer sicher genau überlegen, ob er die Förderung in Anspruch nehmen will. Dies gilt zumindest für einen Angebotsbebauungsplan, bei dem es viele verschiedene Grundstückseigentümer gibt.

Nach Auskunft der Stadt Aachen hat der Rat am 10.12.2014 mehrheitlich beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, bei Vorhaben des Wohnungsbaus, die im Rahmen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes umgesetzt werden, den Vorhabenträger vertraglich zu verpflichten, im Plangebiet öffentlich geförderten Wohnungsbau zu realisieren. Der Anteil des öffentlich geförderten Wohnungsbaus soll zwischen 20% und 40% am geplanten Vorhaben betragen. In der Regel wird ein Anteil von 30% angestrebt. Dieser relativ neue Beschluss modifiziert einen Beschluss aus 2000 (den sog. Quotenbeschluss) der verkürzt gesagt bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen eine Ausgleichsverpflichtung des Investors vorsah, 20% öffentlich geförderten Wohnungsbau zu schaffen oder einen Ausgleichsbetrag zu zahlen.

Daneben gibt es auch noch den sog. Baulandbeschluss für Plangebiete mit mind. 5.000 m² mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, bevorzugt B'Pläne zu erarbeiten, bei denen die Stadt mind. 25% der Grundstücke besitzt oder entsprechender Grunderwerb gesichert ist. Hier muss sich dann der Grundstückseigentümer vor Einleitung des Planverfahrens bereit erklären, der Stadt ein Kaufangebot über besagte 25% Bauland zum planungsunbeeinflussten Wert zu machen. Die Stadt leitet dann das Verfahren ein und kann dann natürlich auf ihrem Gebiet auch soz. Wohnungsbau fördern, was aber nicht im Bebauungsplan, sondern über städtebauliche Verträge abzusichern ist.

Das hier in der Stadt Baesweiler betroffene Plangebiet ist weder im Eigentum der Stadt noch in der Hand eines Vorhabenträgers, sodass sich das Aachener Verfahren mit entsprechenden vertraglichen Regelungen nicht realisieren lassen wird.

Da eine Festsetzung wie beantragt nicht umsetzbar ist, wird folgende Vorgehensweise vorgeschlagen:

- in Teilbereichen des Bebauungsplanes wird Geschosswohnungsbau festgesetzt, der die Fördervoraussetzungen des sozialen Wohnungsbaus erfüllt,
- für Bauflächenanteile, die der Stadt im Umlegungsverfahren zugeordnet werden, wird eine Zuteilung im Bereich des Geschosswohnungsbaus angestrebt. Für diese Fläche wird eine Selbstbindung bezgl. des sozialen Wohnungsbaus beschlossen, der beim Verkauf der Fläche vertraglich zu sichern ist.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

- 1.2 Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB wurde folgende Stellungnahme vorgebracht:

Ortslandwirte (Baesweiler/Oidtweiler):

Die Anbindung zwischen Kreisverkehr und Merberener Weg ist mit schweren landwirtschaftlichen Zügen kaum befahrbar. Hier sollten die Radien deutlich größer dimensioniert werden.

Im Bereich des Merberener Weges ist heute aufgrund parkender Fahrzeuge die Durchfahrbreite stark eingeengt. Im Rahmen der Planung sollte der Merberener Weg breiter ausgebaut und Parken so geordnet werden, dass er für landwirtschaftlichen Verkehr problemlos befahrbar ist.

Stellungnahme:

Die verkehrliche Anbindung zwischen dem geplanten Kreisverkehr und dem Merberener Weg wird im weiteren Verfahren an die erforderlichen Radien für landwirtschaftliche Fahrzeuge angepasst und somit den landwirtschaftlichen Belangen Rechnung getragen.

Im weiteren Verfahren wird die Planung für den Merberener Weg entsprechend neu geordnet und dimensioniert.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

1.3 Im Rahmen der Behördenbeteiligung gem. § 4 (1) BauGB wurden folgende Stellungnahmen vorgebracht:

a) **Landwirtschaftskammer mit Schreiben vom 17.09.2015:**

Es bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken, jedoch muss der Wirtschaftsweg Flur 4, Flurstück 386, weiterhin ausschließlich für den landwirtschaftlichen Verkehr freigehalten werden, d.h. die verkehrliche Erschließung der 7 südlich gelegenen Einzel-/Doppelhäuser darf nicht von diesem Weg aus erfolgen. Insbesondere stellen parkende Pkw auf Wirtschaftswegen nicht hinnehmbare Hindernisse für den landwirtschaftlichen Verkehr dar.

Außerdem ist für eine Einmündung des Wirtschaftsweges auf die B 57 zu sorgen, die ungehindertes Ein- und Abbiegen auch für überbreite Maschinen und Erntezüge (Tieflader oder Zugmaschine mit zwei Hängern) ermöglicht.

Es wird begrüßt, dass für die Übergangszeit bis zur weiteren Bebauung der Wirtschaftsweg, Flur 4, Flurstück 135, teilweise erhalten bleiben soll, damit alle Ackerflächen erreichbar bleiben.

Stellungnahme:

Der Merberener Weg erschließt bereits derzeit die dort vorhandenen Wohnhäuser, d.h., es kann nicht davon ausgegangen werden, dass er ausschließlich dem landwirtschaftlichen Verkehr dient.

Die Straße (Flur 4, Flurstück 386) soll im Zuge der Planung ausgebaut werden und als öffentliche Verkehrsfläche im Bebauungsplan festgesetzt werden. Dementsprechend wird im weiteren Verfahren die Planung für den Merberener Weg entsprechend neu geordnet und so dimensioniert, dass er für landwirtschaftlichen Verkehr befahrbar bleibt.

Die verkehrliche Anbindung zwischen dem geplanten Kreisverkehr und dem Merberener Weg wird an die erforderlichen Radien für landwirtschaftliche Fahrzeuge angepasst und somit den landwirtschaftlichen Belangen Rechnung getragen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

b) **Geologischer Dienst mit Schreiben vom 06.10.2015:**

In o.g. Planverfahren werden Aussagen zu den Themen Erdbebengefährdung sowie Fragen zur Tektonik unter dem Kapitel Schutzgut Boden im Umweltbericht abgefasst (siehe hierzu auch Punkt e) Bodenschutz und Altlasten).

Aus geowissenschaftlicher Sicht zählen diese Standortfaktoren jedoch nicht zu den Schutzgütern, sondern sind unter Kapitel Baugrund / Geologie / Tektonik

in den „Textlichen Festsetzungen“ abzufassen (vgl. Kennzeichnung nach § 9 (5) BauGB im Bebauungsplan.

Hinweis zur Erdbebengefährdung:

Gemäß der Technischen Baubestimmungen des Landes NRW ist bei der Planung und Bemessung üblicher Hochbauten die DIN 4149:2005-04 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten“ zu berücksichtigen.

Die Gemarkung Baesweiler ist nach der „Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland - Nordrhein-Westfalen, Untergrundklasse T zuzuordnen.

Stellungnahme:

Die Aussagen zu den Themen Erdbebengefährdung sowie Tektonik werden, wie zuvor beschrieben, unter dem Kapitel Baugrund / Geologie / Tektonik abgefasst (siehe hierzu auch Punkt e) Bodenschutz und Altlasten).

Das Stadtgebiet Baesweiler liegt in der Erdbebenzone 3.

Zur Klarstellung wird die Zuordnung der Erdbebenzone 3 um die Untergrundklasse T ergänzt.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

c) **RWE Power mit Schreiben vom 07.10.2015:**

Wir weisen darauf hin, dass die Bodenkarte des Landes Nordrhein-Westfalen, Blatt L5102 in einem Teil des Plangebietes Böden ausweist, die humoses Bodenmaterial enthalten.

Humose Böden sind empfindlich gegen Bodendruck und im Allgemeinen kaum tragfähig. Erfahrungsgemäß wechseln die Bodenschichten auf kurzer Distanz in ihrer Verbreitung und Mächtigkeit, so dass selbst bei einer gleichmäßigen Belastung die Böden mit unterschiedlichen Setzungen reagieren können. Dieser Teil des Plangebietes ist daher wegen der Baugrundverhältnisse gemäß § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB durch eine Umgrenzung entsprechend der Nr. 15.11 der Anlage zur Planzeichenverordnung als Fläche zu kennzeichnen, bei deren Bebauung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich sind.

Hier sind die Bauvorschriften der DIN 1054 „Baugrund - Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau“ und der DIN 18196 „Erd- und Grundbau; Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke“ sowie die Bestimmungen der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Stellungnahme:

Im weiteren Verfahren wird eine entsprechende Kennzeichnung in den Bebauungsplan aufgenommen.

Des Weiteren erfolgen Hinweise auf die zuvor genannten DIN-Normen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

d) **EBV mit Schreiben vom 08.10.2015:**

Der Geltungsbereich liegt innerhalb der EBV-Brechtsame Steinkohle.

Durch das Plangebiet läuft die Zone des vermuteten Ausbisses der geologischen Störung „Sandgewand“. Im Plan eingezeichnet sind, neben den angenommenen äußeren Begrenzungen der Störzone, die im Verlauf der Abbautätigkeit des Steinkohlebergwerks Emil Mayrisch dokumentierten Unstetigkeiten an der Tagesoberfläche. Es liegt nahe, dass diese durch die untertägige Störung verursacht worden sind. Bei einer Bebauung des Gebietes ist auf eine entsprechend sorgfältige Baugrunduntersuchung und gegebenenfalls hinreichende Sicherung der zu errichtenden Gebäude zu sorgen.

Stellungnahme:

Hinsichtlich der verlaufenden Sandgewandstörung wurde das Geotechnische Büro Düllmann am 03.12.2012 mit der Untersuchung und Durchführung von 18 Rammkernsondierungen beauftragt. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass aktive Störungen nicht wahrscheinlich sind. Die Sandgewandstörung verläuft zwar entlang des südwestlichen Stadtrandes, ist hier aber nicht mehr fortlebend. Erst ca. 1km südöstlich des Baugebietes ist sie in der Geol. Karte als aktiv gekennzeichnet. Auch morphologisch ist die Störung im Baugebiet nicht erkennbar, es sind parallel zur Störungsrichtung keine Versprünge in der Geländeoberfläche optisch vor Ort oder anhand der Höhenlinie der Deutschen Grundkarte zuerkennen. Der Geologische Dienst NRW schließt sich der Einschätzung des geotechnischen Büros Düllmann an.

Die Bebaubarkeit des untersuchten Gebietes ist nach den gutachterlichen Untersuchungen gegeben. Der Geologische Dienst NRW schließt sich der Einschätzung des geotechnischen Büros Düllmann an.

Bezüglich der Sandgewandstörung wird ein Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, einen Hinweis bezüglich Sandgewandstörung in den Bebauungsplan aufzunehmen.

e) **StädteRegion Aachen mit Schreiben vom 16.10.2015:**

A70 - Umweltamt

Allgemeiner Gewässerschutz:

Es bestehen keine Bedenken, wenn die nachfolgend aufgeführten Nebenbestimmungen eingehalten werden.

- Die anfallenden Schmutzwässer sind der öffentlichen Kanalisation zuzuleiten.
- Dauerhafte Hausdrainagen dürfen nicht betrieben werden. Keller und Gründungen müssen entsprechend der Grund- und Schichtenwasserverhältnisse geplant und ausgeführt werden. (Keine Kellergeschosse vorsehen oder Keller mit wasserdichter Wanne planen und ausführen).
- Es wird darauf hingewiesen, dass bei einer thermischen Nutzung (Wärmepumpen mit Sonden, Flächen- oder Spiralkollektoren und Ähnliches) des Erdbereiches oder des Grundwassers eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der Unteren Wasserbehörde zu beantragen ist.

Stellungnahme:

Die anfallenden Schmutzwässer werden der öffentlichen Kanalisation zugeleitet.

Dauerhafte Hausdrainagen dürfen nicht betrieben werden.

Keller und Gründungen sind entsprechend der Grund- und Schichtenwasserverhältnisse zu planen und auszuführen.

Der Hinweis, dass bei einer thermischen Nutzung (Wärmepumpen mit Sonden, Flächen- oder Spiralkollektoren und Ähnliches) des Erdbereiches oder des Grundwassers eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der Unteren Wasserbehörde zu beantragen ist, wird in den Bebauungsplan aufgenommen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

Bodenschutz und Altlasten:

Gegen den vorgelegten Bebauungsplan bestehen keine grundsätzlichen Bedenken.

Gemäß § 1 a (2) Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) und § 1 (1) des Landesbodenschutzgesetzes des Landes NRW (LBodSchG NRW) soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden. Dabei sind Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Das Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) nennt in § 1 das Ziel, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen. Außerdem sind laut LBodSchG NRW Böden, welche die Bodenfunktion nach § 2 (2) Nr. 1 und 2 des Bundesbodenschutzgesetzes im besonderen Maße erfüllen, besonders zu schützen.

Durch Rechtsverordnung festgelegte Bodenschutzgebiete für besonders schutzwürdige Böden (§ 12 Abs. 1 Satz c LBodSchG NRW) wurden im Gebiet der StädteRegion Aachen noch nicht ausgewiesen. Jedoch orientiert man sich zur Ausgrenzung von Flächen mit hoher Funktionserfüllung bundesweit an einer Bodenwertzahl (nach (Reichs-) Bodenschätzung) von 60, oberhalb der die Voraussetzung von § 12 Abs. 8 der BBodSchV angenommen wird.

Im Plangebiet befinden sich überwiegend leistungsfähige Ackerböden mit einer durchschnittlichen Bodenzahl von 70-90 (bester deutscher Boden hat eine Bodenzahl von 100). Der Geologische Dienst NRW weist in dem überplanten Gebiet überdies Böden aus, die besonders schutzwürdig sind. Die Schutzwürdigkeit ist in der Erfüllung der Regelungs- und Pufferfunktion und der natürlichen Fruchtbarkeit begründet.

Aufgrund der vorliegenden besonders schutzwürdigen Böden in großen Mengen (langfristig 20 ha Bebauungsfläche) ist die bodenkundliche Baubegleitung (BBB) der Erdarbeiten für die Erschließung der überplanten Fläche erforderlich. Das Erfordernis der BBB ist im Umweltbericht und in der Begründung zum Bebauungsplan aufzunehmen. Vor Beginn der Erschließungsmaßnahmen ist der Sachverständige für die bodenkundliche Baubegleitung dem Umweltamt der StädteRegion Aachen, Fachbereich 70.4 Altlasten-Bodenschutz, 52090 Aachen, schriftlich zu benennen (Alternativ per Mail an helge.landskron@staedteregion-aachen.de oder an angela.schneider@staedteregion-aachen.de). Außerdem ist die grundlegende Vorgehensweise sowie relevante Maßnahmen und deren Umsetzung sind in einem BBB-Konzept vorzulegen.

Die vom Sachverständigen vorgesehenen Maßnahmen sind frühzeitig vor Beginn der Erschließungsmaßnahmen mit dem Umweltamt der StädteRegion Aachen abzustimmen. Nach Beendigung der Erschließungsarbeiten ist dem Umweltamt ein Abschlussbericht des Sachverständigen vorzulegen.

Im beigefügten Umweltbericht werden folgende Maßnahmen zum Schutz des Bodens formuliert:

- Schutz und Sicherung angrenzender Bereiche und Vegetationsbestände, die nicht zu befahren, zu betreten oder für die Lagerung von Baumaterialien zu nutzen sind.
- Baubedingt beanspruchte Flächen sind nur unter Berücksichtigung der baulichen und gestalterischen Erfordernisse nach Beendigung der Baumaßnahme wieder herzustellen.

- Oberboden ist abzuschleppen und getrennt vom übrigen Bodenaushub zu lagern. Der Boden ist nach Möglichkeit vor Ort wieder zu verwenden.
- Der Boden ist während der Bauzeit durch schichtengerechte Lagerung zu sichern, Bodenverdichtungen sind auf ein Minimum zu begrenzen. Nach Beendigung der Arbeiten sind im Bereich von Vegetationsflächen die natürlichen Bodenfunktionen wieder zu aktivieren (Tiefenlockerung).
- Eine Kontamination von Boden und Wasser während des Baubetriebs ist durch entsprechende Maßnahmen zu vermeiden.

Eine weitere Maßnahme zur Verringerung und zur Vermeidung der Beeinträchtigung der Bodenfunktionen ist der Schutz des Mutterbodens. In den textlichen Festsetzungen ist der Schutz des Mutterbodens zu berücksichtigen. Ich bitte daher, die folgende Formulierung in den textlichen Festsetzungen aufzunehmen: Der Mutterbodenschutz ist im § 202 BauGB verankert und mit der DIN 18915 werden genaue Anweisungen zum Umgang gegeben. Die sachgerechte Zwischenlagerung und der sachgerechte Wiedereinbau des Oberbodens, der im Bebauungsplangebiet aus leistungsfähigem Ackerboden besteht, sind zu gewährleisten.

Neben Maßnahmen zur Verringerung und zur Vermeidung der Beeinträchtigung der Bodenfunktionen gibt es auch Maßnahmen zum Ausgleich. Diejenigen Bodenfunktionen, die durch den Eingriff beeinträchtigt werden, sollten durch geeignete bodenfunktionsbezogene Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden. Ich bitte die Stadt Baesweiler zu prüfen, ob nicht auch Ausgleichsmaßnahmen in Betracht kommen. Folgende Ausgleichsmaßnahmen kommen aus Sicht der StädteRegion Aachen in Betracht:

- Entsiegelung von Flächen an anderer Stelle im Stadtgebiet: Nach Rückbau der Versiegelung und Beseitigung der Schadenverdichtung ist eine 1 bis 2 m mächtige Rekultivierungsschicht aufzubringen.
- Rekultivierung von aufgegebenen Abbaustätten und Altablagerungen an andere Stelle im Stadtgebiet durch Auftrag einer Rekultivierungsschicht aus Oberboden.
- Überdecken von baulichen Anlagen, deren Beseitigung unverhältnismäßig wäre (zum Beispiel aufgegebene Straßen, ehemalige Garagenhöfe im Stadtgebiet).
- Aufbringen von Oberbodenmaterial zum Erosionsausgleich oder zur Verbesserung von Böden mit geringer Funktionserfüllung.

Gerade im vorliegenden Fall - vorhandener leistungsstarker Ackerboden in großer Menge - bietet sich der Ausgleich durch sachgemäßen Einbau an geeigneter Stelle als Kompensationsmaßnahme an. Ich bitte die Stadt Baesweiler, nach Abschluss der Maßnahme mitzuteilen, welche der oben genannten Ausgleichsmaßnahmen stattgefunden hat.

Stellungnahme:

Das Erfordernis einer bodenkundlichen Baubegleitung (BBB) für die Erschließungsmaßnahme wird im Umweltbericht und in der Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

Der Sachverständige für die BBB wird dem Umweltamt der StädteRegion Aachen, Fachbereich 70.4 Altlasten-Bodenschutz vor Beginn der Erschließungsmaßnahmen benannt.

Es wird ein entsprechendes BBB-Konzept erstellt und mit dem Umweltamt abgestimmt.

Nach Beendigung der Erschließungsarbeiten wird dem Umweltamt ein Abschlussbericht des Sachverständigen vorgelegt.

Eine textliche Festsetzung ist nicht erforderlich, da die gesetzlichen Bestimmungen grundsätzlich zu beachten sind.

Ein Hinweis zur Anweisungen zum Umgang nach DIN 18915 wird in den Bebauungsplan aufgenommen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

Natur und Landschaft:

Aus landschaftspflegerischer Sicht bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes keine grundsätzlichen Bedenken.

Eine endgültige Stellungnahme kann allerdings erst nach Vorlage des Landschaftspflegerischen Fachbeitrags und der Artenschutzuntersuchung - Stufe II - abgegeben werden.

Stellungnahme:

Der landschaftspflegerische Fachbeitrag und die Artenschutzuntersuchung Stufe 2 werden im Rahmen der Offenlage vorgelegt.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

A61 - Immobilienmanagement und Verkehr

Aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht bestehen gegen o. g. Vorhaben keine Bedenken.

Aus straßenbaurechtlicher Sicht bestehen Bedenken aus folgendem Grund:

Für die Umgestaltung der K 27 ist eine Verwaltungsvereinbarung abzuschließen. In diesem Zusammenhang ist die neue Gestaltung der Verkehrsflächen im Rahmen der Entwurfsplanung abzustimmen. Dies betrifft evtl. auch Auswirkungen in der K 27 über die Bebauungspiangrenzen hinaus.

Aus Sicht des Radverkehrsbeauftragten bestehen folgende Hinweise:

1. Die geringe Ablenkung der Kfz-Verkehr, die den Kreisverkehr von Süd nach Nord durchfahren, führt zu höheren Geschwindigkeiten und damit zur Gefährdung der Radfahrer. Die Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) weisen darauf hin, dass bei der Führung der Radfahrer auf der Kreisfahrbahn eine geschwindigkeitsdämpfende Ausbildung des Kreisverkehrs besonders wichtig ist.
2. Die hohe Verkehrsbelastung (gemäß Hochrechnung) aus den gelieferten Zähldaten ca. 17.000 Kfz/Tag) und die Führung des Radverkehrs auf Radwegen in den Anschlussstrecken spricht gemäß ERA gegen die Führung des Radverkehrs auf der Kreisfahrbahn und führt zu Attraktivitätseinbußen für den Radverkehr. Stattdessen soll eine Führung mit umlaufenden bevorrechtigten Radwegen geplant werden. Hierbei ist eine parallel kreisrunde Ausbildung der Radwegführung zu beachten.
3. Für zukünftige Anforderungen an den Knotenpunkt verbleibt wegen der engen räumlichen Verhältnisse so gut wie kein Gestaltungsspielraum.

Die Reduzierung des Kreisdurchmessers auf 26 m wird nicht befürwortet, weil dieser von den Buslinien 51 und 151 mit Gelenkbussen befahren wird.

Es wird befürwortet, dass der Radverkehr zukünftig zwischen dem Knoten Kapellenstraße und dem Knoten Alsdorfer Straße in südlicher Richtung auf der westlichen Fahrbahnseite geführt wird. Angesichts der hohen Verkehrsbelastung ist hierfür statt eines Schutzstreifens jedoch mindestens ein Radfahrstreifen in Regelbreite vorzusehen. Hierzu ist eine Verbreiterung der Fahrbahn erforderlich. Alternativ soll untersucht werden, ob der Radverkehr auch über die westlich parallel zur K 27 geplante Anliegerfahrbahn geführt werden kann. Diese müsste dann für die Radfahrer sowohl südlich an den Kreisverkehr auch nördlich in Richtung Knoten Kapellenstraße angeschlossen werden.

Für die zu verlegende Bushaltestelle Kloshaus schlägt der Gutachter die Anlage von Busbuchten vor. Stattdessen sollen Buskaps angelegt werden, um auf der östlichen Fahrbahnseite die Radfahrer verträglich am Haltestellenwartebereich vorbeiführen zu können und das Fällen der Straßenbäume zu vermeiden. In südlicher Fahrtrichtung soll die Breite des Radfahrstreifens auch im Haltestellenbereich zur Verfügung stehen. Die Bushaltestellen sollen in Fahrtrichtung jeweils hinter der geplanten Querungshilfe liegen.

Radfahrer, die im Knotenpunktsystem zwischen den Knoten 58 (K 27 in Höhe Schwarzer Weg) und 31 (bei Alt Merberen) fahren, werden an diesem Knoten in der Beziehung südliche Zufahrt K 27 - Merberener Weg geführt. Die Verlegung der Anbindung des Merberener Wegs führt zu einer umständlichen Wegeführung. Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese in der Praxis nicht angenommen wird und die Radfahrer den dargestellten Fußweg zwischen dem Merberener Weg und dem Kreisverkehr nutzen. Diese Wegebeziehung soll daher als vollwertige Anbindung für den Radverkehr verkehrssicher geplant werden.

Südlich des Kreisverkehrs schlägt der Gutachter eine Mittelinsel vor, um die in südlicher Richtung fahrenden Radfahrer auf den Zweirichtungsradweg auf der östlichen Seite zu führen.

Dies hat für den Radfahrer den Nachteil, dass sie den starken Verkehrsstrom auf der Fahrbahn nach Süden ohne Vorfahrtberechtigung queren müssen. Diese Lösung wird daher nicht befürwortet. Stattdessen soll die Überleitung auf den Zweirichtungsradweg bereits am Kreisverkehr erfolgen, wo der Radfahrer diesen vorfahrtberechtigt erreicht.

Stellungnahme:

Die Umgestaltung bzw. Neuplanung der Verkehrsflächen sowie die Führung des Radverkehrs werden im weiteren Verfahren mit A 61 - Immobilienmanagement und Verkehr abgestimmt und im Rahmen der Offenlage vorgelegt.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

f) **Wintershall Holding mit Mail vom 14.10.2015:**

Der räumliche Geltungsbereich der o.g. Maßnahme befindet sich innerhalb des bergrechtlichen Erlaubnisfeldes „Rheinland“ der Wintershall Holding GmbH. Hierbei handelt es sich um eine öffentlich-rechtlich verliehene Berechtigung zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen.

Wir bitten Sie, nachrichtlich einen entsprechenden Hinweis auf das Erlaubnisfeld in die Begründung aufzunehmen.

Einschränkungen für die Durchführung der o.g. Maßnahme ergeben sich hierdurch nicht. Unsererseits sind in diesem Raum keine bergbaulichen Tätigkeiten erfolgt und zurzeit auch nicht geplant. Es bestehen keine Bedenken gegen die Durchführung der Maßnahme.

Stellungnahme:

Der Hinweis auf das bergrechtlichen Erlaubnisfeldes „Rheinland“ wird in die Begründung aufgenommen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

g) **Bezirksregierung Arnberg mit Schreiben vom 12.10.2015:**

Das von Ihnen kenntlich gemachte Planungsgebiet liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Carl-Alexander I“, über den auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeldern „Rothe Erde I“, „Rothe Erde II“ und „Aldenhoven 11“. Ebenfalls wird das Plangebiet von dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Erlaubnisfeld „Rheinland“ (zu gewerblichen Zwecken) überdeckt. Ebenso liegt es über dem auf Erdwärme erteilten

Erlaubnisfeld „Zukunft“ (zu gewerblichen Zwecken). Eigentümerin des Bergwerksfeldes „Carl-Alexander I“ ist die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven. Eigentümerin der Bergwerksfelder „Rothe Erde I“, „Rothe Erde II“ und „Aldenhoven 11“ ist die RWE Power Aktiengesellschaft, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln. Inhaberin des Erlaubnis „Rheinland“ ist die Wintershall Holding GmbH. Inhaberin der Erlaubnis „Zukunft“ ist die EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Eine Erlaubnis gewährt das befristete Recht zur Aufsuchung des Bodenschatzes „Kohlenwasserstoffe“ innerhalb der festgelegten Feldesgrenzen. Unter dem Aufsuchen versteht man die Tätigkeiten zur Feststellung (Untersuchung) des Vorhandenseins und der Ausdehnung eines Bodenschatzes. Eine Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken dient lediglich dem Konkurrenzschutz und klärt in Form einer Lizenz nur grundsätzlich, welcher Unternehmer in diesem Gebiet Anträge auf Durchführung konkreter Aufsuchungsmaßnahmen stellen darf. Eine erteilte Erlaubnis gestattet noch keinerlei konkrete Maßnahmen, wie z.B. Untersuchungsbohrungen, sodass Umweltauswirkungen in diesem Stadium alleine aufgrund einer Erlaubnis nicht hervorgerufen werden können. Konkrete Aufsuchungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den Betriebsplanzulassungsverfahren, erlaubt, die ganz konkret das „Ob“ und „Wie“ regeln. Vor einer Genehmigungsentscheidung erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Beteiligung von ggf. betroffenen Privaten, Kommunen und Behörden. Des Weiteren werden ausführlich und gründlich alle öffentlichen Belange - insbesondere auch die des Gewässerschutzes - geprüft, gegebenenfalls in einem separaten wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren.

Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Myhler Straße 83 in 41836 Hückelhoven einzuholen.

Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb des Braunkohletagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sumpfungmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten. Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkungen als auch bei einem späteren Grundwasseranstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden.

Der Planbereich ist nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzpläne mit Stand: 01.10.2012 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides - Az. 61.42.63 - 2000 - 1) von durch Sumpfungmaßnahmen des Braunkohlebergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen.

Ich empfehle Ihnen, diesbezüglich eine Anfrage an die RWE Power AG, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln, sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6 in 50126 Bergheim, zu stellen.

Über mögliche zukünftige, betriebsplanmäßig noch nicht zugelassene bergbauliche Tätigkeiten ist hier nichts bekannt. Diesbezüglich empfehle ich Ihnen, ebenfalls die o.g. Eigentümer der bestehenden Bergbauberechtigungen an der Planungsmaßnahme zu beteiligen, falls dieses nicht bereits erfolgt ist.

Stellungnahme:

Der Stadtrat nimmt die Hinweise auf die Bergwerksfelder „Carl-Alexander I“, „Rothe Erde I“, „Rothe Erde II“ und „Aldenhoven 11“ sowie die Erlaubnisfelder „Rheinland“ und „Zukunft“ zur Kenntnis.

Die aufgeführten Eigentümer wurden im Verfahren beteiligt.

Die Hinweise auf den früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlebergbaus sowie den Braunkohletagebau werden in den Bebauungsplan aufgenommen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

h) **Wasserverband Eifel-Rur mit Schreiben vom 12.10.2015:**

Der Wasserverband Eifel-Rur kann dem Vorhaben zustimmen, wenn gesichert wird, dass bei Anschluss der zusätzlichen versiegelten Flächen die ordnungsgemäße Funktionsweise der beaufschlagten Sonderbauwerke gewährleistet wird.

Die Hochwassergefahrenkarte der Bezirksregierung Köln weist zwar für das Gereonsweiler Fließ so gut wie keine Überschwemmungsflächen aus, jedoch für das sich anschließende Beeckfließ. Aufgrund der zusätzlich versiegelten Flächen aus dem Baugebiet muss vermieden werden, dass es zu einem erhöhten Mischwasserabschlag des Regenüberlaufbeckens vor der Kläranlage Setterich kommt. Nach Aussage der Stadt Baesweiler kann dies nicht geschehen, da der relevante Bereich zum Regenrückhaltebecken Adenauerring entwässert, welches keine natürliche Vorflut zur Kläranlage Setterich hat. Die hier ankommenden Abwässer werden in einer definierten Menge, die nach oben begrenzt ist, mittels Pumpen in Richtung Kläranlage weitergeleitet.

Es muss gewährleistet werden, dass das geplante Vorhaben am Regenrückhaltebecken Adenauerring nicht zu einer unzulässigen Überstauhäufigkeit führt.

Stellungnahme:

Die schadensfreie weiterzuleitende Menge ist hydrodynamisch untersucht worden.

Es kann lediglich eine gedrosselte Abwassermenge in die bestehenden Kanäle der Peterstraße und der Straße Im Brühl geleitet werden, sodass Stauraumkanäle o.ä. mit abflussregulierenden Drosselorganen im Erweiterungsgebiet zu erstellen sind.

Somit ist eine Überflutungssicherheit unterhalb des Regenrückhaltebeckens gewährleistet.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

i) **ASEAG mit Mail vom 16.10.2015:**

Der Streckenzug Aachener Straße/Kloshaus (K27) wird von der ASEAG-Buslinien 51 und 151 in beiden Richtungen befahren. Auf dem Streckenabschnitt der Aachener Straße befinden sich die Bushaltestellen „Oidtweiler Kapelle“ (Fahrtrichtung Aachen) und „Kloshaus“ (beide Fahrtrichtungen).

Bei der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 106 - Baesweiler Süd-West I - sind alle drei Haltestellenstandorte für den ÖPNV weiterhin zu berücksichtigen. Die Haltestellen „Kloshaus“ sollten nördlich des geplanten Kreisverkehrsplatzes eingerichtet werden. Alle drei Haltestellen sollten auf 25 m Länge am Fahrbahnrand eingerichtet und barrierefrei ausgebaut werden. Die genaue Lage der Haltestellenstandorte sowie der barrierefreie Ausbau der Haltestellenbereiche sind im weiteren Verfahren mit der ASEAG abzustimmen.

Stellungnahme:

Die Lage der Haltestellen sowie der Ausbau werden im weiteren Verfahren durch das Verkehrsplanungsbüro geprüft und in die Planung einbezogen.

Die genaue Lage sowie der Ausbau werden im weiteren Verfahren mit der ASEAG abgestimmt.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

j) **Regionetz mit Schreiben vom 13.10.2015:**

Gegen den Bebauungsplan bestehen grundsätzlich keine Bedenken.

Zur Sicherstellung der Stromversorgung ist die Aufstellung einer Station erforderlich, wir bitten den von uns bevorzugten Platz entsprechend einzuplanen.

Bezüglich einer Erdgasversorgung des betroffenen Bereiches teilen wir Ihnen mit, dass eine Erweiterung des Netzes unter dem Vorbehalt einer positiven Wirtschaftlichkeit zum Zeitpunkt der Erschließung steht.

Wir weisen darauf hin, dass bestehende Versorgungs- und Anschlussleitungen entsprechend der Richtlinien zu sichern und die Mindestabstände einzuhalten sind. Außerdem machen wir darauf aufmerksam, dass entsprechend der Richtlinien bei geplanten Anpflanzungen von Baumgruppen im Trassenbereich von Versorgungsleitungen bzw. Kabel seitens des Veranlassers Schutzmaßnahmen erfolgen müssen und durch Anpassung der Straßenkappen entstehende Kosten vom Veranlasser im vollen Umfang zu tragen sind.

Stellungnahme:

Die Aufstellung einer Station zur Stromversorgung wird - wie beantragt - berücksichtigt und in den Rechtsplan aufgenommen.

Alle weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen und werden im Rahmen der Ausbauplanung berücksichtigt

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

1.4 Vor der Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) BauGB wurden keine Stellungnahmen vorgebracht.

1.5 Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB wurden folgende Stellungnahmen abgegeben:

k) **1. private Eingabe vom 31.03.2016:**

Gestalterische Festsetzungen: Fassaden/Außenwände

Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes Teilbereich WA 3.1, 4.1, 2.2, 6, 7, 8 und 9 sowie innerhalb des Mischgebietes (MI 1.1 - 1.3) sollten als Material für die Fassaden / Außenwände sowohl Ziegel als auch Putzflächen zugelassen werden.

Eine Beschränkung ausschließlich auf Ziegelfassaden würde bei modernen, wärme gedämmten Außenwänden mit Putzfassade zu unnötigen und erheblichen Mehrkosten führen, wenn als gestalterische Auflage zusätzlich die Errichtung einer Ziegelfassade gefordert würde. Hinzuweisen ist darauf, dass in dem unmittelbar gegenüber liegenden Siedlungsbereich der Alsdorfer Straße sowohl Ziegel- als auch Putzfassaden üblich sind.

Stellungnahme:

In unmittelbarer Nähe zu dem neu anzulegenden Kreisverkehrsplatz befinden sich zwei Gebäude mit modernen wärme gedämmten Putzfassaden. Diese sind in Teilen prägend.

Der Eingabe sollte daher gefolgt werden.

Die textlichen Festsetzungen werden wie folgt geändert:

Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes Teilbereich WA 3.1, 4.1, 2.2, 6, 7, 8 und 9 sowie innerhalb des Mischgebietes MI 1.1 bis 1.3 ist als Material für die Fassaden/Außenwände nur Ziegel oder Putz zulässig.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

l) **2. private Eingabe vom 05.04.2016/10.05.2016:**

Auch durch unsere Vor-Ort-Einsichtnahme bestätigte sich die in Ihrer Pressemitteilung erkennbare Absicht, durch die geplante - bis zu 13 Meter hohe und mehr oder weniger geschlossene - Reihe von Mehrfamilienhäusern (entlang der B 57) Immissionsschutz für die dahinter liegenden Wohngebäude zu erzielen. Dies würde wohl zwangsläufig zu einer erheblichen Immissionssteigerung auf der bereits bewohnten gegenüberliegenden Seite der B 57 - also für die Anwohner Am Lindchen - führen.

Dies ist für uns ohne Gegenmaßnahmen in keiner Weise hinnehmbar.

Daher bitten wir nachdrücklich darum, unseren Einwand/Widerspruch bei den weiteren Planungen zu berücksichtigen und die für Schutzmaßnahmen gegebenenfalls entstehenden Kosten verursachergerecht der Stadt Baesweiler als Planungsbehörde und den derzeitigen Flächenbesitzern als Nutznießern dieses Bebauungsplanes zuzuordnen.

Analog Ihrer Bebauungsplanung „An der Bergehalde“ (Bergmannsweg), wäre es da alternativ nicht sinnvoll, auch im o.g. Bebauungsplan die angedachten Mehrfamilienhäuser als westseitigen Abschluss der Bebauung und als Immissionsschutz gegenüber der jüngst neu ausgewiesenen Windradkonzentrationsfläche entsprechend einzuplanen.

Auf Grund des geplanten Kreisverkehrs besteht die Befürchtung, dass die Fahrzeuge zunächst abbremsen werden und dann im Anschluss an den Kreisverkehr jedoch wieder beschleunigen. Dies könne zu relevanten Immissionsanteilen oder -erhöhungen führen.

Die im Bebauungsplan innerhalb der Verkehrsfläche dargestellte Baumreihe kann zur Schallabschirmung dienen. Hier wurde um Klärung gebeten, ob eine Festsetzung diese Bepflanzung dauerhaft sichert.

Stellungnahme:

Entlang der Aachener Straße ist eine Zwei bis Dreigeschossigkeit festgesetzt. Ausnahmsweise dürfen auch Garagen und Gebäude zu Abstellzwecken mit geringerer Höhe (größer 3,0 m) errichtet werden. Somit können zwischen den Hauptgebäuden niedrigere Baukörper entstehen.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurde ein Gutachten erstellt, das auf Basis des vorliegenden Verkehrsgutachtens die Immissionsbelastungen im Plangebiet durch Straßenverkehrslärm (insbesondere durch den Verkehr auf der B57) prognostiziert.

In der vorliegenden Situation führt eine Bebauung auf der gegenüberliegenden Straßenseite grundsätzlich zu Reflexionen des Verkehrslärmes. Dies ist bei einer beidseitigen Bebauung entlang einer Straße unvermeidbar. Nach gutachterlicher Berechnung liegt die durch Reflexionen aus dem Plangebiet verursachte Pegelerhöhung deutlich unter 1 dB(A) und damit aus immissionsschutzrechtlicher Sicht in einer nicht relevanten Größenordnung, da Pegelunterschiede von weniger als 1 dB in der Regel durch den Menschen nicht wahrnehmbar sind. Diese Änderung ist somit als nicht wesentlich zu beurteilen und aus sachverständiger Sicht für die Betroffenen nicht wahrnehmbar.

Der vorgenannte Sachverhalt wurde an ungünstigster Stelle im Zusammenhang mit der Beurteilung des Kreisverkehrs bewertet und ist durch einen Vergleich der Isophonenkarten des Gutachtens anschaulich dargestellt. Das Planvorhaben hat demnach keinen relevanten Einfluss auf die Verkehrslärmsituation im Umfeld, weder durch außergewöhnliche Reflexionen noch durch die Verkehrsgenerierung.

Kosten für Immissionsschutzmaßnahmen im Umfeld entstehen durch die Planung nicht.

Für die westlich gelegenen Windkraftanlagen ist im Rahmen des Repowering die Aufstellung eines Bebauungsplans vorgesehen. In diesem Rahmen werden die Wohnbauflächen im Plangebiet des Bebauungsplans Nr. 106 - Baesweiler Süd-West I - Stadtteil Baesweiler berücksichtigt, so dass unzulässige Beeinträchtigungen der Wohnnutzung ausgeschlossen werden.

Im Rahmen des Verfahrens erfolgten Abstimmungen mit der StädteRegion. Im Zuge der Umsetzung der Planung soll die Ortsdurchfahrt auf den Punkt hinter dem Kreisverkehr ortsauswärts verlegt werden.

Die Emissionsberechnungen von Straßenverkehrsgeräuschen erfolgen nach RLS 90 (Richtlinie für den Lärmschutz an Straßen). Die Richtlinie befasst sich mit Lärmschutzmaßnahmen und mit Berechnungsverfahren zur quantitativen Darstellung der Lärmbelastung und ist bei Bauleitplanverfahren anzuwenden. Eine Berechnung von Beschleunigungsvorgängen ist nicht Bestandteil dieser Richtlinie.

In der Berechnung ist jeweils die auf dem zu untersuchenden Verkehrsweg zulässige Höchstgeschwindigkeit zu berücksichtigen. Eine geringere Geschwindigkeit und damit eine geringere Emission beim Beschleunigen oder Verlangsamten durch die Verkehrsführung (z. B. Kreisverkehr, Einfahrt, Kreuzung etc.) findet keine Berücksichtigung. Mit diesem worst-case-Ansatz wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Fahrzeuggeräusche bei angenommener Höchstgeschwindigkeit lauter sind, als Brems- oder Beschleunigungsvorgänge bei geringerer Geschwindigkeit.

Aus gutachterlicher Sicht ist gegenüber der jetzigen Situation (freie Strecke außerhalb des Ortsschildes) mit dem Neubau eines Kreisverkehrs insgesamt von einer Reduzierung der tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten und damit auch von einer Reduzierung der fahrzeugbezogenen Verkehrsgeräusche für die Anwohner „Am Lindchen“ auszugehen.

Im Bebauungsplan sind die bestehenden Solitärbäume westlich sowie die bestehende Baumhecke östlich der Aachener Straße bereits zum dauerhaften Erhalt festgesetzt. Des Weiteren ist festgesetzt, dass bei Verlust einzelner Bäume als Ersatz jeweils die gleiche Art zu pflanzen, zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten ist. Darüber hinaus befinden sich die Bäume und die Baumhecke innerhalb einer öffentlichen Verkehrsfläche und sind somit über die Selbstbindungspflicht der Stadt Baesweiler bzw. der StädteRegion Aachen gesichert.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

1.6 Im Rahmen der Behördenbeteiligung gem. § 4 (2) wurden folgende Stellungnahmen abgegeben:

m) **Wasserverband Eifel-Rur mit Schreiben vom 10.03.2016:**

Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 12.10.2015 unter dem Zeichen 4.02 Hop/NZ 12345:

Der Wasserverband Eifel-Rur kann dem Vorhaben zustimmen, wenn gesichert wird, dass bei Anschluss der zusätzlichen versiegelten Flächen die ordnungsgemäße Funktionsweise der beaufschlagten Sonderbauwerke gewährleistet wird.

Die Hochwassergefahrenkarte der Bezirksregierung Köln weist zwar für das Gereonsweiler Fließ so gut wie keine Überschwemmungsflächen aus, jedoch für das sich anschließende Beeckfließ. Aufgrund der zusätzlich versiegelten Flächen aus dem Baugebiet muss vermieden werden, dass es zu einem erhöhten Mischwasserabschlag des Regenüberlaufbeckens vor der Kläranlage Setterich kommt. Nach Aussage der Stadt Baesweiler kann dies nicht geschehen, da der relevante Bereich zum Regenrückhaltebecken Adenauerring entwässert, welches keine natürliche Vorflut zur Kläranlage Setterich hat. Die hier ankommenden Abwässer werden in einer definierten Menge, die nach oben begrenzt ist, mittels Pumpen in Richtung Kläranlage weitergeleitet.

Es muss gewährleistet werden, dass das geplante Vorhaben am Regenrückhaltebecken Adenauerring nicht zu einer unzulässigen Überstauhäufigkeit führt.

Stellungnahme:

Im Schreiben vom 12.10.2015 nimmt der Wasserverband Eifel-Rur Stellung zum Bebauungsplan Nr. 106 - Baesweiler Süd-West I. Demnach kann dem Vorhaben zugestimmt werden, wenn gesichert ist, dass bei Anschluss der zusätzlichen versiegelten Flächen die ordnungsgemäße Funktionsweise der beaufschlagten Sonderbauwerke gewährleistet ist.

Die schadensfreie weiterzuleitende Menge ist hydrodynamisch untersucht worden.

Es kann lediglich eine gedrosselte Abwassermenge in die bestehenden Kanäle der Peterstraße und der Straße Im Brühl geleitet werden, sodass Stauraumkanäle o.ä. mit abflussregulierenden Drosselorganen im Erweiterungsgebiet zu erstellen sind.

Somit ist die ordnungsgemäße Funktionsweise der beaufschlagten Sonderbauwerke gewährleistet.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

n) **Straßen NRW mit Schreiben vom 13.10.2015:**

Gegen die o.g. Bauleitplanung bestehen seitens der Straßenbauverwaltung grundsätzlich keine Bedenken, sofern die verkehrlichen Auswirkungen auf den Knoten B 57 / L 240 / K 27 nicht zu Ertüchtigungsmaßnahmen am Kreisverkehrsplatz führen.

Aus dem Bebauungsplan heraus bestehen gegenüber der Straßenbauverwaltung keine rechtlichen Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz durch Verkehrslärm der B 57 / L 240, auch künftig nicht. Dabei weise ich auch darauf hin, dass bei Hochbauten mit Lärmreflexionen zu rechnen ist. Eventuell notwendige Maßnahmen gehen zu Lasten der Stadt Baesweiler.

Im Bebauungsplan ist zeichnerisch und/oder textlich auf die Verkehrsemissionen (Staub, Lärm, Abgase, Sprühfahnen und Spritzwasser bei Nässe) der angrenzenden oder in der Nähe liegenden Straßen hinzuweisen (§ 9 Abs. Ziff. 24 BauGB). Notwendige Schutzmaßnahmen gehen allein zu Lasten der Kommunen / der Vorhabenträger und nicht zu Lasten der Straßenbauverwaltung.

Stellungnahme:

Die verkehrlichen Auswirkungen der geplanten Stadterweiterung auf das Plangebiet und die Umgebung wurden umfassend ermittelt und bewertet. Ein Verkehrsgutachten inklusive einer Machbarkeitsstudie zur Verkehrsanbindung Kloshaus / Aachener Straße hat die Auswirkungen der Planung für den 1. Bauabschnitt (Süd-West I) untersucht und enthält zusätzlich eine weitergehende verkehrliche Ersteinschätzung zur Verkehrsqualität des Anschlussknotenpunktes an der Aachener Straße (K 27) nach Umsetzung der vorgesehenen Bauabschnitte Süd-West II und III.

Im Ergebnis wurde für die künftigen Verkehrsanforderungen im Bereich der Kreuzung Aachener Straße, Kloshaus, Alsdorfer Straße und Merberener Weg ein Kreisverkehr vorgeschlagen. Für diesen Kreisverkehr ergibt sich in der nachmittäglichen Spitzenstunde die Qualitätsstufe B. In der morgendlichen Spitzenstunde liegt die Qualitätsstufe A (gute Verkehrsqualität) vor. Für das

Szenario der Bauabschnitte II und III ändern sich die Qualitätsstufen am Kreisverkehr nicht. Somit ergeben sich für alle Bauabschnitte an dem geplanten Kreisverkehr gute Ergebnisse.

Der Kreisverkehr Linnicher Straße B 57 / L 240 / Kloshaus K 27 ist mit vier zweistreifigen Zufahrten und einer zweistreifig befahrbaren Kreisfahrbahn ausgestattet. Zusätzlich ist in jeder Zufahrt ein Bypass für den jeweiligen Rechtsabbiegestrom vorhanden.

Nach dem derzeit gültigen Merkblatt für die Anlage von Kreisverkehren, Ausgabe 2006 von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) liegt die Kapazität von Kreisverkehren mit zweistreifig befahrbaren Elementen ohne Berücksichtigung von Bypassen bei 32.000 Kfz/24h.

Für den o.g. Kreisverkehr liegen Verkehrsdaten aus der Straßenverkehrszählung 2010 (SVZ 2010) sowie aus dem Verkehrsmodell Regie Aachen 2013 vor.

Unter der Annahme, dass die Bypässe des Kreisverkehrs jeweils 20 % - 25 % der Zufahrtsbelastung aufnehmen, ergibt sich für den Kreisverkehr eine Zuflusssumme von rund 27.000 bis 29.000 Kfz/24h. Durch die geplante Wohnbebauung für den Bauabschnitt Süd-West I werden zusätzlich ca. 500 Kfz/24h erzeugt. Selbst bei Abwicklung aller Verkehre direkt über den Kreisverkehr - d.h. ohne Rechtsabbieger - wird die Kapazität von 32.000 Kfz/24h nicht überschritten.

Demzufolge sind durch die Umsetzung der Planung keine negativen verkehrlichen Auswirkungen auf den Knotenpunkt B 57/ L 240/ K 27 zu erwarten.

Aufgrund der durch die angrenzende Aachener Straße verursachten Geräuschsituation wurde im Rahmen des Verfahrens eine schalltechnische Untersuchung erstellt.

Maßgeblich wird die Lärmsituation vom Straßenverkehr der Aachener Straße dominiert. Erhöhte Belastungen sind daher nur an den Gebäuden entlang der Aachener Straße zu erwarten. Die Größenordnung der Belastungen ist jedoch für einen innerstädtischen Bereich typisch und an verkehrsreichen Straßen nahezu unvermeidbar.

Zur Gewährleistung eines ausreichenden Schutzes der Innenräume vor Verkehrslärm werden für Gebäude entlang der Aachener Straße Festsetzungen zu passivem Schallschutz getroffen.

Darüber hinaus ist zum Schutz der Außenwohnbereiche dort im Erdgeschoss eine durchgehend geschlossene Bebauung zu errichten. Die Sicherung dessen erfolgt über entsprechende Festsetzungen im Bebauungsplan.

Sollte die Bebauung entlang der Aachener Straße später errichtet werden als die Bebauung in den inneren Bereichen des allgemeinen Wohngebietes, können Überschreitungen der Orientierungswerte der DIN 18005 für allgemeine Wohngebiete auftreten. Die Orientierungswerte der DIN 18005 stellen jedoch keine Planungsobergrenze dar, sondern eine in der Bauleitplanung überschreitbare Orientierungshilfe. Die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV werden an diesen Immissionsorten allerdings eingehalten. Gesunde Wohnverhältnisse sind daher auch weiterhin gewährleistet.

Auf die Verkehrslärmsituation in der Umgebung hat die geplante Stadterweiterung weder durch außergewöhnliche Reflexionen noch durch die Verkehrserhöhung relevante Auswirkungen.

Nach Umsetzung der oben beschriebenen Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen werden gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse gewährleistet.

Darüber hinausgehende relevante Verkehrsemissionen sind nicht ersichtlich.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

o) **NABU mit Mail vom 04.04.2016:**

Die stereotype Ansage „seit geraumer Zeit mit stetig steigender Nachfrage...“ kann die fortschreitende Versiegelung von landwirtschaftlichen Nutzflächen in Baesweiler nicht hinreichend begründen. Die Reviere der Tierarten in der Feldflur werden immer mehr eingeschränkt und der Gemeinde bleibt außer einer Halde keinerlei Erholungswert. Nicht nur streng geschützte Arten machen Natur aus.

Stellungnahme:

Zur Versiegelung von landwirtschaftlicher Fläche

Die Novelle des Städtebaurechts zur Stärkung der Innenentwicklung wurde 2013 beschlossen. Unter anderem wurde die Bodenschutzklausel kombiniert mit dem Ziel des Schutzes landwirtschaftlicher Flächen.

Um den beständig steigenden Bedarf an Wohnbauland im Stadtgebiet Baesweiler zu decken, ist es erforderlich, neue Flächen am Stadtrand in Anspruch zu nehmen. Die im Stadtgebiet vorhandenen Baulücken reichen bei weitem nicht aus, um den Bedarf an Wohnbauflächen zu decken. Daher muss neuer Wohnraum auf weiteren Flächen gedeckt werden. Die Stadt Baesweiler erachtet es als erforderlich, in angemessenem Maße auch Freiraum (landwirtschaftlich genutzte Flächen) als städtebaulich sinnvolle Arrondierung des Siedlungsgebietes für eine Wohnbauentwicklung in Anspruch zu nehmen.

Die Stadt Baesweiler ist aufgrund der o.g. Aspekte bestrebt, ein bedarfsgerechtes Angebot an Wohnbauflächen und Wohnraum vorzuhalten und somit eine nachhaltige und geordnete Stadtentwicklung sicherzustellen und zu fördern.

Zudem ist die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen in Bezug auf die konkrete, örtliche Situation zu betrachten und hat demzufolge ein unterschiedlich zu wertendes objektives Gewicht. In Großstädten eines Ballungsraumes wird die Gewichtung des Bodens aufgrund seiner Knappheit höher sein, als bei kleineren Städten mit angrenzendem Freiraum oder ländlichen Gemeinden.

Grundsätzlich können im Rahmen der Abwägung die Belange des Bodenschutzes zurückgestellt werden, wenn konkurrierenden und konfligierenden Belangen ein besonderes Gewicht zukommt. Im vorliegenden Fall steht das für die Stadt Baesweiler wichtige stadtplanungspolitische Ziel,

ein attraktives Wohnquartier zu schaffen, das die Wohnbedürfnisse im Stadtgebiet befriedigt, demgegenüber.

Angesichts der oben beschriebenen Aspekte wird der Sicherung des Wohnbedarfs in der Stadt Baesweiler der Vorrang gegeben und demzufolge sollen die Flächen im Plangebiet der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen und einer baulichen Nutzung zugeführt werden.

Gleichwohl ist zur Reduzierung der Bodenversiegelung eine Begrenzung der möglichen zu versiegelnden Flächen auf maximal 50% der Grundstückflächen festgesetzt.

Weiterhin würden geeignete bodenfunktionsbezogene Kompensationsmaßnahmen (z. B. Entsiegelung) in Betracht kommen. Die Stadt Baesweiler hat intensiv mögliche Flächen im Stadtgebiet, die für eine dementsprechende Maßnahme zur Verfügung stehen könnten, geprüft. Derzeit stehen jedoch keine geeigneten Flächen für eine bodenfunktionsbezogene Maßnahme in der notwendigen Größenordnung zur Verfügung.

Zum Erholungswert:

Um den Aufenthalts- und Erholungswert innerhalb des Plangebietes zu fördern ist neben der Durchgrünung des Plangebietes mit öffentlichen Grünflächen und Spielflächen die Schaffung ruhiger Wohnstraßen und eines Quartiersplatzes mit Aufenthaltsqualitäten vorgesehen.

Der entlang der nördlichen Plangebietsgrenze von der Aachener Straße in Richtung Westen verlaufende Fuß- und Radweg sowie die südlich und südwestlich vorhandenen Wirtschaftswege werden zudem in die Planung einbezogen und schaffen fuß- und radläufige Verbindungen aus dem Plangebiet in die angrenzende Umgebung und die Naherholungsräume. Dort dienen weitläufige landwirtschaftliche Flächen sowie im Norden der Carl Alexander Park der Erholung.

Zum Artenschutz:

Um zu klären, ob durch die spätere Umsetzung der Planung Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 BNatSchG (besonderer Artenschutz) ausgelöst werden könnten, wurde im Rahmen dieses Bauleitplanverfahrens eine artenschutzrechtliche Prüfung (ASP) Stufe I durchgeführt.

Zur Vermeidung einer Gefährdung von Entwicklungsstadien bzw. Jungtieren wildlebender Vogelarten im Zuge der Baufeldräumung (Rodung von Gehölzen, Räumung der Vegetation) sind geeignete Maßnahmen vorzusehen (Durchführung der Arbeiten außerhalb der Brutzeit, ggf. vorgezogene Kontrolle betroffener Bereiche auf Bruten). Ein entsprechender Hinweis wurde in die textlichen Festsetzungen aufgenommen.

Im Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfung ergeben sich unter Berücksichtigung der o.g. Vermeidungsmaßnahmen durch die Umsetzung der Planung keine Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Vorgaben gemäß § 44 BNatSchG.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

p) **EBV mit Schreiben vom 31.03.2016:**

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 24.02.2016 teilen wir Ihnen mit, dass der o.g. Bereich innerhalb unserer Berechtsame auf Steinkohle liegt.

Ungeachtet der genannten allgemeinen Baugrunduntersuchung vom 29.01.2013 weisen wir auf mögliche Beeinträchtigungen durch die geologische Störung „Sandgewand“ bzw. andere geologische oder bergbaubedingte Unstetigkeiten hin, deren genaue Verläufe innerhalb des Plangebietes zurzeit nicht lokalisierbar sind. Im Rahmen von Baugenehmigungen ist unserer Ansicht nach eine entsprechende lokale Untersuchung des Baugrundes zu empfehlen.

Darüber hinaus werden zum o.g. Bebauungsplan keine Bedenken erhoben.

Eine generelle Kennzeichnung nach § 9 (5) 2. BauGB ist nicht erforderlich.

Stellungnahme:

Die Stadtverwaltung hat ein Sachverständigenbüro mit der Beurteilung der heutigen Bewegungsaktivität der Störung mittels Sondierung beauftragt. Die innerhalb des Plangebietes verlaufende Sandgewandstörung ist nach Aussagen der vorliegenden Baugrunduntersuchung (Geotechnisches Büro, 29.01.2013) nicht aktiv. Die Bebaubarkeit ist damit hinsichtlich des Aspektes „bewegungsaktive Störungen“ gegeben.

Der Geologische Dienst NRW schließt sich der Einschätzung des Gutachters an.

Bezüglich der Sandgewandstörung wurde bereits zur öffentlichen Auslegung ein Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen.

Vorsorglich ist zudem ein Hinweis für den jeweiligen Bauherrn hinsichtlich der Baugrunduntersuchung sowie der Auslegung der Gebäudefundamente aufgenommen, entsprechende geologische sowie baustatische und architektonische Expertise einzuholen und zu berücksichtigen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

q) **StädteRegion Aachen mit Schreiben vom 30.03.2016:**

Gegen das vorgelegte Verfahren bestehen seitens der StädteRegion Aachen keine Bedenken, sofern nachfolgende Anregungen und Hinweise beachtet werden.

A 70 - Umweltamt

Immissionsschutz:

Es bestehen keine Bedenken.

Auf meine nachfolgende Stellungnahme zur 73. Änderung des Flächennutzungsplanes vom 10.03.2015 wird verwiesen:

Ziel und Zweck der Flächennutzungsplanänderung ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Versorgung der Stadtteilbevölkerung mit ausreichendem Wohnraum. Für den Geltungsbereich soll eine Fläche als WA- Allgemeines Wohngebiet - sowie öffentliche Grünflächen festgesetzt werden.

Hiergegen werden aus Sicht des vorbeugenden Immissionsschutzes keine Bedenken erhoben, sofern für den westlich gelegenen bestehenden Windkraftanlagen keine Einschränkungen der Betriebsweise hervorgerufen werden. Diesbezüglich verweise ich auf meine Stellungnahme vom 28.08.2013.

Hinweisen möchte ich darauf, dass im Rahmen von Repowering-Maßnahmen heutzutage Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von 200 m errichtet werden. Aufgrund des Planvorhabens ist nicht auszuschließen, dass eine optimale Ausnutzung der vorhandenen Konzentrationszone nicht mehr möglich werden könnte.

Stellungnahme:

Für die westlich gelegenen Windkraftanlagen ist im Rahmen des Repowering die Aufstellung eines Bebauungsplans vorgesehen, dessen Geltungsbereich die geplante 73. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie der damit verbundenen Bebauungspläne berücksichtigen wird, so dass keine Einschränkungen für den Betrieb der Anlagen zu erwarten sind.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

Bodenschutz und Altlasten:

Meine nachfolgende Stellungnahme vom 10.03.2015 bleibt unverändert bestehen:

Gemäß Umweltbericht befinden sich im Plangebiet besonders schutzwürdige Böden. Die besondere Schutzwürdigkeit resultiert aus hoher Regelungs- und Pufferfunktion und der damit verbundenen natürlichen Bodenfruchtbarkeit der vorhandenen Böden. Die Umweltauswirkungen, die die 73. Flächennutzungsplanänderung auf dem Boden hat, sind erheblich.

Laut Umweltbericht sollen die Art und Weise der Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verringerung, zum Ausgleich und zur Kompensation im

Bebauungsplanverfahren festgelegt werden. Daher bestehen keine Bedenken gegen die 73. Flächennutzungsplanänderung.

In Hinblick auf den noch zu erstellenden Bebauungsplan möchte ich bereits an dieser Stelle auf den Leitfaden der Länderarbeitsgemeinschaft Bodenschutz - LABO - „Bodenschutz in der Umweltprüfung nach BauGB“, herausgegeben Januar 2009, hinweisen. Innerhalb des Leitfadens werden Möglichkeiten zur Vermeidung und Verringerung nachteiliger Beeinträchtigungen des Bodens sowie deren Kompensation gemacht.

Stellungnahme:

Um den beständig steigenden Bedarf an Wohnbauland, wie oben dargelegt, im Stadtgebiet Baesweiler zu decken, ist es erforderlich, neue Flächen am Stadtrand in Anspruch zu nehmen. Die im Stadtgebiet vorhandenen Baulücken reichen bei weitem nicht aus, um den Bedarf an Wohnbauflächen zu decken. Daher muss neuer Wohnraum auf weiteren Flächen gedeckt werden. Die Stadt Baesweiler erachtet es als erforderlich, in angemessenem Maße auch Freiraum (landwirtschaftlich genutzte Flächen) als städtebaulich sinnvolle Arrondierung des Siedlungsgebietes für eine Wohnbauentwicklung in Anspruch zu nehmen.

Der Standort bietet eine ruhige Wohnlage angrenzend an die freie Landschaft mit guter Anbindung an das Zentrum Baesweilers mit seinen Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen sowie an überörtliche Verkehrsverbindungen. Diese Konzeption entspricht den planerischen Zielsetzungen der Stadt Baesweiler im Hinblick auf die Bereitstellung von Wohnbauflächen für unterschiedliche Zielgruppen in diesem Siedlungsteil und ist geeignet, eine bedarfsgerechte Wohnbauentwicklung voranzutreiben.

Die Stadt Baesweiler ist aufgrund der o.g. Aspekte bestrebt, ein bedarfsgerechtes Angebot an Wohnbauflächen und Wohnraum vorzuhalten und somit eine nachhaltige und geordnete Stadtentwicklung sicherzustellen und zu fördern.

Zudem ist die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen in Bezug auf die konkrete, örtliche Situation zu betrachten und hat demzufolge ein unterschiedlich zu wertendes objektives Gewicht. In Großstädten eines Ballungsraumes wird die Gewichtung des Bodens aufgrund seiner Knappheit höher sein, als bei kleineren Städten mit angrenzendem Freiraum oder ländlichen Gemeinden.

Grundsätzlich können im Rahmen der Abwägung die Belange des Bodenschutzes zurückgestellt werden, wenn konkurrierenden und konfligierenden Belangen ein besonderes Gewicht zukommt. Im vorliegenden Fall steht das für die Stadt Baesweiler wichtige stadtplanungspolitische Ziel, ein attraktives Wohnquartier zu schaffen, das die Wohnbedürfnisse im Stadtgebiet befriedigt, demgegenüber.

Angesichts der oben beschriebenen Aspekte wird der Sicherung des Wohnbedarfs in der Stadt Baesweiler der Vorrang gegeben und demzufolge sollen die Flächen im Plangebiet der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen und einer baulichen Nutzung zugeführt werden.

Gleichwohl ist zur Reduzierung der Bodenversiegelung eine Begrenzung der möglichen zu versiegelnden Flächen durch bauliche Anlagen, Garagen, Stellplätze und ihre Zufahrten, Nebenanlagen etc. auf maximal 50% der Grundstückflächen festgesetzt.

Weiterhin würden geeignete bodenfunktionsbezogene Kompensationsmaßnahmen in Betracht kommen. Die Stadt Baesweiler hat intensiv mögliche Flächen im Stadtgebiet, die für eine dementsprechende Maßnahme zur Verfügung stehen könnten, geprüft. Derzeit stehen jedoch keine geeigneten Flächen für eine bodenfunktionsbezogene Maßnahme in der notwendigen Größenordnung zur Verfügung.

Um den Eingriff zu mindern, erfolgt zum Schutz des Bodens im Zuge der Erschließungsplanung eine bodenkundliche Baubegleitung (BBB). Eine BBB dient dazu, eine Beschädigung des Bodens zu verhindern und dessen Fruchtbarkeit zu erhalten. In dem BBB-Konzept werden die grundlegende Vorgehensweise sowie relevante Maßnahmen und deren Umsetzung dargelegt und mit den zuständigen Behörden abgestimmt.

Im Rahmen der Umsetzung der Planung sind darüber hinaus entsprechende Maßnahmen zum Schutz des Mutterbodens gemäß § 202 BauGB zu gewährleisten und die Anweisungen der DIN 18915 zu beachten.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

Natur und Landschaft:

Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen aus landschaftspflegerischer Sicht unter folgenden Voraussetzungen keine Bedenken:

- Für die Kompensationsflächen 1-5 innerhalb des Plangebietes werden in der ökologischen Bilanzierung des Umweltberichtes 17 Punkte/m² in Ansatz gebracht. Für die großflächigeren Kompensationsflächen 1, 2 und 5 dürfen maximal 15 Punkte/m² in Ansatz gebracht werden. Für die kleinflächigeren Kompensationsflächen 3 und 5 dürfen maximal 13 Punkte/m² in Ansatz gebracht werden.
Gemäß dem angewandten Sporbeck/Ludwig-Verfahren werden für eine Hecken- oder Gebüschfläche 17 ÖW/m² nur dann in Ansatz gebracht, wenn der Biotoptyp in der aus landschaftsökologischer Sicht vollständig ausgereiften beinahe unbeeinträchtigten Ausformung vorliegt, wie dies beispielsweise bei großen, freiwachsenden Landschaftshecken der Fall sein kann. Die langjährige Erfahrung mit Kompensationsflächen innerhalb oder am Rande von Bebauungen zeigt, dass diese zahlreichen Beeinträchtigungen unterliegen (u.a. Müll- und Grünschnittablagerungen, zu intensive Pflege, spätere Einkürzung bzw. Fällung von Gehölzen, Lärmbeeinträchtigungen, Lichtemissionen). Für einen Ortstermin, in dessen Rahmen im Stadtgebiet von Baesweiler gelegene „Negativbeispiele“ in Bezug auf die Naturnähe siedlungsnaher Gehölzflächen erörtert werden können, steht ein Mitarbeiter meiner Unteren Landschaftsbehörde gerne zur Verfügung.
- Auch für die kleinflächigere, externe Kompensationsfläche 6 dürfen maximal 13 Punkte/m² in Ansatz gebracht werden.

- Die externe Kompensationsfläche in der Gemarkung Puffendorf dient größtenteils bereits der Kompensation anderer Eingriffe im Stadtgebiet. Gemäß den mir vorliegenden Unterlagen kann hier nur noch eine Fläche von maximal 1.800 m² diesem Eingriff zugeordnet werden.

Stellungnahme:

Nach der öffentlichen Auslegung wurden die Ansätze der ökologischen Bilanzierung sowie die vorgesehenen externen Kompensationsflächen ausführlich mit der Unteren Landschaftsbehörde erörtert.

Mit der zum Satzungsbeschluss vorliegenden ökologischen Bilanzierung steht ein endabgestimmtes Ergebnis zur Verfügung.

Details zu den externen Ausgleichsmaßnahmen werden im Rahmen der Ausführungsplanung mit der Unteren Landschaftsbehörde abgestimmt.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

A 61 - Immobilienmanagement und Verkehr

Aus straßenbaurechtlicher und straßenverkehrsrechtlicher Sicht besteht gegen o.g. Vorhaben keine Bedenken.

Auf die Bemerkungen vom 10.03.2015 zur eventuellen Ortsdurchfahrts-Verschiebung und Anbindung an die K 27 wird weiterhin verwiesen.

Aus Sicht des Radverkehrsbeauftragten bestehen gegen o.g. Vorhaben Bedenken aus folgendem Grund:

1. In der Stellungnahme zum Bebauungsplan Nr. 106 vom 16.10.2015 wurde für den Kreisverkehr eine Führung mit umlaufenden bevorrechtigten Radwegen gefordert mit einer parallel kreisrunden Ausbildung der Radwegeführung. Dies wurde im aktuellen Entwurf des Bebauungsplanes nicht berücksichtigt, so dass diesem nicht zugestimmt wird.
2. Der Breite der Querungshilfen in den Zufahrten zum Kreisverkehr von 2,00 m wird nicht zugestimmt. Hierfür ist eine Breite von mindestens 2,50 m gemäß ERA vorzusehen.
3. Im Verkehrsgutachten werden in Kap. 4.2.2 verschiedene Varianten der Radverkehrsführung untersucht. Alle Varianten gehen davon aus, dass Radfahrer in Fahrtrichtung Alsdorf von Norden kommend vor dem Kreisverkehr auf die westliche Fahrbahnseite und südlich des Kreisverkehrs wieder auf die östliche Fahrbahnseite wechseln. Diese Lösung schafft zusätzliche Konfliktpunkte und ist für Radfahrer unkomfortabel. Die Erfahrungen zeigen, dass Radfahrer in vergleichbaren Fällen oft regelwidrig auf der "falschen" Seite weiterfahren. Es wird

zukünftig angestrebt, den Radverkehr in Fahrtrichtung Alsdorf ab der Kreuzung Kapellenstraße/ Eschweilerstraße grundsätzlich komplett auf der westlichen Seite zu führen. Hierzu bietet sich im Bereich des Neubaugebiets die Führung der Radfahrer über die geplante westlich parallel zur K 27 geplante Wohngebietsstraße an. Für den aus Richtung Parkstraße kommenden und nach Alsdorf durchfahrenden Radverkehr ist dagegen eine durchgehende Führung auf der östlichen Seite zu bevorzugen. Diese Lösungen können erst in der weiteren Detailplanung ausgearbeitet werden, sollen jedoch durch die Festsetzungen des Bebauungsplans ermöglicht werden.

Die genaue Verkehrsplanung ist mit der StädteRegion Aachen als Baulastträgerin der K 27 abzustimmen.

Stellungnahme:

Die Verschiebung des Ortsdurchfahrts-Kennzeichens ist in Verbindung mit der Realisierung der Baugebiete geplant.

Im Rahmen des Verfahrens wurde die Kreisverkehrsplanung angepasst und mit der StädteRegion erörtert. Mit der zum Satzungsbeschluss vorliegenden Planung steht ein abgestimmtes Ergebnis zur Verfügung.

Die weitere Ausgestaltung wird im Rahmen der konkretisierenden Straßenplanung erarbeitet und mit der StädteRegion, A 61 – Immobilienmanagement und Verkehr, abgestimmt.

Nach Umplanung sowie Abstimmung mit der StädteRegion Aachen ist, nach entsprechender Vorplanung des Kreisverkehrs und der Querungshilfen, jetzt eine sichere Querung der K 27 durch den Radverkehr möglich. Ebenfalls wurden die Querungshilfen im Bereich des geplanten Kreisverkehrs vergrößert, um somit auch eine sichere Anbindung an den vorhandenen Radweg zu ermöglichen.

Die Querungshilfen für die Radfahrer sind mit einer Breite von 2,50 m vorgesehen.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

r) **Polizeipräsidium Aachen mit Schreiben vom 08.03.2016:**

Für die Kreuzung Aachener Straße / Kloshaus, Alsdorfer Straße / Merberener Weg würde ich einen kleinen Kreisverkehr (28 m) bevorzugen. Aufgrund der starken Belastung zu den Hauptverkehrszeiten der Aachener Straße und die Nähe des Kreisverkehrs an der L 240 / Kloshaus / Kurt-Koblitz-Ring sowie die Kreuzung Aachener Straße / Kapellenstraße / Eschweilerstraße muss der geplante Kreisverkehr hohen Belastungszahlen genügen.

Sollte der Kreisverkehr die Verkehrsbelastung nicht standhalten, wird es jeden Morgen einen größeren Rückstau in Richtung Baesweiler-Innenstadt geben

und nachmittags in Richtung Alsdorf. In Richtung Alsdorf würde der Kreisverkehr L240 / Kurt-Koblitz-Ring vom Rückstau betroffen sein. Kreuzende / querende Fahrradfahrer könnten Leistung des Kreisverkehrs beeinträchtigen.

Aus diesem Grund bevorzuge ich einen kleinen leistungsfähigen Kreisverkehr.

Fahrradfahrer sehe ich beim Queren der Zu-/Abgänge zum Kreisverkehr, gerade in den Hauptverkehrszeiten, als gefährdet an. Kfz-Fahrer haben es eilig und der Fahrradfahrer auch. Durch die Querungen würden Gefahrenstellen entstehen. Hier würde ich eine etwas abgesetzte Querung für die Fahrradfahrer bevorzugen.

Stellungnahme:

Die Kreisverkehrsplanung ist bereits zur öffentlichen Auslegung entsprechend den Empfehlungen der Verkehrsdirektion des Polizeipräsidiums als kleiner Kreisverkehr mit 28 m Durchmesser vorgesehen worden. Das Verkehrsgutachten zeigt, dass die Qualitätsstufen des Verkehrsflusses an den einzelnen Kreisverkehrszufahrten mit Stufe A und B in den Spitzenstunden gut und unproblematisch ist. Ein größerer Rückstau ist in keiner Richtung zu befürchten.

In der Planung des Kreisverkehrs sind die Querungen für die Radfahrer in den Zufahrten zum Kreisverkehr etwas abgesetzt, um Gefahren zu vermeiden. Die Fahrradfahrerquerungen entsprechen damit den Empfehlungen der Verkehrsdirektion des Polizeipräsidiums.

In nachfolgender Abstimmung mit dem Polizeipräsidium wurde ersichtlich, dass die angemerkten Inhalte aus der Stellungnahme in der bereits vorliegenden Planung enthalten sind.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

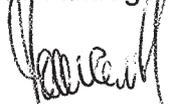
Der Stadtrat beschließt, die Anregungen und Bedenken wie in der Stellungnahme formuliert abzuwägen.

2. Beschluss des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 106 - Baesweiler Süd-West I - als Satzung gemäß § 10 BauGB:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 6) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 106 - Baesweiler Süd-West I - mit der beigefügten Begründung (Anlagen 1-3) als Satzung zu beschließen.

Im Auftrage



(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin

Nutzungsschablone

WA 1, 2.1, 3.2, 4.2, 5, 9

o	II
0,4	
	SD/WD/ZD 23-45° PD min.15° FD
max. 2 Wo	
- s. textl. Festsetz. -	

WA 2.2, 7, 8

a	II
0,4	
	SD/WD/ZD 23-45° PD min.15° FD
max. 2 Wo	
- s. textl. Festsetz. -	

WA 3.1, 4.1

a	II-III
0,4	
	SD/WD/ZD 23-45° PD min.15° FD
max. 6 Wo	
- s. textl. Festsetz. -	

WA 6

o	II-III
0,4	
	SD/WD/ZD 23-45° PD min.15° FD
max. 6 Wo	
- s. textl. Festsetz. -	

MI 1.1

a	II
0,6	
	SD/WD/ZD 23-45° PD min.15° FD
max. 2 Wo	
- s. textl. Festsetz. -	

MI 1.2

a	III
0,6	
	SD/WD/ZD 23-45° PD min.15° FD
max. 6 Wo	
- s. textl. Festsetz. -	

MI 1.3

a	II-III
0,6	
	SD/WD/ZD 23-45° PD min.15° FD
max. 6 Wo	
- s. textl. Festsetz. -	



STADT BAESWEILER

BEBAUUNGSPLAN NR.106
"BAESWEILER SÜDWEST I"



PROJEKT-PLANNR.

STAND

MI:SZS 1: B

1049. 508

08.06.2016

1:2000

LEGENDE

1. Art der baulichen Nutzung

	Allgemeine Wohngebiete
	Mischgebiete

2. Maß der baulichen Nutzung

WA	Baugebiet	Bauweise	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze, im Kreis zwingend
o, a	II (II)	offen, abweichend	
0,4	GRZ	Grundflächenzahl	
 	SD/WD/ZD 23-45°	Doppelhaus/ Hausgruppe	Dachform Satteldach/ Walmdach/ Zeltdach Dachneigung 23-45 Grad
	PD min.15° FD	Einzel- und Doppelhäuser	Pultdach min. 15 Grad Flachdach
max. 2 Wo		höchstzulässige Zahl der Wohnungen	

 Baugrenze

3. Verkehrsflächen

	Verkehrsflächen
	Strassenbegrenzungslinie, auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt
	Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
F+R	Fuß- und Radweg
F+R+W	Fuß- Rad- und Wirtschaftsweg

4. Flächen für Versorgungsanlagen

	Elektrizität
--	--------------

5. Grünflächen

	öffentliche Grünfläche
	Spielplatz

6. Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes - Immissionsschutzgesetzes (gem. §9 Abs.1 Nr.24 BauGB)

	Umgründung der Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes - Immissionsschutzgesetzes
LPB IV	Lärmpegelbereich siehe textl. Festsetzungen Nr. A 7.1

7. Sonstige Planzeichen

	Umgründung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen
St / Ga	Stellplätze, Garagen, Carports
TGa	Tiefgaragen
	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung oder des Maßes der Nutzung
	Einfriedigungen an öffentlichen Verkehrsflächen siehe textl. Festsetzungen Nr. A 3.2, 4.1, B 3.1
	siehe textl. Festsetzungen Nr. B 3.2
	siehe textl. Festsetzungen Nr. B 3.4

8. Kennzeichnung

	Umgründung der Flächen, bei denen Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen oder bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind
---	--

9. Sonstige Darstellung

	Strassenplanung
---	-----------------

Stadt Baesweiler- Bebauungsplan Nr. 106 – „Baesweiler Südwest I“ Stadtteil Baesweiler

Textliche Festsetzungen:

A) Planungsrechtliche Festsetzungen

gemäß Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit der Baunutzungsverordnung (BauNVO).

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB i.V.m. § 4, 6 BauNVO):

1.1 Allgemeines Wohngebiet WA mit den Teilbereichen WA 1 - WA 9

1.1.1 Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes (WA 1 - 9) sind gem. § 1 (4, 5) BauNVO die nach § 4 (2) BauNVO zulässigen nicht störenden Handwerksbetriebe nicht zulässig.

1.1.2 Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes (WA 1 - 9) sind gem. § 1 (6) BauNVO folgende nach § 4 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nicht Bestandteil des Bebauungsplanes:

- Nr. 1 Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- Nr. 2 Anlagen für Verwaltungen,
- Nr. 3 Gartenbaubetriebe,
- Nr. 4 Tankstellen.

1.1.3 Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes Teilbereich WA 3.1, 4.1 und 6 dürfen gem. § 9 (1) Nr. 7 BauGB nur Wohngebäude errichtet werden, die mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung gefördert werden könnten.

1.2 Mischgebiet MI mit den Teilbereichen MI 1.1 - MI 1.3

1.2.1 Innerhalb des Mischgebietes (Mi 1.1 - 1.3) sind gem. § 1 (4, 5) BauNVO folgende nach § 6 (2) BauNVO zulässigen Nutzungen nicht zulässig:

- Nr. 1 Anlagen für Verwaltungen,
- Nr. 2 Gartenbaubetriebe,
- Nr. 3 Tankstellen.

1.2.2 Gemäß § 1 (9) i.V.m. (5) BauNVO sind innerhalb des Mischgebietes (Mi 1.1 - 1.3) die nachfolgenden Arten von baulichen und sonstigen Anlagen nicht zulässig:

- Nr. 4 Einzelhandelsbetriebe mit zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimenten gem. der Baesweiler Liste (s. unter Punkt D)
- Nr. 5 Spielhallen, Wettbüros und ähnliche Einrichtungen, Betriebe mit Darstellung sexueller Handlungen und Sexkinos,
- Nr. 6 Einzelhandelsbetriebe, deren Zweck auf den Verkauf von Artikeln mit sexuellem Charakter ausgerichtet ist,
- Nr. 7 Bordelle und bordellähnliche Betriebe,
- Nr. 8 Kfz-Reparaturwerkstätten,
- Nr. 9 Waschanlagen.

1.2.3 Innerhalb des Mischgebietes (Mi 1.1 - 1.3) sind gem. § 1 (6) BauNVO die gemäß § 6 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Vergnügungsstätten nicht Bestandteil des Bebauungsplanes und damit nicht zulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB):

2.1 Höhe baulicher Anlagen

Bezugspunkt ist der höchste Punkt des Grundstückes an der Straßenbegrenzungslinie.

2.1.1 Der Fertigfußboden der Erdgeschosse der Gebäude darf maximal 0,5 m über dem Bezugspunkt liegen.

2.1.2 Die Traufhöhe der Gebäude wird bei zwei Vollgeschossen mit maximal 6,5 m und bei drei Vollgeschossen mit maximal 9,5 m über Oberkante Fertigfußboden Erdgeschoss festgesetzt.

Die Traufe wird definiert als der Schnittpunkt des aufgehenden Außenmauerwerkes mit der Dachhaut.

2.1.3 Die Firsthöhe der Gebäude wird bei zwei Vollgeschossen mit maximal 11,0 m und bei drei Vollgeschossen mit maximal 13,0 m über Oberkante Fertigfußboden Erdgeschoss festgesetzt.

Der First wird definiert als höchster Punkt der Dacheindeckung.

2.1.4 Der höchste Punkt der Attika bei Flachdächern bei zwei Vollgeschossen wird mit max. 7,0 m und bei drei Vollgeschossen mit maximal 10,0 m festgesetzt.

2.1.5 Ausnahmsweise kann die festgesetzte Attikahöhe bei zweigeschossigen Gebäuden (s. 2.1.4) mit einem mindestens an einer Gebäudeaußenwand zurückversetzten Geschoss um maximal 3,0 m überschritten werden.

2.1.6 Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes Teilbereich WA 3.1 und 4.1 dürfen Garagen und Gebäude zu Abstellzwecken ausnahmsweise abweichend zu der festgesetzten Geschossigkeit mit geringerer Höhe, jedoch größer 3,00 m, errichtet werden.

2.2 Überschreitung Grundflächenzahl (GRZ)

Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes (WA 1 - 9) darf gemäß § 19 BauNVO die festgesetzte GRZ von 0,4 durch die Grundflächen von Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten, Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sowie von baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird bis zu einer GRZ von maximal 0,5 überschritten werden.

2.3 Technische Aufbauten

Innerhalb des Mischgebietes (MI 1.1 - 1.3) und des allgemeinen Wohngebietes (WA 1 – 9) dürfen technische Aufbauten und Anlagen, Treppenhäuser und Aufzüge die jeweilige tatsächliche First- bzw. Attikahöhe nur bis zu einer Höhe von maximal 1,5 m überschreiten.

Ausnahmsweise dürfen technische Aufbauten und Anlagen, Treppenhäuser und Aufzüge die festgesetzten maximalen First- bzw. Attikahöhen bis zu einer Höhe von maximal 1,5 m überschreiten.

Mit Ausnahme von Treppenhäusern und Aufzügen sind technische Aufbauten und Anlagen von den jeweils darunterliegenden Außenwänden um mindestens das Maß ihrer Höhe zurückzusetzen.

Innerhalb des Mischgebietes (MI 1.1 - 1.3) und des allgemeinen Wohngebietes (WA 1 – 9) darf die Grundfläche der technischen Aufbauten und Anlagen, Treppenhäuser und Aufzüge insgesamt 15% der jeweiligen obersten Dachfläche nicht überschreiten.
Ausgenommen von dieser Flächenbegrenzung sind Anlagen für regenerative Energiegewinnung.

3. Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO):

3.1 Abweichende Bauweise

3.1.1 Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes Teilbereich WA 2.2, 7 und 8 sowie des Mischgebietes Teilbereich MI 1.1 sind Hausgruppen nur bis zu einer Länge von maximal 30 m zulässig.

3.1.2 Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes Teilbereich WA 3.1 und 4.1 sowie des Mischgebietes Teilbereich MI 1.2 und 1.3 ist innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen eine durchgehend geschlossene Bebauung in der festgesetzten Geschossigkeit zu errichten.

3.2 Überschreitung der Baugrenzen

Das Überschreiten der von der Erschließungsseite abgewandten Baugrenzen durch Terrassen und Abgrabungen ist in einer Tiefe bis zu maximal 3,0 m zulässig.

4. Größe der Baugrundstücke (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB)

Die Größe der Wohnbaugrundstücke darf bei Einzelhausbebauung 350 qm, bei Doppelhausbebauung 300 qm je Doppelhaushälfte nicht unterschreiten.

5. Stellplätze, Carports, Garagen und Tiefgaragen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 BauNVO):

5.1 Je Wohneinheit sind mindestens 1,5 Stellplätze nachzuweisen. Bei der Berechnung der gesamt erforderlichen Stellplätze ist die Zahl erforderlichenfalls nach oben aufzurunden.

Garagenzufahrten werden nicht als notwendige Stellplätze angerechnet.

5.2 Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes Teilbereich WA 1 - 5 und 7 - 9 sind Garagen, Carports und Stellplätze nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie in den dafür festgesetzten Flächen zulässig.

In den mit //// gekennzeichneten Bereichen (Vorgärten) sind Garagen, Carports und Stellplätze unzulässig.

Ausnahmsweise können in den mit //// gekennzeichneten Bereichen (Vorgärten) Stellplätze bis zu einer Breite von maximal 2,5 m zugelassen werden.

Vor Garagen muss zwischen der Straßenbegrenzungslinie und dem Garagentor ein Abstand von mindestens 5,00 m eingehalten werden.

- 5.3 Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes Teilbereich WA 6 sind Stellplätze nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie in den mit St festgesetzten Flächen zulässig. Garagen und Carports sind nur innerhalb der mit Ga festgesetzten Flächen zulässig.
Tiefgaragen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie in den mit TGa festgesetzten Flächen zulässig.
- 5.4 Innerhalb des Mischgebietes (MI 1.1 - 1.3) sind Stellplätze und Tiefgaragen nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie in den mit St und TGa festgesetzten Flächen zulässig. Garagen und Carports sind unzulässig.

6. **Nebenanlagen (§ 14 BauNVO):**

- 6.1 In den mit ///// gekennzeichneten Bereichen (Vorgärten) sind außer Pergolen Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO nicht zulässig.
- 6.2 Darüber hinaus sind Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO innerhalb und außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
- 6.2 Nebenanlagen dürfen eine maximale Anlagenhöhe von 2,50 m und ein Volumen von insgesamt maximal 40 cbm nicht überschreiten.

7. **Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)**

7.1 **Lärmpegelbereiche**

Zum Schutz vor Verkehrslärm müssen bei Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von Gebäuden mit Fassaden in den zeichnerisch festgesetzten Lärmpegelbereichen an den Außenbauteilen von nicht nur vorübergehend zum Aufenthalt von Menschen vorgesehenen Räumen mindestens die Anforderungen an das resultierende Schalldämm-Maß ($R'_{w, res}$) gemäß den ermittelten und ausgewiesenen Lärmpegelbereichen nach DIN 4109 (Schallschutz im Hochbau, Ausgabe November 1989) erreicht werden.

Lärmpegelbereich DIN 4109	Maßgeblicher Außenlärmpegel in dB(A)	Raumarten		
		Bettenräume in Krankenanstalten und Sanatorien	Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräume u.ä.	Büroräume ¹⁾ u.ä.
		erforderlich R'w,res des Außenbauteils in dB		
II	56 bis 60	35	30	30
III	61 bis 65	40	35	30
IV	66 bis 70	45	40	35
V	71 bis 75	50	45	40

¹⁾ An Außenbauteile von Räumen, bei denen der eindringende Außenlärm aufgrund der in den Räumen ausgeübten Tätigkeiten nur einen untergeordneten Beitrag zum Innenraumpegel leistet, werden die Anforderungen gestellt.

²⁾ Die Anforderungen sind hier aufgrund der örtlichen Gegebenheiten festzulegen.

Als Mindestanforderung für alle sonstigen Fassaden gilt Lärmpegelbereich III gemäß DIN 4109.

Von den Festsetzungen kann nur abgewichen werden, wenn gutachterlich nachgewiesen wird, dass dauerhaft geringere maßgebliche Außenlärmpegel auftreten.

7.2 Schallgedämmte Lüftungseinrichtungen

Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes Teilbereich WA 3.1 und WA 4.1 sowie innerhalb des Mischgebietes Teilbereich MI 1.2 und 1.3 sind für Aufenthaltsräume schallgedämmte Lüftungseinrichtungen oder gleichwertige Maßnahmen zur Gewährleistung eines ausreichenden Luftwechsels vorzusehen.

Von den Festsetzungen kann nur abgewichen werden, wenn gutachterlich nachgewiesen wird, dass nach DIN 4109 die maßgeblichen Werte von 60 dB(A) tags (von 6 bis 22Uhr) und 50 dB(A) nachts (von 22 bis 6 Uhr) eingehalten werden.

8. Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung sowie Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

8.1 Bestehende Bäume und Baumhecke

Die bestehenden Solitärbäume westlich sowie die bestehende Baumhecke östlich der Aachener Straße sind dauerhaft zu erhalten.

Bei Verlust einzelner Bäume ist als Ersatz jeweils die gleiche Art zu pflanzen, zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten.

8.2 Straßenbäume

Innerhalb der mit **A**, **B** und **C** bezeichneten Verkehrsflächen sind mindestens 30 Solitärbäume zu pflanzen, zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten.

Innerhalb der mit **A** bezeichneten Verkehrsflächen sind maximal 2 Baumarten der Pflanzliste 2 unter Punkt E zu verwenden.

Innerhalb der mit **B** und **C** bezeichneten Verkehrsflächen ist eine Baumart der Pflanzliste 1 unter Punkt E zu verwenden.

Die Baumbeete sind mit einer Gebrauchsrasenmischung einzusäen oder mit Bodendeckern zu bepflanzen.

8.3 Anpflanzungen Kompensationsflächen

Innerhalb der öffentlichen Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Kompensationsfläche“ sind auf einer Fläche von mindestens 10.653 m² freiwachsende Hecken mit standorttypischen Gehölzen der Pflanzliste 4 unter Punkt E in einem Pflanzraster von 1,50 x 1,50 m zu pflanzen, zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten.

Die Hecken sind in einem stufigen Aufbau zu pflanzen.

Innerhalb der öffentlichen Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Kompensationsfläche“ sind jeweils mittig insgesamt 48 Einzelbäume der Pflanzliste 3 unter Punkt E zu pflanzen, zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten.

8.4 Anpflanzungen Spielplatz

Innerhalb der öffentlichen Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Spielplatz“ sind auf einer Fläche von mindestens 100 m² eine freiwachsende Hecke mit standorttypischen Gehölzen der Pflanzliste 4 unter Punkt E in einem Pflanzraster von 1,50 x 1,50 m zu pflanzen, zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten.

Zusätzlich sind mindestens 6 Solitärbäume der Pflanzliste 3 unter Punkt E zu pflanzen, zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten.

B) Gestalterische Festsetzungen

gem. § 9 (4) BauGB i. V. m. § 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW).

1. Fassaden / Außenwände:

Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes Teilbereich WA 3.1, 4.1, 2.2, 6, 7, 8 und 9 sowie innerhalb des Mischgebietes (MI 1.1 - 1.3) ist als Material für die Fassaden / Außenwände nur Ziegel oder Putz zulässig.

Die Ziegelflächen sind entsprechend der nachfolgend genannten Farben des RAL-Registers RAL K5 Classic zulässig:

- Rot / Rotbraun (ähnlich wie Nr. 3003, 3009, 3011, 8004 und 8012)

Die Verwendung von glänzenden oder glasierten Materialien ist unzulässig.

1. Dächer:

1.1 Dachformen

Krüppelwalm- und Tonnendächer sind nicht zulässig.

Garagen, eingeschossige Terrassenüberdachungen und untergeordnete bauliche Anlagen i. S. des § 14 BauNVO dürfen auch mit flach geneigtem Dach errichtet werden.

1.2 Drempel

Drempel sind bei zweigeschossigen Gebäuden nur innerhalb des zweiten Vollgeschosses, bei dreigeschossigen Gebäuden nur innerhalb des dritten Vollgeschosses zulässig.

1.3 Angleichung Gebäude

Aneinandergrenzende Gebäude sind erschließungsseitig in Firsthöhe, Traufhöhe und Dachneigung anzugleichen.

1.4 Dachaufbauten

Die Summe der Ansichtsbreiten von Dachaufbauten (Dachgauben, Quergiebeln und Nebengiebeln etc.) und Dacheinschnitten (Loggien etc.) darf die Hälfte der Breite der zugehörigen Dachfläche nicht überschreiten. Auch einzelne Dachaufbauten und Dacheinschnitte dürfen die Hälfte der Breite der zugehörigen Dachfläche nicht überschreiten.

Die Traufhöhe der Dachaufbauten (Dachgauben, Quergiebeln und Nebengiebeln etc.) wird mit maximal 2,60 m über Fertigfußboden des zugehörigen Geschosses festgesetzt.

Dachaufbauten und Dacheinschnitte müssen mindestens zwei Dachziegelreihen unter dem First des Hauptdaches einschneiden.

Die Firsthöhe von Dachaufbauten (Dachgauben, Quergiebeln und Nebengiebeln etc.) wird mit max. 4,00 m über dem Fertigfußboden des zugehörigen Geschosses festgesetzt.

Dachgauben in mehreren Ebenen des Daches sind nicht zulässig.

2. Dacheindeckung:

Für die Dacheindeckung sind nur schwarze, schiefer- oder dunkelgraue Materialien entsprechend der nachfolgend genannten Farben des RAL-Registers RAL K5 Classic zulässig:

- Schwarz (ähnlich wie Nr. 8022, 9004, 9005 und 9011),
- Schiefer- oder dunkelgrau (ähnlich wie Nr. 7015, 7016 und 7021).

Die gesamten Dachflächen eines Gebäudes oder von aneinandergrenzenden Gebäuden sind in derselben Farbe auszuführen.

Die Verwendung von glänzenden oder glasierten Materialien ist unzulässig. Ausgenommen hiervon sind Zinkeindeckungen, untergeordnete Glasflächen bzw. glasähnliche Flächen sowie Anlagen zur regenerativen Energiegewinnung.

3. Einfriedungen:

- 3.1** Die mit ///// gekennzeichneten Bereiche (Vorgärten) dürfen nur mit Laubhecken bis zu einer Höhe von maximal 1,00 m eingefriedet werden. Ausnahmsweise sind in Kombination mit den in Satz 1 genannten Laubhecken auf der erschließungsabgewandten Seite bis zu 1,00 m hohe Maschendraht- oder ähnliche transparente Metall-Gitterzäune zulässig.
- 3.2** Die mit IIIII gekennzeichneten Bereiche dürfen nur mit Laubhecken bis zu einer Höhe von maximal 1,60 m eingefriedet werden. Ausnahmsweise sind in Kombination mit den in Satz 1 genannten Laubhecken auf der erschließungsabgewandten Seite bis zu 1,60 m hohe Maschendraht- oder ähnliche transparente Metall-Gitterzäune zulässig.
- 3.3** Entlang der sonstigen Grundstücksgrenzen sind transparente Metall-Gitterzäune, Holzzäune und/oder Laubhecken bis zu einer Höhe von maximal 2,00 m zulässig.
- 3.4** Entlang der mit //\\//\\//\\ gekennzeichneten Grundstücksgrenze ist innerhalb der öffentlichen Verkehrsfläche eine Natursteinmauer mit einer Höhe von mindestens 0,50 m und maximal 1,20 m zu errichten.

C) Festsetzungen des landschaftspflegerischen Fachbeitrages (Umweltbericht)

gem. Baugesetzbuch (BauGB) § 9 (1) Nr. 5, 15, 20 und 25 sowie § 9 (1a).

Die genaue Zuordnung sowie der Umfang der ökologischen Ausgleichsmaßnahmen sind im landschaftspflegerischen Fachbeitrag (Umweltbericht) zum Bebauungsplan Nr. 106 geregelt, der Bestandteil der Begründung des Bebauungsplanes ist.

D) Hinweise

1. Denkmalpflege

Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Nideggen, Zehnthofstr. 45, 52385 Nideggen, Tel.: 02425/9039-0, FAX: 02425/9039-199, unverzüglich zu melden. Die Anzeigepflicht entsteht nicht erst dann, wenn eindeutig geklärt ist, dass es sich um Zeugnisse der Geschichte (archäologische Bodendenkmäler) handelt. Es genügt vielmehr, dass dem Laien erkennbar ist, dass es sich um ein Bodendenkmal handeln könnte. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.

2. Kampfmittel

Vor Beginn der Durchführung von Erschließungs- und Baumaßnahmen ist der Kampfmittelbeseitigungsdienst zu beteiligen.

3. Erdbebenzone

Das Plangebiet befindet sich in der Erdbebenzone 3, geologische Untergrundklasse T.

Die DIN 4149 zur Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland 1: 350.000, Bundesland NRW ist zu beachten.

4. Bergbau

Die Flächen im Plangebiet liegen über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld "Carl - Alexander I", über den auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeldern "Rothe Erde I", "Rothe Erde II" und "Aldenhoven II" sowie über dem auf Erdwärme erteilten Erlaubnisfeld "Zukunft". Darüber hinaus wird das Plangebiet von dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Erlaubnisfeld "Rheinland" überdeckt.

Eigentümerin des Bergwerksfeldes "Carl - Alexander I" ist die EBV GmbH.

Eigentümerin der Bergwerksfelder "Rothe Erde I", "Rothe Erde II" und "Aldenhoven II" ist die RWE Power AG. Inhaberin der Erlaubnis "Rheinland" ist die Wintershall Holding GmbH. Inhaberin der Erlaubnis "Zukunft" ist die EBV GmbH.

5. Grundwasser

Grundwasserabsenkungen durch den rheinischen Braunkohletagebau

Der Bereich des Planungsgebietes ist (nach den Grundwasserdifferenzialplänen Stand 01.10.2012) von durch Sumpfungmaßnahmen des Braunkohlebergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen.

Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohletagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserabstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sumpfungmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten.

Grundwasseranstieg durch den Steinkohlebergbau

Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlebergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des

Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden.

Teile des Plangebietes sind aufgrund der Baugrundverhältnisse gem. § 9 Abs. 5 Nr. 1 BauGB als Fläche gekennzeichnet, bei deren Bebauung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich sind (s. Punkt 7). Die Bauvorschriften der DIN 1054 „Zulässige Belastung des Baugrundes“ und der DIN 18196 „Erd- und Grundbau; Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke“ sowie die Bestimmungen der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen sind zu beachten.

Thermische Nutzung

Bei einer thermischen Nutzung (Wärmepumpen mit Sonden, Flächen- oder Spiralkollektoren und Ähnliches) des Erdbereiches oder des Grundwassers ist eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der zuständigen Unteren Wasserbehörde zu beantragen.

7. Boden

Humose Böden

In der mit X X X gekennzeichneten Fläche sind die Bauvorschriften der DIN 1054 "Baugrund – Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau" und der DIN 18 196 "Erd- und Grundbau; Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke" zu berücksichtigen.

Sandgewandstörung

Im Plangebiet befindet sich eine Sandgewandstörung.

Aktive Störungen mit größeren Bewegungen sind nicht wahrscheinlich. Die Bebaubarkeit des untersuchten Gebietes ist nach gutachterlicher Aussage (Baugrunduntersuchungen zum Verlauf einer geologischen Störung, Geotechnisches Büro Prof. Dr.-Ing. H. Düllmann GmbH, 29.01.2013) hinsichtlich des Aspektes „bewegungsaktive Störungen“ gegeben.

Schutz des Mutterbodens (§ 202 BauGB)

Die sachgerechte Zwischenlagerung und der sachgerechte Wiedereinbau des Oberbodens, welcher im Plangebiet aus leistungsfähigem Ackerboden besteht, sind zu gewährleisten. Die Anweisungen der DIN 18915 sind zu beachten.

Baugrunduntersuchung

Innerhalb des Plangebietes ist vom jeweiligen Bauherren hinsichtlich Baugrunduntersuchung sowie Auslegung der Gebäudefundamente eine entsprechende geologische sowie baustatische und architektonische Expertise einzuholen und zu berücksichtigen.

8. Artenschutz:

Notwendige Rodungs- und Rückschnittmaßnahmen sowie Bauflächenräumungen dürfen nur außerhalb der Vogelbrutzeit in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 28. Februar erfolgen.

Eingriffe in Gehölze außerhalb des genannten Zeitraums sind nur dann zulässig, wenn vorab in den Eingriffsbereichen eine Kontrolle auf Vogelbruten mit negativem Ergebnis durchgeführt wurde. Bei positivem Ergebnis wären weitergehende Schutzmaßnahmen vorzusehen.

9. **Baumschutz:**
Die zum Erhalt festgesetzten Solitärbäume und die Baumhecke entlang der Aachener Straße sind bei allen Bauarbeiten nach den Vorschriften der DIN 18920 „Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen“ zu schützen.
10. **Niederschlagswasserbeseitigung:**
Die Entsorgung der anfallenden Niederschlagswasser der Dachflächen erfolgt über ein Mischsystem.
11. **DIN-Normen Einsehbarkeit**
Die in der Bebauungsplanurkunde erwähnten DIN-Normen können bei der Stadt Baesweiler, Planungsabteilung, Mariastraße 2, 52499 Baesweiler, während der Dienststunden eingesehen werden.

E) Sortimentsliste der Stadt Baesweiler

Definition der zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimente	
WZ 2003	Bezeichnung
nahversorgungsrelevante Sortimente	
52.2	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln
52.31	Apotheken
52.33	kosmetische Erzeugnisse und Körperpflegemittel, Drogerieartikel
zentrenrelevante Sortimente	
52.49.5	Datenverarbeitungsgeräte, periphere Geräten und Software
52.49.6	Telekommunikationsgeräte
52.45.2	Geräte der Unterhaltungselektronik
52.41	Haushaltstextilien (z.B. Haus- und Tischwäsche), Kurzwaren, Schneiderei- bedarf, Handarbeiten sowie Meterware für Bekleidung und Wäsche ohne Bettwaren
52.44.7	Heimtextilien (Gardinen, Dekorationsstoff, Vorhänge, dekorative Decken)
52.45.1	elektrische Haushaltsgeräte (nur Kleingeräte ohne Öfen, Herde, Kühl- schränke, Spülmaschinen und Waschmaschinen)
52.44.4	keramische Erzeugnisse und Glaswaren
52.45.3	Musikinstrumente und Musikalien
52.44.3	Haushaltsgegenstände (u. a. nicht elektrische Haushalteegeräte, Koch-, Brat- und Tafelgeschirre, Schneidwaren, Bestecke)
52.47.2	Bücher
aus 52.47	Fachzeitschriften, Unterhaltungszeitschriften und Zeitungen
52.47.1	Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikeln
52.45.2	bespielte Ton- und Bildträger
52.49.7	Fahrräder, Fahrradteile und -zubehör
52.49.8	Sportartikel (Sportbekleidung, Sportschuhe, Sportgeräte)
52.48.6	Spielwaren, Bastelartikel
52.42.1	Bekleidung
52.43.1	Schuhe, Lederwaren und reisegepäck
52.32	medizinische und orthopädische Artikel
aus 52.49	Schnittblumen
52.48.5	Uhren und Schmuck
52.49.3	Augenoptiker
52.49.4	Foto- und optische Erzeugnisse
52.48.2	Kunstgegenstände, Bilder, kunstgewerbliche Erzeugnisse, Briefmarken Münzen und Geschenkartikel
52.50	Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchtwaren

Quelle: eigene Zusammenstellung im Rückgriff auf die Systematik der Wirtschaftszweige (WZ 2003)

F) Pflanzenlisten

Pflanzenliste 1

Bergahorn	Acer pseudoplatanus
Stieleiche	Quercus robur
Vogelkirsche	Prunus avium
Winterlinde	Tilia cordata

Pflanzenqualität:

Hochstamm, 3 x verpfl., mit Drahtballen, Stammumfang 16-18 cm

Pflanzenliste 2

Feldahorn	Acer pseudoplatanus
Hainbuche	Carpinus betulus
Baumhasel	Corylus colurna
Traubenkirsche	Prunus padus
Stadtbirne	Pyrus calleryana

Pflanzenqualität:

Hochstamm, 3 x verpfl., mit Drahtballen, Stammumfang 16-18 cm

Pflanzenliste 3

Bergahorn	Acer pseudoplatanus
Hainbuche	Carpinus betulus
Esskastanie	Castanea sativa
Esche	Faxinus excelsior
Vogelkirsche	Prunus avium
Traubenkirsche	Prunus padus
Winterlinde	Tilia cordata

Pflanzenqualität:

Hochstamm 3xv., m.Db., StU 16-18

Alternativ können auch regionaltypische Obstbäume als Hochstamm (3 x verpfl., mit Drahtballen, Stammumfang 12-14 cm) verwendet werden.

Pflanzenliste 4

Feldahorn	Acer campestre
Kornelkirsche	Cornus mas
Roter Hartriegel	Cornus sanguinea
Haselnuss	Corylus avellana
Weißdorn	Crataegus monogyna
Pfaffenhütchen	Euonymus europaeus
Liguster	Ligustrum vulgare
Heckenkirsche	Lonicera xylosteum

Schlehe	Prunus spinosa
Hunds-Rose	Rosa canina
Korbweide	Salix viminalis
Schwarzer Holunder	Sambucus nigra
Wolliger Schneeball	Viburnum lantana
Schneeball	Viburnum opulus

Pflanzqualität:

Strauch / Heister 2 x verpfl., ohne Ballen, Höhe: 100-150 cm / altern. 60-100 cm

Die Pflanzung ist vor Verbiss zu schützen. Der Aufwuchs zwischen den Gehölzen ist in den ersten drei Jahren 3 - 4 x pro Jahr zu mähen.

Rechtsgrundlagen:

Baugesetzbuch (BauGB)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), in der zurzeit gültigen Fassung;

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), in der zurzeit gültigen Fassung;

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts

Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58); in der zurzeit gültigen Fassung;

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023), in der zurzeit gültigen Fassung;

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV. NRW. S. 256 / SGV. NRW. 232), in der zurzeit gültigen Fassung;

Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der

Bekanntmachung vom 25.06.2005 (GV. NRW. S.926) in der zurzeit gültigen Fassung;

Landschaftsgesetz NRW (LG-NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000

(GV. NRW S. 568), in der zurzeit gültigen Fassung



BEGRÜNDUNG

ZUM BEBAUUNGSPLAN - ENTWURF NR. 106

„Baesweiler Südwest I“

Gemäß § 9 Abs. 8 BauGB

Inhaltsverzeichnis

1. Rechtsgrundlagen der Bebauungsplans
2. Verfahren
3. Heutige Nutzungen
4. Planvorgaben
 - 4.1 Räumlicher Geltungsbereich
 - 4.2 Regionalplan
 - 4.3 Flächennutzungsplan
 - 4.4 Landschaftsplan
5. Anlass und Ziel der Planung
 - 5.1 Anlass und Ziel der Planung
 - 5.2 Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen
 - 5.3 Erforderlichkeit der Bebauungsplanung
6. Sonstige Planungsbelange
 - 6.1 Einzelhandelsstandort- und Zentrenkonzept
 - 6.2 Klimaschutz
 - 6.3 Windenergieanlagen
 - 6.4 Sandgewandstörung
 - 6.5 Erdbebenzone
 - 6.6 Bodendenkmäler
 - 6.7 Artenschutz
7. Städtebauliches Konzept
 - 7.1 Verkehrliche Erschließung
 - 7.2 Städtebaulicher Entwurf
 - 7.3 Städtebauliches Gesamtentwicklungskonzept
8. Begründung der Festsetzungen
 - 8.1 Art der baulichen Nutzung
 - 8.2 Maß der baulichen Nutzung
 - 8.3 Bauweise / überbaubare Grundstücksflächen
 - 8.4 Größe der Baugrundstücke
 - 8.5 Beschränkung der Zahl der Wohnungen
 - 8.6 Garagen, Carports, Stellplätze und Tiefgaragen
 - 8.7 Nebenanlagen
 - 8.8 Verkehrsflächen
 - 8.9 Flächen für Versorgungsanlagen
 - 8.10 Öffentliche Grünflächen
 - 8.11 Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

- 8.12 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung sowie Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
- 8.13 Kompensationsmaßnahmen Natur und Landschaft
- 9. Gestalterische Festsetzungen
 - 9.1 Fassaden / Außenwände
 - 9.2 Dächer
 - 9.3 Dacheindeckung
 - 9.4 Einfriedungen
- 10. Kennzeichnungen
- 11. Entwässerung
- 12. Hinweise
 - 12.1 Denkmalpflege
 - 12.2 Kampfmittel
 - 12.3 Erdbebenzone
 - 12.4 Bergbau
 - 12.5 Grundwasser
 - 12.6 Boden
 - 12.7 Artenschutz
 - 12.8 Baumschutz
 - 12.9 Niederschlagswasserbeseitigung
 - 12.10 DIN-Normen Einsehbarkeit
- 13. Städtebauliche Kennzahlen / Flächenbilanz
- 14. Kosten / Finanzierung
- 15. Bodenordnung



BEGRÜNDUNG

ZUM BEBAUUNGSPLAN - ENTWURF NR. 106

„Baesweiler Südwest I“

Gemäß § 9 Abs. 8 BauGB

1. Rechtsgrundlagen des Bebauungsplans

- a) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. 1 S.2414) in der zurzeit gültigen Fassung
- b) Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. 1 S. 132) in der zurzeit gültigen Fassung
- c) Planzeichenverordnung 1990 (PlanzVO 90), Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S.58, BGBl. III 213-1-6) in der zurzeit gültigen Fassung
- d) Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauONW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV.NRW, S.256) in der zurzeit gültigen Fassung
- e) Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV. NW S.666) in der zurzeit gültigen Fassung
- f) Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.2005 (GV. NRW. S.926) in der zurzeit gültigen Fassung
- g) Landschaftsgesetz NRW (LG-NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000 (GV. NRW S. 568), in der zurzeit gültigen Fassung
- h) Bundesnaturschutzgesetz in der Fassung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542) in der derzeit gültigen Fassung.

2. Verfahren

Die Grundlage des Bebauungsplanverfahrens ist das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004. Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 106 „Baesweiler Südwest I“ erfolgt im Regelverfahren gemäß § 2 BauGB inklusive der Erstellung eines Umweltberichtes, welcher ein gesonderter Teil dieser Begründung ist.

3. Heutige Nutzungen

Das Plangebiet wird derzeit überwiegend intensiv landwirtschaftlich genutzt. Eine kleine Fläche im östlichen Teil wird als Gartenland genutzt. Die im Südosten verlaufende Aachener Straße (K 27, ehemals B 57) ist zur Sicherstellung der Erschließung Bestandteil des Geltungsbereichs. Das am heutigen Siedlungsrand gelegene Gebiet hat für die Naherholung eine gewisse Bedeutung. Die in der Feldflur verlaufenden Wirtschaftswege werden von Radfahrern und Spaziergängern zu Erholungszwecken genutzt.

4. Planvorgaben

4.1. Räumlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 106 umfasst ein etwa 7,12 ha großes Gebiet im südwestlichen Bereich des Stadtgebietes Baesweiler. Die zur Neubebauung vorgesehenen Flächen befinden sich westlich der K 27 und stellen den ersten Bauabschnitt einer langfristig geplanten Stadterweiterung mit ca. 20 ha dar.

Die genaue Abgrenzung ist der Planzeichnung zu entnehmen.



Abb. Räumlicher Geltungsbereich - Übersicht

4.2. Regionalplan

Im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen (GEP Region Aachen vom 10.06.2003) sind die Flächen für den größten Teil der Stadterweiterungsmaßnahme als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) dargestellt. Die südlich und westlich angrenzenden Flächen sind als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche mit der Freiraumfunktion „Regionale Grünzüge“ ausgewiesen.

Die Anpassung des Regionalplanes erfolgt im Rahmen der derzeit laufenden Flächennutzungsplanänderung (s. Kap. 4.3).

4.3. Flächennutzungsplan

Der wirksame Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Baesweiler stellt für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes (ersten Bauabschnitt der geplanten Entwicklung) mittig größere Bereiche als Flächen für die Landwirtschaft dar. Im nördlichen Bereich sind die Flächen, welche an die rückwärtigen Grundstücke der bestehenden Bebauung südlich der Straße *Im Brühl* angrenzen, als Mischgebietsflächen dargestellt. Westlich der Straße „*Im Brühl*“ befindet sich ein Kinderspielplatz. Im südlichen Bereich ist bis an den *Merberener Weg* ein Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Als Abgrenzung des Allgemeinen Wohngebietes zur Landschaft und zur *Aachener Straße* sind jeweils Streifen mit Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft dargestellt.

Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind die verbindlichen Bauleitpläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Die geplanten Nutzungen entsprechen nicht den Darstellungen des wirksamen Flächennutzungsplanes. Infolgedessen wird der Flächennutzungsplan derzeit im Parallelverfahren geändert (73. Änderung des FNP – Baesweiler Süd-West –, Stadtteil Baesweiler).

Mit Schreiben vom 02.09.2013 teilte die Bezirksregierung mit, dass die beabsichtigte Flächennutzungsplanänderung den Zielen der Raumordnung und Landesplanung entspricht und somit keine Bedenken bestehen.

4.4. Landschaftsplan

Der Landschaftsplan II – Baesweiler-Alsdorf-Merkstein stellt in der Entwicklungskarte für die neu zu entwickelnden Flächen das Ziel 6 – Biotopentwicklung- sowie das Ziel 7 – temporäre Erhaltung des jetzigen Landschaftszustandes bis zur Realisierung der Bauleitplanung – dar.

In der Festsetzungskarte grenzt im Süden der geschützte Landschaftsbestandteil 2.4-121 Grünlandfläche mit Hecke bei *Kloshaus* an das Plangebiet. Südwestlich befindet sich der geschützte Landschaftsbestandteil 2.4-76 Baumreihe an der B 57 zwischen Alsdorf und Baesweiler.

5. Anlass und Ziel der Planung

5.1. Anlass und Ziel der Planung

Im Stadtgebiet Baesweiler werden seit geraumer Zeit mit stetig steigender Nachfrage Gewerbeflächen vermarktet. Unter anderem besteht infolge der Ansiedlung teilweise großer Gewerbebetriebe eine entsprechende Nachfrage an Wohnraum, welche im Stadtgebiet in dieser Größenordnung nicht zu decken ist.

Das wesentliche Ziel der Planung ist somit die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung zusätzlicher Wohnbauflächen in der Stadt Baesweiler. Flankierend soll es möglich sein, im Bereich der *Aachener Straße* in untergeordnetem Maße neben dem Wohnen Büros, Dienstleistungen und nicht störende Gewerbenutzungen anzusiedeln.

Diesbezüglich sind mit der Planung unter städtebaulichen Gesichtspunkten folgende Ziele verbunden:

- die Bereitstellung von zusätzlichen Wohnbauflächen, um dem zukünftigen Bedarf unterschiedlicher Zielgruppen in der Stadt Baesweiler gerecht zu werden,
- die Eigenentwicklung des Ortes stärken, um eine positive Bevölkerungsentwicklung zu ermöglichen und die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen in ihrem Bestand zu sichern,

- die Gestaltung der südwestlichen Abrundung der Ortslage Baesweiler und
- die Schaffung einer abschließenden Ortsrandeingrünung.

Darüber hinaus ist ein weiteres Ziel dieser Baulandentwicklung, Baesweiler als attraktiven Wohnstandort in das Blickfeld von Beschäftigten ansässiger Einrichtungen und Unternehmen zu rücken. Durch die Ausweisung des neuen Baugebietes soll der stetigen Nachfrage nach Bauland im Stadtgebiet Baesweiler Rechnung getragen werden. Die Ausweisung des neuen Wohnbaugebietes ist damit ein wesentlicher Beitrag zur nachhaltigen Wohnraum- und Daseinsversorgung der Stadt Baesweiler. Auf Basis der vorliegenden städtebaulichen Planung wird ausgehend von der bestehenden Siedlungsstruktur, eine der Ortsrandlage entsprechende Bau- und Freiraumstruktur planungsrechtlich definiert.

Dementsprechend ist Ziel und Zweck dieses Bebauungsplanverfahrens die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Versorgung der Stadtteilbevölkerung mit ausreichend Wohnraum.

5.2. Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen

Die Novelle des Städtebaurechts zur Stärkung der Innenentwicklung wurde 2013 beschlossen. Unter anderem wurde mit den Ergänzungen § 1a Abs.2 Satz und 4 BauGB die Bodenschutzklausel – über das unmittelbare Ziel der Vermeidung der Außenentwicklung hinaus – kombiniert mit einem sehr viel deutlicheren als im bisherigen Recht formulierten Ziel des Schutzes landwirtschaftlicher Flächen.

Um den beständig steigenden Bedarf an Wohnbauland, wie oben dargelegt, im Stadtgebiet Baesweiler zu decken, ist es erforderlich, neue Flächen am Stadtrand in Anspruch zu nehmen. Die im Stadtgebiet vorhandenen Baulücken reichen bei weitem nicht aus, um den Bedarf an Wohnbauflächen zu decken. Daher muss neuer Wohnraum auf weiteren Flächen gedeckt werden. Die Stadt Baesweiler erachtet es als erforderlich, in angemessenem Maße auch Freiraum (landwirtschaftlich genutzte Flächen) als städtebaulich sinnvolle Arrondierung des Siedlungsgebietes für eine Wohnbauentwicklung in Anspruch zu nehmen.

Der Standort bietet eine ruhige Wohnlage angrenzend an die freie Landschaft mit guter Anbindung an das Zentrum Baesweilers mit seinen Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen sowie an überörtliche Verkehrsverbindungen. Diese Konzeption entspricht den planerischen Zielsetzungen der Stadt Baesweiler im Hinblick auf die Bereitstellung von Wohnbauflächen für unterschiedliche Zielgruppen in diesem Siedlungsteil und ist geeignet, eine bedarfsgerechte Wohnbauentwicklung voranzutreiben.

Die Stadt Baesweiler ist aufgrund der o.g. Aspekte bestrebt, ein bedarfsgerechtes Angebot an Wohnbauflächen und Wohnraum vorzuhalten und somit eine nachhaltige und geordnete Stadtentwicklung sicherzustellen und zu fördern.

Zudem ist die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen in Bezug auf die konkrete, örtliche Situation zu betrachten und hat demzufolge ein unterschiedlich zu wertendes objektives Gewicht. In Großstädten eines Ballungsraumes wird die Gewichtung des Bodens aufgrund seiner Knappheit höher sein, als bei kleineren Städten mit angrenzendem Freiraum oder ländlichen Gemeinden. Grundsätzlich können im Rahmen der Abwägung die Belange des Bodenschutzes zurückgestellt werden, wenn konkurrierenden und konfligierenden Belangen ein besonderes Gewicht zukommt. Im vorliegenden Fall steht das für die Stadt Baesweiler wichtige stadtplanungspolitische Ziel, ein attraktives Wohnquartier zu schaffen, das die Wohnbedürfnisse im Stadtgebiet befriedigt, demgegenüber.

Angesichts der oben beschriebenen Aspekte wird der Sicherung des Wohnbedarfs in der Stadt Baesweiler der Vorrang gegeben und demzufolge sollen die Flächen im Plangebiet der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen und einer baulichen Nutzung zugeführt werden.

Gleichwohl ist zur Reduzierung der Bodenversiegelung eine Begrenzung der möglichen zu versiegelnden Flächen durch bauliche Anlagen, Garagen, Stellplätze und ihre Zufahrten, Nebenanlagen etc. auf maximal 50% der Grundstückflächen festgesetzt.

Weiterhin würden geeignete bodenfunktionsbezogene Kompensationsmaßnahmen in Betracht kommen. Die Stadt Baesweiler hat intensiv mögliche Flächen im Stadtgebiet, die für eine dementsprechende Maßnahme zur Verfügung stehen könnten, geprüft. Derzeit stehen jedoch keine geeigneten Flächen für eine bodenfunktionsbezogene Maßnahme in der notwendigen Größenordnung zur Verfügung.

Um den Eingriff zu mindern, erfolgt zum Schutz des Bodens im Zuge der Erschließungsplanung eine bodenkundliche Baubegleitung (BBB). Eine BBB dient dazu, eine Beschädigung des Bodens zu verhindern und dessen Fruchtbarkeit zu erhalten. In dem BBB-Konzept werden die grundlegende Vorgehensweise sowie relevante Maßnahmen und deren Umsetzung dargelegt und mit den zuständigen Behörden abgestimmt.

Im Rahmen der Umsetzung der Planung sind darüber hinaus entsprechende Maßnahmen zum Schutz des Mutterbodens gemäß § 202 BauGB zu gewährleisten und die Anweisungen der DIN 18915 zu beachten.

5.3. Erforderlichkeit der Bebauungsplanung

Für das Plangebiet wurde in der Vergangenheit bislang kein Bebauungsplan aufgestellt.

Um für den ersten Bauabschnitt der geplanten Stadterweiterungsmaßnahme die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen und damit eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu gewährleisten, ist die Aufstellung dieses Bebauungsplanes erforderlich.

6. Sonstige Planungsbelange

6.1. Einzelhandelsstandort- und Zentrenkonzept

Die Stadt Baesweiler hat mit dem Einzelhandelsstandort- und Zentrenkonzept (November 2008) ihre stadtentwicklungspolitischen Ziele für den Einzelhandel fortgeschrieben. Das Einzelhandelsstandort- und Zentrenkonzept wurde vom Rat der Stadt Baesweiler beschlossen und ist somit als städtebauliche Planung im Sinne von § 1 (11) BauGB bei der Aufstellung der Bauleitpläne zu berücksichtigen.

Mit dem o.g. Konzept wurden u.a. Vorschläge zur Stärkung der zentralen Versorgungsbereiche in Baesweiler und Setterich sowie Entwicklungsmöglichkeiten für den zentrenverträglichen Einzelhandel unterbreitet. Im Zuge des Konzeptes wurden auch die Abgrenzungen für die zentralen Versorgungsbereiche definiert.

Der zentrale Versorgungsbereich Baesweiler Innenstadt (Hauptgeschäftsbereich in der Innenstadt) weist eine lineare Struktur auf und erstreckt sich von der *Kirchstraße* im Süden über die *Löffelstraße* und die *Kückstraße* bis zum *Reyplatz* im Norden. Vom *Reyplatz*, der im Rahmen einer städtebaulichen Sanierungsmaßnahme vor kurzem neu gestaltet wurde, bis zur Einmündung der *Kirchstraße* in die *Aachener Straße* gerechnet, ergibt sich somit eine lang gestreckte Einkaufszone mit einer Länge von knapp 1.000 Metern.

Im Einzelhandelsstandort- und Zentrenkonzept wurden u.a. folgende Leitziele formuliert:

- Sicherung und Stärkung der hervorgehobenen Versorgungsfunktion der Innenstadt von Baesweiler als Hauptzentrum der Gesamtstadt.
- Stärkung der Ortsmitte als Stadtteilzentrum mit ergänzenden Versorgungsfunktionen für das nördliche Stadtgebiet.

Nach o.g. Konzept ist die Innenstadt als Hauptzentrum der Stadt Baesweiler als Standort für großflächige Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevanten Kernsortimenten und gesamtstädtischen Versorgungsfunktionen vorgesehen.

Vorrangiges Ziel für Ansiedlungen von Einzelhandelsbetrieben mit Umsatzschwerpunkten bei zentrenrelevanten Sortimenten sollte daher sein, diese ausschließlich in den zentralen Versorgungsbereichen einzubinden. Die resultierende Kundenfrequenz soll der Belebung der Hauptgeschäftslagen dienen und diese weiter stärken.

6.2. Klimaschutz

Mit der BauGB-Novelle 2011 wurde der Klimaschutz als Grundsatz der Bauleitplanung gesetzlich einbezogen. Inhaltliche Vorgaben für die Berücksichtigung macht die Klimaschutzklausel des § 1a Abs. 5 BauGB. Hiernach soll den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden. Die Erfordernisse des Klimaschutzes sind in die bauleitplanerische Abwägung einzustellen.

Der Klimawandel ist ein globales Problem, welches nur durch viele lokale Beiträge gelöst werden kann. Mit der Arrondierung des Ortsrandes wird neuer Wohnraum in Baesweiler geschaffen, der durch seine Nähe zum Zentrum einen Beitrag zur „Stadt der kurzen Wege“ und somit einer kompakten Stadt leistet, die bestehende Infrastruktur in Baesweiler stärkt und folglich dem Klimaschutz Rechnung trägt. Des Weiteren ermöglicht der Bebauungsplan überwiegend Grundstücke, auf denen die Nutzung von solarer Energie möglich ist. Die geplanten Grünstrukturen tragen zu einer nachhaltigen Durchgrünung des neuen Siedlungsbereiches bei und schaffen eine Verzahnung mit den angrenzenden Landschaftsbereichen. Dies sorgt am Siedlungsrand für ein günstiges Mikroklima.

Um die Versiegelung im Plangebiet durch die Grundflächen von Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten sowie Nebenanlagen auf ein Minimum zu beschränken, wurde eine entsprechende Festsetzung aufgenommen, welche eine Versiegelung der Grundstücksflächen auf maximal 50 % begrenzt.

Mit den o.g. Maßnahmen wird den Erfordernissen des Klimaschutzes Rechnung getragen.

6.3. Windenergieanlagen

Westlich des geplanten Siedlungsgebiets befinden sich mehrere Windenergieanlagen. Die notwendigen Abstände zu bestehenden und geplanten schützenswerten Nutzungen werden eingehalten.

6.4. Sandgewandstörung

Die innerhalb des Plangebietes verlaufende Sandgewandstörung ist nach Aussagen der vorliegenden Baugrunduntersuchung (Geotechnisches Büro, 29.01.2013) nicht aktiv. Die Bebaubarkeit ist damit hinsichtlich des Aspektes „bewegungsaktive Störungen“ gegeben.

6.5. Erdbebenzone

Das Plangebiet befindet sich gemäß der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland, Bundesland Nordrhein-Westfalen (Juni 2006) in der Erdbebenzone 3. Dementsprechend ist die DIN 4149 zu beachten.

6.6. Bodendenkmäler

Das Plangebiet liegt im Bereich der Jülicher Lössbörde, deren fruchtbare Böden seit der Jungsteinzeit intensiv besiedelt und bewirtschaftet wurden. Aufgrund dessen wurden Siedlungsreste von der Jungsteinzeit bis in das Mittelalter vermutet. Zudem verlief am östlichen Plangebietsrand eine römische Straßentrasse (Aachener Straße), welche in Baesweiler von der Via Belgica abzweigend nach Aachen führte. Grundsätzlich kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass noch Teile dieser Straßentrasse vorzufinden sind. Darüber hinaus waren im Umfeld solcher Straßen oftmals römische Landgüter angesiedelt, deren zugehörige Gräber üblicherweise entlang dieser Straßentrassen angelegt wurden. Ein solches Landgut wurde ca. 500 m nordwestlich der Plangebietsfläche durch Oberflächenfunde nachgewiesen, so dass Grabfunde im Plangebiet ebenfalls nicht auszuschließen sind.

Im Rahmen des Verfahrens wurde durch das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege diesbezüglich eine Feldbegehung durchgeführt. Durch diese Begehung können, wenn Bodendenkmäler im Boden eingebettet sind, Teile davon erkannt werden. Diese liefern erste Hinweise auf im Boden erhaltene Siedlungsreste. Durch Bodenauftrag überdeckte Bodendenkmäler oder auch tiefliegende Befunde können jedoch mit dieser Methode nicht ermittelt werden, so dass die Begehung kein absolut verlässliches Ergebnis liefert. Zur weitergehenden Klärung wären zusätzliche Sondagen erforderlich. Bei der Feldbegehung wurde innerhalb des Plangebietes lediglich ein sehr dünner Fundschleier aus mittelalterlicher und neuzeitlicher Keramik festgestellt.

Nach o.g. Ausführungen können demnach bei den künftigen Bauarbeiten archäologische Bodenfunde auftreten. Beim Auftreten solcher Funde ist das Bodendenkmal und die Fundstelle unverändert zu erhalten und entweder die untere Denkmalbehörde oder das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege zu informieren. Diesbezüglich wurde ein Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen.

6.7. Artenschutz

Um zu klären, ob durch die spätere Umsetzung der Planung Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 BNatSchG (besonderer Artenschutz) ausgelöst werden könnten, wurde im Rahmen dieses Bauleitplanverfahrens eine artenschutzrechtliche Prüfung (ASP) Stufe I (Büro Horst Klein, Stand 08.12.2014) durchgeführt.

Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass im Betrachtungsgebiet (Geltungsbereich 73. FNP-Änderung und Umgebung) mit dem Auftreten von 3 Fledermausarten und 18 planungsrelevanten Vogelarten zu rechnen ist. Für die drei als potenziell vorkommend eingestuft planungsrelevanten Fledermausarten (Breitflügelfledermaus, Großer Abendsegler und Zwergfledermaus) sowie für insgesamt 11 planungsrelevante Vogelarten (Schleiereule, Waldkauz, Waldohreule, Baumpieper, Feldsperling, Mehlschwalbe, Rauchschwalbe sowie die Feldvogelarten Feldlerche, Kiebitz, Rebhuhn und Wachtel) eine Erfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG theoretisch denkbar bzw. nicht von vorneherein auszuschließen ist.

Aufgrund des o.g. Ergebnisses wurde im weiteren Verfahren die Durchführung der Stufe II der artenschutzrechtlichen Prüfung durchgeführt. Die Stufe II der ASP bezieht sich auf den Bebauungsplan Nr. 106, der eine Teilfläche des Geltungsbereichs der FNP-Änderung umfasst. Sie beinhaltet eine Darstellung und Bewertung möglicher Betroffenheiten der als potenziell vorkommend eingestuft Fledermausarten und der im Rahmen der vorhabenbezogenen Kartierung nachgewiesenen Vogelarten.

Die Umsetzung der Planung ist nicht mit einer Inanspruchnahme von Quartiermöglichkeiten von Fledermäusen in bzw. an Gebäuden oder in Baumhöhlen/-spalten verbunden. Für den als potenziell vorkommend eingestuft Großen Abendsegler ergeben sich keine artenschutzrechtlich relevanten Gefährdungen oder Beeinträchtigungen. Für die als potenziell vorkommend eingestuft Arten Zwergfledermaus und Breitflügelfledermaus könnten sich unter Umständen artenschutzrechtlich relevante Störungen des Lebensraumverbundes ergeben, wenn Eingriffe in den straßenbegleitenden Baumbestand an der *Aachener Straße* erfolgen. Eine derartige Beeinträchtigung kann durch weitestmöglichen Erhalt der Straßenbegleitgehölze und ggf. einen Ersatz durch Baumpflanzungen vermieden werden. Bei Berücksichtigung der Maßnahme treten keine Verbotstatbestände ein. Bezüglich des Erhalts der baumbestandenen Seitenbereiche der *Aachener Straße* wurde eine entsprechende Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen.

Im Untersuchungsgebiet der Brutvogelkartierung wurde eine planungsrelevante Art als Brutvogel erfasst (Feldlerche, 1 Revier ca. 140 m entfernt vom Plangebiet), 2 weitere planungsrelevante Arten (Saatkrähe, Turmfalke) als Gastvögel. Das Feldlerchen-Vorkommen ist so weit vom Plangebiet entfernt, dass keine artenschutzrechtlich relevanten Beeinträchtigungen zu erwarten sind. Für lokale Vorkommen von Saatkrähe und Turmfalke gehen mit der geplanten Bebauung lediglich Teilflächen möglicher Nahrungshabitate verloren, keine essenziellen Teilhabitate. Somit treten auch für diese Arten keine Verbotstatbestände ein.

Zur Vermeidung einer Gefährdung von Entwicklungsstadien bzw. Jungtieren wildlebender Vogelarten im Zuge der Baufeldräumung (Rodung von Gehölzen, Räumung der Vegetation) sind geeignete Maßnahmen vorzusehen (Durchführung der Arbeiten außerhalb der Brutzeit, ggf. vorgezogene Kontrolle betroffener Bereiche auf Bruten). Diesbezüglich wurde ein Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen.

Unter Berücksichtigung der o.g. Vermeidungsmaßnahmen ergeben sich durch die Umsetzung der Planung keine Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Vorgaben gemäß § 44 BNatSchG.

7. Städtebauliches Konzept

7.1. Verkehrliche Erschließung

Die verkehrlichen Auswirkungen der geplanten Stadterweiterung auf das Plangebiet und die Umgebung wurden umfassend ermittelt und bewertet. So wurde im Rahmen des städtebaulichen Entwurfes ein Verkehrsgutachten inklusive einer Machbarkeitsstudie zur Verkehrsanbindung *Kloshaus / Aachener Straße* (Büro für Stadt- und Verkehrsplanung Dr. Ing. Reinhold Baier GmbH (BSV), November 2015) verfasst.

Das Gutachten untersucht zunächst die Auswirkungen der Planung für den 1. Bauabschnitt (Süd-West I) und enthält zusätzlich eine verkehrliche Ersteinschätzung zur Verkehrsqualität des Anschlussknotenpunktes an der *Aachener Straße* (K 27) nach Umsetzung der vorgesehenen Bauabschnitte Süd-West II und III.

Im Ergebnis wurde für die künftigen Verkehrsanforderungen im Bereich der Kreuzung *Aachener Straße, Kloshaus, Alsdorfer Straße und Merberener Weg* ein Kreisverkehr vorgeschlagen. Aufgrund

der o.g. Lage und Breite der Einmündungsbereiche im Bestand sowie den örtlichen Gegebenheiten ist eine zentrierte Anordnung auf der Achse der *Aachener Straße* nicht realisierbar. Daher wurde das Zentrum des Kreisverkehrs in nordwestliche Richtung verschoben.

Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Verkehre, insbesondere in der Verbindung *Merberener Weg* und *Alsdorfer Straße*, ist ein direkter Anschluss des *Merberener Weges* an den geplanten Kreisverkehr vorgesehen. Die konkrete Ausführung erfolgt im Weiteren in der Entwurfs- und Detailplanung. Um einen reibungslosen Ablauf der landwirtschaftlichen Verkehre im Hinblick auf den *Merberener Weg* zu gewährleisten, soll dieser auf der überwiegenden Länge innerhalb des Plangebietes auf 8.0 m ausgebaut werden.

Im weiteren Verlauf der *Aachener Straße* ist auf Höhe der Straße *Am Lindchen* eine Querungshilfe mit Mittelinsel für Fußgänger und Radfahrer vorgesehen. Diese schafft eine Verbindung der östlichen Bebauung über die *Aachener Straße* in das geplante Wohngebiet. Damit wird gleichzeitig eine verbesserte Querung für Nutzer der auf der *Aachener Straße* verkehrenden Busse erreicht. In der Verkehrsvorplanung wurden die Haltestellen in Höhe dieser Querung versetzt vorgesehen. In welcher Lage die Haltestellen letztendlich platziert werden, ist im Rahmen der Detail- und Ausbauplanung in Abstimmung mit der ASEAG festzulegen.

Im Hinblick auf den Radverkehr sind drei verschiedene Varianten möglich. Aufgrund der geplanten Mittelinseln in allen Hauptzufahrten am Kreisverkehr ist eine separate Führung des Radverkehrs (Variante 1) auf beiden Seiten möglich. Hierdurch kann im Bereich des Kreisverkehrs eine Zweirichtungquerung vermieden werden und somit eine verbesserte Sicherheit gewährleistet werden.

Bei Variante 2 wird der derzeitige Zweirichtungsverkehr südlich vor dem Kreisverkehr aufgelöst und der Radfahrer auf die Fahrbahn geleitet. Nördlich des Kreisverkehrs wird der Radverkehr auf der östlichen Seite auf dem bestehenden Fuß-Radweg in Süd/Nord-Richtung und auf der westlichen Seite auf einem Schutzstreifen auf der ausreichend breiten Fahrbahn geführt. Auch diese Lösung kann aus Verkehrssicherheitsgründen empfohlen werden, da auch hiermit eine Querung im Zweirichtungsverkehr vermieden wird.

Die Variante 3 sieht eine Beibehaltung des Zweirichtungsverkehrs vor. Aus Gründen der Sicherheit wird diese Variante aus gutachterlicher Sicht jedoch vor dem Hintergrund der anderen realisierbaren Varianten nicht empfohlen.

Favorisiert wird derzeit die Variante 1 mit einer separaten Radverkehrsführung.

Für den geplanten Kreisverkehr ergibt sich in der nachmittäglichen Spitzenstunde die Qualitätsstufe B. In der morgendlichen Spitzenstunde liegt die Qualitätsstufe A (gute Verkehrsqualität) vor.

Für das Szenario der Bauabschnitte II und III ändern sich die Qualitätsstufen am Kreisverkehr nicht. Somit ergeben sich für alle Bauabschnitte an dem geplanten Kreisverkehr gute Ergebnisse.

Für die vorfahrtgeregelte Einmündung *Kapellenstraße (K 27) / Im Brühl* ergibt sich für den ersten Bauabschnitt in der nachmittäglichen Spitzenstunde die Qualitätsstufe B, für die morgendliche Spitzenstunde liegt die Qualitätsstufe A vor. Demnach bleibt dieser Knotenpunkt auch mit den zusätzlichen Kfz-Belastungen weiterhin leistungsfähig.

Ferner sind durch die Umsetzung der Planung auch im Bereich des Kreisverkehrs Linnicher Straße B 57 / L 240 / Klosthaus K 27 keine negativen verkehrlichen Auswirkungen zu erwarten.

7.2. Städtebaulicher Entwurf

Dem städtebaulichen Konzept liegen folgende Vorgaben und Planungsprinzipien zu Grunde:

- eine geordnete Siedlungsstruktur,
- eine städtebaulich verträgliche und sinnvolle Ortsarrondierung in Fortsetzung der bestehenden baulichen Struktur,
- eine klare Definition des neuen Siedlungsrandes mit einer geeigneten Eingrünung,
- die Vernetzung des neuen Quartiers mit der Landschaft,
- eine qualitätvolle Ausstattung mit Grün- und Freiflächen, inklusive Spiel- und Freizeitangeboten,
- die Ermöglichung eines breiten Spektrums an Wohnformen (vom freistehenden Einfamilienhaus über geförderte Wohnungen bis hin zur altengerechten Etagenwohnung),
- die Errichtung von Gemeinbedarfseinrichtungen wie z. B. Kindergarten,

- die Sicherstellung der schrittweisen Realisierbarkeit,
- die Schaffung ruhiger Wohnstraßen mit Aufenthaltsqualitäten,
- die Schaffung eines qualitätvollen Quartiersplatzes,
- die fußläufige Vernetzung des neuen Quartiers mit den bestehenden Strukturen und der umgebenden Landschaft (Naherholung).

Das neue Siedlungsgebiet soll über die *Aachener Straße* an das örtliche und überörtliche Verkehrssystem angebunden werden. Im Bereich der Kreuzung *Aachener Straße / Alsdorfer Straße* ist zur Sicherung einer reibungslosen verkehrlichen Abwicklung die Einrichtung eines Kreisverkehrs vorgesehen. Eine untergeordnete Anbindung zur Vernetzung des neuen Siedlungsbereiches mit der bestehenden Bebauung erfolgt über die Straße *Im Brühl*.

Die von dem geplanten Kreisverkehr ausgehende Haupteerschließung soll als Rückgrat und zentrale Erschließung für den geplanten Siedlungsbereich dienen.

Eine gute Anbindung des geplanten Wohnquartiers an den ÖPNV ist über Bushaltestellen auf der *Aachener Straße* in Höhe des Plangebietes sichergestellt. Die verkehrliche Anbindung des Plangebietes ist somit sowohl mit dem Auto (s.o.) als auch mit dem Bus hervorragend gesichert.

Durch das neue Siedlungsgebiet und dem geplanten Kreisverkehr wird ein neuer Stadteingang geschaffen, der außer einer städtebaulichen Betonung mit einem dreigeschossigen Gebäude auch durch gemischte Nutzungen hervorgehoben werden soll. Neben dem Wohnen sollen hier Büros, Dienstleistungen, kleinflächiger Einzelhandel und nicht störende Gewerbenutzungen angesiedelt werden.

Aufgrund der vom Verkehr ausgehenden Schallimmissionen entlang der *Aachener Straße* ist eine durchgehend geschlossene zwei- bis dreigeschossige Bebauung vorgesehen. Diese schafft durch ihre abschirmende Wirkung geschützte rückwärtige Freibereiche.

Am Quartiersplatz ist auf der südlichen Seite im Übergang zur Landschaft ein größeres Baufeld für die Einrichtung von Gemeinbedarfsnutzungen, wie beispielsweise Kindertagesstätte bzw. Jugendtreff o. ä. vorgesehen. Auf der nördlichen Platzseite ist ein großes Grundstück für altengerechtes gemeinschaftliches Wohnen oder andere besondere Wohnformen vorgesehen. Diese öffentlichen bzw. gemeinschaftlichen Nutzungen sollen der Funktion des Quartiersplatzes als Treffpunkt und Aufenthaltsbereich dienen und zur Belebung des Platzes beitragen.

Im übrigen Gebiet ist analog der umgebenden Siedlungsstruktur überwiegend eine kleinteilige Einzel- und Doppelhausbebauung vorgesehen. Beidseitig der geplanten Haupteerschließungsstraße sollen zur städtebaulichen Einfassung des Straßenraumes nur Doppel- und Reihenhäuser entstehen. Entlang des *Merberener Weges* soll die geplante Bebauung die vorhandene Straßenrandbebauung der gegenüberliegenden Straßenseite ergänzen.

Der entlang der nördlichen Plangebietsgrenze von der *Aachener Straße* in Richtung Westen verlaufende Fuß- und Radweg sowie die südlich und südwestlich vorhandenen Wirtschaftswege werden in die Planung einbezogen und schaffen fuß- und radläufige Verbindungen aus dem Plangebiet in die angrenzende Umgebung und die Naherholungsräume. Innerhalb des Plangebietes wird eine fuß- und radläufige Vernetzung über die geplanten Straßenräume und internen Fußwegeverbindungen sichergestellt.

Anknüpfend an die umgebende Siedlungsstruktur verfolgt das städtebauliche Konzept, wie bereits dargestellt, u.a. das Ziel, ein durchgrüntes und zur umgebenden Landschaft hin verzahntes Siedlungsgebiet zu schaffen. Diesbezüglich ist am westlichen Plangebietsrand eine ca. 20,0 m breite Ortsrandeingrünung vorgesehen, die im weiteren Verlauf nach Norden bis zu den Freiflächen der geplanten Gemeinbedarfsfläche reicht und im weiteren Verlauf diese umschließt. Im südlichen Bereich soll diese Eingrünung bis weit über den *Merberener Weg* hinaus weitergeführt werden. Im rückwärtigen Bereich der östlichen Bebauung entlang der Haupteerschließungsstraße ist im Innenbereich eine weitere Grünfläche zur Durchgrünung des Quartiers vorgesehen. Diese Grünflächen sollen neben den städtebaulichen Aspekten auch den bzgl. des Eingriffs in Natur und Landschaft erforderlichen Ausgleich im Plangebiet möglichst weitgehend abdecken.

Die vorhandenen alleearartig gepflanzten Bäume westlich der *Aachener Straße* werden überwiegend erhalten und durch einen ca. 6,0 m breiten Grünstreifen in ihrem Bestand gesichert. Der durch Hecken und Bäume eingesäumte östliche Begleitstreifen bleibt ebenfalls erhalten.

In den nachfolgenden Bauabschnitten sind die Ortsrandeingrünung sowie die Innenbereichsbe-
grünung weiterführend vorgesehen. Darüber hinaus wird es ergänzend weitere Verzahnungen mit der
Landschaft geben.

Um den Bedarf an Kinderspielflächen für das neue Wohngebiet zu decken, soll der bestehende Spiel-
platz an der Straße *Im Brühl* aufgewertet und gegenüber dem dort querenden Fußweg entsprechend
erweitert werden.

Das gewählte städtebauliche Grundgerüst kann mit seiner soliden Struktur flexibel auf unter-
schiedliche immobilienwirtschaftliche Nachfragen reagieren und somit eine langfristige Entwicklung
sicherstellen. Sowohl hinsichtlich der Eigentumsform (Eigentum und Mietwohnungsbau) als auch der
jeweiligen Zielgruppen (Familien, Singles, Senioren, etc.) sind flexible Wohn- bzw. Bauformen
vorstellbar.

7.3. Städtebauliches Gesamtentwicklungskonzept

Im Rahmen eines ausgedehnten Vorentwurfsprozesses wurden verschiedene Varianten für eine
städtebauliche Ergänzung der Siedlungsstruktur entwickelt. Als Resultat eines intensiven Abwägungs-
prozesses im Hinblick auf eine sinnvolle Arrondierung für das Stadtgebiet von Baesweiler wurde das
unten dargestellte Konzept als Vorzugsvariante vom Bau- und Planungsausschuss der Stadt
Baesweiler in seiner Sitzung am 01.07.2014, TOP 5, beschlossen und ist somit gemäß § 1 Abs. 6
BauGB als von der Gemeinde beschlossenes städtebauliches Entwicklungskonzept zu berück-
sichtigen.

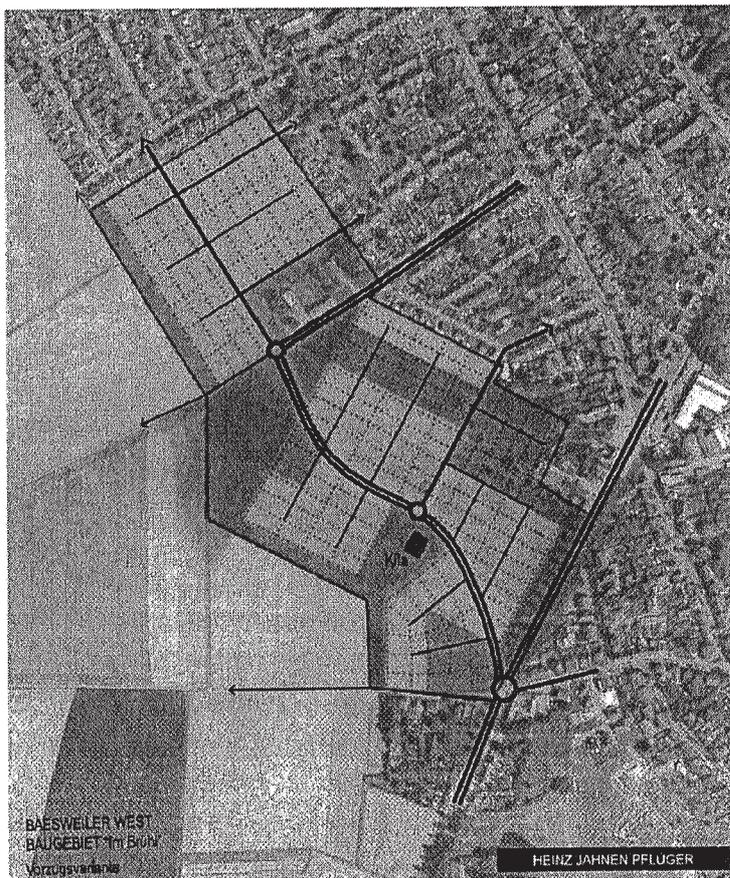


Abb. Entwicklungskonzept – Vorzugsvariante

Mögliche Bauabschnitte

Je nach Wohnungsnachfrage und Verfügbarkeit von Grundstücken können auf Basis des
städtebaulichen Systems sinnvoll Bauabschnitte gebildet werden. Die Entwicklung soll von der
Aachener Straße aus erfolgen. Denkbar sind drei Bauabschnitte, wobei die Bauabschnitte 2 und 3 in
ihrer zeitlichen Abfolge auch getauscht werden könnten. Mit dem vorliegenden Bebauungsplan
werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des ersten Bauabschnitts
geschaffen.

8. Begründung der Festsetzungen

Aufgrund der sehr differenzierten Festsetzungen wird das allgemeine Wohngebiet in Teilbereiche WA 1 bis WA 9 gegliedert, das Mischgebiet wird in die Teilbereiche MI 1.1 bis MI 1.3 gegliedert.

8.1. Art der baulichen Nutzung

Entsprechend der überwiegenden Struktur des umliegenden Siedlungsbereiches sollen die überwiegenden Flächen im Plangebiet gemäß § 4 BauNVO als allgemeines Wohngebiet festgesetzt werden. Sie dienen damit vorwiegend dem Wohnen. Im Bereich des geplanten Kreisverkehrs an der *Aachener Straße* soll ein neuer Stadteingang geschaffen werden. Um in diesem Bereich auch die entsprechenden Nutzungen zu ermöglichen, wird ein Mischgebiet gemäß § 6 BauNVO festgesetzt.

8.1.1. Allgemeines Wohngebiet (WA 1-9)

Für das festgesetzte allgemeine Wohngebiet (WA 1-9) werden nicht störende Handwerksbetriebe sowie die ausnahmsweise zulässigen Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe sowie Tankstellen als Nutzung ausgeschlossen.

Nicht störende Handwerksbetriebe sind aufgrund ihrer betrieblich notwendigen Ausdehnungen und Flächeninanspruchnahme sowie des hohen Verkehrsaufkommens an diesem Standort nicht verträglich.

Betriebe des Beherbergungsgewerbes und Anlagen für Verwaltungen sind nicht zulässig, da die für solche Nutzungen wirtschaftlich notwendige Flächenausdehnung dem Ziel durchgrünter und offener Wohngebiete widerspricht. Darüber hinaus würden das Planungsgebiet und die umliegenden Gebiete durch zusätzlichen Verkehr belastet.

Gartenbaubetriebe sind aufgrund ihrer betrieblich notwendigen Ausdehnung und Flächeninanspruchnahme, des Verkehrsaufkommens und der damit verbundenen Immissionen an diesem Standort nicht verträglich und werden daher ausgeschlossen. Tankstellen sind unzulässig, da von diesen Nutzungen Immissionen (Lärm, Geruch, Luftschadstoffe) ausgehen, die nach der Eigenart des Wohngebietes unzumutbar sind. Zudem ist zu befürchten, dass derartige Anlagen gebietsfremden Verkehr in das Gebiet ziehen. Die vorhandenen sowie die geplanten Erschließungsstraßen sind für solche Verkehre nicht dimensioniert.

Für die Teilbereiche WA 3.1, 4.1 und WA 6 wird gemäß § 9 (1) Nr.7 BauGB festgesetzt, dass nur Gebäude errichtet werden dürfen, die mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung gefördert werden könnten. Zweck einer solchen Festsetzung ist es, dass Wohngebäude, die auf den betreffenden Flächen errichtet werden, die gebäudebezogenen Voraussetzungen für die soziale Wohnraumförderung erfüllen. Ausschlaggebend für die Zulässigkeit von Wohngebäuden auf diesen Flächen ist also nicht die tatsächliche Förderung, sondern allein die Förderfähigkeit. In der Stadt Baesweiler besteht dringender Bedarf nach preiswertem und gefördertem Wohnraum, der insbesondere im Neubau hergestellt werden soll. Der gestiegenen Nachfrage nach preiswertem Wohnraum soll damit nicht nur stadtweit, sondern vor allem auch im Rahmen des vorliegenden Bebauungsplanes zur südwestlichen Abrundung der Ortslage Baesweiler nachgekommen werden.

Mit einem Anteil von etwa 19 % der zu errichtenden Wohnbauflächen im Plangebiet ist diese Festsetzung unabhängig von Bedarfsgesichtspunkten im Gesamtkontext aller Wohnbauflächen im Bebauungsplan „Baesweiler Südwest I“ quantitativ wie qualitativ als verhältnismäßig einzustufen.

8.1.2. Mischgebiet MI 1

Das festgesetzte Mischgebiet MI 1 dient der Unterbringung von Wohnnutzung und gewerblicher Nutzung, die das Wohnen nicht wesentlich stört.

Es werden im MI 1 die nach § 6 (2) BauNVO zulässigen Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe sowie Tankstellen als Nutzung ausgeschlossen.

Anlagen für Verwaltungen sind nicht zulässig, da die für solche Nutzungen wirtschaftlich notwendige Flächenausdehnung dem Ziel durchgrünter und offener Wohngebiete widerspricht. Darüber hinaus würden das Planungsgebiet und die umliegenden Gebiete durch zusätzlichen Verkehr belastet.

Gartenbaubetriebe sind aufgrund ihrer betrieblich notwendigen Ausdehnung und Flächeninanspruchnahme, des Verkehrsaufkommens und der damit verbundenen Immissionen an diesem Standort nicht verträglich und werden daher ausgeschlossen.

Tankstellen sind unzulässig, da von diesen Nutzungen Immissionen (Lärm, Geruch, Luftschadstoffe) ausgehen, die nach der Eigenart des Wohngebietes unzumutbar sind. Zudem ist zu befürchten, dass

derartige Anlagen gebietsfremden Verkehr in das Gebiet ziehen. Die vorhandenen sowie die geplanten Erschließungsstraßen sind für solche Verkehre nicht dimensioniert.

In den Teilbereichen MI 1.1, MI 1.2 und MI 1.3 sind Einzelhandelsbetriebe mit zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimenten gemäß der Baesweiler Liste ausgeschlossen, da solche Nutzungen an dieser Stelle den städtebaulichen Zielsetzungen einer Stärkung der Innenstadt Baesweilers widersprechen würden (s. hierzu Punkt 7.1).

Um einen zukünftigen Trading-Down-Effekt zu verhindern, sind Spielhallen, Wettbüros, Sexkinos sowie Einzelhandelsbetriebe, deren Zweck auf den Verkauf von Artikeln mit sexuellem Charakter ausgerichtet ist sowie Bordelle und bordellartige Betriebe und Einrichtungen, die bauplanungsrechtlich als Gewerbebetriebe anzusehen sind, im Mischgebiet nicht zulässig. Solche Nutzungen und das davon ausgehende negative Image für das Umfeld sind mit den Ansprüchen an einen neuen Wohnstandort nicht vereinbar.

Kfz-Reparaturwerkstätten und Waschanlagen sind unzulässig, da diese aufgrund ihrer betrieblich notwendigen Ausdehnungen und Flächeninanspruchnahme, aufgrund der mit diesen Nutzungen verbundenen Lärmimmissionen sowie des hohen Verkehrsaufkommens an diesem Standort nicht verträglich sind.

Innerhalb des Mischgebietes sind die gemäß § 6 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Vergnügungsstätten nicht zulässig, da das davon ausgehende negative Image für das Umfeld mit den Ansprüchen an den geplanten Wohnstandort nicht vereinbar ist.

Darüber hinaus erfordert die Lage des Mischgebietes an dem neu zu gestaltenden Stadteingang eine qualitätvolle und repräsentative Nutzung.

8.2. Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Festsetzung einer Grundflächenzahl (GRZ), die Zahl der maximal zulässigen Vollgeschosse sowie durch die höchstzulässige Zahl der Wohnungen bestimmt.

8.2.1. Grundflächenzahl (GRZ) und Überschreitung der zulässigen Grundfläche (gem. § 19 BauNVO)

Die im Bebauungsplanentwurf für das allgemeine Wohngebiet (WA 1 – 9) festgesetzte GRZ von 0,4 und die für das Mischgebiet festgesetzte GRZ von 0,6 orientieren sich an der bestehenden Bebauung in der näheren Umgebung und halten die entsprechenden Obergrenzen des § 17 BauNVO ein. Auf diese Weise wird eine städtebaulich unverträgliche Bebauungsdichte an dieser Stelle in Zusammenhang mit den weiteren Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung ausgeschlossen.

Die festgesetzte, zulässige Grundfläche von 0,4 für das allgemeine Wohngebiet darf gemäß § 19 BauNVO durch die Grundflächen von Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten, Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und von baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche bis zu einer Grundflächenzahl von max. 0,5 überschritten werden. Durch diese Beschränkung wird die maximale Versiegelung auf ein verträgliches Maß reduziert und somit dem Bodenschutz Rechnung getragen.

8.2.2. Höhe der baulichen Anlagen, Anzahl der Vollgeschosse

Entsprechend der umgebenden Struktur wird entsprechend der in der Umgebung überwiegend vorhandenen baulichen Höhen im MI 1.1, WA 1, WA 2, WA 3.2, WA 4.2, WA 5 sowie im WA 7-9 eine maximale Zweigeschossigkeit festgesetzt.

Entlang der *Aachener Straße* ist aus Gründen des Schallschutzes eine Zwei- bis Dreigeschossigkeit (WA 3.1, 4.1, MI 1.3) festgesetzt. Eingeschossige Hauptgebäude würden im Bereich der rückwärtigen Freibereiche keinen ausreichenden Schallschutz bieten. In Zusammenhang mit der Festsetzung einer durchgehend geschlossenen Bauweise wird jedoch ein ausreichender Schallschutz für die rückwärtigen Bereiche sichergestellt. Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes Teilbereich WA 3.1 und 4.1 dürfen Garagen und Gebäude zu Abstellzwecken ausnahmsweise abweichend zu der festgesetzten Geschossigkeit mit geringerer Höhe, jedoch größer 3,0 m, errichtet werden, um hier auch die üblichen Nebengebäude zu ermöglichen. Da sich die Freibereiche bzw. Freisitze und Terrassen i.d.R. im rückwärtigen Bereich der Haupthäuser befinden, wird durch diese Ausnahme der Schutz der Freibereiche nicht beeinträchtigt.

Darüber hinaus dient die Zwei- bis Dreigeschossigkeit an der *Aachener Straße* der städtebaulich gewünschten Fassung des Straßenraumes und damit der Fortführung der auf der westlichen Seite bereits vorhandenen Straßenrandbebauung.

An dem geplanten Quartiersplatz wird für den Teilbereich des allgemeinen Wohngebietes WA 6 eine zulässige Mindest- und Höchstzahl von zwei bis drei Vollgeschossen festgesetzt, um die städtebauliche Bedeutung des Platzes für das Plangebiet hervorzuheben.

Um die städtebaulich bedeutsame Position im Bereich des neuen Stadteingangs, der gleichzeitig den Eingang ins Plangebiet darstellt, zu betonen, wird im Teilbereich des Mischgebietes MI 1.2 zwingend eine Dreigeschossigkeit festgesetzt.

Zusätzlich zur Festsetzung der zulässigen Zahl der Vollgeschosse werden für die zu errichtenden Gebäude Höhenfestsetzungen getroffen, um das Maß der baulichen Nutzung auf eine städtebaulich verträgliche Größe sicher zu begrenzen. Als wichtige Punkte werden die Oberkante des Fertigfußbodens Erdgeschoss, die maximale Höhe der Traufe, die maximale Firsthöhe sowie die maximale Attikahöhe bei Flachdächern, jeweils bezogen auf den höchsten Punkt des Grundstücks, an der Straßengrenzungslinie festgesetzt. Darüber hinaus darf bei zweigeschossigen Gebäuden mit Flachdach die festgesetzte Attikahöhe um maximal 3,0 m überschritten werden, wenn das Geschoss mindestens an einer Gebäudeaußenwand zurückversetzt ist. Mit dieser Festsetzung wird bei Flachdächern ein drittes Geschoss, jedoch kein Vollgeschoss, ermöglicht.

Mit diesen Festsetzungen wird sichergestellt, dass ein städtebaulich harmonisches Gesamtbild im neuen Siedlungsbereich entsteht und sich die Gebäude an der Höhenlage der Straße orientieren. Gleichzeitig wird eine städtebaulich angestrebte Höhenstaffelung sichergestellt und gleichzeitig vermieden, dass innerhalb des Planungsgebietes einzelne Gebäude übermäßig herausragen und das für das Ortsbild verträgliche Maß der baulichen Nutzung somit überschreiten. Die Höhenfestsetzungen, in Verbindung mit den bauordnungsrechtlichen Festsetzungen zu Dächern, ermöglichen den Bauherren innerhalb eines gewissen Rahmens die für die Gestaltung der einzelnen Gebäude und ihrer Grundrisse notwendige und angestrebte Flexibilität. Dazu trägt auch die Festsetzung einer Dachneigung zwischen 23° Grad und 45 Grad für Sattel-, Walm- und Zeltdächer bzw. von mindestens 15° Grad für Pultdächer bei. Die Festsetzungen begrenzen die Verdichtung innerhalb des Gebietes und stellen sicher, dass die Wohnqualität zum Beispiel durch unverhältnismäßige Verschattung nicht beeinträchtigt wird.

8.2.3. Technische Aufbauten

Es ist für den geplanten Stadterweiterungsbereich angestrebt, die Dachlandschaft der Neubebauung nicht durch zusätzliche Aufbauten auf den Dächern zu beeinträchtigen. Damit Technikaufbauten und Anlagen sowie Treppenhäuser und Aufzüge städtebaulich nur in geringem Umfang in Erscheinung treten, dürfen sie eine maximale Höhe von 1,5 m über der tatsächlich gebauten First- bzw. Attikahöhe nicht überschreiten. Nur in Ausnahmefällen dürfen technische Aufbauten und Anlagen, Treppenhäuser und Aufzüge die festgesetzten maximalen First- bzw. Attikahöhen bis zu einer Höhe von maximal 1,5 m überschreiten.

Die o.g. Aufbauten und Anlagen sind um das Maß ihrer Höhe von dem darunterliegenden Geschoss zurückzusetzen. Die Festsetzung einer maximalen Höhe in Kombination mit dem Mindestrücksprung sichert, dass die Aufbauten visuell aus der Straßenperspektive nur geringfügig in Erscheinung treten.

Zusätzlich dürfen die Grundflächen der technischen Aufbauten und Anlagen sowie Treppenhäuser und Aufzüge 15% der jeweiligen obersten Dachfläche nicht überschreiten. Diese Festsetzung soll dazu beitragen, dass diese Aufbauten sich auch in der Flächenausdehnung deutlich unterordnen.

Anlagen für regenerative Energiegewinnung sind von dieser Festsetzung ausgenommen, um die Nutzung regenerativer Energien flächenmäßig nicht einzuschränken und somit dem Klimaschutz Rechnung zu tragen.

8.3. Bauweise / überbaubare Grundstücksflächen

8.3.1. Offene Bauweise

Als Bauweise wird in den Teilbereichen des allgemeinen Wohngebietes WA 1, 2.1, 3.2, 4.2, 5 und 9 gemäß § 22 BauNVO im allgemeinen Wohngebiet eine offene Bauweise sowie Einzel- und Doppelhäuser festgesetzt. Dies entspricht dem städtebaulichen Ziel einer orts- und regionaltypischen Bebauung im Übergang zur freien Landschaft und der damit verbundenen aufgelockerten Bauweise.

Im WA 6 wird ebenfalls eine offene Bauweise festgesetzt. Im Rahmen dieser Festsetzung besteht neben freistehenden Ein- und Mehrfamilienhäusern auch die Möglichkeit zur Errichtung von seniorenrechtlichem Wohnraum und innovativen zukunftsweisenden Wohnformen.

Mittels der durch o.g. Festsetzung zu erzielenden aufgelockerten Baudichte werden Blickbeziehungen zwischen den Baukörpern hindurch in die freie Landschaft gesichert und darüber hinaus ein harmonischer Übergang zwischen der bestehenden bebauten Ortslage und dem Landschaftsraum erreicht.

8.3.2. Abweichende Bauweise

Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes Teilbereiche WA 2.2, 7 und 8 sowie im Teilbereich des Mischgebietes MI 1.1 sind abweichend Doppelhäuser und Hausgruppen zulässig. Für Hausgruppen ist eine maximale Länge von 30 m festgesetzt. Diese Festsetzung soll entlang der inneren Haupterschließungsstraße im Plangebiet einerseits eine Straßenrandbebauung sichern, aber gleichzeitig die erwünschte Kleinteiligkeit sicherstellen.

Um die rückwärtigen Freibereiche der Teilbereiche des allgemeinen Wohngebietes WA 3.1 und 4.1 sowie der Teilbereiche des Mischgebietes MI 1.2 und 1.3 vor Lärmimmissionen zu schützen, wird entlang der *Aachener Straße* abweichend eine durchgehend geschlossene Bebauung in der festgesetzten Geschossigkeit festgesetzt.

8.3.3. Baugrenzen

Zur Sicherstellung der notwendigen städtebaulichen Ordnung werden auf Basis des vorliegenden Entwicklungskonzeptes und des städtebaulichen Entwurfs die zulässigen überbaubaren Grundstücksflächen gemäß § 23 BauNVO durch Baugrenzen bestimmt. Zur Gewährleistung einer jeweiligen individuellen architektonischen Ausprägung der Gebäude sind die Baugrenzen überwiegend mit einer Tiefe von mindestens 14,0 m ausreichend tief dimensioniert.

In den Teilbereichen des allgemeinen Wohngebietes WA 3.1 und 4.1 beträgt die Tiefe 16,0 m, um der Lage an der Straße Rechnung tragen zu können und Wohngebäude zu ermöglichen, die mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung gefördert werden könnten.

In den Teilbereichen WA 6 und WA 9 sind die überbaubaren Grundstücksflächen größer dimensioniert, um eine Bebauung mit sozialer Infrastruktur, besonderen Wohnformen oder anderen Nutzungen zu ermöglichen.

In den Teilbereichen des Mischgebietes MI 1.2 und MI 1.3 sind aufgrund anderer Nutzungsanforderungen 22,0 m tiefe überbaubare Grundstücksflächen vorgesehen.

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind so angeordnet, dass die Umsetzung der städtebaulichen Ideen einer qualitätsvollen Stadterweiterung und Ortsrandarrondierung möglich ist und darüber hinaus ausreichend Spielraum für die Gestaltung und Gliederung der künftigen Baukörper sichergestellt ist.

Das Überschreiten der von der Erschließungsseite abgewandten Baugrenzen durch Terrassen und Abgrabungen ist bis zu einer maximalen Tiefe von 3,0 m zulässig. Diese Festsetzung bietet eine städtebauliche Lösung, um die individuelle bauliche Freiheit unter Beibehaltung der angestrebten städtebaulichen Ordnung sicherzustellen.

Die o.g. Begrenzung auf 3,0 m in Verbindung mit der Begrenzung der Versiegelung bis zu einer Grundflächenzahl von max. 0,5 dient ferner dazu, die maximale Versiegelung auf ein verträgliches Maß zu reduzieren und somit dem Bodenschutz Rechnung zu tragen. Trotz dieser Beschränkungen ist noch ausreichend Spielraum für die spätere Bebauung gegeben.

8.4. Größe der Baugrundstücke

Um dem städtebaulichen Ziel eines durchgrüntes Wohngebietes Rechnung zu tragen und eine städtebaulich unverträgliche Verdichtung zu verhindern, werden im gesamten Plangebiet Mindestgrundstücksgrößen festgesetzt. Die angestrebten Wohnqualitäten können mit den festgesetzten Mindestgrößen (mindestens 350 qm für Einzelhausbebauung und 300 qm für Doppelhausbebauung) realisiert werden.

Die durch o.g. Festsetzungen möglichen Grundstückszuschnitte entsprechen den städtebaulichen Randbedingungen in der Gemeinde Baesweiler und dem städtebaulichen Ziel einer orts- und regionaltypischen Bebauung im Übergang zur freien Landschaft und der damit verbundenen aufgelockerten Bauweise.

8.5. Beschränkung der Zahl der Wohnungen

Die Zahl der Wohnungen je Einzelhaus, Doppelhaushälfte bzw. Reihenhaus entspricht dem Ziel einer orts- und regionaltypischen Bebauung. Durch den Ausschluss einer übermäßigen Verdichtung wird der städtebaulichen Situation im Plangebiet innerhalb des randlich des Zentrums von Baesweiler gelegenen Kontextes Rechnung getragen. Eine darüber hinausgehende Verdichtung und die hierdurch entstehenden zusätzlichen Verkehre wären für die umliegenden Siedlungsbereiche nicht vertretbar.

In den Teilbereichen des allgemeinen Wohngebietes WA 3.1, 4.1 und 6 sowie in den Teilbereichen des Mischgebietes MI 1.2 und 1.3 sind maximal 6 Wohnungen pro Gebäude zulässig, um hier die

gewünschte Bebauung mit Geschosswohnungen, ggf. geförderten Wohnungen und besonderen Wohnformen zu ermöglichen.

8.6. Garagen, Carports, Stellplätze und Tiefgaragen

Im Plangebiet sind mind. 1,5 Stellplätze je Wohneinheit auf den privaten Grundstücken nachzuweisen, wobei Garagenzufahrten nicht als notwendige Stellplätze angerechnet werden. Aufgrund der Lage im ländlichen Raum, der flächenmäßigen Ausdehnung und einem hohen Auspendleranteil ist die Festlegung trotz guter Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr plausibel und angemessen.

Um die städtebauliche Einheit des neuen Siedlungsbereiches sicherzustellen, soll der öffentliche Straßenraum insbesondere von den angrenzenden privaten Vorgärten geprägt sein.

Innerhalb des allgemeinen Wohngebietes Teilbereiche WA 1-5 und WA 7-9 sind daher Garagen, Carports und Stellplätze nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie in dafür festgesetzten Flächen (an den Kopfseiten der Baufelder) zulässig. Aus dem gleichen Grund wird der Abstand zwischen Garagentoren und der Straßenbegrenzungslinie auf mind. 5 m festgesetzt.

Aufgrund der besonderen städtebaulichen Wirkung auf den öffentlichen Raum sind Vorgärten (die mit //// gekennzeichneten Bereiche) von Garagen, Carports und Stellplätzen freizuhalten. Stellplätze sind nur ausnahmsweise bis zu einer Breite von 2,5 m zugelassen.

Um der besonderen Lage am geplanten Quartiersplatz Rechnung zu tragen, sind im allgemeinen Wohngebiet Teilbereich WA 6 Garagen und Carports nur in der südlichen Abstandfläche sowie in den nördlichen Bereichen entlang der Nebenstraße zulässig. Stellplätze und Tiefgaragen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie in den jeweils dafür festgesetzten Flächen an der vom Platz abgewandten Seite zulässig.

Um der besonderen Lage am neuen Stadteingang und am Zugang zum geplanten Stadtquartier Rechnung zu tragen und eine geschlossene städtebauliche Wirkung zu erzielen sowie eine erhöhte Dichte sicherzustellen, sind innerhalb des Mischgebietes (MI 1.1 bis 1.3) Garagen und Carports unzulässig. Stellplätze und Tiefgaragen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie in den dafür festgesetzten Flächen im nördlichen Bereich zulässig.

8.7. Nebenanlagen

Aufgrund der besonderen städtebaulichen Wirkung auf den öffentlichen Raum sind in den mit //// gekennzeichneten Bereichen (Vorgärten) außer Pergolen keine Nebenanlagen (gem. §14 BauNVO) zulässig.

Auf den übrigen Grundstücksflächen sind Nebenanlagen (gem. §14 BauNVO) zulässig. Sie dürfen aber eine Anlagenhöhe von 2,5 m und ein Volumen von 40 cbm nicht überschreiten. Mit dieser Festsetzung wird der aus ökologischen Gründen geforderten Minimierung der Bodenversiegelung Rechnung getragen.

Mit der maximalen Anlagenhöhe wird sichergestellt, dass die Nebenanlagen sich den Hauptbaukörpern deutlich unterordnen.

8.8. Verkehrsflächen

Zur Sicherstellung der äußeren Erschließung des Plangebietes werden die Flächen der *Aachener Straße*, die für den Bau des geplanten Kreisverkehrs zur Erschließung der Flächen innerhalb des Plangebietes sowie die geplanten Straßen im neuen Siedlungsbereich als Verkehrsflächen festgesetzt.

Die Dimensionierung der Flächen ist so gewählt, dass die Erschließung gesichert ist, notwendige öffentliche Stellplätze innerhalb der Verkehrsflächen unterzubringen sind und die Befahrbarkeit durch Rettungs- und Müllfahrzeuge gewährleistet ist.

Die Verkehrsflächen sind in Gänze auf das erforderliche Maß reduziert, um u.a. dem Ziel eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden Rechnung zu tragen.

Die bestehenden Bäume an der westlichen Seite der *Aachener Straße* befinden sich in der festgesetzten Verkehrsfläche. Ihr dauerhafter Erhalt wird durch die Selbstbindungspflicht der Stadt Baesweiler sichergestellt.

8.8.1. Bereiche ohne Ein- und Ausfahrt

Um entlang der *Aachener Straße* keine Anbindung an die parallel verlaufende Erschließungsstraße zu ermöglichen und den dort vorbeiführenden Fuß- und Radweg zu schützen, ist ein durchgehender Bereich ohne Ein- und Ausfahrt festgesetzt. Dies dient neben der Sicherung eines reibungslosen Ver-

kehrsablaufes auf der *Aachener Straße* und dem Schutz der Fußgänger und Radfahrer auch dem Schutz der Wohnbebauung des allgemeinen Wohngebietes Teilbereiche WA 3.1 und 4.1 und dem Schutz der vorhandenen straßenbegleitenden Bäume.

8.8.2. Fuß-, Rad- und Wirtschaftsweg

Der vorhandene Wirtschaftsweg am westlichen Rand des Plangebietes ist als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „Fuß-, Rad- und Wirtschaftsweg“ festgesetzt. Diese Festsetzung dient neben dem fuß- und radläufigen Verkehr auch der Sicherung der Bewirtschaftung der angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen.

Die im Zuge der Schaffung des neuen Stadteingangs mittels Kreisverkehr geplante fuß- und radläufige Verbindung vom *Merberener Weg* zur *Aachener Straße* wird durch die Festsetzung einer Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „Fuß- und Radweg“ sichergestellt.

8.9. Flächen für Versorgungsanlagen

Um die Versorgung des neuen Siedlungsbereiches sicherzustellen, ist im Bereich südlich des geplanten Quartiersplatzes innerhalb der öffentlichen Grünfläche eine Fläche für Versorgungsanlagen mit der Zweckbestimmung „Elektrizität“ festgesetzt.

8.10. Öffentliche Grünflächen

Neben den für die Durchgrünung des Plangebietes vorgesehenen öffentlichen Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Kompensation“ ist der östliche straßenbegleitende Grünstreifen an der *Aachener Straße* zur Sicherung der bestehenden Baumhecke mit der Zweckbestimmung „Straßenbegleitgrün“ festgesetzt.

Der im Bereich der Straße *Im Brühl* bestehende Spielplatz soll Richtung Norden erweitert werden und wird zusammen mit dem dort verlaufenden Fußweg als öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Spielplatz“ festgesetzt. Damit kann der Bedarf an öffentlichen Kinderspielflächen im ersten Bauabschnitt gedeckt werden.

8.11. Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

Aufgrund der durch die angrenzende *Aachener Straße* verursachten Geräuschsituation wurde zur Berücksichtigung und Abwägung der Belange des Umweltschutzes gemäß § 1 BauGB eine schalltechnische Untersuchung vom Ingenieurbüro Szymanski und Partner erstellt.

Maßgeblich wird die Lärmsituation vom Straßenverkehr der *Aachener Straße* dominiert. Erhöhte Belastungen sind daher nur an den Gebäuden entlang der *Aachener Straße* zu erwarten. Die dem Lärm abgewandten Fassaden und die rückwärtigen Baukörper weisen durch die Eigenabschirmung bzw. dem erhöhten Abstand eine grundsätzlich unbedenkliche Immissionsbelastung auf. Die höchsten Belastungen im Tages- und Nachtzeitraum überschreiten den Orientierungswert der DIN 18005 für allgemeine Wohngebiete WA um bis zu 9 dB(A). Die Größenordnung der Belastungen ist jedoch für einen innerstädtischen Bereich typisch und an verkehrsreichen Straßen nahezu unvermeidbar.

Aktiver Schallschutz würde den Einsatz von Schallschutz-Hindernissen (Lärmschutzwand) parallel zur *Aachener Straße* bedeuten. Dies ist baulich nur bedingt umsetzbar, da ein solches Hindernis mehrere Meter hoch sein müsste, um auch die oberen Geschosse abzuschirmen. Die hierfür notwendigen freizuhaltenden Abstandflächen würden einen erheblichen Flächenverlust erzeugen. Darüber hinaus ist ein Lärmschutzhindernis in dieser Höhe mitten im Siedlungsgefüge und am neuen Stadteingang aus städtebaulicher Sicht durch die damit erzeugte Barrierewirkung unverträglich. Zudem stehen die hierdurch zu erwartenden Verbesserungen der Lärmsituation an nur relativ wenigen Gebäuden bei gleichzeitig geringem Konfliktpotential den negativen Eingriffen in das Landschafts- und Ortsbild, der Schaffung von verschatteten, städtebaulich nicht integrierten Bereichen und dem enormen Kostenaufwand entgegen, der gegenüber den Aufwendungen für passiven Schallschutz wesentlich höher ist.

Eine Vergrößerung der Abstände der Wohnbebauung zur *Aachener Straße* würde einen erheblichen Flächenverlust bedeuten und darüber hinaus die aus städtebaulichen Gründen gewünschte bauliche Raumkante an der *Aachener Straße* verhindern.

Eine weitere mögliche Maßnahme wäre eine Reduzierung der Geschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h auf der *Aachener Straße*. Da es sich hier jedoch um eine Kreisstraße mit entsprechendem Durchgangsverkehr handelt, wird diese Maßnahme als nicht umsetzbar angesehen.

Zur Gewährleistung eines ausreichenden Schutzes der Innenräume vor Verkehrslärm werden für Gebäude entlang der *Aachener Straße* Festsetzungen zu passivem Schallschutz getroffen. Nach Maßgabe der schalltechnischen Untersuchung wird im Bebauungsplan für diese überbaubaren Grundstücksflächen (WA 3.1 und 4.1, MI 1.2 und 1.3) der Lärmpegelbereich IV festgesetzt. Als Mindestanforderung für alle anderen Bereiche gilt der Lärmpegelbereich III. Diese Anforderungen werden bereits durch die Einhaltung der gültigen Energieeinsparverordnungen erreicht. Um eine unzulässige Überforderung der Planbetroffenen auszuschließen, kann von den Festsetzungen abgewichen werden, wenn gutachterlich nachgewiesen wird, dass dauerhaft geringere maßgebliche Außenlärmpegel auftreten.

Neben den o.g. Maßnahmen sind zusätzlich in den mit Lärmpegelbereich IV festgesetzten Bereichen schallgedämmte Lüftungseinrichtungen oder gleichwertige technische Lösungen für Aufenthaltsräume vorzusehen. Von diesen Festsetzungen können Ausnahmen nur gestattet werden, wenn ein Sachverständiger den entsprechenden Nachweis erbringt, dass dauerhaft geringere Maßnahmen ausreichen.

Für die Außenwohnbereiche besteht aufgrund der geplanten durchgehend geschlossenen Bebauung entlang der *Aachener Straße* kein Nutzungskonflikt, da die Gebäude eine ausreichende Abschirmung der Freibereiche bewirken. Die Sicherung der durchgehend geschlossenen Bebauung erfolgt über entsprechende Festsetzungen im Bebauungsplan.

Sollte die Bebauung entlang der *Aachener Straße* später errichtet werden, als die Bebauung in den Teilbereichen des allgemeinen Wohngebietes WA 2.1, WA 2.2, WA 3.2 und WA 4.2 liegen mögliche Überschreitungen der Orientierungswerte der DIN 18005 für allgemeine Wohngebiete bei bis zu 4 dB(A). Die Orientierungswerte der DIN 18005 stellen jedoch keine Planungsobergrenze dar, sondern eine in der Bauleitplanung überschreitbare Orientierungshilfe. Die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV werden an diesen Immissionsorten eingehalten. Gesunde Wohnverhältnisse sind daher auch weiterhin gewährleistet. Zudem ist durch die Eigenabschirmung an jedem Baukörper eine deutlich leisere Gebäudeseite vorhanden.

Auf die Verkehrslärmsituation in der Umgebung hat die geplante Stadterweiterung weder durch außergewöhnliche Reflexionen noch durch die Verkehrserhöhung relevante Auswirkungen.

Nach Umsetzung der oben beschriebenen Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen werden gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse gewährleistet.

8.12. Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung sowie Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Der durch den Bebauungsplan vorbereitete Eingriff in Natur und Landschaft wurde im Rahmen einer Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung vom Büro für Freiraum- und Landschaftsplanung Guido Beuster (28.01.2016) untersucht und bewertet. Dies beinhaltet sowohl die Bewertung des Bestandes, als auch des geplanten Eingriffs in Natur und Landschaft. Daraus resultierend werden Vorschläge zu Maßnahmen zum ökologischen Ausgleich formuliert. Im Bebauungsplan werden diesbezüglich entsprechende Festsetzungen getroffen. Die durch den geplanten Eingriff erforderliche Kompensation kann jedoch nicht in Gänze innerhalb des Plangebietes erfolgen.

Um die stadträumlich prägenden Solitärbäume westlich der *Aachener Straße* sowie die Baumhecke auf der östlichen Seite (innerhalb der zeichnerisch festgesetzten öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Straßenbegleitgrün“) dauerhaft zu sichern, wurde eine entsprechende textliche Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen. Die Solitärbäume befinden sich innerhalb eines begrünten Böschungstreifens, der nach Umsetzung der Planung eine Breite von bis zu 6,0 m haben wird und damit der Erhalt gesichert werden kann.

Zur Gestaltung und Gliederung des Straßenraumes soll innerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen i.V.m. den geplanten Stellplätzen eine Mindestanzahl (30) von standortgerechten Laubbäumen gepflanzt werden. Der genaue Standort der Bäume wird vor Ort im Zuge der tiefbautechnischen Ausbauplanung überprüft und festgelegt.

Innerhalb der mit **A** gekennzeichneten Verkehrsflächen (geplante Wohnstraßen) sollen im Hinblick auf eine einheitliche Gestaltung maximal 2 verschiedene Baumarten i.V.m. den geplanten öffentlichen Stellplätzen gepflanzt werden. Die Kombination von Stellplätzen und Bäumen dient darüber hinaus auch der gewünschten verkehrsberuhigenden Wirkung.

Innerhalb der mit **B** gekennzeichneten Verkehrsfläche für die Haupterschließung soll eine größer werdende Baumart gepflanzt werden, um den angestrebten städtebaulichen und landschaftsbildprägenden Charakter einer Allee herzustellen. In der mit **C** gekennzeichneten Verkehrsfläche soll der Platz-

bereich zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und zur Gliederung mit der gleichen Baumart gestaltet werden.

Um eine entsprechende Bepflanzung der Baumbete sicherzustellen, wird festgesetzt, dass diese mit einer Rasenmischung oder mit Bodendeckern zu bepflanzen sind.

8.13. Kompensationsmaßnahmen Natur und Landschaft

Gemäß § 1a (3) BauGB ist „die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts in seinen in § 1 (6) Nr. 7 Buchstabe a bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz)“ zu berücksichtigen.

Maßnahmen innerhalb des Plangebietes

Innerhalb des Plangebietes kann ein Teil des Ausgleiches erfolgen. Hierzu sind in den öffentlichen Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Kompensationsfläche“ freiwachsende Hecken zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Zusätzlich sollen jeweils mittig in diesen Flächen mindestens 48 Solitärbäume gepflanzt werden. Darüber hinaus sind in den öffentlichen Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Spielplatz“ eine freiwachsende Hecke sowie mindestens 6 Solitärbäume zu pflanzen.

Im Rahmen der Umsetzung der Maßnahmen sind die Vorgaben aus der Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung vom Büro für Freiraum- und Landschaftsplanung Guido Beuster zu beachten.

Maßnahmen außerhalb des Plangebietes

Zur vollständigen Kompensation des Eingriffs auf Grundlage der Festsetzungen des vorliegenden Bebauungsplanes wird die Inanspruchnahme von Flächen außerhalb des Plangebietes notwendig sein. Für diese Maßnahmen stehen folgende Flächen, die im Besitz der Stadt Baesweiler sind, zur Verfügung.

Auf einem Grundstück, nördlich angrenzend an das Plangebiet (Gemarkung Oidtweiler, Flur 4, Flurstück 389), werden auf einer Fläche von insgesamt 698 m² eine freiwachsende Hecke mit standorttypischen Gehölzen und 2 Solitärbäume in der Mitte der Fläche gepflanzt.

Darüber hinaus werden auf einer 2.660 m² großen Teilfläche des Flurstücks 933, Flur 4, Gemarkung Puffendorf und auf einer 6.408 m² großen Teilfläche des Flurstücks 85, Flur 21, Gemarkung Baesweiler freiwachsende Hecken mit standorttypischen Gehölzen gepflanzt.

Auf der Teilfläche in Puffendorf werden mittig 10 Solitärbäume und auf der Teilfläche in Baesweiler 24 Solitärbäume integriert.

Die Fläche in Baesweiler befindet sich zurzeit im Flurbereinigungsverfahren Boscheln und wird nach Rechtskraft der Stadt Baesweiler zugewiesen als Parzelle Flur 30, Flurstück 24.

Somit kann das Defizit von -106.963 Ökologischen Werteinheiten ÖW durch die externen Ausgleichsmaßnahmen vollständig kompensiert werden.

Nach Realisierung des Vorhabens verbleibt ein ökologisches Defizit in Höhe von - 106.963 Ökologischen Werteinheiten ÖW. Dieses ökologische Defizit wird auf den o.g. externen Kompensationsflächen ausgeglichen.

9. Gestalterische Festsetzungen

Um die Qualität des neuen Wohngebietes im landschaftlich reizvollen ländlichen Bereich nachhaltig zu gewährleisten, ein harmonisches Siedlungsgefüge sicherzustellen und eine zeitgemäße, moderne Architektur zu ermöglichen, ist es notwendig, einige wenige, grundsätzliche Gestaltungsvorgaben zur zukünftigen Bebauung als Festsetzungen in den Bebauungsplan aufzunehmen. Auch für die zukünftigen Bauherren und Bewohner sind diese Festsetzungen eine Sicherheit für den gestalterischen Rahmen ihres direkten Umfeldes.

Die Vorschriften über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen (Materialien und Farben der Fassaden und Außenwände, Dachform und Dachneigung, Dacheindeckung, Einfriedungen) orientieren sich an der als ortsüblich anzusehenden Bebauung. Sie sollen dafür Sorge tragen, Verunstaltungen sowie das Orts- und Straßenbild störende Bauformen, Materialien und Farben auszuschließen.

9.1. Fassaden / Außenwände

Die Gestaltung der Fassaden und Außenwände ist für die Wirkung eines Gebäudes von besonderer Bedeutung. Um die Neubebauung im Kontext der gewachsenen Stadtstruktur verträglich zu gestalten, setzt der Bebauungsplan für die Außenwandflächen entlang der wichtigsten Erschließungsstraßen (d.h. im allgemeinen Wohngebiet in den Teilbereichen WA 3.1, 4.1, 2.2, 6, 7, 8 und 9) und im Mischgebiet MI 1.1 - 1.3) als Material nur Ziegel oder Putz fest. Für die Oberflächen der Ziegel werden aus

dem Duktus der regionaltypischen Farben entsprechende rot/rotbraune Farbtöne des RAL-Registers RAL K5 Classic vorgegeben.

Die Verwendung von glänzenden oder glasierten Materialien ist unzulässig, da solche optisch dominant wirkenden Materialien für das Orts- und Landschaftsbild unverträglich sind.

9.2. Dächer

Im gesamten Plangebiet sind Flachdächer sowie geneigte Dächer mit einer Dachneigung zwischen 23° und 45 Grad für Sattel-, Walm- und Zeldächer bzw. mindestens 15° Grad für Pultdächer festgesetzt. Krüppelwalm und Tonnendächer sind im Plangebiet unzulässig, da sie nicht orts- bzw. regionaltypisch sind.

Da sie städtebaulich weniger bedeutend sind, dürfen Garagen, eingeschossige Terrassenüberdachungen und untergeordnete Anlagen i. S. des § 14 BauNVO auch mit flach geneigten Dächern errichtet werden.

Um zu vermeiden, dass über die jeweils festgesetzte Geschossigkeit in den Baugebieten hinaus optisch ein weiteres Geschoss wahrgenommen wird, sind Drempel nur bei zwei- und dreigeschossigen Gebäuden nur innerhalb des jeweiligen obersten Vollgeschosses zulässig.

Die Dachform von Gebäuden prägt die Gestalt der Bebauung in erheblichem Maß. Aufgrund dessen sind bei aneinandergrenzenden Gebäuden erschließungsseitig die Firsthöhe, Traufhöhe und Dachneigung anzugleichen. Dies unterstreicht insbesondere bei Doppelhaushälften zusätzlich die gestalterische Einheit dieser Bauform und erzeugt ein einheitliches Siedlungsbild.

Da das Dach eines Hauses die Architektur des Gebäudes wesentlich bestimmt, soll die klare Struktur der Dachform im Vordergrund stehen. Des Weiteren soll vermieden werden, dass durch die Dimension von Dachaufbauten über die jeweils festgesetzte Geschossigkeit in den Baugebieten hinaus optisch ein weiteres Geschoss wahrgenommen wird. Diesbezüglich ist festgesetzt, dass die Breite von Dachaufbauten (Dachgauben, Quergiebeln und Nebenziebeln etc.) und Dacheinschnitten (Loggien etc.) maximal die Hälfte der Gesamtbreite der zugehörigen Dachfläche betragen darf. Auch einzelne Dachaufbauten und Dacheinschnitte dürfen die Hälfte der Breite der zugehörigen Dachfläche nicht überschreiten. Darüber hinaus gibt es Festsetzungen bzgl. der Trauf- und Firsthöhe der Dachaufbauten sowie deren Lage unterhalb des Firstes. Um zu Verhindern, dass mehrere Geschosse in einem Dach untergebracht werden und damit die Dachlandschaft erheblich gestört wird, sind Dachgauben in mehreren Ebenen des Daches nicht zulässig

9.3. Dacheindeckung

Neben Fassaden/Außenwänden und Dachform, ist auch die Dacheindeckung für die Wirkung eines Gebäudes von besonderer städtebaulicher Bedeutung.

Diesbezüglich werden die in Baesweiler typischen Farben (schwarz, schiefer- oder dunkelgrau entsprechend der genannten Farben des RAL-Registers RAL K5 Classic) zur Dacheindeckung festgesetzt. Um ein einheitliches Siedlungsbild zu erreichen, sind die gesamte Dachfläche eines Gebäudes und die Dächer aneinandergrenzender Gebäude in derselben Farbe auszuführen.

Die Verwendung von glänzenden oder glasierten Materialien ist unzulässig, da solche optisch dominant wirkenden Materialien für das Stadt- und Landschaftsbild unverträglich sind. Ausgenommen hiervon sind Zinkeindeckungen, untergeordnete Glasflächen bzw. glasähnliche Flächen sowie Anlagen zur regenerativen Energiegewinnung.

9.4. Einfriedungen

Die Festsetzung zu Einfriedungen dient in erster Linie dazu, den besonders durch Vorgärten geprägten öffentlichen Straßenraum einheitlich und qualitativvoll zu gestalten und damit einen Beitrag zu einem hochwertigen und attraktiven Wohnumfeld zu leisten. Ein weiterer Aspekt zur Sicherung eines qualitativvollen öffentlichen Raumes ist die Zulässigkeit offener Einfriedungen (Zäune) nur in Verbindung mit deren Begrünung.

Im Hinblick auf die typische Orts- und Straßenraumgestaltung wird vorgeschrieben, dass entlang der Vorgärten (mit //// gekennzeichnete Bereiche) und der seitlichen Grundstücksgrenzen (Bereiche die mit IIIII gekennzeichnet sind) nur Laubhecken zulässig sind. Ausnahmsweise können Laubhecken in Kombination mit Maschendraht- oder ähnlich transparenten Metallgitterzäunen verwandt werden.

Mit der Höhenbeschränkung von Einfriedungen in den Vorgartenbereichen bis maximal 1,00 m in den mit //// gekennzeichneten Bereichen (Vorgärten) soll bei gleichzeitigem Schutz des Vorgartens ein Blickkontakt zur Förderung der nachbarschaftlichen Kontaktaufnahme ermöglicht werden.

Mit der Höhenbeschränkung von Einfriedungen entlang öffentlicher Straßenräume bis maximal 1,60 m in den mit IIII gekennzeichneten Bereichen (seitliche Gartenbereiche, die an Straßen angrenzen) sollen einerseits die Erdgeschosswohnungen und seitlichen Gärten vor Einblicken geschützt werden und andererseits ein qualitativvoller und übersichtlicher, öffentlicher Straßenraum entstehen.

Aus dem gleichen Grund sind entlang der sonstigen Grundstücksgrenzen transparente Metallgitterzäune, Holzzäune und/oder Laubhecken bis zu einer Höhe von 2,00 m zulässig.

Im Bereich der Einmündung in die Straße *Im Brühl* ist entlang der westlichen Grenze der Verkehrsfläche zu dem angrenzenden Grundstück eine mindestens 0,50 m und maximal 1,20 m hohe Natursteinmauer zu errichten. Diese Mauer soll eine qualitätvolle und gestalterisch hochwertige Abgrenzung zu dem privaten Freiraum sicherstellen.

10. Kennzeichnungen

Im Bebauungsplan sind im westlichen Bereich einschließlich der Teilbereiche des allgemeinen Wohngebietes WA 1 und 9 Flächen gekennzeichnet, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen im Gründungsbereich erforderlich sind, da die Böden humoses Bodenmaterial enthalten. Humose Böden sind empfindlich gegen Bodendruck und im Allgemeinen kaum tragfähig. Erfahrungsgemäß wechseln die Bodenschichten auf kurzer Distanz in ihrer Verbreitung und Mächtigkeit, so dass selbst bei einer gleichmäßigen Belastung diese Böden mit unterschiedlichen Setzungen reagieren können. Bezüglich der zu beachtenden Vorschriften wurde zusätzlich ein Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen.

11. Entwässerung

Die Entwässerung der geplanten Siedlungserweiterung soll über die bestehenden Kanäle in der *Peterstraße* und der Straße *Im Brühl* gesichert werden. Die bestehenden Kanäle sind zur Aufnahme des zusätzlichen Wassers aus dem geplanten Siedlungsgebiet nicht ausreichend dimensioniert. Es kann lediglich eine gedrosselte Abwassermenge in die Kanäle eingeleitet werden. Demnach sind im Rahmen der Entwurfs- und Ausbauplanung Stauraumkanäle oder ähnliches mit abflussregulierenden Drosselsystemen vorzusehen.

12. Hinweise

12.1. Denkmalpflege

Aufgrund von im Plangebiet vermuteten Siedlungsresten aus der Jungsteinzeit bis in das Mittelalter wurde ein Hinweis zur Anzeigepflicht und zum Umgang mit möglichen archäologischen Funden in den Bebauungsplan aufgenommen.

12.2. Kampfmittel

Es wird darauf hingewiesen, dass vor Beginn der Durchführung von Erschließungs- und Baumaßnahmen der Kampfmittelbeseitigungsdienst zu beteiligen ist.

12.3. Erdbebenzone

Da sich das Plangebiet in der Erdbebenzone 3 befindet, wird auf die DIN 4149 hingewiesen. Dementsprechend sind im Zuge der Bauausführung hinreichende Maßnahmen zu treffen.

12.4. Bergbau

Die Flächen im Plangebiet liegen über dem Bergwerksfeld "Carl - Alexander I", über den Bergwerksfeldern "Rothe Erde I", "Rothe Erde II" und "Aldenhoven II" sowie über dem auf Erdwärme erteilten Erlaubnisfeld "Zukunft".

Zudem befindet sich der räumliche Geltungsbereich innerhalb des bergrechtlichen Erlaubnisfeldes „Rheinland“. Hierbei handelt es sich um eine öffentlich-rechtlich verliehene Berechtigung zur

Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen. Einschränkungen für die Durchführung der o.g. Maßnahme ergeben sich hierdurch nicht.

Bisher sind im Bereich des Plangebietes keine bergbaulichen Tätigkeiten erfolgt und zurzeit auch nicht geplant.

12.5. Grundwasser

Die Flächen im Geltungsbereich sind von durch Sumpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen.

Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohletagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben.

Des Weiteren befindet sich das Plangebiet in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlebergbaus, in dem durch Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass bei einer thermischen Nutzung (Wärmepumpen mit Sonden, Flächen- oder Spiralkollektoren und Ähnliches) des Erdbereiches oder des Grundwassers eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der zuständigen Unteren Wasserbehörde zu beantragen ist.

12.6. Boden

Die Bodenkarte des Landes Nordrhein-Westfalen, Blatt L5102 weist in einem Teil des Plangebietes Böden aus, die humoses Bodenmaterial enthalten. Diesbezüglich sind die Bauvorschriften der DIN 1054 „Baugrund -Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau“ und der DIN 18196 „Erd- und Grundbau; Bodenklassifikation für bautechnische Zwecke“ sowie die Bestimmungen der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zu beachten.

Zudem befindet sich im Plangebiet eine Sandgewandstörung. Aktive Störungen mit größeren Bewegungen sind nach gutachterlicher Aussage nicht wahrscheinlich.

Zum Schutz des Mutterbodens wird auf die Anweisungen der DIN 18915 hingewiesen, die im Zuge der Bauaktivitäten eine sachgerechte Zwischenlagerung und einen sachgerechten Wiedereinbau des Oberbodens gewährleisten sollen.

Im Plangebiet ist vom jeweiligen Bauherrn hinsichtlich Baugrunduntersuchung sowie Auslegung der Gebäudefundamente entsprechende geologische sowie baustatische und architektonische Expertise einzuholen und zu berücksichtigen.

12.7. Artenschutz

Zum Schutz der Vögel sind notwendige Rodungs- und Rückschnittmaßnahmen sowie Bauflächenräumungen nur außerhalb der Vogelbrutzeit zulässig.

Ausnahmsweise sind Eingriffe in Gehölze außerhalb des genannten Zeitraums zulässig, wenn vorab eine Kontrolle auf Vogelbruten mit negativem Ergebnis durchgeführt wurde. Bei positivem Ergebnis wären weitergehende Schutzmaßnahmen vorzusehen.

12.8. Baumschutz

Die zum Erhalt festgesetzten Solitäräume und die Baumhecke entlang der *Aachener Straße* sind bei allen Bauarbeiten entsprechend den Vorschriften der DIN 18920 „Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen“ zu schützen.

12.9. Niederschlagswasserbeseitigung

Es wird darauf hingewiesen, dass das anfallende Niederschlagswasser der Dachflächen im Plangebiet über ein Mischsystem entsorgt werden muss.

12.10. DIN-Normen Einsehbarkeit

Auf die Einsehbarkeit der in der Bebauungsplanurkunde erwähnten DIN-Normen bei der Stadt Baesweiler wird hingewiesen.

13. Städtebauliche Kennzahlen / Flächenbilanz

Allgemeines Wohngebiet	3,58 ha
Mischgebiet	0,22 ha
Verkehrsflächen	1,88 ha
Fuß-, Rad- und Wirtschaftswege	0,10 ha
Fläche für Versorgungsanlagen	In ha nicht darstellbar
Öffentliche Grünflächen	1,33 ha
Plangebiet gesamt	7,11 ha

14. Kosten / Finanzierung

Sämtliche entstehenden Kosten werden nach den gesetzlichen Bestimmungen und nach Maßgabe des Städtebaulichen Vertrages und des Erschließungsvertrages von denjenigen Grundstückseigentümern im Geltungsbereich des Bebauungsplanes getragen, die einen wirtschaftlichen Vorteil mit dieser Baugebietsausweisung erfahren.

15. Bodenordnung

Vor der Realisierung des Bebauungsplans ist die Durchführung einer Grundstücksneuordnung/ Bodenordnung notwendig.

Sie erfolgt im Rahmen einer privaten bzw. freiwilligen Umlegung, mit dem Ziel, die Besitz- und Eigentumsverhältnisse derart neu zu ordnen, dass nach Lage, Form und Größe für eine weitere bauliche oder sonstige Nutzung zweckmäßig gestaltete, fertig vermessene und im Grundbuch und Liegenschaftskataster ordnungsgemäß eingetragene Grundstücke entstehen.

Der Bürgermeister
Im Auftrage:

(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin

Vorlage für die Mitglieder des Stadtrates
(Sitzung am 05.07.2016/Punkt *M* der Tagesordnung)

Bebauungsplan Nr. 111 - Parkstraße II -, Stadtteil Baesweiler

**Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 111 - Parkstraße II mit
Gebietsabgrenzung**

**Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 111 - Parkstraße II mit
Gebietsabgrenzung:**

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 111 - Parkstraße II - liegt östlich der Parkstraße im Stadtteil Baesweiler. Es grenzt nördlich an den Wasserspielplatz an und wird im Süden durch das Wohngebiet „Steinzeit“ begrenzt. Die Größe des Plangebietes beträgt ca. 117.830 qm (11,7 ha).

Die genaue räumliche Abgrenzung ist aus dem beigegeführten Übersichtsplan (Anlage 1) ersichtlich.

Der Stadt Baesweiler liegen derzeit vermehrt Anfragen hinsichtlich der Ausweisung weiterer Bauflächen östlich der Parkstraße vor.

Im Stadtgebiet Baesweiler werden seit geraumer Zeit mit stetig steigender Nachfrage Wohnbauflächen gesucht. Obwohl derzeit im Bereich süd-westlich von Baesweiler (Kloshaus) neue Bauflächen entstehen, ist die Nachfrage an Wohnraum für das Stadtgebiet dennoch nicht in der geforderten Größe zu decken.

Das wesentliche Ziel der Planung ist somit die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung zusätzlicher Wohnbauflächen in der Stadt Baesweiler.

Um den beständig steigenden Bedarf an Wohnbauland im Stadtgebiet Baesweiler zu decken, ist es erforderlich, neue Flächen am Stadtrand in Anspruch zu nehmen. Die im Stadtgebiet vorhandenen Baulücken reichen bei weitem nicht aus, um den Bedarf an Wohnbauflächen zu decken. Daher muss neuer Wohnraum auf weiteren Flächen geschaffen werden.

Die Stadt Baesweiler ist bestrebt, ein bedarfsgerechtes Angebot an Wohnbauflächen und Wohnraum vorzuhalten und somit eine nachhaltige und geordnete Stadtentwicklung sicherzustellen und zu fördern (Anlage 2).

Das Plangebiet ist im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Baesweiler als "allgemeines Wohngebiet" sowie „Umgrenzung Maßnahmen für den Naturschutz“ dargestellt. Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind die verbindlichen Bebauungspläne aus dem

Flächennutzungsplan zu entwickeln. Demnach wäre der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

Beschluss:

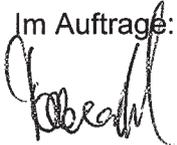
Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 7) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich einer Kostenübernahme seitens der Eigentümer, für die im Anlageplan dargestellte Fläche, die Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Arbeitstitel:

Bebauungsplan Nr. 111 - Parkstraße II -

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 111 - Parkstraße II - erfolgt auf Grundlage des § 2 Abs. 1 BauGB.

Im Auftrage:



(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin



Bebauungsplan Nr. 111 - Hinter Parkstraße -

Übersicht

Geltungsbereich

STADT BAESWEILER
 - Planungsabteilung 60/601
 Mariastraße 2, 52499 Baesweiler
 Postfach 11 80, 52490 Baesweiler
 Telefon 02401/800-0, Fax 02401/800117





**BEGRÜNDUNG ZUM
BEBAUUNGSPLAN NR. 111
- Parkstraße II -**

gemäß § 9 Abs.8 BauGB

Gliederung der Begründung

- 1. Rechtsgrundlagen**
- 2. Planvorgaben**
 - 2.1 Geltungsbereich**
 - 2.2 Regionalplan**
 - 2.3 FNP**
 - 2.4 Landschaftsplan**
 - 2.5 Bestehendes Planungsrecht**
- 3. Anlass und Ziel der Planung**
 - 3.1 Anlass und Ziel der Planung**
 - 3.2 Erschließung/Stellplätze**
- 4. Planinhalt**
 - 4.1 Art der Nutzung**
 - 4.2 Maß der Nutzung**
 - 4.3 Bauweise**
- 5. Belange von Natur und Landschaft**
- 6. Sonstige Planungsbelange**
 - 6.1 Altlasten**
 - 6.2 Hinweise**



**BEGRÜNDUNG ZUM
BEBAUUNGSPLAN NR. 111
- Parkstraße II -**

gemäß § 9 Abs.8 BauGB

1. RECHTSGRUNDLAGEN DES BEBAUUNGSPLANES

- a) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. 1 S.2414) mit den jeweiligen Änderungen
- b) Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. 1 S. 132) mit den jeweiligen Änderungen
- c) Planzeichenverordnung 1990 (PlanzVO 90), Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S.58, BGBl. III 213-1-6) mit den jeweiligen Änderungen
- d) Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauONW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV.NRW, S.256) mit den jeweiligen Änderungen
- e) Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV. NW S.666) mit den jeweiligen Änderungen
- f) Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.2005 (GV. NRW. S.926) mit den jeweiligen Änderungen

2. PLANVORGABEN

2.1 RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 111 - Parkstraße II - liegt östlich der Parkstraße im Stadtteil Baesweiler. Es grenzt nördlich an den Wasserspielplatz an und wird im Süden durch das Wohngebiet „Steinzeit“ begrenzt. Die Größe des Plangebietes beträgt ca. 117.83 qm (11,7 ha).

Die genaue räumliche Abgrenzung ist zeichnerisch festgesetzt.

2.2 REGIONALPLANPLAN

Im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen (GEP Region Aachen vom 10.06.2003) ist die Fläche des Änderungsbereiches als ASB - allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt.

2.3 FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

Das Plangebiet ist im rechtswirksamen Flächennutzungsplan (Rechtskraft 18.03.1976) der Stadt Baesweiler als "allgemeines Wohngebiet" sowie „Umgrenzung Maßnahmen für den Naturschutz“ dargestellt. Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind die verbindlichen Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Demnach wäre der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

2.4 LANDSCHAFTSPLAN

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt im Geltungsbereich des Landschaftsplanes II.

Dieser stellt das Entwicklungsziel 7 „temporäre Erhaltung des jetzigen Landschaftsbildes bis zur Realisierung der Bauleitplanung“ dar.

2.5 BESTEHENDES PLANUNGSRECHT

Das Plangebiet liegt nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes.

3. ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG

3.1 ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG

Der Stadt Baesweiler liegen derzeit vermehrt Anfragen hinsichtlich der Ausweisung weiterer Bauflächen östlich der Parkstraße vor.

Im Stadtgebiet Baesweiler werden seit geraumer Zeit mit stetig steigender Nachfrage Wohnbauflächen gesucht. Obwohl derzeit im Bereich süd-westlich von Baesweiler (Kloshaus) neue Bauflächen entstehen, ist die Nachfrage an Wohnraum für das Stadtgebiet dennoch nicht in der geforderten Größe zu decken.

Das wesentliche Ziel der Planung ist somit die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung zusätzlicher Wohnbauflächen in der Stadt Baesweiler.

Um den beständig steigenden Bedarf an Wohnbauland im Stadtgebiet Baesweiler zu decken, ist es erforderlich, neue Flächen am Stadtrand in Anspruch zu nehmen. Die

im Stadtgebiet vorhandenen Baulücken reichen bei weitem nicht aus, um den Bedarf an Wohnbauflächen zu decken. Daher muss neuer Wohnraum auf weiteren Flächen geschaffen werden. Die Stadt Baesweiler erachtet es als erforderlich, in angemessenem Maße auch Freiraum (landwirtschaftlich genutzte Flächen) als städtebaulich sinnvolle Arrondierung des Siedlungsgebietes für eine Wohnbauentwicklung in Anspruch zu nehmen.

Die Stadt Baesweiler ist bestrebt, ein bedarfsgerechtes Angebot an Wohnbauflächen und Wohnraum vorzuhalten und somit eine nachhaltige und geordnete Stadtentwicklung sicherzustellen und zu fördern.

Das Plangebiet ist im rechtswirksamen Flächennutzungsplan (Rechtskraft 18.03.1976) der Stadt Baesweiler als "allgemeines Wohngebiet" sowie „Umgrenzung Maßnahmen für den Naturschutz“ dargestellt. Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind die verbindlichen Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Demnach wäre der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

3.2 ERSCHLIEßUNG/STELLPLÄTZE

Das Plangebiet soll über die bestehende Straße „Parkstraße“ erschlossen werden.

Die genaue Anbindung wird mit Erstellung eines städtebaulichen Entwurfes erarbeitet.

Für jede Wohneinheit sind mindestens 1,5 Stellplätze vorgesehen. Bei der Berechnung der gesamt erforderlichen Stellplätze ist die Zahl erforderlichenfalls nach oben aufzurunden. Damit wird sichergestellt, dass ausreichend Stellplätze für den ruhenden Verkehr in diesem Gebiet auf den privaten Grundstücken untergebracht werden. Im WA - allgemeinen Wohngebiet ist vor Garagen eine Vorstellfläche von mindestens 5,0m Tiefe einzuhalten. Dadurch soll sichergestellt werden, dass keine Behinderung des Verkehrs erfolgt.

4. PLANINHALT UND FESTSETZUNGEN

Art der baulichen Nutzung	
Art der Nutzung	WA
Maß der Nutzung	
Geschossigkeit	II
GRZ - Grundflächenzahl	0,4
Bauweise	
Einzel- und Doppelhäuser	E/D

4.1 ART DER NUTZUNG

Das Plangebiet wird als WA - Allgemeines Wohngebiet festgesetzt. Die in dem als allgemeinen Wohngebiet (WA) nach § 4 BauNVO festgesetzten Plangebiet sind gem.

§ 1 (6) BauNVO folgende nach § 4 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzung entsprechend dem vorhandenen Gebietscharakter nicht zulässig:

- Nr. 4 Betriebe zur Be- und Verarbeitung und Sammlung land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse,
- Nr. 5 Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- Nr. 6 sonstige Gewerbebetriebe,
- Nr. 7 Anlagen für Verwaltungen,
- Nr. 8 Gartenbaubetriebe und
- Nr. 9 Tankstellen.

Des Weiteren werden ausgeschlossen:

- Bordelle, Sexshops und bordellähnliche Betriebe
- Vergnügungsstätten, Wettbüros sowie Einrichtungen, in denen Glückspiel, Wetten, Sportwetten oder Lotterien angeboten werden

Zulässig sind jedoch sonstige nicht-störende Gewerbebetriebe.

4.2 MAß DER NUTZUNG

Für die ausgewiesenen Baugrundstücke wird eine GRZ von 0,4 festgesetzt. Das Maß der Nutzung entspricht der umliegenden Bebauung.

Die Größe der Wohnbaugrundstücke darf gem. § 9 (1) 3 BauGB bei Einzelhausbebauung 350 qm und bei Doppelhausbebauung 300 qm je Doppelhaushälfte nicht unterschreiten. Durch die Festlegung der Mindestgröße soll sichergestellt werden, dass bei einer Bebauung mit den üblichen Abmessungen ausreichend Raum für die Anordnung und Gestaltung der Freiflächen und Stellplätze bleibt.

4.3 BAUWEISE

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind in Anlehnung an die nähere Umgebung nur die offene Bauweise sowie Einzel- und Doppelhäuser zulässig.

5. BELANGE VON NATUR UND LANDSCHAFT

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens werden die umweltrelevanten Belange im Rahmen einer sachgerechten Abwägung geprüft und in einem Umweltbericht zusammengestellt. Der Umweltbereich ist Bestandteil der Begründung.

Im Rahmen einer artenschutzrechtlichen Untersuchung werden die Belange des Artenschutzes erhoben und in der weiteren Planung berücksichtigt.

6. SONSTIGE PLANUNGSBELANGE

Die sonstigen Planungsbelange wie z.B. Entwässerung, Umweltbelange o.ä. werden im Rahmen des Aufstellungsverfahrens umfassend erhoben und in die Planung eingestellt.

6.1 ATLASTEN

Im Plangebiet sind keine Altlastenverdachtsflächen vorhanden.

6.2 HINWEISE

A.

Folgender Hinweis wird in den Bebauungsplan aufgenommen:

"Das Plangebiet befindet sich gem. der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der BRD in der Erdbebenzone 3 in geologischer Untergrundklasse T.

Gemäß der Technischen Baubestimmungen des Landes NRW ist bei der Planung und Bemessung üblicher Hochbauten die DIN 4149:2005-04 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten“ zu berücksichtigen.

Die DIN 4149:2005 (Fassung April 2005) zur Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland 1:350.000, Bundesland Nordrhein-Westfalen (Juni 2006) ist zu beachten."

B.

Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Nideggen, Zehnthofstr. 45, 52385 Nideggen, Tel.: 02425/9039-0, Fax: 02425/9039-199, unverzüglich zu melden. Die Anzeigepflicht entsteht nicht erst dann, wenn eindeutig geklärt ist, dass es sich um Zeugnisse der Geschichte (archäologische Bodendenkmäler) handelt. Es genügt vielmehr, dass dem Laien erkennbar ist, dass es sich um ein Bodendenkmal handeln könnte. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisungen des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten sind abzuwarten. (§§ 15, 16 DschG NW).

Der Bürgermeister
Im Auftrag:

(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin

Vorlage für die Mitglieder des Stadtrates
(Sitzung am 05.07.2016/Punkt *12* der Tagesordnung)

Bebauungsplan Nr. 92 - Adenauerring / L 50n -, Stadtteil Setterich

1. **Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 92 - Adenauerring / L 50n - mit Gebietsabgrenzung nach § 13a BauGB**
2. **Beschluss zur Art und Weise der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB und der Behördenbeteiligung gem. § 4 (1) BauGB**
1. **Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 92 - Adenauerring / L 50n - mit Gebietsabgrenzung nach § 13a BauGB:**

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 92 - Adenauerring / L 50n - am Adenauerring im Stadtteil Setterich. Das Plangebiet umfasst Teilbereiche der Flurstücke 50, 105 und 234 der Flur 4, Gemarkung Setterich. Die Größe des Plangebietes beträgt ca. 12.640 qm (1,2 ha).

Die genaue räumliche Abgrenzung ist aus dem beigefügten Übersichtsplan (Anlage 1) ersichtlich.

Im Stadtgebiet Baesweiler werden seit geraumer Zeit mit stetig steigender Nachfrage Wohnbauflächen gesucht. Diese Nachfrage an Wohnraum, ist im Stadtgebiet in dieser Größenordnung nicht zu decken.

Das wesentliche Ziel der Planung ist somit die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung zusätzlicher Wohnbauflächen in der Stadt Baesweiler.

Diesbezüglich sind mit der Planung unter städtebaulichen Gesichtspunkten folgende Ziele verbunden:

- die Bereitstellung von zusätzlichen Wohnbauflächen, um dem zukünftigen Bedarf unterschiedlicher Zielgruppen in der Stadt Baesweiler gerecht zu werden,
- die Eigenentwicklung des Ortes stärken, um eine positive Bevölkerungsentwicklung zu ermöglichen und die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen in ihrem Bestand zu sichern,
- die Gestaltung der süd-östlichen Abrundung der Ortslage Setterich und
- die Schaffung einer abschließenden Ortsrandeingrünung.

Durch die Ausweisung des neuen Baugebietes soll der stetigen Nachfrage nach Bauland im Stadtgebiet Baesweiler Rechnung getragen werden. Die Ausweisung des

neuen Wohnbaugebietes ist damit ein wesentlicher Beitrag zur nachhaltigen Wohnraum- und Daseinsversorgung der Stadt Baesweiler. Auf Basis der vorliegenden städtebaulichen Planung wird ausgehend von der bestehenden Siedlungsstruktur, eine der Ortsrandlage entsprechende Bau- und Freiraumstruktur planungsrechtlich definiert.

Dementsprechend ist Ziel und Zweck dieses Bebauungsplanverfahrens die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Versorgung der Stadtteilbevölkerung mit ausreichend Wohnraum.

Die Novelle des Städtebaurechts zur Stärkung der Innenentwicklung wurde 2013 beschlossen. Unter anderem wurde mit den Ergänzungen § 1a Abs.2 Satz und 4 BauGB die Bodenschutzklausel – über das unmittelbare Ziel der Vermeidung der Außenentwicklung hinaus – kombiniert mit einem sehr viel deutlicheren als im bisherigen Recht formulierten Ziel des Schutzes landwirtschaftlicher Flächen.

Um den beständig steigenden Bedarf an Wohnbauland, wie oben dargelegt, im Stadtgebiet Baesweiler zu decken, ist es erforderlich, neue Flächen am Stadtrand in Anspruch zu nehmen. Die im Stadtgebiet vorhandenen Baulücken reichen bei weitem nicht aus, um den Bedarf an Wohnbauflächen zu decken. Daher muss neuer Wohnraum auf weiteren Flächen geschaffen werden. Die Stadt Baesweiler erachtet es als erforderlich, in angemessenem Maße auch Freiraum (landwirtschaftlich genutzte Flächen) als städtebaulich sinnvolle Arrondierung des Siedlungsgebietes für eine Wohnbauentwicklung in Anspruch zu nehmen.

Diese Konzeption entspricht den planerischen Zielsetzungen der Stadt Baesweiler im Hinblick auf die Bereitstellung von Wohnbauflächen für unterschiedliche Zielgruppen in diesem Siedlungsteil und ist geeignet, eine bedarfsgerechte Wohnbauentwicklung voranzutreiben.

Die Stadt Baesweiler ist aufgrund der o.g. Aspekte bestrebt, ein bedarfsgerechtes Angebot an Wohnbauflächen und Wohnraum vorzuhalten und somit eine nachhaltige und geordnete Stadtentwicklung sicherzustellen und zu fördern.

Zudem ist die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen in Bezug auf die konkrete, örtliche Situation zu betrachten und hat demzufolge ein unterschiedlich zu wertendes objektives Gewicht. Grundsätzlich können im Rahmen der Abwägung die Belange des Bodenschutzes zurückgestellt werden, wenn konkurrierenden und konfligierenden Belangen ein besonderes Gewicht zukommt. Im vorliegenden Fall steht das für die Stadt Baesweiler wichtige stadtplanungspolitische Ziel, ein attraktives Wohnquartier zu schaffen, das die Wohnbedürfnisse im Stadtgebiet befriedigt, demgegenüber.

Angesichts der oben beschriebenen Aspekte wird der Sicherung des Wohnbedarfs in der Stadt Baesweiler der Vorrang gegeben und demzufolge sollen die Flächen im Plangebiet der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen und einer baulichen Nutzung zugeführt werden (Anlagen 2 und 3).

Das Plangebiet ist im rechtswirksamen Flächennutzungsplan (Rechtskraft 18.03.1976) der Stadt Baesweiler als "allgemeines Wohngebiet" dargestellt. Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind die verbindlichen Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Demnach wäre der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

Beschluss:

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 8) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich einer Kostenübernahme seitens der Eigentümer, für die im Anlageplan 1 dargestellte Fläche, die Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Arbeitstitel:

Bebauungsplan Nr. 92 - Adenauerring / L 50n -

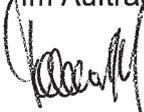
Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 92 - Adenauerring / L 50n - erfolgt auf Grundlage des § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB.

2. **Beschluss zur Art und Weise der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB und der Behördenbeteiligung gem. § 4 (1) BauGB:**

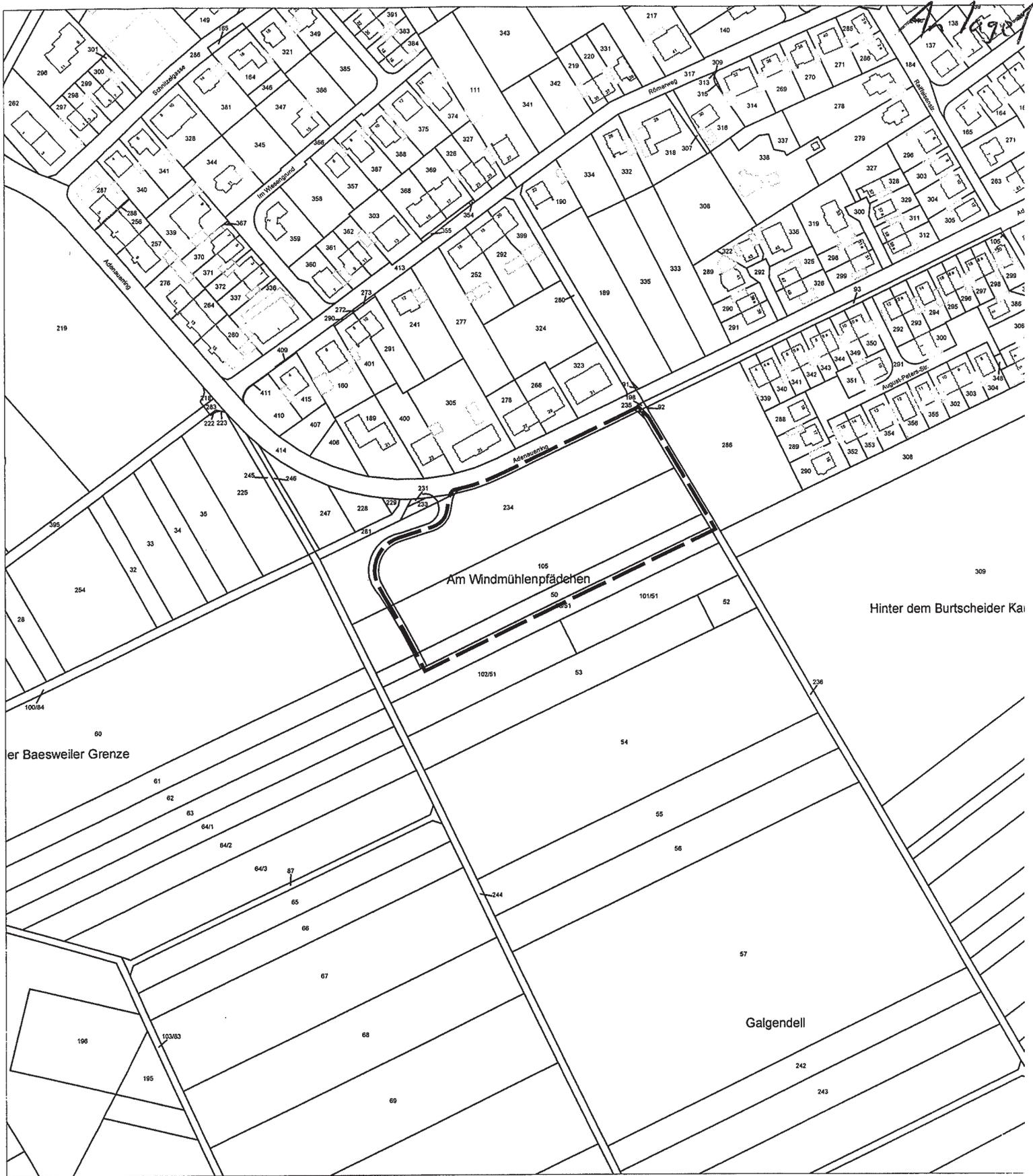
Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bau- und Planungsausschuss (Sitzung am 28.06.2016/TOP 8) beschließt der Stadtrat:

Der Stadtrat beschließt, zu dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 92 - Adenauerring / L 50n - die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB im Rahmen einer vierwöchigen Auslegung und parallel hierzu die Behördenbeteiligung gem. § 4 (1) BauGB durchzuführen.

Im Auftrage:



(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin



Bebauungsplan Nr. 92 - Adenauerring / L 50n -

Übersicht

Geltungsbereich

STADT BAESWEILER
 - Planungsabteilung 60/601
 Mariastraße 2, 52499 Baesweiler
 Postfach 11 80, 52490 Baesweiler
 Telefon 02401/800-0, Fax 02401/800117





Bebauungsplan Nr. 92 - Adenauerring / L 50n -

Übersicht

Entwurf

STADT BAESWEILER
 - Planungsabteilung 60/601
 Mariastraße 2, 52499 Baesweiler
 Postfach 11 80, 52490 Baesweiler
 Telefon 02401/800-0, Fax 02401/800117





**BEGRÜNDUNG ZUM
BEBAUUNGSPLAN NR. 92
- Adenauerring / L 50n -
(nach § 13a BauGB)**

gemäß § 9 Abs.8 BauGB

Gliederung der Begründung

1. **Rechtsgrundlagen**
2. **Planvorgaben**
 - 2.1 **Geltungsbereich**
 - 2.2 **Regionalplan**
 - 2.3 **FNP**
 - 2.4 **Landschaftsplan**
 - 2.5 **Bestehendes Planungsrecht**
3. **Anlass und Ziel der Planung**
 - 3.1 **Anlass und Ziel der Planung**
 - 3.2 **Erschließung/Stellplätze**
4. **Planinhalt**
 - 4.1 **Art der Nutzung**
 - 4.2 **Maß der Nutzung**
 - 4.3 **Bauweise**
5. **Belange von Natur und Landschaft**
6. **Sonstige Planungsbelange**
 - 6.1 **Altlasten**
 - 6.2 **Hinweise**



**BEGRÜNDUNG ZUM
BEBAUUNGSPLAN NR. 92
- Adenauerring / L 50n -
(nach § 13a BauGB)**

gemäß § 9 Abs.8 BauGB

1. RECHTSGRUNDLAGEN DES BEBAUUNGSPLANES

- a) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. 1 S.2414) mit den jeweiligen Änderungen
- b) Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. 1 S. 132) mit den jeweiligen Änderungen
- c) Planzeichenverordnung 1990 (PlanzVO 90), Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S.58, BGBl. III 213-1-6) mit den jeweiligen Änderungen
- d) Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauONW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV.NRW, S.256) mit den jeweiligen Änderungen
- e) Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV. NW S.666) mit den jeweiligen Änderungen
- f) Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.2005 (GV. NRW. S.926) mit den jeweiligen Änderungen

Die Grundlage des Bebauungsplanverfahrens ist das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004. Seit Inkrafttreten der Änderung des BauGB im Dezember 2006 besteht die Möglichkeit, Bebauungspläne der Innenentwicklung im sogenannten „beschleunigten Verfahren“ nach § 13a BauGB durchzuführen. Da es sich bei dem Plangebiet um einen Bereich handelt, der der Wiedernutzbarmachung von Flächen sowie der Nachverdichtung oder anderen Maßnahmen der Innenentwicklung dient, darüber hinaus keine Beeinträchtigungen auf Umweltschutzgüter zu erwarten sind und die Obergrenze von 20.000 qm zulässiger Grundfläche innerhalb des Plangebietes nicht erreicht wird, sind hier die Voraussetzungen für das beschleunigte Verfahren gegeben. Diesbezüglich ist vorgesehen, den Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB Bebauungspläne der Innenentwicklung aufzustellen.

2. PLANVORGABEN

2.1 RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 92 - Adenauerring / L 50n - am Adenauerring im Stadtteil Setterich. Das Plangebiet umfasst Teilbereiche der Flurstücke 50, 105 und 234 der Flur 4, Gemarkung Setterich. Die Größe des Plangebietes beträgt ca. 12.640 qm (1,2 ha).

Die genaue räumliche Abgrenzung ist zeichnerisch festgesetzt.

2.2 REGIONALPLANPLAN

Im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen (GEP Region Aachen vom 10.06.2003) ist die Fläche des Änderungsbereiches als allgemeiner Agrar- und Freiraum sowie Regionaler Grünzug dargestellt.

2.3 FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

Das Plangebiet ist im rechtswirksamen Flächennutzungsplan (Rechtskraft 18.03.1976) der Stadt Baesweiler als "allgemeines Wohngebiet" sowie „Umgrenzung Maßnahmen für Naturschutz“ dargestellt. Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind die verbindlichen Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Demnach wäre der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

2.4 LANDSCHAFTSPLAN

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt im Geltungsbereich des Landschaftsplanes II.

Dieser stellt das Entwicklungsziel 6 „Biotopentwicklung - Schaffung naturnaher Lebensräume in Gebieten mit intensiver, nicht standortgerechter und nicht bodenständiger Nutzung“ dar.

2.5 BESTEHENDES PLANUNGSRECHT

Das Plangebiet liegt nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes.

3. ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG

3.1 ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG

Im Stadtgebiet Baesweiler werden seit geraumer Zeit mit stetig steigender Nachfrage Wohnbauflächen gesucht. Diese Nachfrage an Wohnraum, ist im Stadtgebiet in dieser Größenordnung nicht zu decken.

Das wesentliche Ziel der Planung ist somit die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung zusätzlicher Wohnbauflächen in der Stadt Baesweiler.

Diesbezüglich sind mit der Planung unter städtebaulichen Gesichtspunkten folgende Ziele verbunden:

- die Bereitstellung von zusätzlichen Wohnbauflächen, um dem zukünftigen Bedarf unterschiedlicher Zielgruppen in der Stadt Baesweiler gerecht zu werden,

- die Eigenentwicklung des Ortes stärken, um eine positive Bevölkerungsentwicklung zu ermöglichen und die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen in ihrem Bestand zu sichern,
- die Gestaltung der süd-östlichen Abrundung der Ortslage Setterich und
- die Schaffung einer abschließenden Ortsrandeingrünung.

Durch die Ausweisung des neuen Baugebietes soll der stetigen Nachfrage nach Bauland im Stadtgebiet Baesweiler Rechnung getragen werden. Die Ausweisung des neuen Wohnbaugebietes ist damit ein wesentlicher Beitrag zur nachhaltigen Wohnraum- und Daseinsversorgung der Stadt Baesweiler. Auf Basis der vorliegenden städtebaulichen Planung wird ausgehend von der bestehenden Siedlungsstruktur, eine der Ortsrandlage entsprechende Bau- und Freiraumstruktur planungsrechtlich definiert.

Dementsprechend ist Ziel und Zweck dieses Bebauungsplanverfahrens die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Versorgung der Stadtteilbevölkerung mit ausreichend Wohnraum.

Die Novelle des Städtebaurechts zur Stärkung der Innenentwicklung wurde 2013 beschlossen. Unter anderem wurde mit den Ergänzungen § 1a Abs.2 Satz und 4 BauGB die Bodenschutzklausel – über das unmittelbare Ziel der Vermeidung der Außenentwicklung hinaus – kombiniert mit einem sehr viel deutlicheren als im bisherigen Recht formulierten Ziel des Schutzes landwirtschaftlicher Flächen.

Um den beständig steigenden Bedarf an Wohnbauland, wie oben dargelegt, im Stadtgebiet Baesweiler zu decken, ist es erforderlich, neue Flächen am Stadtrand in Anspruch zu nehmen. Die im Stadtgebiet vorhandenen Baulücken reichen bei weitem nicht aus, um den Bedarf an Wohnbauflächen zu decken. Daher muss neuer Wohnraum auf weiteren Flächen geschaffen werden. Die Stadt Baesweiler erachtet es als erforderlich, in angemessenem Maße auch Freiraum (landwirtschaftlich genutzte Flächen) als städtebaulich sinnvolle Arrondierung des Siedlungsgebietes für eine Wohnbauentwicklung in Anspruch zu nehmen.

Diese Konzeption entspricht den planerischen Zielsetzungen der Stadt Baesweiler im Hinblick auf die Bereitstellung von Wohnbauflächen für unterschiedliche Zielgruppen in diesem Siedlungsteil und ist geeignet, eine bedarfsgerechte Wohnbauentwicklung voranzutreiben.

Die Stadt Baesweiler ist aufgrund der o.g. Aspekte bestrebt, ein bedarfsgerechtes Angebot an Wohnbauflächen und Wohnraum vorzuhalten und somit eine nachhaltige und geordnete Stadtentwicklung sicherzustellen und zu fördern.

Zudem ist die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen in Bezug auf die konkrete, örtliche Situation zu betrachten und hat demzufolge ein unterschiedlich zu wertendes objektives Gewicht. Grundsätzlich können im Rahmen der Abwägung die Belange des Bodenschutzes zurückgestellt werden, wenn konkurrierenden und konfligierenden Belangen ein besonderes Gewicht zukommt. Im vorliegenden Fall steht das für die Stadt Baesweiler wichtige stadtplanungspolitische Ziel, ein attraktives Wohnquartier zu schaffen, das die Wohnbedürfnisse im Stadtgebiet befriedigt, demgegenüber.

Angesichts der oben beschriebenen Aspekte wird der Sicherung des Wohnbedarfs in der Stadt Baesweiler der Vorrang gegeben und demzufolge sollen die Flächen im Plangebiet der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen und einer baulichen Nutzung zugeführt werden.

3.2 ERSCHLIEßUNG/STELLPLÄTZE

Das Plangebiet soll über die bestehende Straße „Adenauerring“ erschlossen werden.

Der Entwurf sieht eine 6,5 m breite Erschließungsstraße vor, die in einem 20m * 22m Wendehammer endet.

Für jede Wohneinheit sind mindestens 1,5 Stellplätze vorgesehen. Bei der Berechnung der gesamt erforderlichen Stellplätze ist die Zahl erforderlichenfalls nach oben aufzurunden. Damit wird sichergestellt, dass ausreichend Stellplätze für den ruhenden Verkehr in diesem Gebiet auf den privaten Grundstücken untergebracht werden. Im WA - allgemeinen Wohngebiet ist vor Garagen eine Vorstellfläche von mindestens 5,0m Tiefe einzuhalten. Dadurch soll sichergestellt werden, dass keine Behinderung des Verkehrs erfolgt.

4. PLANINHALT UND FESTSETZUNGEN

Art der baulichen Nutzung	
Art der Nutzung	WA
Maß der Nutzung	
Geschossigkeit	II
GRZ - Grundflächenzahl	0,4
Bauweise	
Einzel- und Doppelhäuser	E/D

4.1 ART DER NUTZUNG

Das Plangebiet wird als WA - Allgemeines Wohngebiet festgesetzt. Die in dem als allgemeinen Wohngebiet (WA) nach § 4 BauNVO festgesetzten Plangebiet sind gem. § 1 (6) BauNVO folgende nach § 4 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzung entsprechend dem vorhandenen Gebietscharakter nicht zulässig:

- Nr. 1 Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- Nr. 3 Anlagen für Verwaltung
- Nr. 4 Gartenbaubetriebe
- Nr. 5 Tankstellen.

Des Weiteren werden ausgeschlossen:

- Nr. 1 Bordelle, Sexshops und bordellähnliche Betriebe
- Nr. 2 Vergnügungsstätten, Wettbüros sowie Einrichtungen, in denen Glückspiel, Wetten, Sportwetten oder Lotterien angeboten werden

4.2 MAß DER NUTZUNG

Für die ausgewiesenen Baugrundstücke wird eine GRZ von 0,4 festgesetzt. Das Maß der Nutzung entspricht der umliegenden Bebauung.

Die Größe der Wohnbaugrundstücke darf gem. § 9 (1) 3 BauGB bei Einzelhausbebauung 350 qm und bei Doppelhausbebauung 300 qm je Doppelhaushälfte nicht unterschreiten. Durch die Festlegung der Mindestgröße soll sichergestellt werden, dass bei einer Bebauung mit den üblichen Abmessungen ausreichend Raum für die Anordnung und Gestaltung der Freiflächen und Stellplätze bleibt.

4.3 BAUWEISE

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind in Anlehnung an die nähere Umgebung nur die offene Bauweise sowie Einzel- und Doppelhäuser zulässig.

5. BELANGE VON NATUR UND LANDSCHAFT

Es ist vorgesehen, diesen Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufzustellen. Ein Umweltbericht nach § 2a BauGB ist innerhalb dieses Verfahrens somit nicht erforderlich. Gleichwohl werden die Auswirkungen auf die Umwelt im Rahmen einer Ersteinschätzung betrachtet und in den Abwägungsprozess eingestellt.

Im Rahmen einer artenschutzrechtlichen Untersuchung werden die Belange des Artenschutzes erhoben und in der weiteren Planung berücksichtigt.

6. SONSTIGE PLANUNGSBELANGE

Die sonstigen Planungsbelange wie z.B. Entwässerung, Umweltbelange o.ä. werden im Rahmen des Aufstellungsverfahrens umfassend erhoben und in die Planung eingestellt.

6.1 ALTLASTEN

Im Plangebiet sind keine Altlastenverdachtsflächen vorhanden.

6.2 HINWEISE

A.

Folgender Hinweis wird in den Bebauungsplan aufgenommen:

"Das Plangebiet befindet sich gem. der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der BRD in der Erdbebenzone 3 in geologischer Untergrundklasse T.

Gemäß der Technischen Baubestimmungen des Landes NRW ist bei der Planung und Bemessung üblicher Hochbauten die DIN 4149:2005-04 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten“ zu berücksichtigen.

Die DIN 4149:2005 (Fassung April 2005) zur Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland 1:350.000, Bundesland Nordrhein-Westfalen (Juni 2006) ist zu beachten."

B.

Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Nideggen, Zehnthofstr. 45, 52385 Nideggen, Tel.: 02425/9039-0, Fax: 02425/9039-199, unverzüglich zu melden. Die Anzeigepflicht entsteht nicht erst dann, wenn eindeutig geklärt ist, dass es sich um Zeugnisse der Geschichte (archäologische Bodendenkmäler) handelt. Es genügt vielmehr, dass dem Laien erkennbar ist, dass es sich um ein Bodendenkmal handeln könnte. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisungen des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten sind abzuwarten. (§§ 15, 16 DschG NW).

Der Bürgermeister
Im Auftrag:

(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin



Vorlage	Nr:	45/2016
Beschlussvorlage	Datum:	22.06.2016
	Status:	öffentlich

Vorschlag zur Anordnung und Durchführung eines Bodenordnungsverfahrens gemäß § 46 des Baugesetzbuches für das Gebiet des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 106 – Baesweiler Süd-West I

Beratungsfolge	Termin	TOP	Einst.	Ja	Nein	Enth.
Stadtrat	05.07.2016	13				

Beschlussvorschlag:

Vorbehaltlich der Beschlussempfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Stadtrat gemäß § 46 des Baugesetzbuches die Anordnung und Durchführung der Umlegung für den Geltungsbereich des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 106 – Baesweiler Süd-West I. Die genaue Abgrenzung des Umlegungsgebietes sowie die Durchführung des Verfahrens obliegen dem Umlegungsausschuss der Stadt. Der Stadtrat schlägt dem Umlegungsausschuss vor, die Trasse der K 27 soweit sie sich im Eigentum der Städteregion Aachen befindet und vom Bebauungsplan als Verkehrsfläche oder als Straßenbegleitgrün überplant wird, und die vom Bebauungsplan als Straßenbegleitgrün überplante Teilfläche des städtischen Grundstückes Gemarkung Oidtweiler, Flur 6, Flurstück 700 und den als Verkehrsfläche überplanten Einmündungsbereich der Alsdorfer Straße nicht in das Umlegungsverfahren einzubeziehen.

Darstellung der Sach- und Rechtslage:

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 23.02.2016 die öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 106 – Baesweiler Süd-West I - gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuches beschlossen. Der Bau- und Planungsausschuss wird in seiner Sitzung am 28.06.2016 dem Stadtrat empfehlen, den Bebauungsplan als Satzung zu beschließen. Unter dem Vorbehalt, dass der Stadtrat den Bebauungsplan Nr. 106 – Baesweiler Süd West I – als Satzung beschließt, bietet sich an, einen Beschluss über die Anordnung und Durchführung eines Umlegungsverfahrens für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 106 zu fassen.

Die derzeitigen Grundstücks- und Eigentumsverhältnisse im Gebiet des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 106 lassen eine ordnungsgemäße Erschließung und Bebauung des Plangebietes nicht zu.

Es bedarf daher zunächst der Sicherung der in dem Bebauungsplan festgesetzten Verkehrsflächen und Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, der Grünflächen und der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft. Darüber hinaus ist für eine den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 106 entsprechende Bebauung eine Neuordnung der Grundstücke erforderlich. Zur Realisierung der Planungsziele schlägt die Verwaltung vor, die Umlegung im Sinne des § 46 des Baugesetzbuches anzuordnen. Die genaue Abgrenzung des Umlegungsgebietes sowie die Durchführung des Verfahrens obliegen dem Umlegungsausschuss der Stadt. In der Vorlage für die Mitglieder des Bau- und Planungsausschusses wird dem Stadtrat empfohlen, dem Umlegungsausschuss vorzuschlagen,

die Trasse der K 27 soweit sie sich im Eigentum der Städteregion Aachen befindet und vom Bebauungsplan als Verkehrsfläche oder als Straßenbegleitgrün überplant wird, und die vom Bebauungsplan als Straßenbegleitgrün überplante Teilfläche des städtischen Grundstückes Gemarkung Oidtweiler, Flur 6, Flurstück 700 und den als Verkehrsfläche überplanten Einmündungsbereich der Alsdorfer Straße nicht in das Umlegungsverfahren einzubeziehen, da in diesem Bereich keine Neuordnung notwendig ist.

Die beschriebenen Flächen sind in dem unmaßstäblichen Auszug aus dem in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 106 – Baesweiler Süd-West I -, der als Anlage beigefügt ist, schraffiert dargestellt.

Darstellung der finanziellen Auswirkungen:

Die Kosten für die vermessungstechnische Bearbeitung der Umlegung sowie die Kosten für die Übernahme der Vermessungsschriften in das Liegenschaftskataster tragen die Eigentümer der neu zugeteilten Baugrundstücke nach der Grundstücksfläche.

Das Sitzungsgeld für die Mitglieder des Umlegungsausschusses in Höhe von 255,65 € pro Sitzung trägt die Stadt. In der Regel genügt eine Sitzung des Umlegungsausschusses. Gegebenenfalls werden in einer Sitzung mehrere Umlegungsverfahren abgewickelt.

Im Übrigen gilt Abgaben- und Auslagenbefreiung nach § 79 des Baugesetzbuches.

Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes

- ja nicht erforderlich
 wird nachgereicht

Im Auftrage



(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin

Anlage(n):

20160705 Rat Anlage 1 Anordnung Umlegung BPlan 106

Anlage zur

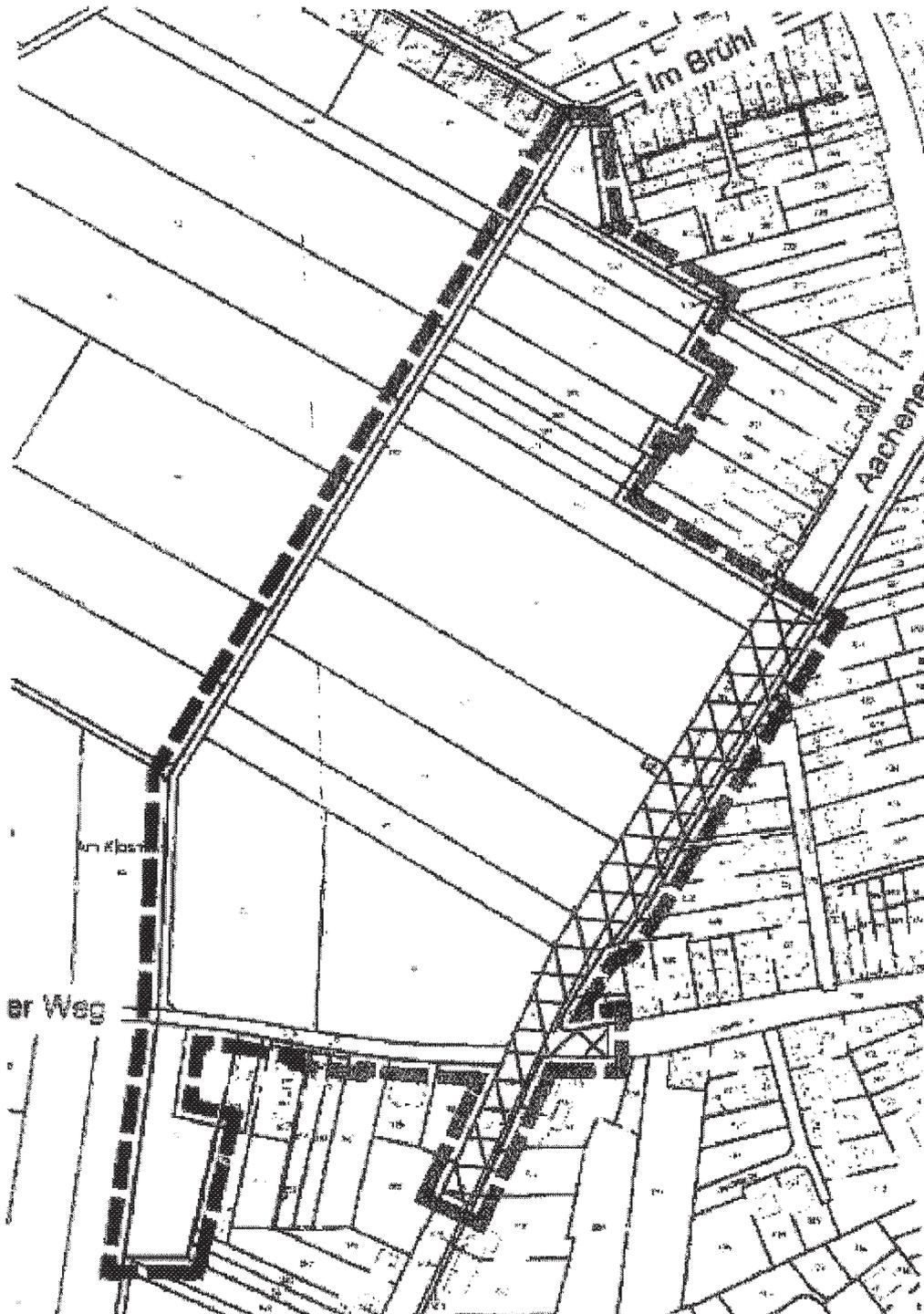
Vorlage für die Mitglieder des Stadtrates

(Sitzung am 05.07.2016 / Punkt

der Tagesordnung)

Vorschlag zur Anordnung und Durchführung eines Bodenordnungsverfahrens gemäß § 46 des Baugesetzbuches für das Gebiet des in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 106 – Baesweiler Süd-West I

Auszug aus dem in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplan



unmaßstäblich



Vorlage	Nr:	50/2016
Beschlussvorlage	Datum:	29.06.2016
	Status:	öffentlich

**Integriertes Handlungskonzept Baesweiler;
hier: Einrichtung eines Verfügungsfonds**

Beratungsfolge	Termin	TOP	Einst.	Ja	Nein	Enth.
Stadtrat	05.07.2016	14				

Beschlussvorschlag:

1. Auf einstimmigen Vorschlag des Bau- und Planungsausschusses bei einer Enthaltung beschließt der Stadtrat die Einrichtung eines Verfügungsfonds im Rahmen der Fördermaßnahme „IHK Baesweiler“ für den in der Anlage dargestellten Geltungsbereich.
2. Der Stadtrat beschließt die Richtlinien zur Vergabe von Finanzmitteln aus dem Verfügungsfonds „Integriertes Handlungskonzept Baesweiler“ gemäß der der Vorlage beigefügten Anlage 1.
3. Der Stadtrat beschließt die Besetzung des lokalen Gremiums in der um die Vertreter der Politik ergänzten Form gemäß Anlage 5.

Darstellung der Sach- und Rechtslage:

Der sog. Verfügungsfonds ist Bestandteil des Städtebau-Förderprogramms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ und dient u. a. auch zur Finanzierung von Citymanagement-Projekten als öffentliches Förderinstrument.

Der Verfügungsfonds finanziert sich jeweils zur Hälfte aus privaten Mitteln (z. B. Wirtschaft, Vereine) und aus öffentlichen Mitteln (Städtebauförderung/Kommune). Ziel ist es, auf der Grundlage einer Zurverfügungstellung öffentlicher Fördergelder zusätzlich privates Engagement und private Finanzmittel für die Erhaltung und Entwicklung zentraler Ortsbereiche zu aktivieren. Ein zentrales Erfolgsmerkmal dieses Förderinstrumentes ist, dass die vorhandenen finanziellen Mittel sehr flexibel, mit hoher lokaler Ausrichtung und mit einem großen Maß an Entscheidungsbefugnis seitens der privaten Akteure einzusetzen sind.

Fördermittelempfänger und Verwalter des Verfügungsfonds ist in der Regel die Kommune, welche jedoch eine lokale Citymanagement-Initiative als Fondsverwalter einsetzen kann. Über die Mittelverwendung entscheidet ein für diesen Zweck zu bildendes lokales Gremium auf der Grundlage kommunaler Richtlinien. Die Zusammensetzung dieses lokalen Gremiums ist vom Fördergeber nicht vorgegeben. Dieses soll sich vielmehr an der Situation vor Ort und den eingebrachten Finanzierungsanteilen ausrichten. Im Idealfall sollte das Gremium in ganzheitlicher Weise die verschiedenen privaten Interessensgruppen sowie die Stadtverwaltung repräsentieren.

Über die Zusammensetzung des lokalen Gremiums sowie der kommunalen Richtlinien entscheidet der Stadtrat in seiner Sitzung am 05.07.2016.

Der Geltungsbereich des Verfügungsfonds (siehe Anlage) orientiert sich an der Gebietsabgrenzung des zentralen Versorgungsbereich Innenstadt Baesweiler aus dem Einzelhandelskonzept 2008. Ziel der Ausweisung des Zentralen Versorgungsbereiches war es, die Funktion des Hauptzentrums der Baesweiler Innenstadt zuzuweisen. Dieser Bereich beinhaltet das Zentrum der Stadt Baesweiler mit der Einkaufsstraße, Reyplatz, Kirchplatz, Burg und den Bereich des Bushofes In der Schaf. Das Integrierte Handlungskonzept beabsichtigt mit seiner begleitenden Maßnahme des Verfügungsfonds eine besondere Stärkung der Innenstadtbereiche in der Achse Reyplatz - Kirchplatz - Am Feuerwehrturm - In der Schaf. Daher erscheint es sinnvoll, die Maßnahmen aus dem Verfügungsfonds ebenfalls hierauf zu konzentrieren, um diese damit weiter zu stärken.

Dieser Vorlage beigefügt ist in der Anlage der

- Entwurf der Richtlinien der Stadt Baesweiler zur Vergabe von Finanzmitteln aus dem Verfügungsfonds „Integriertes Handlungskonzept Baesweiler Innenstadt“ (Anlage 1)
- Entwurf des Antragsformulars (Anlage 2)
- Entwurf des Geltungsbereiches (Anlage 3)
- Beispielhafte Maßnahmenübersicht (Anlage 4)
- Vorschlag zur Besetzung des lokalen Gremiums (Anlage 5)

Die Verwaltung schlägt vor, die Mittel aus dem im IHK bereit gestellten Verfügungsfonds gemäß den vorgeschlagenen Richtlinien innerhalb des Geltungsbereiches bereitzustellen. Ebenfalls schlägt die Verwaltung die Besetzung des lokalen Gremiums in um die Vertreter der Politik ergänzter Form gemäß Anlage vor.

Darstellung der finanziellen Auswirkungen:

Es stehen für die Jahre 2016 – 2019 insgesamt 80.000,- € zur Verfügung. Zu den nachgewiesenen Kosten erhält die Stadt einen 70 %igen Zuschuss.

Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes

- ja nicht erforderlich
 wird nachgereicht

Im Auftrage



(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin

Anlage(n):

- 20160705 - Rat - Anlage 1 - Entwurf Richtlinien Verfügungsfonds
- 20160705 - Rat - Anlage 2 - Antragsformular Maßnahme Verfügungsfonds
- 20160705 - Rat - Anlage 3 - Geltungsbereich Verfügungsfonds
- 20160705 - Rat - Anlage 4 - Maßnahmenbeispiele
- 20160705 - Rat - Anlage 5 - Entscheidungsgremium Verfügungsfonds

Richtlinien der Stadt Baesweiler zur Vergabe von Finanzmitteln aus dem Verfügungsfonds „Integriertes Handlungskonzept Baesweiler Innenstadt“

Auf der Grundlage der Nummer 14 der Förderrichtlinien zur Stadterneuerung des Landes Nordrhein-Westfalen (SMBI.NW. 2313; Rd.Erl. des Ministeriums für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen vom 22.10.2008 -V.5- 40.01-) richtet die Stadt Baesweiler innerhalb des „Integrierten Handlungskonzeptes Baesweiler Innenstadt“ einen gemeindlichen Verfügungsfonds zur Aufwertung und Attraktivierung der Baesweiler Innenstadt und damit zur Stärkung des zentralen Versorgungsbereichs ein.

1. Fördergrundsätze

Im „Integrierten Handlungskonzept Baesweiler Innenstadt“ soll im Rahmen von finanziellen Zuschüssen, privates Engagement für die Erhaltung und Entwicklung der Baesweiler Innenstadt unterstützt werden.

Durch einen Verfügungsfonds sollen Projekte, Aktionen und Maßnahmen angestoßen und umgesetzt und somit die Teilnahme engagierter Innenstadttakteure an der Innenstadtaufwertung gestärkt werden.

Der Verfügungsfonds setzt sich zu 50% aus öffentlichen Finanzmitteln und zu 50% aus privaten Mitteln zusammen.

Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen auf zwei Maßnahmengruppen verteilt werden:

1. Maßnahmen, die vor Beginn eines Kalenderjahres für das kommende beantragt wurden und die vom Entscheidungsgremium verbindlich in die Projektplanung aufgenommen werden.
2. Maßnahmen, die im Laufe eines Kalenderjahres für dieses beantragt werden und über die das Entscheidungsgremium in der Regel vierteljährlich berät.

2. Allgemeine Fördervoraussetzungen

Die Mittel des Verfügungsfonds können für Investitionen und die dafür notwendigen vorbereitenden Maßnahmen im Fördergebiet eingesetzt werden. Der Teil der Mittel, der nicht aus der Städtebauförderung stammt, kann auch für nichtinvestive Maßnahmen eingesetzt werden, wie z. B. Beratungsleistungen, Veranstaltungen.

Ein lokales Gremium entscheidet über die Verwendung der Fondsmittel und die Umsetzung der Maßnahmen. Das lokale Gremium setzt sich sowohl aus Privaten als auch aus Vertretern der Stadtverwaltung und der Politik zusammen.

3. Gegenstand der Förderung

Es sollen Maßnahmen in möglichst kurzen Zeiträumen unterstützt werden, die einen nachweisbaren, nachhaltigen Nutzen für die Innenstadt haben.

Gefördert werden:

- Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität Innenstadt
- Maßnahmen zur Belebung des Einzelhandels
- Maßnahmen zur Aufwertung des Stadtbildes
- Maßnahmen zur Imagebildung

- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit
- Maßnahmen/Aktionen/Workshops zur Aufwertung der Innenstadt
- Mitmachaktionen/Festivitäten in der Innenstadt

4. Höhe und Verwaltung des Verfügungsfonds

Der Verfügungsfonds stellt abhängig von der Bereitstellung der Mittel der Städtebauförderung voraussichtlich jährlich ein Budget in Höhe von 20.000 € bis zum Jahr 2019 bereit. Voraussetzung für die Förderung ist, dass jährlich die gleiche Summe aus privaten Mitteln eingebracht wird.

Verwalter des Verfügungsfonds ist das Technische Dezernat der Stadt Baesweiler. Die Entscheidung über die Vergabe der Mittel aus dem Verfügungsfonds bleibt dessen ungeachtet bei dem lokalen Gremium.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der öffentlichen Mittel aus dem Verfügungsfonds besteht nicht. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind freiwillige Leistungen des Landes NRW und der Stadt Baesweiler. Eine Förderung durch den Verfügungsfonds erfolgt nur im Rahmen der bewilligten Fördermittel und der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

5. Entscheidungsgremium

Das lokale Gremium entscheidet über und legitimiert die Mittelfreigabe aus dem Verfügungsfonds. Es setzt sich aus einer überschaubaren Anzahl an Mitgliedern zusammen, um kurzfristig für Entscheidungen zusammenkommen zu können. Das Gremium berücksichtigt bei seinen Entscheidungen die grundsätzlichen Ziele und Maßnahmen der Attraktivierung und Aufwertung der Innenstadt zur Stärkung des zentralen Versorgungsbereichs.

Das lokale Gremium soll einen Querschnitt der Interessen möglichst aller Akteure in der Innenstadt abbilden und sich möglichst wie folgt zusammensetzen:

Vertreter der Privaten:

- davon 1 Vertreter der Eigentümer
- 2 Vertreter der Einzelhändler
- 1 Vertreter der Gastronomen
- 1 Vertreter der Anwohner/Bürger
- 1 Vertreter des Vorstands des Gewerbeverbands Baesweiler
- 1 Vertreter der Vereine

Vertreter der Stadt:

- davon 1 Vertreter CDU-Fraktion
- 1 Vertreter SPD-Fraktion
- 1 Vertreter Bündnis 90/Die Grünen
- 1 Vertreter Fraktion Die Linke
- Vorsitzender des Bau-und Planungsausschusses
- 1 Bürgermeister
- 1 Vertreter Technisches Dezernat
- 1 Vertreter der Wirtschaftsförderung/des Stadtmarketings

Für jedes Mitglied des lokalen Gremiums ist mindestens ein Vertreter zu bestimmen. Die Mitglieder und ihre Vertreter sollten möglichst nicht innerhalb eines Kalenderjahres wechseln, um eine kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten. Die Mitglieder des Gremiums werden vom Stadtrat benannt.

Das lokale Gremium entscheidet über die Förderung von Maßnahmen in nichtöffentlicher Sitzung. Stimmrecht über die Förderung der Maßnahmen haben nur die Mitglieder des lokalen Gremiums. Zur Entscheidung genügt die einfache Mehrheit der anwesenden Mitglieder (Enthaltungen werden nicht mitgezählt).

Das lokale Gremium ist nur beschlussfähig, wenn mindestens 50% der stimmberechtigten Mitglieder bei der Sitzung anwesend sind.

Der Tagungszeitraum des lokalen Gremiums soll in einem vierteljährlichen Rhythmus stattfinden. In Ausnahmefällen kann hiervon abgewichen werden.

6. Antragsberechtigte/Antragsstellung

Antragsberechtigt sind alle natürlichen oder juristischen Personen.

Anträge können ganzjährig gestellt werden. Die Anträge werden in der Reihenfolge ihres Eingangs bearbeitet. Der Antrag muss mindestens folgende Informationen enthalten (siehe Anlage 1 „Antragsformular“):

- Angaben zum Antragsteller
- Beschreibung der geplanten Maßnahme(n) sowie des Nutzens und der erwarteten Effekte für die Innenstadtstärkung
- Räumliche Zuordnung der Maßnahme
- Dauer der geplanten Maßnahme
- Kosten und Finanzierung der Maßnahme

Da über die Mittelvergabe durch das lokale Gremium beraten wird, müssen Anträge im Regelfall mindestens 2 Monate vor dem geplanten Maßnahmenbeginn eingegangen sein. Die Entscheidungen über die Anträge sollen langfristig in einem vierteljährlichen Rhythmus getroffen werden.

Anträge, die in die verbindliche, jährliche Projektplanung aufgenommen werden, müssen im Regelfall spätestens 3 Monate vor Beginn des Kalenderjahres eingegangen sein.

Zur Antragsstellung ist ein entsprechendes Antragsformular zu nutzen (siehe Anlage 1 „Antragsformular“).

7. Entscheidungskriterien

Für die Bewertung von Anträgen werden folgende Kriterien herangezogen:

- *Lage im Fördergebiet:* Die Maßnahme für die ein Zuschuss beantragt werden soll, muss innerhalb des zentralen Versorgungsbereiches „Innenstadt Baesweiler“ (siehe Anlage 2) liegen/durchgeführt werden (Geltungsbereich für den Verfügungsfonds IHK – Baesweiler Innenstadt).
- *Nachhaltige Entwicklung:* Die Maßnahme muss eine nachweisbare nachhaltige Entwicklung/Verbesserung innerhalb der Innenstadt bewirken.
- *Imagebildung:* Die Maßnahme fördert das Image und die Identifikation mit der Baesweiler Innenstadt.

Grundlegende Voraussetzung für die Förderung ist, dass die technische Umsetzbarkeit, die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften sowie die Einhaltung der Förderkriterien durch die Stadtverwaltung bestätigt worden ist.

8. Ausschlusskriterien

Folgende Maßnahmen können grundsätzlich nicht gefördert werden:

- Maßnahmen, die bereits Mittel der Landes- oder EU-Finanzierung bzw. Mittel des Bundes erhalten (Verbot der Doppelförderung)
- Maßnahmen, mit deren Durchführung vor der Bewilligung bereits begonnen wurde
- Laufende Betriebs- und Sachkosten des Antragstellers
- Reguläre Personalkosten des Antragstellers
- Jegliche Kosten, die nicht in direktem Zusammenhang mit der Maßnahme stehen

9. Art, Umfang und Höhe des Zuschusses

Die Maßnahmenförderung aus Mitteln des Verfügungsfonds wird als Zuschuss gewährt. Der Zuschuss soll im Regelfall einen Betrag von 10.000 € (brutto) pro Maßnahme und Jahr nicht übersteigen. Im Einzelfall kann unter Angabe besonderer Gründe der Betrag von 10.000 € (brutto) überschritten werden. Die Mittel sollen dem beantragten Zweck angemessen sein und wirtschaftlich verwendet werden.

Für jegliche Maßnahme(n) ist vom Antragsteller selbst oder durch eine entsprechende Kofinanzierung Dritter ein 50% Anteil an Eigenmitteln bezogen auf die Gesamtkosten der Maßnahme zur Umsetzung dieser einzusetzen und nachzuweisen.

10. Vergaberechtliche Vorschriften

Bei einem Finanzvolumen von mehr als 1.500 € (netto) sind mindestens drei Vergleichsangebote einzuholen.

Die anzuwendenden Vergabegrundsätze gemäß § 25 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) sind zu beachten.

11. Mittelgewährung und Abrechnung

Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt in der Regel nach Durchführung der Maßnahme und Prüfung des Verwendungsnachweises. Ist eine vom lokalen Gremium ausgewählte Maßnahme ohne Vorfinanzierung nicht durchführbar, kann im Ausnahmefall auch eine Vorfinanzierung aus dem Verfügungsfonds erfolgen.

Als Grundlage für die Auszahlung sind folgende Unterlagen notwendig:

- Ein Bericht über die Maßnahme mit mindestens einem Foto
- Belege der Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Presseinformationen)
- Eine vollständige Kosten- und Finanzierungsübersicht (Einnahmen/Ausgaben)
- Alle Originalrechnungen zu den Ausgaben
- Angebote mit entsprechenden Preisvergleichen bei Ausgaben über 1.500 € (netto)

Die Abrechnung muss innerhalb eines Zeitraums von zwei Monaten nach Abschluss der Maßnahme vorgenommen werden.

12. Publizitätsvorschriften

Bei der Erstellung von Broschüren, Faltschiltern, Postern, Präsentationen, Hinweisschildern etc. im Rahmen von Maßnahmen, die mit Mitteln des Verfügungsfonds für Gebiete der Stadterneuerung gefördert werden, ist stets das offizielle Emblem der Europäischen Union gemäß den geltenden Vorschriften zu verwenden, wenn das Projekt mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert wird. Weiterhin ist das Logo des Bundesministeriums für Umwelt, Natur, Bau und Reaktorsicherheit zu verwenden, wenn das Projekt mit Mitteln der Bundesrepublik Deutschland (Bundesmittel) kofinanziert wird. Darüber hinaus sind das Logo des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen und das Wappen der Stadt Baesweiler auf den öffentlichkeitswirksamen Materialien zu platzieren.

13. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Beschluss durch den Rat der Stadt Baesweiler am 05.07.2016 in Kraft.

Anlagen:

Anlage 1: Antragsformular

Anlage 2: Gebietsabgrenzung „zentraler Versorgungsbereich“, Geltungsbereich für den Verfügungsfonds IHK – Baesweiler Innenstadt

Anlage 3: Beispiele von förderfähigen Maßnahmen

2.2 Maßnahmenbeginn und Maßnahmenende

2.3 Räumliche Zuordnung der geplanten Maßnahme

2.4 Nutzen und erwartete Effekte der Maßnahmen für die Innenstadtstärkung /-belebung

3. Kosten und Finanzierung

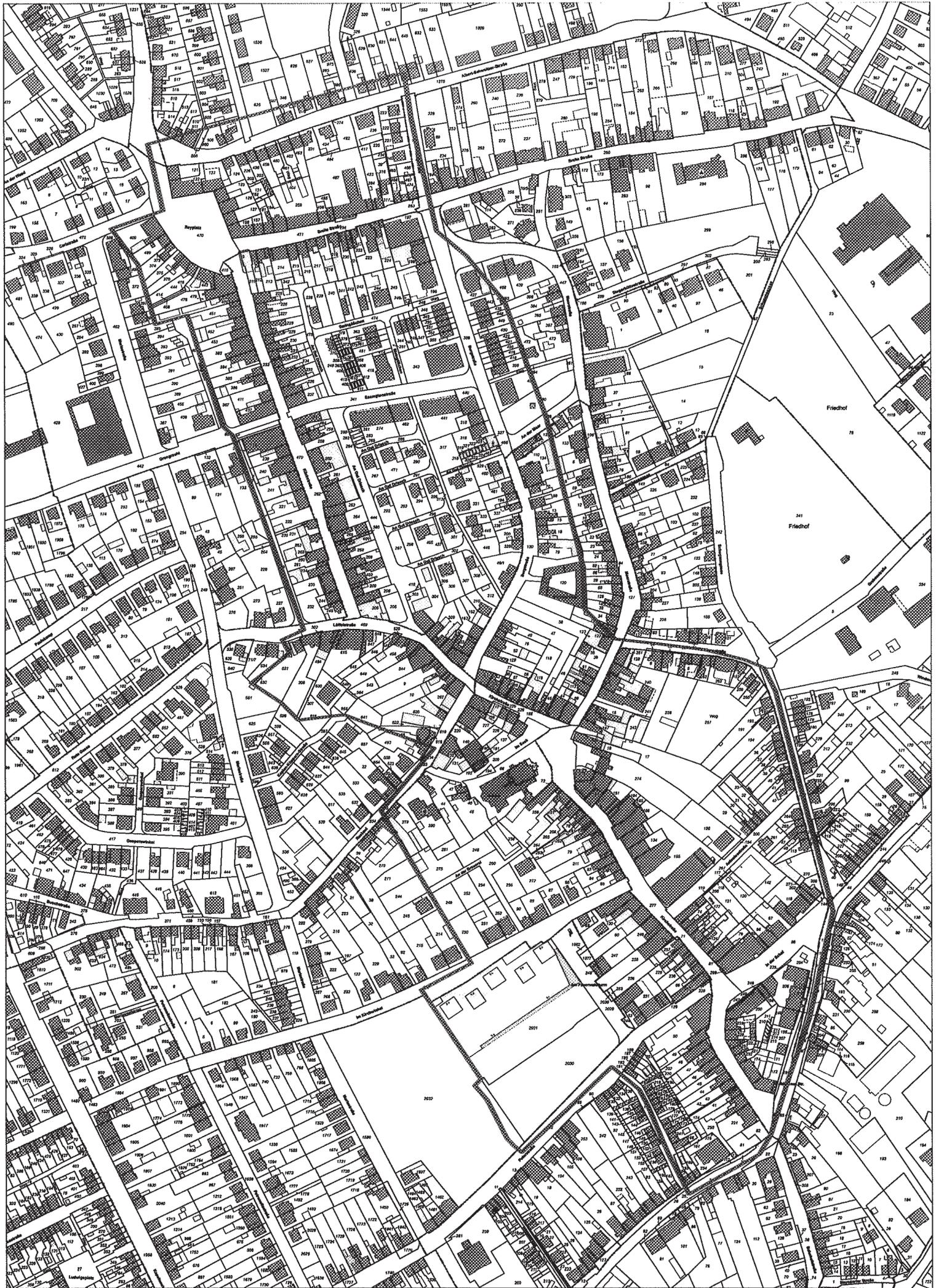
3.1 Gesamtkosten für die Maßnahme sowie Aufstellung der konkreten Einzelpositionen
(ggf. Anlage von drei Vergleichsangeboten / Kostenschätzungen beifügen)

3.2 Finanzierung der Maßnahmen [Darstellung des Eigenanteils bzw. der Kofinanzierung
(Nachweis beifügen)]

(Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

Anlage 2 : Geltungsbereich für den Verfügungsfonds IHK - Baesweiler Innenstadt



Anlage 3: Beispielhafte Maßnahmenübersicht (nicht abschließend)

Es sollen Maßnahmen umgesetzt werden, die einen Beitrag zur Innenstadtstärkung und -belebung leisten und die Eigenbeteiligung der Innenstadtakteure an der nachhaltigen Innenstadtentwicklung aktivieren und stärken. Der Verfügungsfonds soll explizit als Ergänzung zur mittel- und langfristigen Maßnahmenumsetzung im öffentlichen Raum eingesetzt werden. Voraussetzung für die Finanzierung von Maßnahmen aus dem Verfügungsfonds ist ein vorliegender und geprüfter Antrag sowie ein positives Votum des lokalen Entscheidungsgremiums.

Investive Maßnahmen

- (Bauliche) Gestaltung von Eingangssituationen in ein Quartier (zur Ablesbarkeit von Quartieren)
- Gestaltung von Innenhöfen, Schaffung von Zugängen und Verbindungen von Bereichen
- Aufstellung von Beschilderungs- und Leitsystemen
- Aufstellung von Informationstafeln (z. B. über den Handelsbesatz, ähnlich wie in Einkaufszentren)
- Aufbau von Informationsterminals
- Aufstellen von Bänken und anderen Verweilmöglichkeiten
- Aufstellen von Spielgeräten und Spielstationen für Kinder
- Schaffung von Bewegungsflächen für alle Generationen
- Aufstellen von Fahrradständern
- Aufstellen von Müllbehältern und Aschenbechern
- Gestaltung von Plätzen
- Gestaltung von Parkplätzen
- Gestaltung von Schalt- und Stromkästen
- Aufstellung von Bannern zur Beeinflussung der räumlichen Wirkung von Straßen
- Bepflanzung/ Begrünung
- Kunst im öffentlichen Raum
- Umsetzung von Lichtkonzepten im öffentlichen und privaten Raum (als Inszenierung/Markierung/Inwertsetzung des Quartiers und somit als Ergänzung zur Funktionsbeleuchtung)
- Zwischennutzung von Baulücken (Gestaltung und Nutzung auf Zeit)
- Fassadengestaltung

Investitionsvorbereitende Maßnahmen

- Erarbeitung erforderlicher Analysen und Konzepte für die Umsetzung der Maßnahmen unter Beteiligung der Akteure vor Ort (z. B. Licht-, Verweil- und Gestaltungskonzepte)
- Erarbeitung von Standortprofilen (Einzelhandel / Flächennutzungen / Branchenmix)
- Erarbeitung von Gestaltungs- und Nutzungskonzepten für Flächen im öffentlichen oder privaten Raum
- Erarbeitung von Umnutzungskonzepten z. B. für Ladenflächen, Flächen im öffentlichen Raum, ...
- Investitionsreizende Beratung von Immobilieneigentümern (Schwerpunkte; Gestaltung und Nutzung von Immobilien – insbesondere in den Erdgeschoßanlagen – Zusammenlegung von Ladenlokalen)
- Erarbeitung von Gestaltungsleitfäden u. a. für Schaufenster, Werbeanlagen, Auslagen von Geschäften im öffentlichen Raum, Außengastronomie
- Durchführung von Wettbewerben z. B. für die künstlerische Gestaltung von Schaltkästen, Kunst im öffentlichen Raum
- Eigentümer-, Unternehmens- und Passantenbefragungen

Anmerkung: Gemäß dem Investitionsbegriff in der Städtebauförderung können auch die Kosten für investitionsvorbereitende Maßnahmen den Investitionen hinzugerechnet werden.

Der Stadtrat der Stadt Baesweiler beschließt in seiner Ratssitzung am 05.07.2016 die folgenden Personen zu Mitgliedern bzw. Stellvertretern des lokalen Gremiums des Verfügungsfond „Integriertes Handlungskonzept Innenstadt Baesweiler“ zu benennen:

	Mitglied	Stellvertreter(in)
<u>Vertreter der Privaten:</u>		
Vertreter der Eigentümer	Pfarzer Ferdi Bruckes	Heinz-Josef Lentzen
Vertreter der Einzelhändler	Thomas Pabich	Nejat Eldemir
Vertreter der Einzelhändler	Ferdinand Ruers	Andrea Ried-Woitzek
Vertreter der Gastronomen	Friedel Schleiden	Matthias Thelen
Vertreter der Anwohner/Bürger	Ben Schäfer	Helga Laukamp
Vorstand des Gewerbeverbands Baesweiler	Gabriela Sieberichs	Holger Dorbholz
Vertreter der Vereine	Willy Feldeisen	Andreas Kick
<u>Vertreter der Stadt:</u>		
Vertreter CDU-Fraktion		
Vertreter SPD-Fraktion		
Vertreter Bündnis 90/Die Grünen		
Vertreter Fraktion Die Linke		
Vorsitzender des Bau-und Planungsausschusses		
Bürgermeister	Dr. Willi Linkens	Frank Brunner
Vertreter Technisches Dezernat	Iris Tomczak-Pestel	Josef Meyer
Vertreter der Wirtschaftsförderung bzw. des Stadtmarketings	Dirk Pfeifferling	Irmgard Frett



Vorlage	Nr:	51/2016
Beschlussvorlage	Datum:	23.06.2016
	Status:	öffentlich

Widmung der Straße „Martin-Niemöller-Ring“ sowie des 2. Teilabschnittes der „Elsa-Brandström-Straße“ im Bebauungsplangebiet Nr. 80 – Ederener Weg – im Stadtteil Setterich

Beratungsfolge	Termin	TOP	Einst.	Ja	Nein	Enth.
Stadtrat	05.07.2016	AS				

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Baesweiler beschließt, die Flächen der Straße „Martin-Niemöller-Ring“ und „Elsa-Brandström-Straße“ (2. Teilabschnitt) im Bebauungsplangebiet Nr. 80 – Ederener Weg – im Stadtteil Setterich nach § 6 (1) des Straßen- und Wegegesetzes NW als Gemeindestraße zu widmen.

Darstellung der Sach- und Rechtslage:

Der Bau- und Planungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 28.06.2016 bereits mit der o. g. Widmung beschäftigt.

Nach dem Straßenendausbau der Elsa-Brandström-Straße (1. Teilabschnitt) und des Pfarrer-Gursky-Rings im Bebauungsplangebiet Nr. 80 – Ederener Weg – ist nun auch der 2. Bauabschnitt des Bebauungsplangebietes, nämlich die Straße „Martin-Niemöller-Straße“ sowie der 2. Teilabschnitt der „Elsa-Brandström-Straße“, als Baustraße angelegt. Die Flächen befinden sich im Eigentum der Stadt Baesweiler.

Somit liegen die Voraussetzungen zur Widmung nach § 6 des Straßen- und Wegegesetzes Nordrhein-Westfalen vor.

Daher hat die Verwaltung dem Bau- und Planungsausschuss die Empfehlung an den Stadtrat vorgeschlagen, die entsprechend den Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes befindlichen Straßen „Martin-Niemöller-Ring“ und „Elsa-Brandström-Straße“ 2. Teilabschnitt“ nach § 6 (1) des Straßen- und Wegegesetzes NW als Gemeindestraßen zu widmen.

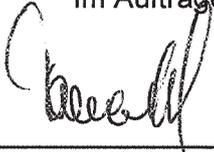
Darstellung der finanziellen Auswirkungen:

keine

Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes

- ja nicht erforderlich
 wird nachgereicht

Im Auftrage



(Tomczak-Pestel)
Techn. Dezernentin